DM 6,–
Österreich 50,– öS
Schweiz 6,– sfr
Nr. 2 Januar 1987 9. Jahrgang E 8080 E



Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Waffenhandel:

Israels Geheimdienst legt den US-Präsidenten beim Waffenhandel mit dem Iran herein

Abtreibungen, Pille und Emanzipation machen Deutschland zum Sterbehaus unter den Nationen

In der Bundesrepublik herrscht Sparkassen-Mentalität: zuwenig Babys, dafür Kredite an junge Nationen, um deren Kinder großzuziehen.

Kuba: Die USA halfen Castro an die Macht

US-Dollar: Handel verwirrt über den Kurs



Lee A. Iacocca: Kritik am Freihandel

Wall Street: Wie Insider Kasse machen

Weltkontrolle: Satte Geschäfte mit Kriegen und Revolutionen

Lieber Leser,

immer wieder wurden wir aus den Kreisen des Zeitschriften-Einzelhandels darauf hingewiesen, daß DIAGNOSEN nicht der richtige Name für dieses zeitkritische Magazin ist. In sehr vielen Fällen wurde dieses Magazin als medizinische Fachzeitschrift eingeordnet.

Um diese Mängel abzustellen und die Verbreitung dieser Zeitschrift auszubauen, wird dieses zeitkritische Magazin ab der nächsten Ausgabe unter einem neuen Titel erscheinen:

CODE

Exklusives aus Politik und Wirtschaft

Gleichzeitig mit dieser Titeländerung wird diese Zeitschrift von einer größeren Zahl Zeitschriften- und Bahnhofsbuchhändlern geführt.

CODE

wird künftig inhaltlich sich auf den bereits bekannten Themenkreis spezialisieren: Geld, US-Dollar, Insider, Zionismus, Revisionismus, Weltkontrolle, Supermächte, Rüstungsgeschäft, Vatikan.

CODE

ist ein aktuelles Nachrichtenmagazin. Es wird den Leser mit politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen bekannt machen, die in den Establishment-Medien verschwiegen oder verzerrt einseitig dargestellt werden.

CODE

veröffentlicht monatlich eine Fülle von Nachrichten aus der Politik und Finanzwelt. Analysen, Hintergrundberichte und Kommentare ermöglichen dem Leser ein besseres Verständnis der aktuellen Ereignisse.

CODE

sollten Sie regelmäßig lesen, damit Sie die Tagesereignisse entschlüsseln und folgerichtig einordnen können.

Ab der nächsten Ausgabe erhalten Sie diese Zeitschrift unter dem Namen



Exklusives aus Politik und Wirtschaft

JEDEN MONAT NEU!

Diagnosen

+++ Leser werben Leser +++ Leser w

Lieber Diagnosen-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

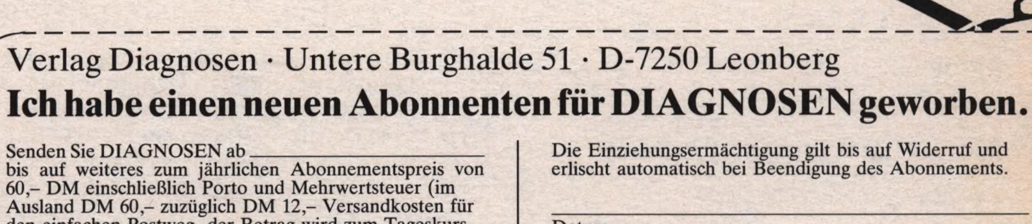
Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »Diagnosen« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »Diagnosen« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen



Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für DIAGNOSEN geworben.

Senden Sie DIAGNOSEN ab ____________ bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

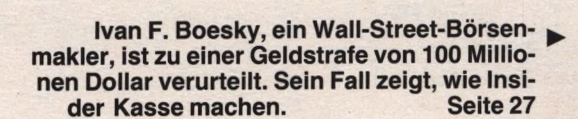


In diesem H



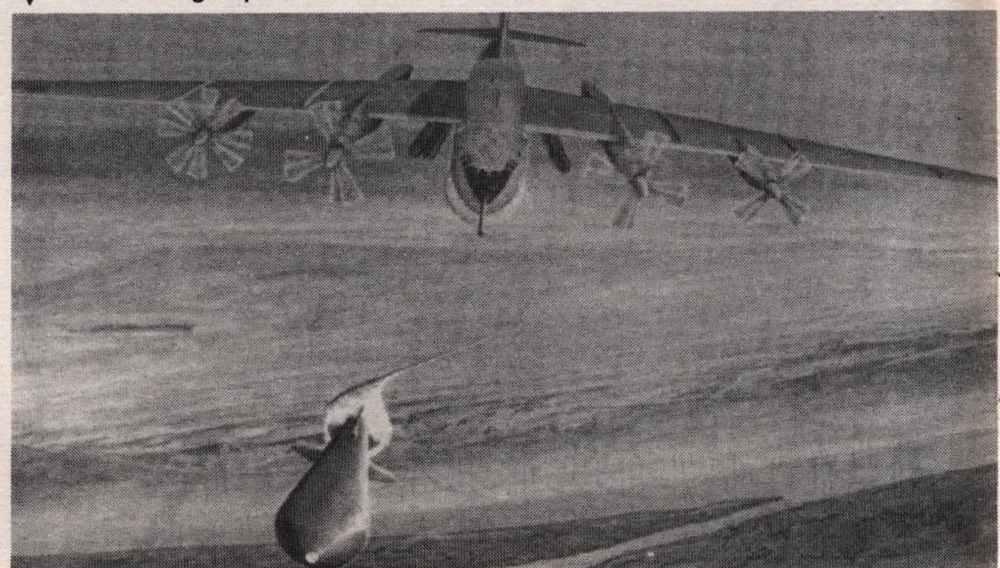
▲ **Reagans Canossa liegt in Teheran. Es ist sozusagen die Vergeltung für das Verhalten der USA dem Schah gegenüber. Reza Pahlevi wurde dazu gebracht, Tausende Milliarden von Dollars aus den riesigen Öleinnahmen seines Landes für amerikanische Waffen auszugeben. Heute zahlt Reagan einen hohen Preis dafür, daß er sich von Israel zu Waffenlieferungen an den Iran verführen ließ.** **Seite 16**





Ivan F. Boesky, ein Wall-Street-Börsenmakler, ist zu einer Geldstrafe von 100 Millionen Dollar verurteilt. Sein Fall zeigt, wie Insider Kasse machen. **Seite 27** ▶

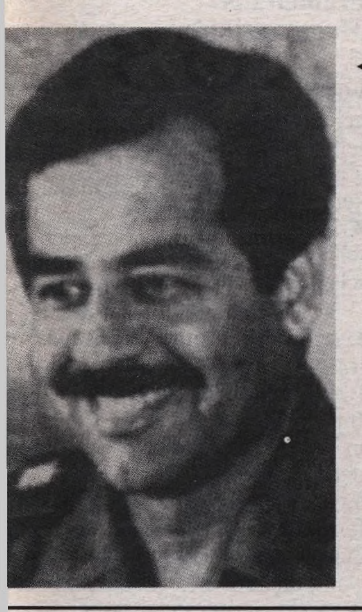
Bear-H, eine aktualisierte Version des Tu-95, gehört zur jüngsten Generation der sowjetischen Bomber, die mit den neuen AS-15-Marschflugkörpern bestückt sind. **Seite 43** ▼



eft lesen Sie:

Geschäfte mit Kriegen und Revolutionen sind ohne die Beteiligung der Rothschilds nicht vorstellbar. Während der zwei vergangenen Jahrhunderte, in denen die Völker der Welt schrittweise versucht haben, ihre politische Freiheit von den erblichen Königsdynastien zu erlangen, haben die großen Bankenfamilien in Europa und später in den USA in Wirklichkeit den Trend umgekehrt, und zwar dadurch, daß sie neue Dynastien der politischen Kontrolle durch die Bildung von internationalen Finanzkartellen errichtet haben. Diese Bankdynastien hatten gelernt, daß alle Regierungen Einnahmequellen haben müssen, von denen sie in dringenden Zeiten Geld borgen können. Sie hatten auch gelernt, daß sie mit der Bereitstellung solcher Mittel sowohl königliche als auch demokratische Häupter ihrem Willen untertänig machen konnten. ▶ Seite 33





◀ Saddam Hussein wegen Massengreuel angeklagt. Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat den von den USA unterstützten Irak als die »arabische Nation mit den schlimmsten Menschenrechtsverletzungen« angeklagt. Über die Hälfte der schätzungsweise 15 000 politischen Gefangenen im Irak, einschließlich Kinder und Bauersfrauen im hohen Alter von 88 Jahren, sollen »systematisch gefoltert« werden. Seite 44

Über die demographische Lage der Bundesrepublik Deutschland braucht man kein Wort mehr zu verlieren. Selbst der sonnige Bundeskanzler hat sie wiederholt als »katastrophal« bezeichnet. Mit einer Geburtenrate, die seit Anfang der siebziger Jahre auf dem Niveau angelangt ist, das bisher nicht einmal in den schlimmsten Kriegszeiten erreicht worden ist, verringert sich die Bevölkerung der Bundesrepublik derzeit jährlich um etwa 200 000.
▼ Seite 56



Untergang oder Aufbruch

Ekkehard Franke-Gricksch

Dieses zeitkritische Magazin führt ab der nächsten Ausgabe, der März-Ausgabe, einen neuen Namen: CODE – Exklusives aus Politik und Wirtschaft. Was will diese Zeitschrift, dieses Magazin? Wer steckt dahinter? Was sind die politischen und wirtschaftlichen Ziele der Zeitschrift? Es soll versucht werden, auf diese häufig gestellten Fragen eine Antwort zu geben.

CODE ist ein zeitkritisches Magazin. Hier werden Beiträge, Kommentare und Analysen von einem Kreis engagierter Menschen aus allen Teilen der Welt zu allen aktuellen Tagesfragen veröffentlicht. Sie haben sich unter dem vieldeutigen Namen C.O.D.E. zusammengefunden, das heißt, sie wollen die Entwicklungen unserer Tage im wahrsten Sinne des Wortes entschlüsseln.



C.O.D.E. kann aber auch heißen »Conföderation organischdenkender Europäer«. Vorab sei dazu gesagt, daß C.O.D.E. kein Verein, keine Partei, keine Organisation ist, sondern wie gesagt ein Kreis engagierter Menschen, die sich um die Zukunft Europas Sorgen machen. Wir gehen dabei von folgenden Vorstellungen und Überzeugungen aus:

Gesellschaft im organischen Aufbau

Wir befinden uns in einer Krise, die vom Finanziell-Wirtschaftlichen bis zum Sozialen alle Bereiche ergriffen hat. Wir wissen oder ahnen täglich klarer: Vor uns liegt der Untergang für jeden einzelnen und alle, für unser Volk und für viele Völker unserer Welt, wenn wir auf diesem Weg ins Verderben nicht einhalten, entschlossen von diesem Irrweg und seinen Irrlichtern abkehren und wieder gewappnet mit ewigen Werten in das 21. Jahrhundert aufbrechen.

Als Mitglieder einer völlig ausgebeuteten Gesellschaft, die zudem von den Medien hinter das Licht geführt und ahnungsvoll, aber hilflos dem Untergang zusteuern, erkennen wir in den folgenden drei Thesen die Grundlagen eines Neuanfanges und Erneuerung für Volk und Staat.

Wir verstehen uns als verantwortungsbewußte Mitglieder einer von jeder Art der Ausbeutung freien, subsidiär-solidarischen Gemeinschaft, die in der Urzelle der Familie verwurzelt, in der Gemeinde leben, im Betrieb mitarbeiten, durch die Heimat über sich hinauswachsend sich zum gemeinsamen Schicksal des Vaterlandes bekennen und auf dieser allen anderen Völkern des abendländischen Kulturkreises gemeinsamen Grundlage auf ein vereintes Europa hinarbeiten, das sich in der Welt behaupten und am Wohle der Menschheit mitwirken kann.

Dieses erfordert eine organisch aufgebaute, ideologie-freie Selbstverwaltung in Politik, Wirtschaft und Kultur, durch persönliche Wahl in regionalen Senaten und Fachkammern, aus denen Volksvertretung und Regierungsbeauftragte berufen werden. Das Staatswesen verdünnt sich in der Spitze zu Repräsentanz, Außen- und Verteidigungspolitik sowie Geldamt.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Regierung sind klar getrennt.

Ehrliches Geld in der organischen Wirtschaft

Wir verstehen den Staat als Res Publica, als den gemeinsamen Nenner der Rechte und Pflichten all derer, die ihn bilden. Höchster Ausdruck des Rechtes und der Subsidiarität, die er verbürgen muß, soll er aller Bürger sorgendes Vaterland sein, ist er die Gewähr des Existenzminimums durch eine monatliche Lebensstandardrente für jedermann. Diese wird durch die Einführung eines ehrlichen Geld- und Finanzwesens aus dem leistungslosen, kostenbefreiten Nationalprodukt ermöglicht.

Das neue Geld ist daher definiert als die unveränderliche Lebenseinheit, deren Hundertfaches dem monatlichen Existenzminimum auf der Grundlage des von Zeit zu Zeit gemäß dem Leistungsvermögen der Wirtschaft zu revidierenden Waren- und Dienstleistungskorbes entspricht.

Wir verstehen, daß es in der Gemeinwirtschaft Investition und Wirtschaften mit sicherem Gewinn nicht gibt, sondern daß es, wie das Leben selbst, dem Gesetz von Werden, Gedeihen und Verderben unterliegt. Daher widerstößt jede Art von Kapitalbeteiligung, die Risiko ausschaltet und feste Gewinnsätze im voraus festlegt, gewöhnlich als Zins oder Pacht bezeichnet, gegen das Naturgesetz und führt zu Bankrott und Eigentumskonzentration in Händen von anonymen Kreditschöpfern.

Kapital wird daher ab sofort nur noch von Banken und anderen hierauf spezialisierten Beteiligungsträgern den Unternehmen in Form von Beteiligungskapital zugeführt. Das bestehende Schuldkapital wird im Verhältnis drei zu eins in Eigenkapital umgewandelt. Die öffentlichen Inlandsschulden werden gelöscht. Die Standardrente sichert alle Existenzen.

Der Ertrag steht Arbeit und Kapital und zwar im Verhältnis der jährlichen Summe für Abschreibung zur jährlichen Standardrente zu.

Wir verstehen das Staatseinkommen als automatischen Zufluß aus dem Wirtschaftsablauf und jegliche direkte Steuer als kostspielig und überflüssig. Jede Art von unterschiedlicher Umverteilung und Besteuerung ist Unzulänglichkeit und Willkür. Sie zieht eine Bürokratie heran, die ihre Funktionäre ebenso korrumpiert wie ihre Begünstigten sowie diejenigen, die ihr Einkommen und Vermögen vor den immer höheren Tributen zu schützen versuchen.

Freiheit der Meinungsbildung

Wir verstehen die Meinungsfreiheit als Voraussetzung einer sich selbst erkennenden, laufend überprüfenden und auf neue Erkenntnisse im freien Spiel der Kräfte, Meinungen und Leidenschaften angewiesene Gesellschaft.

Das Vorrecht der Informationsträger und Meinungsmacher, das Bedürfnis der Allgemeinheit auf Information und Unterhaltung in Verbindung mit der Werbung der gesamten Wirtschaft und Inanspruchnahme begrenzter öffentlicher Kapazitäten in einem äußerst lukrativen Geschäft wahrzunehmen, legt ihnen eine besondere Verantwortung für das Allgemeinwohl auf.

Auch Sie können etwas zu der Verbreitung dieser Ideen tun: Studieren Sie dieses Programm, lesen Sie künftig in CODE die entsprechenden Berichte über die Situation in der Welt und dann sprechen Sie mit Ihrer Familie, Ihrem Nachbarn, Ihren Freunden, und wenn Sie in einer Partei sind, dann stellen Sie dort diese Gedanken vor. Fordern Sie Ihre Mitmenschen auf, die Dinge zu entschlüsseln, damit leisten Sie den wesentlichen Beitrag zur Entschlüsselung der Probleme unserer Zeit und machen gleichzeitig den ersten Schritt zum Aufbruch in eine neue Zeit. □

Lieber Leser,

immer wieder wurden wir aus den Kreisen des Zeitschriften-Einzelhandels darauf hingewiesen, daß DIAGNOSEN nicht der richtige Name für dieses zeitkritische Magazin ist. In sehr vielen Fällen wurde dieses Magazin als medizinische Fachzeitschrift eingeordnet.

Um diese Mängel abzustellen und die Verbreitung dieser Zeitschrift auszubauen, wird dieses zeitkritische Magazin ab der nächsten Ausgabe unter einem neuen Titel erscheinen:

CODE

Exklusives aus Politik und Wirtschaft

Gleichzeitig mit dieser Titeländerung wird diese Zeitschrift von einer größeren Zahl Zeitschriften- und Bahnhofsbuchhändlern geführt.

CODE

wird künftig inhaltlich sich auf den bereits bekannten Themenkreis spezialisieren: Geld, US-Dollar, Insider, Zionismus, Revisionismus, Weltkontrolle, Supermächte, Rüstungsgeschäft, Vatikan.

CODE

ist ein aktuelles Nachrichtenmagazin. Es wird den Leser mit politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen bekannt machen, die in den Establishment-Medien verschwiegen oder verzerrt einseitig dargestellt werden.

CODE

veröffentlicht monatlich eine Fülle von Nachrichten aus der Politik und Finanzwelt. Analysen, Hintergrundberichte und Kommentare ermöglichen dem Leser ein besseres Verständnis der aktuellen Ereignisse.

CODE

sollten Sie regelmäßig lesen, damit Sie die Tagesereignisse entschlüsseln und folgerichtig einordnen können.

Ab der nächsten Ausgabe erhalten Sie diese Zeitschrift unter dem Namen

CODE

Exklusives aus Politik und Wirtschaft

Vertrauliches

Israel

Schuld sind die Mütter

Die jüdischen Mütter sind schuld, daß »unter den Teenagern auf der ganzen Welt diejenigen Israels die schlechteste körperliche Verfassung aufzuweisen haben«, so die Anschuldigung des israelischen Generals David Gerstein, der für die Kampfestauglichkeit der israelischen Soldaten verantwortlich ist, in der »Jerusalem Post«.

In der Zeitung heißt es weiter: »Gerstein gibt vor allem den jüdischen Müttern die Schuld und dem Syndrom von den ›Studierten‹. Die jüdischen Mütter wollen, daß ihre Söhne Arzt, Rechtsanwalt, Bankier, Computerfachmann, Rabbi oder zumindest Lehrer werden, doch sie haben keinerlei Ehrgeiz, daß sie im Sport Medaillen gewinnen. Meine Mutter fragte mich zwanzigmal am Tag: ›Dudu, hast du Hunger?‹«

Gerstein sagte weiter zur »Jerusalem Post«: »Sieben von zehn neuen Rekruten, die der Armee beitreten, sind übergewichtig, schlaff, fett und haben eine schlechte Körperhaltung. Selbst bei den niedrigsten Kriterien der israelischen Verteidigungsstreitkräften für körperliche Tauglichkeit erfüllen die Hälfte bis dreiviertel der neuen Rekruten nicht einmal die Mindestnorm. Nur zwischen 20 und 30 Prozent können als in Ordnung angesehen werden.«

Der Artikel trug die Überschrift: »Körperliche Verfassung der Jugend Israels – schlechteste auf der ganzen Welt« – »Armeegeneral gibt den jüdischen Müttern die Schuld.« □

Japan

Nachlese zum Besuch aus Israel

Abba Eban, der Führer des außenpolitischen Ausschusses der israelischen Knesset, war mit einer parlamentarischen Delegation in Japan. Seinen politischen Ratgebern in Jerusalem zufolge signalisiert die Reise eine dramatische Wende zum Besseren in den japanisch-israelischen Beziehungen, die »durch Japans vollständige Abhängigkeit vom arabischen Öl behindert worden waren«.

Die Japaner hatten bei dem Besuch besonderen Wert darauf gelegt, daß Eban die israelische Delegation anführt. Ein wichtiger Verhandlungspunkt in Japan waren konkrete Überlegungen über einen »Marshall-Plan« für die Region Naher Osten. Die Israelis sehen in Japan eines jener Länder, die eine wesentliche Rolle bei einer Verwirklichung eines solchen Hilfsplans spielen können. Weitere Staaten, die für den israelischen »Marshall-Plan« zur Kasse gebeten werden sollen, sind die USA und einige Länder Westeuropas. □

Großbritannien

Ausbau der kulturellen Kontakte mit den Sowjets

»Es ist eine Ausweitung in den gegenseitigen kulturellen Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion geplant«, ließ eine Londoner Quelle im britischen Außenministerium auf inoffizieller Ebene verlauten. »Dies wird unter den Vorzeichen unserer beiderseitigen Kulturvereinbarungen geschehen. Nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan hat es in zahlreichen dieser Kontakte einen Bruch gegeben und ein Absinken in den kulturellen Beziehungen, doch das wird sich nun ändern.«

Der Informant fügte hinzu, daß diese Ausweitung in »größeren kulturellen Manifestationen« zum Ausdruck kommen würde wie beispielsweise die Reise des Bolschoi-Balletts durch Großbritannien.

Derartige Kontakte werden zum größten Teil durch »Personen in Großbritannien vermittelt, die eine ähnliche Rolle spielen wie Armand Hammer für die Vereinigten Staaten, doch die mehr im Hintergrund und auf inoffizieller Ebene operieren und ohne daß ihre Namen bekannt sind, also weniger auf der offenkundigen politischen Seite der Dinge«, meinte der Informant. □

NATO

Carrington meint, Sowjets wollen reden

Inmitten des massivsten Umbruchs sowjetischer Kriegsführung und Planung, die der Westen je erlebt hat, erzählte der NATO-Generalsekretär Lord Peter Carrington, daß die NATO eine große Gelegenheit habe, mit der Sowjetunion unter der Führung Michail Gorbatschows »ins Geschäft zu kommen«.

Carrington, der frühere britische Außenminister und Verfechter einer neuen »Jalta-Aufteilung« der Welt, meinte, die sowjetische Führung sei bereit, auf den Gebieten der Rüstungsbeschränkung und Abrüstung eine »radikale Denkweise« einzuleiten und die Beschlüsse durchzufechten, die nötig sein werden. Bekümmert fügte er hinzu, daß das westliche Bündnis das Problem habe, die Öffentlichkeit im Westen ebenso wie sich selbst davon zu überzeugen, daß eine solche Gelegenheit existiert. □

Brasilien

Briten übernehmen Kontrolle über Mineralstoffe

Die raren Mineralstoffvorkommen Brasiliens sind in die Fänge der britischen und sowjetischen Interessen geraten. Die Anglo-American Mining, die zum Oppenheimer Bergwerkskonzern gehört, begann vor zehn Jahren schon in Brasilien vorzudringen, um die Destabilisierung Südafrikas vorzubereiten. Sie kontrollieren jetzt 60 Prozent des gewonnenen Goldes, 55 Prozent des Nickels und 55 Prozent des Wolframs in Brasilien.

Die Vereinigten Staaten sind vollständig abhängig von Mangan-Importen, da sie über keinerlei einheimische Vorkommen verfügen. Brasilien ist der Welt zweitgrößter Mangan-Produzent und seine neuen Vorkommen werden von der staatlichen Bergwerksgesellschaft CVRD kontrolliert, die im Sommer 1986 eine Absichtserklärung zur Übergabe der Hälfte ihrer Produktion an die Sowjets unterzeichnete.

Die Sowjets besitzen bereits 40 Prozent der Welt-Mangan-Reserven. In einer weiteren Vereinbarung geht es um die sowjetische Kooperation beim Abbau von Titan und Molybdän.

Um Brasilien die Kontrolle über seine strategischen Mineralstoffvorkommen zu garantieren, wurde im brasilianischen Unterhaus ein entsprechender Gesetzentwurf verabschiedet. Ausländische Firmen kontrollieren jetzt direkt 42 Prozent des brasilianischen Bergbaus und indirekt fast alles, was sich nicht in staatlicher Hand befindet. □

Japan

Nur zögernd Sanktionen gegen Südafrika

Während die europäischen Außenminister für die Europäische Gemeinschaft ein Importverbot von Stahl, Eisen und Gold aus Südafrika beschlossen haben, wurde auf Betreiben von Bundeskanzler Helmut Kohl und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher Kohleprodukte aus der Republik Südafrika von diesem Verbot ausgenommen.

Da Kohle für Europa der wichtigste südafrikanische Import ist, werden die Sanktionen also den von den Internationalisten erstrebten Erfolg nicht bringen.

Japan hat sich zwischenzeitlich in Anlehnung an die Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft ebenfalls entschlossen, zusätzliche wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen. Japan ist Südafrikas zweitgrößter Handelspartner. Darum wird Tokio allerdings sehr vorsichtig und behutsam bei der Verhängung von Importverboten vorgehen.

Japan hat zudem in Südafrika sehr hohe direkte Investitionen getätigt. Daneben haben die Japaner die südafrikanische Armee und Polizei mit Computern ausgerüstet. Es ist nicht verwunderlich, daß man sich darum in Tokio zunächst einmal auf eine Begrenzung des Imports südafrikanischer Goldmünzen beschränkte sowie auf eine Einschränkung der sportlichen und kulturellen Beziehungen. □

Europäische Gemeinschaft

Lebensmittel sollen verbrannt werden

Die Agrarabteilung der Europäischen Kommission in Brüssel empfiehlt über eine Million Tonnen »überschüssiger« Nahrungsmittel in Europa zu verbrennen, weil »solche Lebensmittelberge nicht verbraucht werden können, zu teuer sind, um gelagert zu werden und es an potentiellen Käufern fehlt«.

Diese Empfehlung, so berichtete der Londoner »Observer« ist in einem vertraulichen Bericht über die Agrarlage in Europa enthalten, der von einem Team ausgearbeitet wurde, das zu der Abteilung gehört, die vom früheren holländischen Finanzminister Franz Andriessen geleitet wird. Bis jetzt handelt es sich dabei allerdings nur um einen Vorschlag, der noch von den EG-Mitgliedsstaaten angenommen werden muß.

»Es geht um 750 000 Tonnen Butter, 500 000 Tonnen Milchpulver und beträchtliche Mengen an Weizen und Rindfleisch«, sagte ein Informant. »Die vorherrschende Meinung in der Agrarabteilung ist, daß für die Lebensmittel kein Markt vorhanden ist, daß die Existenz der Überschüsse die Preise unten hält und daß zuviel Geld ausgegeben wird für die Lagerung und das unnötigerweise. Es wird das Wort ›verbrennen‹ verwendet, doch die Leute hier verweisen auf den Präzedenzfall des vergangenen Jahres, als Getreide in die Nordsee gekippt wurde. Andriessens Leute behaupten, die Lebensmittel seien nicht geeignet für die Hungersnot in Afrika.«

Eine andere Informationsquelle äußerte sich ebenfalls zu diesem Problem: »Die ganze Situation dient dem Vorteil der UdSSR, die nur dann kaufen, wenn der Preis stimmt und sie Europa und die Vereinigten Staaten gegeneinander ausspielen können. Andriessens persönliches Kabinett vertritt die Einstellung, die EG sollte drei Alternativen verfolgen: entweder die Lebensmittel lagern, sie nach und nach billig an die Russen verkaufen oder sie vernichten. Das ist also eine sehr gute Situation für die Russen in Brüssel.«

Die Verantwortung als einzelner für den Vorschlag trägt der EG-Vertreter des französischen »roten Milliardärs« Jean-Baptiste Doumeng. Nach einem Informanten in Brüssel handelt es sich um den französischen Generaldirektor der EG-Kommission für Landwirtschaft Legras. Legras ist auch zuständig für die Arbeit der Agrarabteilung, von der obiger Vorschlag kommt. □

Angola

UNITA weiterhin unbesiegt

Nach wie vor fließen die Meldungen über die zeitweise heftig tobenden Kämpfe in Angola äußerst spärlich nach Westeuropa. Aus Zeitungsberichten, die in den letzten Wochen in Namibia erschienen sind, scheint indessen hervorzugehen, daß der massive Angriff, den MPLA-Regierungstruppen verstärkt mit Kubanern gegen die Einheiten der UNITA-Freiheitskämpfer von Jonas Savimbi geführt haben, zusammengebrochen ist.

Die UNITA gab bekannt, sie hätte im strategisch wichtigen Gebiet um Cuito Cuanavale im Südosten Angolas die Regierungstruppen zurückgeschlagen und dabei zwölf Radaranlagen und einen Flugplatz zerstört. Überdies seien große Mengen Treibstoff und Munition erbeutet worden.

Der Fortgang der Kämpfe läßt Beobachter in Namibia vermuten, daß eine Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf sambisches Gebiet im Gange ist. Die Meldung, daß die UNITA seit Sommer mehr als zwanzig Kampfflugzeuge, unter anderem auch MIG-Bomber der MPLA-Regierungstruppen abgeschossen hat, scheint nach diesen Zeitungsberichten aus Namibia den Tatsachen zu entsprechen.

Die Abschußerfolge sind offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die UNITA-Truppen die aus den Vereinigten Staaten gelieferten »Stinger-2«-Fliegerabwehrraketen mit Erfolg einzusetzen in der Lage sind.

Die Beobachter in Namibia sind auch der Meinung, daß der gemeldete Einsatz chemischer Waffen durch MPLA-Truppen den Tatsachen entspricht. Es sei dies ein Hinweis auf die Schwierigkeiten, in welche die MPLA-Truppen im Zuge ihrer beabsichtigten Groß-Offensive gegen die UNITA geraten sind. □

Südafrika

Arbeitslose als Folge der Sanktionen

Die Vereinigung der südafrikanischen Stahlindustrie-Betriebe hat die Folgen der vom amerikanischen Kongreß und weiteren Staaten durchgesetzten Sanktionsbeschlüsse gegen Südafrika geprüft und die Resultate dieser Überprüfung in der südafrikanischen Presse veröffentlicht. Als Folge der Sanktionsbeschlüsse sei mittelfristig mit einem Verlust von rund 30 000 Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie und in den von der Stahlindustrie direkt abhängigen Zulieferbetrieben zu rechnen. Insgesamt sind in der südafrikanischen Stahlindustrie heute rund 90 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Die Sanktionen werden im Verlauf der nächsten 18 Monate damit rund ein Drittel der Gesamtzahl der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie vernichten. □

Weltbank

Schuld haben die Afrikaner

In dem Weltbank-Jahresbericht werden Afrikas Schuldenprobleme auf »ungerechtfertigt hohen Konsum« zurückgeführt. In ihrem Bericht beschuldigt die Weltbank Länder wie den Sudan und Somalia »in Zeiten, wo die Umstände dagegensprechen, einen ungerechtfertigt hohen Konsum aufrechtzuerhalten«.

Es werden in dem Bericht Länder gepriesen, die wirtschaftliche »Reformen« durchgeführt haben, wie Ghana, wo die Staatsausgaben gekürzt und die Währung um 3200 Prozent abgewertet wurden. Eine der Auswirkungen dieser Politik war ein gewaltiger Anstieg der Kindersterblichkeit in den letzten fünf Jahren.

Es heißt in dem Bericht auch, 1986 sei ein »Jahr der Chance« für Afrika. Die Weltbank behauptet, daß dank der zahlreichen Regenfälle im Jahr 1985 und Anfang 1986 die wirtschaftliche Situation in Afrika »besser« geworden ist. Die Tatsachen, die dabei allerdings geschildert werden, lauten folgendermaßen: »Anhaltende Kürzungen im Konsum- und Investitionsbereich haben die Produktionsbasis vieler Wirtschaftszweige zerstört; für einige ist der Schuldendienst zu einer schweren, manchmal unüberwindbaren Bürde geworden; die langfristigen Aussichten für die Primärexporte sind weiterhin größtenteils düster.«

Das Pro-Kopf-Einkommen ist in vielen Ländern unter den Wert des Jahres 1970 gefallen und liegt teilweise bei nur 140 Dollar, wie zum Beispiel in Zaire. Auch die Preise für die Exportartikel Afrikas sind erneut gesunken: für Baumwolle fielen sie um 26 Prozent, für Zucker um 22 Prozent und für Tee um 43 Prozent.

Die Exporterlöse verzeichneten in nahezu allen Ländern Afrikas einen Rückgang, ebenso wie die Auslandshilfe und die Investitionen. Der Schuldendienst als Prozentsatz der Exporterlöse reicht von »einem niedrigsten Wert in Höhe von 47 Prozent in Zaire bis zu einem Höchstwert von 158 Prozent im Sudan«.

Inzwischen hat der Vorsitzende der Organisation für Afrikanische Einheit, N'Guesso, Staatsoberhaupt des Kongo, erneut die Einberufung einer afrikanischen Konferenz über die Schuldenfrage verlangt. N'Guessos Aufruf bei der UNO-General-

Vertrauliches

versammlung im Herbst 1986 überraschte viele Beobachter. Radio France International kommentierte, der Aufruf sei mit »allgemeinem Erstaunen« aufgenommen worden. Da dieser ursprünglich von Senegals Präsident Abdou Diouf gemachte Vorschlag seinerzeit auf eine große Opposition gestoßen war, glaubt die Mehrheit, daß man ihn fallenlassen wird. □

Südafrika

Schwarze zeigen kein Interesse für Tutu

Neben den geladenen Ehrengästen aus aller Welt fanden sich nur etwa 250 Schaulustige, darunter mehr als rund 100 schwarze Südafrikaner, zur Einsetzungsfeier von Erzbischof Desmond Tutu vor der St.-Georges-Kathedrale in Kapstadt ein.

»Die erwarteten Massen blieben aus«, schrieb die regierungskritische Zeitung »The Star«.

Eindrucksvoller als zu diesem Anlaß konnte den anwesenden internationalen Fernsehteams und Kameraleuten kaum noch bewiesen werden, daß Bischof Tutu praktisch keinerlei Rückhalt bei der schwarzen Bevölkerung Südafrikas besitzt. Allein auf der Halbinsel um Kapstadt herum leben weit mehr als eine Million schwarzer Menschen, für die es ein Leichtes gewesen wäre, mit ihrer Anwesenheit ihre Solidarität mit dem neuen Erzbischof zu demonstrieren. □

Tunesien

IWF-Gegner verurteilt

Ein tunesischer Richter hat den früheren Premierminister Tunesiens, Mohammed M'zali, aufgrund der bemerkenswerten Anklage »die tunesische Grenze illegal überschritten zu haben« in Abwesenheit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. M'zali ist im Sommer 1986 von dem alternden Präsidenten Bourgiba seines Amtes enthoben worden. Ende September 1986 war seine Immunität durch das Parlament aufgehoben worden.

Nach M'zalis Entlassung traten die IWF-Sparmaßnahmen in Kraft, gegen die er sich ausgesprochen hatte, und begannen Tunesiens Wirtschaft zu ruinieren.

In einer Serie von Interviews, die er in Europa gegeben hat, sagte M'zali, seine Familie werde aufgrund seiner Ausreise aus dem Land als »Geisel« festgehalten. Drei Söhne und sein Schwiegersohn wurden festgenommen, und seine Frau ist unter Hausarrest.

Bezeichnend für das Rechtssystem, das die IWF-Programme durchsetzt, ist die Anklage gegen Mrs. M'zali: Sie wird beschuldigt, mit ihrem Ehemann in Verbindung zu stehen.

In einem Interview mit dem französischen Fernsehen bezeichnete M'zali solche Maßnahmen der IWF-gelenkten Regierung als »beispiellos und unerhört«. Derartige Repressalien seien in den fünfziger Jahren nicht einmal gegen die gestürzte tunesische Monarchie eingesetzt worden, der dann die Gründung der Republik folgte.

M'zali zufolge gingen die Aktionen von einem »kleinen Clan aus, der die Kontrolle über das Land übernommen hat« und der den senilen Bourgiba jetzt als Gallionsfigur benutzt. □

Banken

Bank of America gibt Kreditbetrug zu

Die Bank of America hat zugegeben, daß sie große Summen fauler Auslandsschulden halte und in betrügerische Anleihen verwickelt sei. Die Bank erklärte sich kürzlich einverstanden, Beträge von einem 15-Millionen-Dollar-Kredit nicht einzuziehen, die sie im Jahr 1979 an Brasiliens größte landwirtschaftliche Kooperative vergeben hat. Das Geld ging nicht in die Genossenschaft, sondern auf ein Geheimkonto des ehemaligen Direktors der Kooperative bei der Filiale der Bank of America in Houston.

Dieser Direktor hat in einem Zeitraum von drei Jahren über 140 Millionen Dollar unterschlagen, die auf diesem Konto zusammenkamen und er wurde dabei von Spitzenfunktionären der Bank gedeckt, die hierüber Kenntnis hatten.

Die Bank, die über das Darlehen an Brasilien keinen Bericht erstattete, wozu sie laut Gesetz verpflichtet gewesen wäre, erpreßte die brasilianische Zentralbank für die Legalisierung der Schuld, indem sie drohte, das Schulden-Refinanzierungspaket Brasiliens aus dem Jahr 1984 zunichte zu machen. □

Demjanjuk

Opfer eines KGB-Komplotts

Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Patrick Buchanan, behauptet, John Demjanjuk, der vom amerikanischen OSI – Amt für Sonderermittlungen – des US-Justizministeriums beschuldigt wird, der »Schlächter von Treblinka« zu sein, sei das unschuldige Opfer eines KGB-Komplotts.

In der »Washington Post« schrieb Buchanan, der sich auch in der Vergangenheit schon gegen die Verwendung von KGB-gefälschten »Beweisen« durch das OSI gewendet hat, Demjanjuk sei nicht der zahlreicher Morde beschuldigte Wachposten eines Nazi-Konzentrationslagers, zu dem ihn das OSI und der KGB abgestempelt haben. Buchanan versichert, daß er nach gründlicher Untersuchung des Falles zu der Überzeugung gekommen ist, »daß John Demjanjuk das Opfer eines Justizirrtums ist. Daher dieser Artikel«.

Buchanan berichtet, daß man in Israel zunehmend skeptisch ist über Demjanjuks Schuld; seit seiner Auslieferung durch die Vereinigten Staaten Anfang 1986 erwartet ihn nun eine Gerichtsverhandlung. □

Südafrika

Wird das Land ein zweites Iran?

Die Republik Südafrika wird durch ihre innenpolitischen Probleme und die Sanktionen des Auslandes zu einem »zweiten Iran«, warnte Franz-Josef Strauß. »Die falschen Freunde der Demokratie bekämpfen die Apartheid, doch stürzen sie Südafrika damit in das gleiche Chaos wie andere das mit dem Iran gemacht haben«, sagte der CSU-Vorsitzende.

Strauß verglich die internationale Kampagne gegen die südafrikanische Regierung mit derjenigen gegen den Schah im Jahre 1978/79: »Das Ergebnis, das sich jedermann heute anschauen kann, ist, daß wir im Iran heute keine Demokratie mehr haben, sondern die Herrschaft eines brutalen Regimes.« □

Frankreich

Chirac widersprüchlicher Politik beschuldigt

Premierminister Jacques Chirac ist in der Nationalversammlung von Frankreichs Sozialisten und der Nationalen Front angegriffen und beschuldigt worden, bezüglich der französischen Geiseln im Libanon eine widersprüchliche Politik zu verfolgen.

Unter Bezugnahme auf Äußerungen anderer Minister aus dem Chirac-Kabinett, daß Länder des Nahen Ostens oder Geheimdienste in terroristische Aktivitäten verwickelt sein könnten, sagte der Parteivorsitzende der Sozialisten, Lionel Jospin: »Wenn ein bestimmter Nahoststaat darin verwickelt ist, warum ihn dann um Hilfe bitten? Wenn ein bestimmter anderer Staat darin verwickelt ist, warum auf eine Annährung abzielen?«

»Warum ließen Sie die Annahme zu, Frankreich wolle sich vom Libanon lösen?«, fuhr Jospin fort und wurde dabei von Regierungsvertretern verhöhnt.

»War es nicht sehr gewagt, den Anschein zu erwecken, Frankreichs Nahostpolitik sei nicht genau festgelegt und könne abgeändert werden. Wir wissen nicht, welche Politik Sie verfolgen. Wenn Sie Gewalt anwenden wollen, wie? Wenn Sie verhandeln wollen, sagen Sie uns, unter welchen Bedingungen und mit wem«, sagte Jospin.

Der Führer der Nationalen Front, Jean Maria LePen, verspottete Chirac hinsichtlich seiner Aussage, die Regierung sei über die Terroraktionen überrascht: »Diese Geistesfrische wäre vielleicht bei einem jungen Mädchen verführerisch, doch sie ist schon verblüffend für ein Regierungsoberhaupt«, meinte LePen. □

Großbritannien

Prinz Philip für satanische Allianz

Englands Prinz Philip verkündete in Assisi: »Heute ist in diesem berühmten Heiligtum des Heiligen der Ökologie eine neue Allianz zwischen den Kräften der Religion und den Kräften der Erhaltung gebildet worden.«

Philip hielt seine Ansprache anläßlich der Feier zum 25jährigen Bestehen des World Wildlife Fund in einem Franziskanerkloster, das von seinen Ratgebern als »kulturelle Wasserscheide« und Ereignis bezeichnet wurde, geeignet, um die »nächsten 25 Jahre« westlicher Kultur zu bestimmen. Was der Prinz tatsächlich feierlich einleitete, war ein neues »satanisches Bündnis«.

»Mit der ›Assisi-Woche‹ des World Wildlife Fund wurde formell ein ›religiöses Netzwerk der Erhaltung‹ geschaffen oder mit den Worten eines Organisators, eine ›neue Allianz der wichtigsten Weltreligionen mit der Bewegung der Bewahrung‹«.

Kurz gesagt, der Prinz startete feierlich ein Projekt, mit dem die westliche Kultur wieder auf heidnische Rohheit zurückgeführt werden soll, indem Umweltschutz mit pseudo-religiösem Kult verbunden wird. Der Begriff des Fortschritts und der Beherrschung der Natur, der in der goldenen Renaissance und den führenden Strömungen der wichtigsten Weltreligionen verkörpert ist, soll zerstört werden.

Die Veranstaltung wurde eröffnet mit der jüdischen Schofar und tibetanischen Gebirgshörnern sowie Lesungen aus der Bibel, der Bagavad-Gita und dem Koran. Der Franziskaner-Priester Lanfranco Serinni sagte, die von Philip ins Auge gefaßte neue Weltreligion basiere auf der »Erhaltung und ökologischen Harmonie der Natur«. Das, so sagte er, ist das gemeinsame Erbe von Buddhismus, Judentum, Islam und Christentum. □

Frankreich

Zehn Tonnen Gestapo-Akten

Aus zehn Tonnen mit Gestapo-Akten in einem Kellergewölbe des französischen Geheimdienstes geht hervor, daß »Männer von Charakter«, die zur Résistance gehört haben wollen, in Wirklichkeit Nazi-Kollaborateure waren, wie Alexandre de Marenches, der ehemalige Leiter des französischen Geheimdienstes (SISDE), verkündete. □

Armand Hammer

Auf der Gästeliste des Weißen Hauses

Einem Bericht der »Washington Times« zufolge, wurden Präsident Reagans Beziehungen zu Armand Hammer vom Leiter der amerikanischen Informationsbehörde, Charles Wick und Michael Deaver, dem früheren Top-Berater des Weißen Hauses, gefördert.

Wick, ein führendes Mitglied der Ratgebergruppe des Präsidenten, ist langjähriger Freund Hammers, des wichtigsten amerikanischen Geschäftspartners der Sowjets und Einflußträgers. Wicks Tochter arbeitete in Hammers Kunstgalerie in New York.

Die »Times« berichtet, Deaver habe dafür gesorgt, daß Hammer auf die Gästeliste der gesellschaftlichen Funktionen des Weißen Hauses kam.

Hammer wird übrigens auch die Tatsache zugeschrieben, er habe dabei geholfen, Nicholas Daniloffs Austausch gegen den gefangengenommenen Sowjetspion Gennady Sacharow zu ermöglichen – trotz Reagans wiederholter Behauptung, er würde niemals einen unschuldigen Journalisten gegen einen überführten Spion austauschen. Reagan blieb auch dabei, den Tausch bis zum Schluß »nicht als Tausch« zu bezeichnen.

Hammer wird auch eine wichtige Rolle bei den Vorbereitungen des »Nicht-Gipfels« in Island zugeschrieben, wo der amerikanische Präsident allen Anzeichen bereit war, größere Zugeständnisse an den Sowjetführer Michail Gorbatschow zu machen. □

USA

Halbleiter-Vertrag mit Japan angegriffen

Der frühere Staatssekretär im US-Handelsministerium, Lionel Olmer, hat den amerikanisch-japanischen Vertrag über Halbleiter, der im Sommer 1986 abgeschlossen wurde, angegriffen und als ein »schlechtes Beispiel« verurteilt.

»Ich bin der festen Überzeugung, daß es eine schlecht abgefaßte, unpraktikable Vereinbarung ist, die mit Sicherheit scheitern wird und die den Interessen der amerikanischen Halbleiter-Produzenten kaum dienen wird«, sagte Olmer.

Der Vertrag wird zu einer Erhöhung der Chip-Preise in den USA führen, die von den Computerherstellern an den Verbraucher weitergegeben wird. Veranlaßt wurde die Vereinbarung durch ein angebliches »Dumping« von Chips auf dem US-Markt durch die Japaner.

Olmer sagte, der Vertrag sei ohne ausreichende Rücksprache mit den amerikanischen Herstellern zustandegekommen, und die europäischen Länder seien nicht konsultiert worden. □

Zitate

Geld

Silvio Gesell, der Begründer der Freiwirtschaftslehre, 1918: »Trotz dem heiligen Versprechen der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz der Rufe der Millionen: ›Nie wieder Krieg‹, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: ›Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur die Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen‹. Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.«

Gehorsam

Helmut Kohl, Bundeskanzler, vor dem Council on Foreign Relations (CFR): »Die Verteidigung Europas ist auch die Verteidigung Amerikas. Ich erwarte trotz der verstärkten Diskussion in den Vereinigten Staaten, daß in absehbarer Zeit amerikanische Truppen nicht einseitig von Europa abgezogen werden. Es wäre das falsche Signal zur falschen Zeit an die andere Seite.«

Teilung

Helmut Schmidt, Ex-Bundeskanzler: »Machen wir uns nichts vor: Es gibt viele Menschen in Europa, die den geteilten Zustand und wie wir auf beiden Seiten Deutschlands mit dieser Teilung umgehen, für eine der wesentlichen Gefährdungen des Friedens in Europa halten. Gelassener Umgang mit der Teilung heißt aber auch, dabei nicht unsere eigenen Werturteile, unsere eigenen Grundsätze, unseren eigenen Glauben zu kompromittieren.«

Bundeswehr

Dr. Friedrich Lothar Rühl, Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung: »Eine Armee ist das Werkzeug der Politik für die Verteidigung und die äußere Sicherheit. Der militärische Auftrag ist Mittelpunkt des Denkens und Handelns der Armee. Eine Armee darf nicht politisieren, sonst würde eine militärische Organisation sich in eine politische, dazu noch bewaffnete Veranstaltung auflösen; dies widerspräche den Geboten der Überparteilichkeit und der Achtung der Zivilgewalt. In unserem demokratischen Staat muß die Armee in die Verfassungsordnung eingefügt sein und in der zivilen Gesellschaft als Teil existieren; sie darf sich nicht absondern, aber sie darf als Militär auch nicht außerhalb des ihr zugewiesenen Verantwortungsbereichs auftreten. Deshalb ist die Forderung, die Soldaten und Beamten der Verteidigung müßten sich vorrangig mit den Problemen der Gesellschaft auseinandersetzen, staatspolitisch nur auf den einzelnen zu beziehen. Offiziere, Unteroffiziere sollen in der Gesellschaft mitdenken und mithandeln, aber im Dienst müssen sie ihren militärischen Auftrag erfüllen.«

Atomkrieg

Norman Mailer, amerikanischer Schriftsteller: »Es scheint mir, je älter ich selbst werde, daß ältere Menschen keine dramatischen Dinge tun – und die führenden Nationen der Welt werden von älteren Männern regiert. Jemand müßte auf den Knopf drücken, und ich glaube nicht, daß Gott diese Bewegung eines menschlichen Fingers zulassen würde.«

Philippinen

Corazon Aquino, Präsidentin der Philippinen: »Ich muß mich immer daran erinnern, daß ich jetzt Präsidentin bin und mir daher keine Späße mehr erlauben darf.«

Ergebenheit

Otto von Habsburg, außenpolitischer Sprecher der CSU im Europa-Parlament: »Was immer der Bundeskanzler gesagt haben mag – es ist doch wesentlich zutreffender, einen totalitären Diktator wie Gorbatschow mit anderen Tyrannen wie Stalin, Hitler oder Goebbels gleichzusetzen als mit einem Staatsmann der freien Welt wie Ronald Reagan.«

Bekenntnis

Prinzessin Diana, zukünftige britische Königin, über ihre Schulausbildung ohne die mittlere Reife zu erreichen: »Ich war einfach zu beschäftigt. Und mein Gehirn hat die Größe einer Erbse.«

Zionismus

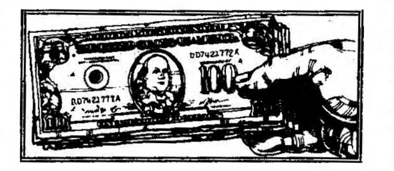
Heinz Galinski, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Berlin: »Ich gebrauche einen sehr milden Ausdruck, wenn ich sage, daß es nach Auschwitz eine provozierende Gedankenlosigkeit ist, im Umgang mit uns Normalität zu fordern.«

Kirche

Helmut Schmidt, Ex-Bundeskanzler: »Es gibt sehr viele theologisch Angehauchte, die uns erzählen, daß ihre politische Sicht die einzig richtige sei. Es ist sehr, sehr schwer, politische Verantwortung auf die christliche Lehre abzustützen.«

Wahlen

Jörg Haider, Bundesvorsitzender der Freiheitlichen Partei Österreichs: »Die Roten und die Schwarzen wollen die Stimmen der Älteren, putzen sich aber an ihnen politisch die Füße ab.«



Deutsche

Hu Yaobang, chinesischer Parteichef: »Westdeutschland verfügt über eine entwickelte Wirtschaft, ist hochtechnisiert und arbeitet gewissenhaft. Weltwirtschaftlich gesehen steht es auf Platz vier hinter den USA, Japan und der Sowjetunion. Wir sind über die Bundesrepublik relativ gut informiert und hoffen, daß sie ihrerseits dazu beiträgt, die dritte Welt in Fragen der Entwicklung zu unterstützen und die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sollte kein Antagonismus bestehen – den Schaden hätten in erster Linie die Deutschen. Man sollte den jeweils anderen respektieren; Gesellschaftssysteme sind historisch entstanden, von den Völkern gewählt. Trachtet man nicht danach, das System des anderen zu verändern, respektiert man die Auffassung des anderen, läßt sich vieles freundschaftlich regeln. Ihr seid ein Volk und solltet in Freundschaft miteinander auskommen.«

Syrien

Abdel Halim Khaddam, syrischer Vizepräsident: »Wir glauben nicht, daß es wegen des Terrorismus eine Krise zwischen Syrien und Europa gibt. Syrien übt weder Terrorismus aus noch unterstützt es solche Aktionen. Ein Problem besteht zwischen Syrien und den USA. Um den Fall in London anzusprechen, so hat die USA dabei Großbritannien benutzt, und die Israelis haben daran teilgenommen. Auf Europa wurde großer Druck ausgeübt. Diese Kampagne wurde von den USA ausgelöst, um den Ruf Syriens zu verschlechtern, und zwar deshalb, weil Syrien eine Abhängigkeit ablehnt, weil es seine nationale Rechte wahrt, und weil es für die legitimen Interessen des palästinensischen Volkes eintritt. Israel besitzt arabische Territorien. Seit 1982 hat es in Libanon arabisches Gebiet okkupiert. Außerdem hat Israel terroristische Aktionen unternommen, unter anderem die Entführung eines Flugzeugs, mit dem eine offizielle Delegation geflogen ist. Was haben die USA damals gemacht? Sie haben ihr Veto gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrates eingelegt, damit Israel nicht verurteilt wird.« □

US-Dollar

Handel verwirrt über den Kurs

C. Gordon Tether

Der starke Anstieg des Dollar auf dem internationalen Markt, der durch die monetären Abenteuer der Reagan-Regierung nur noch beschleunigt wurde, hat seit Anfang des Jahres 1985 allmählich aufgehört. Er begann dann zu fallen und der Abwärtstrend wurde in der Folge beschleunigt durch eine Vereinbarung zwischen den wichtigen, im Finanzsektor schrittmachenden Ländern mit dem Ziel, daß es äußerst wünschenswert sei, den Dollar auf eine noch weitaus niedrigere Stufe sinken zu lassen.

Das Ganze nahm jedoch mit der Zeit einen ziemlich ungleichförmigen Charakter an. Ein Jahr später war der Dollar im Vergleich zu einer Reihe der Welt stärksten Währungen – insbesondere der Deutschen Mark, dem japanischen Yen und dem Schweizer Franken –, um etwa ein Drittel billiger geworden.

Abwertung um nur vier Prozent

Doch sein Verfall im Verhältnis zu vielen anderen Währungen neben dieser kleinen Gruppe war weitaus geringer; in vielen Fällen – das englische Pfund Sterling ist dafür ein herausragendes Beispiel – war die Abwertung kaum der Rede wert.

Dies bedeutete zweifellos, daß die Abwertung des Dollar im Vergleich zu ausländischen Währungen insgesamt weitaus geringer war, als daß es im Herbst 1985 nötig war ihn wieder auf einen realistischen Wert zu bringen.

Darüber ist der Vorteil, den diese Korrektur bei der Reduzierung von Amerikas hohem Außenhandels-Bilanzdefizit hätte geben sollen, durch eine andere Entwicklung geschmälert worden. Es ist die Tendenz des Außenhandels den Dollar-Preis ihrer Waren zurückzunehmen, um zu verhindern, daß sie auf dem amerikanischen Markt durch Anpassung der Wechselkurse nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Ein neuer Index für den Handels-Dollar vom Bankhaus Manufacturers Hanover Trust, der umfassender und aktueller sein soll als die amtliche Version, zeigt demzufolge, daß der Dollar praktisch in den letzten zwei Jahren, nachdem er im Februar 1985 einen Höchstwert erreicht hatte, nur um vier Prozent an Wert verloren hat.

Was nicht überrascht – die Folge war eine Art Verwirrung darüber, was als nächstes passiert. Und nirgendwo wurde dies deutlicher als in den Vereinigten Staaten selbst. Der Vorsitzende des Federal Reserve Systems, Paul Volcker, vertritt die Ansicht, der Dollar sei weit genug gefallen. »Ich sehe keinen Bedarf«, so sagte er vor ein paar Wochen, »für weitere Anpassungen in dem Umfang oder in der Geschwindigkeiten der vergangenen 18 Monaten.«

Weiteres Absinken ist sicher

Im Gegensatz dazu bestand der Sprecher der US-Regierung in solchen Angelegenheiten, Finanzminister James Baker, darauf, daß der Dollar noch viel mehr fallen müsse, wenn sich der US-Handel wieder auf einer zufriedenstellenden Ebene einpendeln soll.

Derzeit sieht es so aus – wie es in einem Bericht der American Express Bank hieß –, daß es drei Grundansichten gibt, was den »wünschenswerten Kurs des Dollar angeht«.

Die eine ist, daß der Dollar weit genug gefallen ist und es nur noch eine Frage der Zeit sei – vielleicht ein oder zwei Jahre – bis das US-Handelsdefizit verschwunden ist, insbesondere wenn das Wirtschaftswachstum anderweitig steigt.

Die zweite Ansicht ist, daß der Dollar noch weiter fallen muß gegenüber allen anderen Währungen, eine Ansicht, die aus Wettbewerbsgründen vertreten wird, wenn man das Verhalten der Inflations- und Produktivitätszahlen in den verschiedenen Ländern über die letzten Jahre hinweg untersucht.

Eine dritte Ansicht lautet, daß der Dollar noch weiter fallen muß, aber nur gegenüber Währungen wie dem englischen Pfund Sterling oder dem kanadischen Dollar, gegenüber denen er bis jetzt nur unwesentlich verloren hat.

Damit scheint die Frage, wo es nun langgeht mit dem Dollar, weiterhin offen, käme da nicht ein verhältnismäßig neuer Faktor von möglicherweise entscheidender Bedeutung in Betracht. Es ist die wachsende Erkenntnis – in den Vereinigten Staaten selbst wie auch in der ganzen übrigen Welt –, daß es äußerst dringlich geworden ist, die Außenhandelsbilanz der USA zu verbessern, da andernfalls das Wohl des gesamten Weltwirtschaftssystems ernstlich gefährdet ist.

Somit scheint es fast sicher, daß der Dollar auf die eine oder andere Art in den kommenden Monaten im Verhältnis zu einer ganzen Reihe von Währungen – und nicht nur den vorrangigen, wie bisher – noch erheblich weiter absinken wird.

Die Frage, die bleibt: Besteht die Gefahr, daß dies eine steigende Nachfragewirkung auslöst, die zu einer internationalen Finanzkrise ungeheueren Ausmaßes führt? Bisher ist diese Gefahr abgewendet, doch man liegt sicher nicht falsch mit der Vermutung, daß dies – nämlich die Möglichkeit einer derartigen Gefahr – Volcker dazu veranlaßte zu versichern, daß das Schlimmste vorüber sei; dies eher als eine tiefe Überzeugung, daß der Dollar wirklich bereits wieder eine Stufe erreicht hat, auf der er sich halten kann.

So etwas kann allerdings vermieden werden, wenn der Fall des Dollar in Richtung auf volle Wettbewerbsfähigkeit über einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren hinweg ordnungsgemäß kontrolliert wird. Und auf eines können die Vereinigten Staaten auf dem internationalen Gebiet der finanziellen Zusammenarbeit in den nächsten beiden Jahren sicher zählen, nämlich, daß sie von den übrigen wichtigsten Ländern deutliche Unterstützung erhalten werden, damit diese Bedingung erfüllt wird.

Interesse auf Edelmetalle lenken

Es sieht also so aus, als würde der Dollar weiter in angemessener Weise fallen, bis er hinsichtlich Kaufkraftparität mit den anderen Währungen in Übereinstimmung ist. Was bedeutet das für den Mann und die Frau auf der Straße?

Ein wichtiger Punkt: Unter solchen Umständen sollte man an Beständen der deutlich gesünderen ausländischen Währungen festhalten und sich zur Finanzierung von Auslandsreisen eher früher als später noch weitere Vorräte beschaffen.

Es wäre auch gleichermaßen angezeigt, Bestände an Edelmetallen eher noch zu vergrößern als zu reduzieren, wenn man bereit ist, das Risiko einzugehen – was wahrscheinlich kein sehr großes ist –, ob dieser Investmentsektor in naher Zukunft durch ein Nachlassen der Spannungen aus der Apartheid-Krise in Südafrika in Bewegung geraten wird.

Die Folgen eines weiteren Falls des Dollar für einen anderen, wichtigen Punkt in den Geldangelegenheiten des Normalbürgers – die Inflation –, lassen sich weniger leicht vorhersagen, da dieser Aspekt zu viele Unsicherheiten in sich birgt. Was sich sagen läßt ist, daß das daraus resultierende Ansteigen der Preise für ausländische Importe zu einer Steigerung der Inflationsrate führen wird.

Doch da der Außenhandel nur einen Bruchteil der Gesamtkonjunktur in den USA ausmacht, wird dies wahrscheinlich kaum mehr als einen Anstieg um ein bis zwei Prozent verursachen, verglichen mit Werten, die sonst eingetreten sind. □

Frankreich

Arbeitslose durch Fremdarbeiter

Beat Christoph Baeschlin

Ein hoher französischer Beamter, Jean Mottin, hatte während seiner letzten Dienstjahre viel mit der Einwanderung zu tun und seine ersten Jahre des Ruhestandes benutzte er dazu, um seine Erfahrungen niederzuschreiben. Der Titel seines Buches lautet ganz unpolemisch »Les immigrés et l'emploi« (»Die Einwanderer und der Arbeitsmarkt«). Es ist erschienen in der Editions Litec, Place Dauphine 27, F-75001 Paris.

Die Zeit der Nachfrage nach Fremdarbeitern war in Frankreich kurz bemessen. Die Hochkonjunktur mit großem Wirtschaftswachstum dauerte von 1962 bis 1974. In diesem Jahrzwölft wurden in Frankreich 2 200 000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Die seit fast einem Jahrhundert stabil gebliebene Bevölkerung reichte nicht mehr aus, um diesen Hunger nach Arbeitskräften zu stillen.

Das Korsett sozialistischer Verordnungen

Die in allen westlichen Industriestaaten sich kundtuende Hochkonjunktur wurde in Frankreich maßgeblich gefördert durch die zwei Millionen Algerien-Flüchtlinge. Es handelte sich nicht um Araber, sondern um die seit Generationen in Algerien seßhafte Bevölkerung europäischer Herkunft, die jenes französische Überseegebiet in ein wirtschaftlich blühendes Land verwandelt hatten.

Nach Beendigung des Algerien-Krieges mußten sich alle Europäer fluchtartig nach Frankreich absetzen. Es waren größtenteils unternehmungsfreudige Menschen, die sich sozusagen ohne staatliche Hilfe neue Existenzen aufbauen mußten. Damit brandete eine ungewöhnliche ökonomische Kraftentfaltung in das seit 1914 mehr und mehr im Korsett sozialistischer Verordnungen eingeschnürte Wirtschaftsleben Frankreichs. Weitere Scharen von Rückwanderern strömten aus anderen in die politische Selbständigkeit entlassenen Überseegebieten herbei.

Das kurzlebige französische Wirtschaftswunder war in hohem Maße diesen Rückwanderern zu verdanken, deren Heimkehr andererseits alle wirtschaftlichen Tätigkeiten der vormaligen Kolonialgebiete verarmen ließen.

Und das ausgerechnet in dem Augenblick, wo die Weltgesundheitsorganisation der UNO die Bevölkerungsexplosion in der dritten Welt anzukurbeln begann. Die sich unsinnig vermehrende Bevölkerung der dritten Welt erlebte ihren zweiten Aderlaß, als ein Großteil der arbeitswilligen Jugend unwiderstehlich ins Land der ehemaligen Kolonisatoren strebte. Dieser Sog nahm bald die Ausmaße einer Völkerwanderung an.

Nach der Erdölkrise vom Herbst 1973 erfuhr die Hochkonjunktur in den westlichen Industriestaaten eine merkliche Abschwächung. In Frankreich bescherte der Rückschlag ab 1975 bereits eine deutliche Krisenstimmung.

Die Bevölkerungs-Zeitbombe tickt

Betriebsschließungen und rasch wachsende Arbeitslosigkeit veranlaßten die phantasielose Führungsklasse, ihre bisherige faule Politik mit vermehrter Kraft zu praktizieren, nämlich: durch nutzlose Gesetze »soziale Sicherheit« vorzugaukeln. Dadurch schwächte Frankreich bloß seine Konkurrenzfähigkeit.

Dynamische Arbeitgeber suchen sich der Einschnürung durch die Sozialgesetzgebung zu entziehen, indem sie die Automatisierung forcieren. Andere suchen ihre Rettung in der Beschäftigung von illegalen Einwanderern, die jenseits der Sozialgesetze leben und deshalb als Arbeiter »interessant« sind.

Jean Mottin stellt fest: In der Zeit von 1975 bis 1985 verzeichnet die offizielle französische Statistik den Verlust von 1,8 Millionen Arbeitsplätzen. Aber ausgerechnet in dieser Zeit des wirtschaftlichen Rückganges haben die Behörden den Zuzug von zwei Millionen zusätzlichen Arbeitskräften bewilligt.

Das ergibt folgendes Bild: 1975 gab es eine Million Arbeitslose. In der Zeit von 1975 bis 1985 sind zwei Millionen Arbeitskräfte eingewandert. Im Januar 1986 gab es darauf drei Millionen Arbeitslose in Frankreich.

Aus dem Buch von Jean Mottin ergibt sich somit ganz eindeutig, daß die Einwanderung und der Zuzug von Arbeitskräften in Frankreich bis 1974 eine Berechtigung hatten. Was seit 1974 – also seit der Regierungstätigkeit Valéry Giscard d'Estaing's – vorgekehrt wurde, ist reiner Unfug. Jeder Neuzusiedler, der seit 1974 kam, bedeutet für Frankreich eine finanzielle, volkswirt-

In Frankreich tickt die Bevölkerungs-Zeitbombe. Die französische Regierung informiert unzureichend über die Bevölkerungsentwicklung und die Zahl der Einwanderer.



schaftliche, demographische und moralische Belastung.

Das Schwerwiegendste ist natürlich die bevölkerungsmäßige Zeitbombe, die da tickt. Einwanderer aus der dritten Welt sind unwiderstehlich umgeben von einer großen Kinderschar, manchmal sogar von mehreren Ehefrauen. Die Kinder der Eingewanderten werden früher oder später Anteil am Erwerbsleben und bald auch an politischen Entscheidungsvorgängen verlangen. Das bedeutet, daß die Einheimischen immer mehr in die Enge getrieben werden.

Mottin unterläßt es nicht, auf die üble Irreführung des französischen Volkes hinzuweisen, nämlich auf den Umstand, daß die Grundgesetze von 1946 und 1958 feierlich versprechen, jedem Franzosen »das Recht auf Arbeit« zu garantieren. Offensichtlich sind wir da schon im Gebiet der politischen Mythologie. Denn in Frankreich sind seit 1974 alle Regierungen, bürgerliche und sozialistische, ganz unverhohlen am Werk, um die Einwanderung und damit die Arbeitslosigkeit und Verelendung planmäßig zu fördern.

Die Legende von den Einwanderern

Die Legende von den Einwanderern, die die »Drecksarbeit« verrichten, damit räumt Mottin in seinem Buch gründlich auf. Ebenso mit der Sentimentalität von den Einwanderern, »die wir gerufen haben, um die Drecksarbeit zu verrichten«.

Gemäß offizieller Statistik wies die Einwanderung zur Zeit des größten Wirtschaftswachstums im Jahr 1968 eine klare Mehrheit von Europäern auf, nämlich 72 Prozent. Diese stammten vorwiegend aus Spanien, Italien und Portugal. Aber sechs Jahre später, als sich in Frankreich bereits Krisenstimmung einnistete, änderte sich die Herkunft der Zuwanderer; 77 Prozent waren Nordafrikaner, Schwarzafrikaner und Portugiesen zum Teil aus Afrika sowie andere Dritte-Welt-Angehörige.

In jener Zeit beginnt auch die illegale Einwanderung dramatische Ausmaße anzunehmen. Zudem erhält nun die neu geschaffene Kategorie der Flüchtlinge zunehmende Bedeutung. Die angeblichen Flüchtlinge dienen in den westlichen Ländern den Behörden als Vorwand, um fremdrassige Elemente in bedeutender Zahl einzuschleusen.

Jean Mottin stellt fest: Zur Zeit der Hochkonjunktur, also bis 1973, herrschten die aus Europa stammenden Einwanderer vor. Es war die Periode, als die Einwanderer volkswirtschaftlich nützlich waren, weil sie einen Arbeitskräftemangel ausglichen. Nach 1973 stammen die Neuankömmlinge vorwiegend aus Dritte-Welt-Ländern und erfüllen keine volkswirtschaftlich nützliche Rolle. Die Einwanderer treten folglich seit 1974 mit den Franzosen in Konkurrenz, sie nehmen den Einheimischen die Arbeitsplätze weg.

Seit 1974 entbehrt der Slogan von der »Dreckarbeit«, die die Einwanderer angeblich zu übernehmen haben, jeglicher Grundlage. Heute sind 62 Prozent aller Hilfsarbeiter Franzosen und fast die Hälfte aller Einwanderer sind im Dienstleistungssektor tätig, zum Beispiel in öffentlichen Beamtungen – dieser Bereich dehnt sich in Frankreich viel weiter aus, als in anderen westlichen Industriestaaten.

Jean Mottin betont, daß die Behörden Frankreichs eine klare Begünstigung der Einwanderer betreiben. Das ist auch der Grund, daß möglichst wenig entsprechende Statistiken geführt werden. Die wahre Situation soll vertuscht werden.

Was im genannten Buch an Zahlenmaterial vorliegt, hat Jean Mottin in langwieriger Arbeit aus einem zweideutigen Zahlendickicht herausgeklaubt und ist bei seinen Nachforschungen oft genug auf den Widerstand von Beamten gestoßen. Diese hatten den Auftrag, Nachforschungen über den Stand der Einwanderung möglichst zu vereiteln. Behörden, Informationsmedien und das politische Establishment scheinen fest entschlossen zu sein, die Einwanderung aufzunötigen – Volkswille hin oder her.

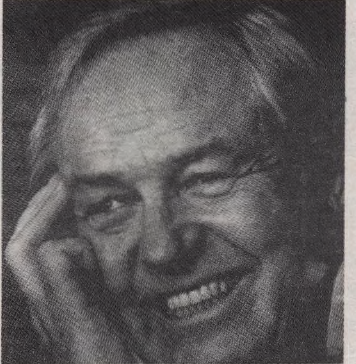
Sagte doch vor kurzem der in Europa lebende amerikanische Anlageberater Dr. Harry Schultz: »Heute müssen die Menschen in den westlichen Ländern ihre Nation vor den Regierungen retten, denn diese sind nicht mehr auf der Seite ihrer Bürger.« □

Frankreich

Presse zensiert LePen

Michael Collins Piper

Frankreich macht in der stillschweigenden Zensur in der Berichterstattung über politische Ergebnisse und Persönlichkeiten keine Ausnahme. Wie in allen westlichen Staaten – einschließlich USA und der Bundesrepublik Deutschland – sind die Establishment-Medien voreingenommen, einseitig und verschweigen oft wichtige Tatsachen und Ereignisse. In Frankreich mag es vielleicht noch schlimmer sein.



Jean-Marie LePen und seine Nationale Front werden zu einer immer größeren politischen Kraft.

Als zum Beispiel mehr als 250 000 Mitglieder der Nationalen Front, der führenden dritten Partei Frankreichs, im Oktober 1986 in Le Bourget an der Jahresversammlung ihrer Partei teilnahmen – bei der auch der dynamische Parteiführer Jean-Marie LePen sprach –, wurde über dieses wichtige politische Ereignis in den französischen Medien kaum, beziehungsweise überhaupt nicht berichtet.

Obwohl die Nationale Front kaum Werbung in den Zeitungen machte, um die Wähler von der Veranstaltung in Kenntnis zu setzen, verbreitete sich die Nachricht durch Mund-zu-Mund-Propaganda und zog diese riesige Menschenmenge an, die kam, um LePen zu hören.

LePen ist bei weitem zur Zeit der populärste politische Führer in Frankreich. Der sozialistische Präsident François Mitterrand, Premierminister Jacques Chirac und der kommunistische Parteichef Georges Marchais ziehen im allgemeinen nicht mehr als 2000 Menschen bei ihren Kundgebungen an. Doch in den Medien werden diese Figuren des Establishments stark hervorgehoben und ihre Parteiversammlungen werden ausführlichst erwähnt.

Als der Kommunistenführer Marchais eine Kundgebung unterstützte, bei der der französische Popstar Johnny Halliday auftrat, konnte Marchais etwa 10 000 Menschen anlocken. Als Halliday jedoch ging, gingen 80 Prozent des Publikums mit ihm. Doch Marchais und seine roten Freunde sowie deren Verbündete in den Establishment-Parteien werden weiterhin in den Medien in voller Länge und Breite erwähnt.

Trotz der Bemühungen des Establishments LePen zu ignorieren und trotz Chiracs eiliger Aufhebung des Verhältniswahlrechts per gesetzlichen Erlaß – das Verhältniswahlrecht ermöglichte der Nationalen Front 35 Sitze im französischen Parlament zu gewinnen –, hofft LePen schließlich zum französischen Premierminister gewählt zu werden.

Daß LePen ernstgenommen wird, hat sich im Oktober 1986 gezeigt, als etwa 1500 führende Persönlichkeiten aus Frankreichs Wirtschaft und Industrie an einem Abendessen teilnahmen, wo LePen sprach. Daran nahm ebenfalls das gesamte, in Paris akkreditierte diplomatische Corps teil.

Trotz der offensichtlichen Bedeutung dieser Angelegenheit schenkten die Establishment-Medien dieser Zusammenkunft kaum Erwähnung. Erwähnt wurde nur das Treffen im Zusammenhang mit der Tatsache, daß der ehemalige Kaiser von Thailand an dem Essen teilgenommen hatte.

Der Ausschluß LePens von den Medien zusammen mit seiner Nationalen Front ist vergleichbar mit dem, was in den Vereinigten Staaten der populistischen Bewegung angetan wird. Dennoch – eben weil LePen und seine Partei die Menschen über ihre eigenen Wege erreicht haben – wächst ihre Popularität ständig weiter. □

Iran

Kritik an US-Unterhändler

Warren Hough

Ein äußerst gefährliches, unüberlegtes und verfassungswidriges, politisches Instrument der Reagan-Regierung – die geheimen Aktionsprogramme, die von amerikanischen und israelischen Agenten gemeinsam ausgeführt werden, wobei Washington die Mittel liefert und Jerusalem die Anweisungen – ist jetzt im Weißen Haus offengelegt und der amerikanische Präsident und seine Helfershelfer müssen sich dem »dummen und gescheiterten« Iran-Abenteuer stellen.

Als »dumm und gescheitert« bezeichnete ein hochgestellter iranischer Beamter im UNO-Hauptquartier in New York die Versuche der amerikanischen Regierung Israel als Makler einzusetzen in ihren Bemühungen, die Beziehungen zum Iran zu verbessern.

Nach Teheran geht es nicht über Israel

»Mit uns über Israel in Verbindung zu treten ist ein Fehler«, erklärte dieser Informant, der – wie ein anderer iranischer Diplomat im UNO-Hauptquartier – bereit war, die Krise in den amerikanisch-iranischen Beziehungen vor einem »breiten Hintergrund« zu diskutieren.

»Das soll nicht heißen, daß Präsident Ronald Reagan Unrecht darin hatte engere Kontakte zwischen unseren Ländern anzustreben. Wir sind bereit, unsere Differenzen mit der US-Regierung zu überprüfen und so viele Reibungspunkte wie möglich zu beseitigen.«

Diese beiden islamischen Staatsmänner waren sich darin einig, Reagans Schritte in Richtung Wiederannäherung als »wohlmeinend« und »lohnend« zu bezeichnen. Doch, so behauptete einer der Informanten, ein iranischer Gesandter im Range eines Admirals, der – obwohl bei den Vereinten Nationen akkreditiert – gelegentlich als Sprecher für seine Regierung fungiert, in inoffiziellen Gesprächen mit amerikanischen Beamten: »Der Präsident hat sich dazu verleiten lassen, den falschen Kurs zu nehmen. Der Weg über Teheran führt nicht über Israel, sondern über genau die entgegengesetzte Richtung.«

Die iranischen Vertreter führten die zwischen ihrem Land und den Vereinigten Staaten eingetretene Entfremdung auf die siebziger Jahre zurück, als Henry Kissinger die Strategie der Nixon-Regierung in seiner dreifachen Rolle als amerikanischer Außenminister, nationaler Sicherheitsberater des Weißen Hauses und »Chefdenker« des Chase- Manhattan-Konsortiums, das Familienflaggschiff des Rockefeller-Clans, beherrschte.

Die meisten Iraner sind der Meinung Kissinger und David Rockefeller, der im Jahr 1975 zum führenden Bankier im Iran wurde, hätten dort eine Wirtschaftskampagne der Ausbeutung und Korruption geführt. Schah Reza Pahlevi, ein schwacher und gefügiger Monarch, wurde dazu gebracht, Tausende von Milliarden Dollar aus den riesigen Öleinnahmen seines Landes für amerikanische Waffen auszugeben.

Die Waffenhändler waren beharrlich

Ein großer Teil dieser umfangreichen »militärischen Beschaffungsmaßnahmen« beinhaltete Verschwendung, Betrug und Mismanagement in der obersten iranischen Militärführung. Vieles davon war einfach dazu bestimmt als Mittel für korrupte Zahlungen zu dienen, die sich die amerikanischen und iranischen Organisatoren dieses Handels teilten.



Schah Reza Pahlevi wurde dazu gebracht, Tausende von Milliarden Dollars aus den riesigen Öleinnahmen seines Landes für amerikanische Waffen auszugeben.



Vergessen sind die Demütigungen, die Khomeini mit der Besetzung der US-Botschaft in Teheran den USA antat.

Im Jahr 1979 wurden die Waffenhändler und ihre Banker durch die Khomeini-Revolution aus dem Iran vertrieben und es etablierte sich das puritanische Regime des islamischen Fundamentalismus. Die amerikanischen Geschäftsleute im Land ergriffen die Flucht und während sich die Beziehungen verschlechterten, entrissen sich beide Länder gegenseitig ihre Wirtschaftsgüter.

Doch Israels Agenten und Waffenhändler erwiesen sich als beharrlicher. Zu Zeiten des Schahs spielten sie den Lotsenfisch für die amerikanischen Rüstungs-Lieferanten, die die iranische Fi-

nanzkasse plünderten und in hohem Maße an der Beute teilhatten.

Israels wichtigster Geschäftemacher im Iran in jenen lukrativen Jahren war Yaacov Nimrodi, ein zwielichtiger Waffenhändler, der für seine engen Verbindungen zur Savak, der Geheimpolizei des Iran bekannt war, die von Mossad-Spezialisten geschult und beraten wurde.

Der hochrangige iranische Gesandte berichtete: »Nimrodi und die israelische Rüstungsindustrie boten an, uns Militärlieferungen zu verkaufen, selbst als die Krise mit den Geiseln in der amerikanischen Botschaft im letzten Monat der Carter-Regierung auf ihrem Höhepunkt war. Zunächst wiesen wir das Angebot schroff zurück. Doch im September 1980 wurde unser Land von Armeen des Irak überfallen.

Wir befanden uns plötzlich im Krieg und hatten einen Rüstungsapparat, der in seiner Gesamtheit von den Vereinigten Staaten gekauft worden war, wo der Handel mit uns jetzt verboten war. Der Nachschub für unsere Streitkräfte wurde zum wichtigsten Faktor der Außenpolitik. Wir waren bereit, die amerikanischen Waffen die wir brauchten, von jedem und egal woher und zu fast jedem beliebigen Preis zu kaufen – ohne weitere Bedingungen daran zu knüpfen.«

Es gab viel Geld zu verdienen

Israel angezogen durch die Aussicht, daß der umfangreiche iranische Waffenhandel wieder aufleben würde, stand zu Diensten. Experten im Iran zufolge verliefen seine Rüstungsverkäufe in den achtziger Jahren in vier Phasen.

Zunächst verkaufte Israel an den Iran Kriegsmaterial, das sie von den Vereinigten Staaten erhalten hatten sowie Waffen und Ersatzteile, die in dem Zwergstaat in Nahost gefertigt worden waren.

Danach jagten israelische Händler unter Nimrodis Führung in Europa wegen High-Tech-Erzeugnisse umher, die von der iranischen Luftwaffe benötigt wurden und an denen sie bis zu 1000 Prozent Gewinn machten.

In der dritten Phase, 1983 bis 1984, organisierten israelische Agententeams in Zusammenarbeit mit amerikanischen Lobbyisten in den Vereinigten Staaten illegale Transfers hoch-technisierter Militärelektronik aus Amerika über Israel in den Iran.

Als eine Reihe dieser geheimen Operationen scheiterten und einige davon sogar zu Verhaftungen und wirren Schlagzeilen führten, entschlossen sich Nimrodi und sein wichtigster Partner – Almon Schwimmer, der Begründer der riesigen, staatseigenen israelischen Flugzeugindustrie – zu einem neuen Schritt.

»Die Israelis sahen sich einer verlockenden Herausforderung gegenüber« sagte Rashid Saffarid, ein Nahosthändler, der in New York mit seinem Rüstungsgeschäft ansässsig ist. »Der Iran benötigte High-Tech-Militärelektronik für ihre F-4-Jäger, Bodenradar für die Bell-Helikopter und andere hochwertige Erzeugnisse. Mit solchen Verkäufen war eine Menge Geld zu machen, doch die Hardware konnte nicht ohne Genehmigung der USA – oder zumindest ohne stillschweigende Zustimmung – geliefert werden.«

Zu diesem Zweck mobilisierten Nimrodi und Schwimmer Mossad-Potential, das Schlüsselpositionen in Reagans nationalem Sicherheitsdienst innehatte.

Mit der Unterstützung solch langjähriger Israel-Verfechter wie Stephen Bryen (der amerikanische Staatssekretär für internationalen Handel und Wirtschaftspolitik im US-Verteidigungsministerium), Peter Rodman (Planungsdirektor im US-Außenministerium), Michael Ledeen (nationaler Sicherheitsberater im Weißen Haus) und Howard Teicher (Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates) wurde Reagan dazu überredet eine geheime Iran -Initiative mit US-Waffenlieferungen zu genehmigen.

Israel, so Saffarid und andere Informanten, profitierte von diesen Geheimoperationen in vielerlei Weise. Seine Händler setzten die Preise für alle Militärlieferungen an den Iran gewaltig herauf.

Da Israel auch einen lukrativen Handel als geheimer Waffenlieferant der Contra-Truppen betrieb, steckte es Gewinne von beiden Seiten ein. □

Iran

Reagans Canossa

Warren Hough

Dadurch, daß er nicht in der Lage ist, überzeugende Erklärungen für seinen geheimen Handel mit dem Iran abzugeben, zahlt der amerikanische Präsident Ronald Reagan einen sehr hohen Preis dafür, daß Anhänger Israels und die bekannten Agenten des Mossad, Israels Geheimdienst, in den innersten Kreis seiner nationalen Sicherheitsberater eindringen konnten.

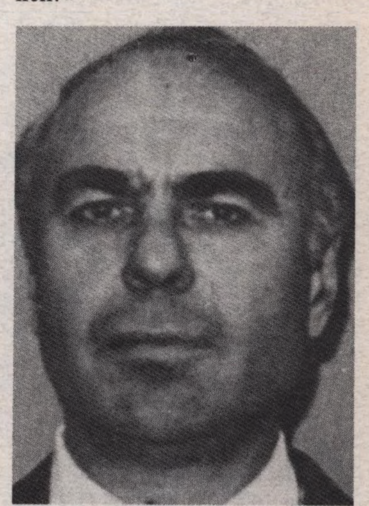
Selbst die lautesten Befürworter des Zwergstaates im Nahen Osten, die der Kapitol-Hügel aufweisen kann, ließen den US-Präsidenten bezüglich seines geheimen Vorgehens gegenüber Teheran im Stich. Senator Daniel Patrick Moynihan aus New York bezeichnete die Affäre als »unser schlimmster Geheimdienstfehler in der Geschichte«. Senator Carl Levin aus Michigan beschuldigte Reagan »sich den Verbündeten gegenüber falsch verhalten zu haben und von den Gegnern getäuscht worden zu sein«. Die meisten Presse-Kommentare gingen in eine ähnliche Richtung.

Intrigen seit der Schah-Zeit

Bestinformierte Geheimdienstquellen in Washington und diplomatische Experten im UNO-Hauptquartier in New York waren sich darin einig, daß das Iran-Fiasko ein Mysterium bleiben wird, solange Reagan sich weigert im einzelnen die Schlüsselrolle zu erläutern, die Israel dabei gespielt hat.

»Der Präsident hat nur einen schweren Fehler begangen: er hat Israel vertraut«, sagte ein UN-Delegierter eines Golfstaates. »Er hätte vorsichtiger sein sollen, insbesondere im Hinblick auf den Iran, wo israelische Intrigen bereits schon für frühere Regierungen verheerende Auswirkungen hatten.«

Viele andere Quellen – selbst aus unerwarteten Kreisen – stimmten mit ihm darin überein. So Edwin P. Wilson, ein ehemaliger CIA-Schlüsselagent in der Golfregion, der jetzt eine 52jährige Gefängnisstrafe wegen Waffenschmuggels und ähnlicher Delikte im amerikanischen Staatsgefängnis von Marion in Illinois – wo die höchsten Sicherheitsvorkehrungen herrschen –, absitzt: »Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Mossad-Operationen im Iran dem Schah zutiefst geschadet und zu seinem Sturz beigetragen haben. Jeder Präsident von Nixon über Carter bis zu Reagan ging davon aus, daß Israel und die Vereinigten Staaten in diesem wichtigen Land (Iran) zusammengearbeitet haben. In Wirklichkeit waren die Interessen Israels und Amerikas im Iran sehr verschieden und oft sogar völlig gegensätzlich.«



Edwin Wilson, ehemaliger CIA-Agent, läßt keinen Zweifel daran, daß der Mossad dem Schah schwer geschadet hat.

Während Israel zu Zeiten des Schah keine Botschaft in Teheran hatte, »übte die inoffizielle Delegation des Landes – angeführt von Uri Lubrani, einem hochgestellten Mossad-Beamten – mehr Einfluß aus als jede andere ausländische Mission«.

Iran

Reagans Canossa

meinte ein ehemaliger Beamter im amerikanischen Außenministerium, der vor drei Jahren vor Abscheu ausschied und jetzt als Wirtschaftsberater in Washington arbeitet.

Waffenlieferungen seit 1981

»Bell Helicopter hat beispielsweise an die iranische Luftwaffe 250 Hubschrauber vom Typ 214A verkauft und 50 weitere vom Typ 214C – weit mehr, als ein Golfstaat zu Friedenszeiten benötigte. Der Mossad hat hart daran gearbeitet solch ungeheuer umfangreiche Waffenkäufe seitens der Schah-Regierung zu ermutigen und anzuregen, da Israel auf zahlreichen versteckten Wegen davon profitierte.«

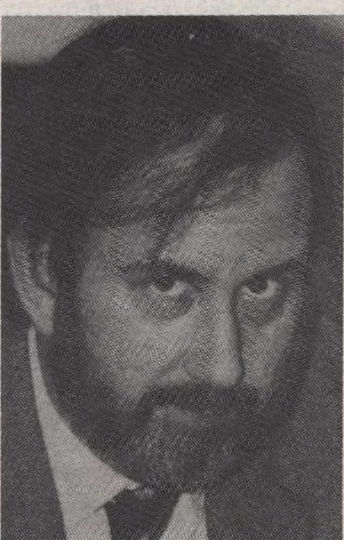
Nachdem der Schah im Jahr 1979 durch die islamische fundamentalistische Revolution, angeführt von Ajatollah Ruhollah Khomeini, gestürzt wurde, sah sich der Iran am 22. September 1980 plötzlich einem Großangriff von seiten des Irak gegenüber. Damit wurde die militärische Stärke in der Luft zur Priorität und die Aufmerksamkeit des islamischen Regimes richtete sich auf das, was es am meisten brauchte: Wartungs- und Ersatzteile für seine militärische Ausrüstung aus den USA.

»Israel begann im Jahr 1981 bereits damit den Iran mit Waffen und Ersatzteilen zu beliefern«, sagte ein ehemaliger politischer Berater des CIA, der im Nahen Osten tätig war. »Doch Israels Strategie war rein selbstsüchtig. Es verkaufte Artillerie an seine islamischen Gegner – nämlich den Iran –, weil es Profit machen, den Golfkrieg am Laufen halten und die Saat der Zwietracht unter den rivalisierenden Gruppen der Khomeini-Anhänger ernten wollte – keines davon ein konstruktives Ziel.«

Die geheimen Waffenverkäufe des Zwergstaates an den Iran setzten sich auch Anfang der achtziger Jahre fort. Im Jahr 1983 war der Iran gezwungen hoch-technisierte Elektronikgeräte zu ersetzen. Dazu gehörten unter anderem die im F-4-Jäger eingesetzten Feuerleitsysteme (APQ-120) und der Keystron-Verstärker, ohne den Radarschirme nicht funktionieren, Geräte, die aus Amerika stammen.

Stillschweigende Tolerierung

Die Iraner wollten auch die Lenksysteme für die Sparrow- und Hawk-Raketenabschuß-Vorrichtungen sowie die großen elektronischen Plessey-Luftabwehr-Zentren, die für den Schutz der Grenzen des Irans im Norden eingesetzt wurden, ersetzen. Für diese dringend benötigten Ausrüstungen boten sie an jeden Preis zu zahlen.

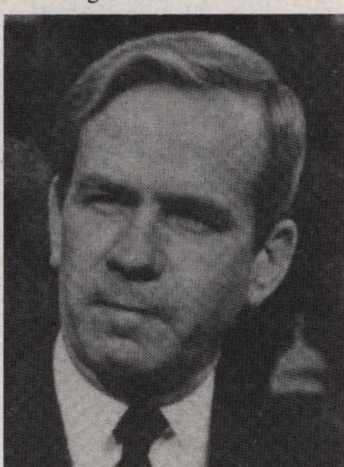


Michael Ledeen, Sicherheitsberater des Weißen Hauses, ist seit langem für seine Beziehung zu Israel bekannt.

Doch es gab für keinen Lieferanten, nicht einmal Israel, die Möglichkeit solche in hohem Maße geschützte, hoch-technische Militärelektronik ohne Wissen – und zumindest stillschweigendes Einverständnis – der US-Regierung zu verkaufen.

Im Frühjahr 1985 überzeugten vier hochgestellte nationale Sicherheitsberater mit engen Beziehungen zu Israel und dessen Geheimdienst den US-Präsidenten Reagan über die stillschweigende Tolerierung von Israels geheimen Waffenhandel hinauszugehen und einer aktiven US-Beteiligung bei den Militärverkäufen an den Iran zuzustimmen.

Bei den vier Beamten, die Reagan in diesem Punkt den gleichen Rat gaben, handelt es sich laut Informanten um: Michael Ledeen, einem Sicherheitsberater des Weißen Hauses, der seit langem bekannt ist für seine Beziehungen zur israelischen Regierung. Seinem Chef Robert McFarlane, einen ehemaligen Marine-Offizier, der mit Ledeen Anfang der achtziger Jahre im US-Außenministerium zusammengearbeitet hat und dort mit dem Mossad in Kontakt kam, bevor er auf der Karriereleiter nach oben stieg und Leiter des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) und erster nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten wurde. Howard Teicher, Mitglied des nationalen Sicherheitsrates mit Zuständigkeit für Nahost und Angelegenheiten der Golfstaaten. Und Peter Rodman, Planungsleiter im US-Außenministerium, der offenbar ohne Wissen seines Chefs, Außenminister George Shultz, an geheimen strategischen Treffen des Weißen Hauses über den Iran teilgenommen hat.



Robert McFarlane kam Anfang der achtziger Jahre mit dem israelischen Geheimdienst Mossad in Kontakt.

Der amerikanische Präsident hörte das gleiche, im Grunde stark simplifizierende Argument von allen vier Beratern, wie ein dem Weißen Haus nahestehender Informant äußerte: Die amerikanischen Geiseln, die im Libanon festgehalten werden, würden befreit, wenn die Vereinigten Staaten sich der israelischen Unterstützung bei der Wiederaufrüstung des Iran anschließen würden.

Reagan gab seine Zustimmung und unterzeichnete einen geheimen »Präsidentenbeschluß«, mit dem die Bestimmungen des Waffenembargos, das den Waffenhandel der USA verbot, ungültig wurden. In rascher Folge sandte Israel – so verlautete es aus diesen Quellen – im Jahr 1985 und in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 sechs Schiffsladungen und fünf Flugzeugladungen hoch-technischer Kampfausrüstung nach Teheran.

Alles sollte vertuscht werden

Die Vereinigten Staaten trugen ihren Anteil daran, indem sie mindestens eine eigene Flugzeugladung hinzufügten. Sie umfaßte tausend TOW-Raketen – eine ferngelenkte Panzerabwehrwaffe –, Komponenten für Hawk II-Raketenabschuß-Vorrichtungen und Luftabwehrbatterien sowie hoch-technisierte Infanteriewaffen.

»Es sollte ein regelrechter Austausch von Waffen gegen Geiseln sein«, sagte der ehemalige CIA-Beamte. »Doch es war auch etwas, was Reagan nie in der Öffentlichkeit zugeben konnte, besonders da nur drei der seit langem gefangengehaltenen Geiseln freigelassen worden sind, während gleichzeitig drei weitere Amerikaner entführt wurden und auf die Liste der Geiseln im Libanon kamen.«

Diese Quellen waren sich darin einig, daß es darum ging, den ursprünglichen Handel von Waffen gegen Geiseln zu vertuschen – in dessen Zusammenhang McFarlane und ein anderes Mitglied des Sicherheitsrates, Oberstleutnant Oliver North, zu mysteriösen Gesprächen mit iranischen Führern nach Teheran geflogen sind – was den amerikanischen Präsidenten in widersprüchliche und selbst-zerstörerische Versuche verwickelt hat, das ganze Fiasko als geopolitische Bestrebung im Hinblick auf bessere Beziehungen zum Iran zu erklären.

»Viel bessere Beziehungen sind nicht unmöglich«, sagte der iranische Botschafter bei den Vereinigten Staaten, Said Rajaie-Khorassani. »Doch nur dann, wenn Reagan seine Abhängigkeit von Israel und seine unerschütterliche Unterstützung der Interessen jenes Landes aufgibt. Wenn die US-Regierung in Verfolgung ihrer eigenen, wahren nationalen Ziele ihren Weg geht, wird der Weg nach Teheran sofort weitaus weniger beschwerlich werden.« □

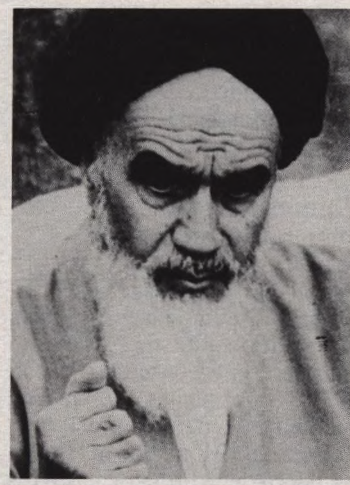
Iran

Viele Fragen bleiben offen

Victor Marchetti

In einem kühnen Versuch sein verlorenes Prestige und die verlorene Glaubwürdigkeit wieder zu erlangen, handelte US-Präsident Ronald Reagan in den letzten Monaten rasch, um den Schaden in Grenzen zu halten, der ihm durch den schlecht improvisierten, geheimen Versuch einen Handel »Waffen gegen Geiseln« mit dem Iran zu machen, entstanden war.

Der amerikanische Präsident gab rundheraus dem Nationalen Sicherheitsrat die Schuld für das außenpolitische Fiasko und behauptete, er sei über die Einzelheiten der Geheimoperation – die den Decknamen »Wiederaufbauprojekt« trug – nicht richtig informiert worden.



Khomeinis Waffengeschäfte mit den USA haben dem US-Präsidenten seine Glaubwürdigkeit gekostet.

Die Rolle des CIA

US-Vizeadmiral John Poindexter, der nationale Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, und Oberstleutnant der Marine Oliver North, der für das risikoreiche Unternehmen verantwortlich zeichnete, wurde hinausgeworfen.

Der Präsident beauftragte auch den Generalstaatsanwalt Edwin Meese mit einer eingehenden Untersuchung der gescheiterten Operation und den Umständen, die damit zusammenhängen. Meese verkündete rasch einige seiner vorläufigen Feststellungen, nämlich, daß die israelische Regierung als Mittler bei der Verschiffung von US-Waffen und militärischer Ersatzteile an das radikale Khomeini-Regime im Iran diente, und daß die Profite, die aus diesen fragwürdigen, wenn nicht gar verbotenen Verkäufen – rund 10 bis 30 Millionen Dollar – zur Stützung der Contras – vielleicht eine weitere Illegalität – in Nicaragua verwendet worden sind.

Darüber hinaus wurde herausgefunden, daß der CIA in dem ganzen komplexen Geheimprojekt eine Schlüsselrolle gespielt hat.

Doch die Maßnahmen des amerikanischen Präsidenten und Meeses etwas überraschende Enthüllung trugen nur sehr wenig zur Beschwichtigung des Aufruhrs und der Verärgerung im amerikanischen Kongreß über die Iran-Initiative des Weißen Hauses bei. Außerdem warfen sie in den Köpfen vieler Abgeordneter beider Kammern mehr Fragen auf als sie beantworteten, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Hier einige Fragen, die auf dem Kapitol-Hügel gestellt wurden:

Wie hoch war der Gesamtumfang der Waffenverkäufe an den Iran? Berichte deuten auf 50 bis 100 Millionen Dollar hin und nicht nur eine Flugzeugladung voll, wie der amerikanische Präsident zunächst behauptet hatte.

Warum mit Ajatollah Ruhollah Khomeinis Regime Geschäfte machen, einer radikalen Regierung, die eine fanatische antiamerikanische Haltung einnimmt und nachgewiesenermaßen den internationalen Terrorismus unterstützt?

Antworten sind rar

Wie tief ist der CIA, der amerikanische Geheimdienst, in das Unternehmen verstrickt? Wurden bei der Einrichtung der Schweizer Konten, über die die Gewinne aus den Waffenverkäufen an die Contras geleitet wurden, irgendwelche Gesetze gebrochen?

In welchem Ausmaß war das amerikanische Verteidigungsministerium darin verwickelt? Wurden Gesetze verletzt, als Waffen zur Verschiffung in den Iran bereitgestellt wurden?

Was genau ist die Rolle Israels? Hat es den Plan ins Leben gerufen oder nur dabei geholfen?

Warum hat der Nationale Sicherheitsrat der USA seine eigene geheime Operation ohne Wissen der formellen Regierung ausgeführt und ohne den amerikanischen Kongreß zu informieren?

Will man uns glauben machen, der Nationale Sicherheitsrat der USA sei ein »abseits der Herde lebender, bösartiger Elefant«, unkontrollierbar durch den amerikanischen Präsidenten; daß Militärs wie Poindexter und North eigenverantwortlich handelten und nicht auf Befehl?

War der Handel mit dem Iran und mit dem Contra-Ableger nur eine Abirrung oder einfach eines von vielen Beispielen exzessiver Geheimniskrämerei und Anmaßung in Angelegenheiten der amerikanischen Außenpolitik und nationalen Sicherheit von seiten des Weißen Hauses?

Wer sonst noch in der amerikanischen Regierung wußte über die Sache Bescheid? Wen sonst noch deckt der amerikanische Präsident außer sich selbst?

Es wird schwer sein, vollständige Antworten auf die vielen Fragen, die die verheerende Iran-Initiative aufgeworfen hat, zu bekommen. Jeder – vom Präsidenten und seinem Team im Weißen Haus und dem CIA bis zu den Israelis und Contras – versucht seine Spuren zu verwischen, sagen Informanten im amerikanischen Kongreß.

Es besteht wenig Zuversicht, daß die »Untersuchungen« des Generalstaatsanwalts mehr hervorbringen werden als ein »Reinwaschen« des amerikanischen Präsidenten oder ein paar Sündenböcke.

Folglich wird der Druck im amerikanischen Kongreß immer stärker, einen unabhängigen Ankläger zu wählen, der sich der Iran-Affäre annimmt. Doch das ist das letzte, was die Regierung will: die Kontrolle über die Untersuchungen verlieren.

Wichtige Zeugen verschwunden

Deshalb wird sich der US-Kongreß vorerst auf Ausschußanhörungen beschränken müssen und hier im wesentlichen auf die des Senatsausschußes für Geheimdienstfragen.

In weiser Voraussicht der Anfragen aus dem Kongreß hat der Präsident inzwischen Pläne für den Antrag zur Einberufung einer Sonderkommission in Gang gesetzt, die Organisation und Funktionen des Nationalen Sicherheitsrates der USA untersuchen soll.

Ein weiteres Zeichen dafür, daß das Weiße Haus beabsichtigte, den Kongreß zumindest vorerst hinzuhalten, war zunächst das Verschwinden von Oberstleutnant North unmittelbar nach seiner Entlassung. Nach Angaben des Generalstaatsanwaltes war North bereits wieder in das Marinekorps zurückversetzt worden und hatte Washington verlassen.

So wird der Mann, der die ganze Geschichte über den Waffenhandel mit dem Iran scheinbar kennt, und offenbar den Respekt zumindest des Vorsitzenden des Senatsausschusses für die Geheimdienstüberwachung hat, eines Tages seine Sicht der Dinge schildern, wie es John Dean in der Watergate-Affäre tat.

Doch die Ironie des Ganzen wird vielleicht sein, daß man herausfindet, es waren die Iraner, die Nutznießer des »Wiederaufbauprojekts«, die North und damit den Präsidenten der Vereinigten Staaten verpfiffen haben. □

Israel

USA werden in einen Krieg gedrängt

James Harrer

Weder der Wall-Street-Skandal mit seinen Verbindungen zu Israel noch die Geschäfte des Weißen Hauses mit dem Iran stellen eine derartige Bedrohung der US-Interessen dar wie die scheinbare Bereitschaft der Reagan-Regierung, sich durch eine Serie von Provokationen, die vom Mossad, dem israelischen Geheimdienst, inszeniert werden, in einen Krieg hineinziehen zu lassen.

Dies ist die feste Überzeugung, die auf inoffizieller Ebene von Politiker wichtiger NATO-Länder wie Frankreich, Griechenland, Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden vertreten wird.

Israel der Urheber

»Ein Gewitter braut sich zusammen über Syriens angebliche Inszenierung von Terrorakten in Großbritannien, Frankreich und anderen Ländern Europas«, warnte Alain de Segonzac, der ehemalige leitende Auslandskorrespondent der französischen Tageszeitung »Le Monde«. »Das ist ein ernstes Thema. Hier wird die Fähigkeit des atlantischen Bündnisses getestet angesichts von Desinformationen, Vertuschungs- und Täuschungsmanövern, Infiltration und Provokation ein rationales Verhalten an den Tag zu legen.«

Ohne eine einzige Ausnahme sind sich viele diplomatische Beobachter im UN-Hauptquartier in New York, Geheimdienstquellen und Journalisten, die befragt wurden, darin einig, daß die Politik Israels auf eine bewaffnete Konfrontation zwischen Syrien und dem NATO-Bündnis, angeführt von den Vereinigten Staaten, abzielt.

»Israel hat enorme Fortschritte gemacht in der Kontrolle und Manipulation der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten«, sagte Dr. Paul Adler.

»Doch wenn es darum geht, im Mittelmeerraum größere Schritte zu unternehmen, sind die USA fest im NATO-Netz eingebunden und können ohne Rücksprache mit ihren Verbündeten keine strategische Initiative starten.«

Weil sie dies erkannt haben, hat Israel begonnen die anti-arabischen Gefühle in den wichtigsten Ländern Europas neu zu entfachen. Am einfachsten geschieht dies durch die Inszenierung von Terrorakten, die dann »arabischen Extremisten« oder »moslemischen Fanatikern« zugeschrieben werden.

In Griechenland allein hat es in den vergangenen Monaten fünf Bombenattentate auf Flughäfen gegeben, wie Costa Stavropoulos, der bei den Vereinten Nationen akkreditierte Korrespondent, äußerte. »Auf den ersten Blick läßt jedes Attentat den gleichen Schluß zu; arabische Terroristen haben ihre frevelhaften Taten um eine weitere bereichert.

Doch wenn man die Anschläge näher untersucht, trifft man unvermeidlich auf eine Reihe verwirrender Widersprüche, die darauf hindeuten, daß die Araber wahrscheinlich nicht die Urheber waren.«

Immer das gleiche Muster

Nach dieser Aussage eines erfahrenen Journalisten führten wir eine kurzfristig angesetzte Umfrage unter unseren europäischen Informanten durch und stellten fest, daß es in den letzten zwölf Monaten in sieben Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, nämlich Frankreich, Belgien, Deutschland, Griechenland, Italien und Niederlanden, 55 Terroranschläge undurchsichtiger Urheberschaft gegeben hat.

»Es gibt bemerkenswerte Ähnlichkeiten, die bei sämtlichen Terrorakten das gleiche Muster erkennen lassen«, sagte Emile Gerbeaud, der niederländische Militärexperte. »Jedes Attentat trat in einem belebten Stadtzentrum auf und hinterließ immer eine große Zahl tödlich verwundeter oder zumindest stark blutender Opfer unter den Zivilisten.

Jedes Attentat trägt bestimmte Züge, die darauf hinweisen, daß Syrien dahintersteht. Jedes Mal wurde intensiv darüber berichtet, und in den Leitartikeln der Medien wird auf Maßnahmen gegen die ›islamischen Fanatiker‹ gedrängt. Doch in jedem einzelnen Fall leugneten die angeblichen arabischen Täter ihre Schuld heftig und oft in überzeugender Weise.«

Eine Reihe führender europäischer Sicherheits- und Spionageabwehr-Experten sind jetzt insgeheim davon überzeugt, daß es sich um eine versteckte Kampagne der »Sonderkommandos« des Mossad handelt, die Bomben legen und aus dem Hinterhalt schießen, um die Sensibilisierung der Öffentlichkeit angesichts des »syrischen Terrorrismus« am Leben zu erhalten.

Ein langfristiger Plan

»Schreckenstaten in der Öffentlichkeit zu inszenieren, um daraus kurzfristig einen politischen Gewinn zu ziehen, ist eine gebräuchliche Taktik der Israelis«, erklärte Segonzac. »Israel hat amerikanische Bibliotheken in verschiedenen ägyptischen Städten in Brand gesteckt, hat auf seine eigenen Botschafter geschossen, sogenannte Nazi-Dokumente gefälscht, in einer Pariser Synagoge eine Bombe gelegt und zahllose andere Zwischenfälle inszeniert, um Publizität zu erzeugen und Pluspunkte in der Debatte gegen die Araber zu sammeln.

Doch die derzeitige Welle der Gewalt ist etwas anderes: sie ist umfassender und hat mehr System als alles, was wir bisher gekannt haben. Diesmal geht es nicht um ein kurzfristiges Ziel, sondern darum, Weichen für einen Krieg zu stellen, mit dem die Landkarte in Nahost nach Plänen Israels abgeändert werden soll.« □



Der Bombenanschlag am 4. März 1985 einer geheimen CIA-Einheit im Libanon tötete acht unschuldige Passanten.

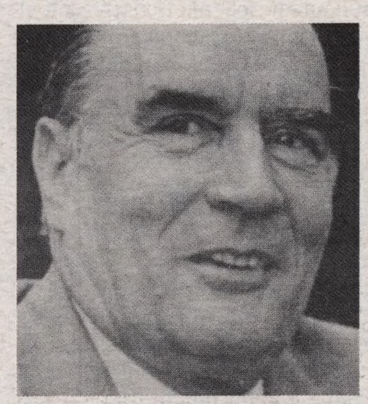
Syrien

Abgekartete Spiele

James Harrer

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat beschlossen, wegen eines terroristischen Aktes die diplomatischen Beziehungen zu Syrien abzubrechen und das trotz einer dringenden persönlichen Warnung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand, der behauptete, das ganze sei offenbar vom Mossad, dem israelischen Geheimdienst, inszeniert worden.

Der überraschende Schritt zum Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurde im britischen Unterhaus von Außenminister Sir Geoffrey Howe nur wenige Stunden nach der Verurteilung von Nezar Hindawi, einem 32jährigen jordanischen Söldner, bekanntgegeben, der von der Londoner Strafkammer für schuldig befunden wurde, versucht zu haben, eine Bombe an Bord eines iraelischen Flugzeuges zu schmuggeln.



François Mitterrand informierte London, daß Hindawi ein Werkzeug des Mossad war, um Syrien zu diffamieren.

Hindawi war am 18. April 1986 von Scotland-Yard-Detektiven verhaftet worden, nachdem Sicherheitskräfte festgestellt hatten, daß einer der Passagiere, die an Bord eines israelischen Flugzeugs mit Ziel Jerusalem gehen wollten, nämlich eine junge schwangere Frau mit Namen Ann Murphy, 22, im doppelten Boden ihrer Handtasche einen Plastik-Sprengstoff bei sich trug.

Als sie von den Sicherheitsleuten ergriffen wurde, behauptete Miß Murphy, sie habe den Sprengstoff sowie die als Taschenrechner getarnte Sprengkapsel von ihrem Verlobten Hindawi bekommen, bevor sie sich für den Flug eingeschrieben hatte. Hindawi wurde in seinem Londoner Hotel verhaftet und der versuchten Sabotage angeklagt.

Da die in Miß Murphys Tasche gefundene Bombe so eingestellt war, daß sie über den Schweizer Alpen explodieren sollte, wurde Hindawi auch des versuchten Mordes der 274 Passagiere einschließlich seiner Verlobten und deren Ungeborenem beschuldigt.

Nach wenigen Tagen verlautete aus Scotland-Yard-Quellen Hindawi habe »gestanden« und dabei behauptet, er sei von General Mohammed Al-Khouli, dem Geheimdienstchef der syrischen Luftwaffe dazu angeheuert worden, das israelische Verkehrsflugzeug zu sabotieren.

Nach dieser Interpretation hatte Hindawi in diesen Anschlag auch den syrischen Botschafter in London und andere arabische Vertreter mit hineingezogen.

Doch im Laufe der Gerichtsverhandlung in Londons Old Bailey gegen den mutmaßlichen Terroristen begann sich die Geschichte zu enträtseln. Hindawi bestritt die Polizeiversion der Ereignisse und leugnete, daß Syrien hinter dem Sabotageversuch gestanden habe.

Französische Sicherheitsbeamte, die nach einigen Bombenanschlägen in Paris auf intensiver Jagd nach Terroristen waren, stießen auf beunruhigende Beweise dafür, daß eine Reihe der jüngsten Terroranschläge in Westeuropa einschließlich der Hindawi-Affäre von »Sonderkommandos« des Mossad als Teil einer weiterreichenden, strategischen »Vertuschungs- und Täuschungskampagne« – wie Sicherheitsexperten es nennen – organisiert worden war, um die Beziehungen zwischen den führenden islamischen Nationen und der westlichen Welt zu sabotieren.

»Es ist keine Frage, daß Hindawi, der angeklagte Terrorist jemandes Werkzeug war. Die wirkliche Frage ist: ›Wessen Werkzeug war er?‹«, erklärte Miß Bushra Karafani, Syriens anerkannte Geschäftsträgerin in Washington.

In der Überzeugung, daß Hindawi höchstwahrscheinlich das Werkzeug des Mossad war in dem Bemühen, Syrien zu diffamieren und zu isolieren, flog der französische Staatspräsident François Mitterrand im Oktober 1986 zu einem inoffiziellen Treffen mit Mrs. Thatcher nach London. Das französische Staatsoberhaupt warnte, die Hindawi-Affaire müsse in Ruhe überdacht werden, bevor die Briten irgendwelche »weittragenden Schlußfolgerungen oder durchgreifende Entscheidungen« treffen.



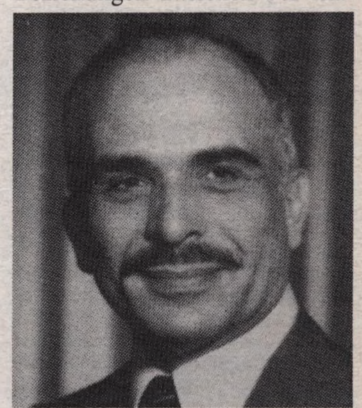
Margaret Thatcher brach trotz der französischen Information die diplomatischen Beziehungen zu Syrien ab.

Ein paar Tage später folgte ein führender französischer Experte in der Terroristenbekämpfung Mitterrand nach Frankreich, um die Spitzenbeamten des französischen Sicherheitsdienstes über den Fall zu informieren.

»Das war Robert Pandraud, einer der Top-Sicherheitsbeamten unserer Regierung«, sagte ein französischer Spionageabwehrmann, der in Washington interviewt worden ist. Durch die Hilfe wichtiger arabischer Diplomaten erklärte sich dieser französische Experte bereit, den Hindawi-Skandal und damit zusammenhängende Ereignisse zu diskutieren.

»Pandraud hatte bei der Reise nach London ein detailliertes Dossier bei sich, aus dem hervorging, daß israelische Agenten in eine Reihe der jüngsten Terroranschläge verwickelt waren, die dazu dienen sollten, den Arabern die Schuld dafür zu geben.«

Israel, so bestätigte dieser französische Experte, schien eine »weitreichende strategische Kampagne« zu führen, um die Beziehungen zwischen der islamischen und westlichen Welt mittels inszenierter Zwischenfälle zu sabotieren, die die öffentliche Meinung anheizen sollten. Er nannte die folgenden Fälle:



König Hussein von Jordanien, bekannt für seine Schwäche für schöne Frauen, wurde ebenfalls vom Mossad getäuscht.

Unvorstellbare Tatsachen

Erstens: Im Jahr 1970 erhielt König Hussein von Jordanien viele Geheimdienst-Informationen, aus denen hervorging, daß die palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO) vorhabe, ihn zu ermorden und die Macht in seinem Land zu ergreifen. Wütend mobilisierte Hussein seine Streitkräfte und führte durch, was später als die »Schwarze-September«-Säuberungsaktion der PLO bekannt geworden ist.

Tausende von in Jordanien lebenden Palästinensern wurden

Syrien

Abgekartete Spiele

zusammengeholt, einige ihrer Führer gefoltert, und zum Schluß trieb man massenweise Flüchtlinge von Jordanien in den Libanon.

Aufgrund neuerer Kenntnisse, die nach der Ermordung zweier führender Mossad-Agenten in Larnaka auf Zypern im vergangenen Winter ans Licht kamen, besteht nun Grund zu der Annahme, daß es sich bei der ganzen Operation um eine versteckte Mossad-Aktion gehandelt hat, angeführt von einer ihrer Schlüsselagenten, Sylvia Roxburgh, die auch unter dem Namen Sylvia Rafael bekannt ist und bei der es sich in Wirklichkeit um Esther Paltzur handelt.

Mit berechnendem und verführerischem Charme begann Miß Roxburgh eine Affäre mit König Hussein, der für seine Schwäche gegenüber schönen Frauen bekannt ist, und sie ermöglichte damit einen der bedeutendsten »Vertuschungs- und Täuschungs«-Coups des Mossad, der dazu dienen sollte, die Araber zu schwächen.

Zweitens: Im Jahr 1982, als die PLO soeben dem Terrorismus abgeschworen hatte, verbreitete der Mossad Falschinformationen über »terroristische Angriffe« auf israelische Siedlungen entlang der Grenze im Norden, um eine großangelegte Militärinvasion in den Libanon zu rechtfertigen. Jahre später gaben selbst führende israelische Sprecher wie der ehemalige Außenminister Abba Eban zu, daß die Berichte über den »PLO-Terrorismus« von dem Mossad erfunden worden waren.

Drittens: Im Jahr 1985 sollte eine »Vertuschungs- und Täuschungs«-Aktion des Mossad US-Präsident Ronald Reagan davon überzeugen, daß Libyens starker Mann Oberst Muammar el Gaddafi plane ihn zu ermorden. Pro-israelische Zeitungsleute in den Vereinigten Staaten, angeführt von dem langjährigen Israelfreund Jack Anderson, erhielten eine Liste des libyschen »Mordkommandos« sogar mit Abbildungen der angeblichen Mörder, die auf dem Weg sein sollten, den Präsidenten zu töten.

Die Falsch-Informationskampagne hatte Erfolg – Gaddafi erschien auf der Titelseite von »Newsweek« als »der gefährlichste Mann auf der Welt« und war in der Zukunft isoliert –, obwohl Spionage-Abwehrexperten die Kampagne bald als eine Täuschungsaktion des Mossad aufdeckten.

Wer nennt die wahren Drahtzieher?

»Die Anschuldigungen, mit denen Syrien und der Fall Hindawi miteinander in Verbindung gebracht werden, sind falsch«, sagte Miß Karafani. »Unsere Regierung verurteilt Terroranschläge gegen unschuldige Zivilisten in westlichen Ländern, und wir haben mit dem mysteriösen Bombenangriff nichts zu tun.«

Im Oktober 1986 sahen sich die Briten der überraschenden Tatsache gegenüber, daß jede andere westeuropäische Regierung den terroristischen Beschuldigungen gegen Syrien keinen Glauben schenkten. Nach Einberufung einer Dringlichkeitssitzung der Außenminister der zwölf EG-Mitgliedsstaaten präsentierte Howe eine Erläuterung des Hindawi-Falles und verlangte gemeinsame Sanktionen gegen Syrien.

Einstimmig lehnten es die westeuropäischen Außenminister ab, den diffamierten arabischen Staat zu verurteilen oder zu strafen.

»Wir fühlen mit den Briten, weil sie unter der Bedrohung des Terrorismus leben«, sagte der französische Spionage-Abwehrexperte. »Nehmen wir den letzten Fall: Gerade als die Hindawi-Verhandlung begonnen hatte, entführte das Kidnapping-Team einer ausländischen Regierung einen Überläufer aus London. Es handelte sich um Mordechai Vanunu, der Israels Geheimnis um seine Atombomben enthüllt hatte, und die Terroristen, die ihn gekidnappt hatten waren Agenten des Mossad.

Das sind die wahren Anstifter politischer Gewalt in Europa und an dem Tag, wo Sir Geoffrey Howe den Mut haben wird, den Terrorismus Israels zu verurteilen, wird er feststellen, daß die meisten Politiker in Westeuropa seinen Antrag unterstützen.« □

Spionage

Pollard will reden

Michael Collins Piper

Will Jonathan Jay Pollard, der wegen Spionage für Israel verhaftet worden ist, der Welt seine Geschichte erzählen? Ist er wütend darüber, daß Israel seiner Ansicht nach seine Liebe für Israel ausgenutzt hat und ihn dann angesichts des aufkeimenden Spionageskandals fallenließ – den Wölfen sozusagen zum Fraß vorwarf?

Die Antwort auf diese Frage ist »ja«, wenn man Warren Brown Glauben schenken darf, einem Insassen des Gefängnisses des District of Columbia, der erzählte, daß er Pollard in der Zeit, als beide im Gefängnis saßen, kennengelernt hat.

Anschuldigungen bestritten

Brown hat ein besonderes Interesse am Fall Pollard: er ist der internationale Botschafter für die hebräischen Israeliten – in den Establishment-Medien als die schwarzen Hebräer bezeichnet –, die stark publizierte und kontroverse Gruppe schwarzer Amerikaner, die sich in Israel angesiedelt haben, das sie als die Heimat ihrer Vorfahren ansehen.

Es gibt derzeit etwa 2000 hebräische Israeliten in Israel, doch die israelische Regierung führt eine ständige Kampagne von Störangriffen gegen sie mit dem Ziel, sie des Landes zu vertreiben. Einige von ihnen wurden bereits abgeschoben. Die hebräischen Israeliten ihrerseits klagen Israel an, eine Kampagne rassistischen Völkermordes gegen sie zu führen.

Brown als der internationale Sprecher der hebräischen Israeliten außerhalb Israels wurde unter dem sogenannten RICO-Statut, das angeblich geschaffen wurde, um korrupte und verbrecherische Organisationen zu bekämpfen, der verschiedensten Verbrechen beschuldigt.

Brown bestreitet die Anschuldigungen – unter anderem die des Scheckbetrugs – und sagte, er sei ein politischer Gefangener und sein einziges Verbrechen sei gewesen, sich gegen den Staat Israel auszusprechen und hier insbesondere gegen dessen Behandlung der schwarzen Hebräer, die die Israelis seit deren Ansiedlung in Palästina im Jahr 1969 abzuschieben versuchen.

Nach seiner Verhaftung wurde eine Kaution in Höhe von drei Millionen Dollar für Browns Freilassung festgesetzt – was eine ungeheure Summe ist, wenn man berücksichtigt, daß er sich bisher keinerlei Verbrechen schuldig gemacht hat und keiner Gewaltverbrechen angeklagt war. Als das Geld für die Kaution von einer Reihe weltlicher und religiöser Führer aufgebracht wurde, hat man sie prompt und bedingungslos rückgängig gemacht.

Der Sprecher der hebräischen Israeliten behauptet, seine Verhaftung und fortdauernde Gefangenhaltung stellten ein absichtliches Bemühen dar, seine Bewegung zu schwächen und fällt genau mit Israels Kampagne gegen die schwarzen Hebräer zusammen, ein Propagandamanöver, um Brown und seine Gruppe in Verruf zu bringen.

Brown und Pollard saßen im gleichen Zellenblock, bevor der israelische Spion in das Bundesgefängnis von Petersburg im US-Bundesstaat Virginia überführt wurde.

Verärgert über Dementis

In dem vier- bis fünfmonatigen Zeitraum führte Brown, ein deutlicher und aufmerksamer Beobachter des Weltgeschehens, viele Gespräche mit Pollard, in denen letzterer einige

seiner eigenen Gedanken zu dem Spionageskandal enthüllte, der die Welt erschüttert hat und das berühmte »spezielle Verhältnis« zwischen den Vereinigten Staaten und Israel zu unterminieren drohte.

Nach Browns Aussagen behauptet Pollard, er habe zwar Geheimdienstinformationen an die Israelis weitergegeben, doch dies habe er als amerikanischer Patriot getan, in der Hoffnung, einen Staat zu unterstützen, der seiner Überzeugung als engagierter Zionist zufolge, ein wertvoller Verbündeter sei.

Pollard erzählte Brown, er sei über die öffentlichen Dementis der israelischen Regierung nach seiner Festnahme verärgert gewesen, in denen geleugnet wurde, er habe für sie gearbeitet.

Israels Bemühen, ihn als »einsamen Wolf« darzustellen, der für eine kleinere Gruppierung innerhalb des Geheimdienstapparates arbeitete, seien eindeutige Lügen, sagte Pollard.

Pollard bestreitet auch die Behauptung, er wäre ein wirtschaftlicher Opportunist, der darauf aus sei, aus der Spionagetätigkeit für Israel einen persönlichen Profit zu ziehen. Brown zufolge sagte Pollard, er habe niemals Informationen an die Israelis weitergegeben, die schädlich für die amerikanischen Interessen waren, sondern nur solche, die für Israel eine Hilfe darstellten.

Folglich ist Pollard der Meinung, er sei Opfer eines Rufmordes durch die Regierung Israels geworden. Die Israelis hätten ihm für seine Dienste Geld angeboten, er habe nie eine Bezahlung verlangt. Aus Pollards Äußerungen schloß Brown, daß es neben Pollard noch andere amerikanische Juden gegeben hat, die für die israelische Regierung ähnliche Spionagedienste ausgeführt haben.

Brown meint, aus Pollards Äußerungen ginge einfach hervor, daß unter den engagierten Zionisten der amerikanisch-jüdischen Gemeinde Einigkeit herrschte, daß es ihre Pflicht sei, die Politik der US-Regierung zugunsten Israels zu beeinflussen, wenn sie Positionen innehaben, wo sie dies tun können oder Positionen, in denen sie Israel Unterstützung geben können.



Haviv Schieber, Vorsitzender des Holy Land State Committee, im Gespräch mit Warren Brown, dem internationalen Botschafter der hebräischen Israeliten.

Nicht Spion, sondern Opfer

Pollard war die ganze Zeit der Meinung, Israel würde sich beeilen, ihn zu verteidigen und vor einer Strafverfolgung schützen. Er glaubte dies selbst noch, nachdem er gefangengenommen worden war.

»Pollard fürchtet mehr um seine Ehre als um sein Leben«, sagte Brown. »Er möchte nicht als Verräter und Spion in Erinnerung bleiben, sondern als Opfer.«

Pollard erzählte Brown, daß es, soweit er erkennen könne, im amerikanischen Establishment einen fortdauernden Konflikt darüber gäbe, wie man mit seinem Fall fertigwerden könne. Gewisse Kreise im US-Außenministerium waren bereit, Israels Behauptung zu akzeptieren, er habe auf sich allein gestellt gearbeitet. Beamte des US-Justizministeriums – und insbesondere das FBI – haben allerdings Pollards Behauptung angenommen, seine Spionagetätigkeit sei von der höchsten Ebene der israelischen Regierung gelenkt gewesen.

Das Interview mit Brown wurde von Haviv Schieber arrangiert, dem Vorsitzenden des Holy Land State Committee. Schieber ist ein in Polen geborener Jude, der in den ersten Jahren seiner politischen Tätigkeit unter anderem mit dem späteren israelischen Premierminister Menachim Begin auf Parteiebene in Palästina zusammengearbeitet hat.

Schieber hat später auf seine israelische Staatsbürgerschaft verzichtet und in den Vereinigten Staaten um politisches Asyl gebeten, doch in seinem Fall ist nach 27 Jahren noch immer keine Entscheidung gefällt. Aufgrund seiner Insider-Kenntnisse behauptet Schieber, Israel sei ein sowjetischer Satellitenstaat, der gegen die US-Interessen in Nahost und auf der übrigen Welt arbeite.

Schieber zufolge ist Jonathan Pollard wie alle seine jüdischen Brüder ein Opfer des Zionismus und ein Opfer Israels, der als Folge seiner blinden Unterstützung des jüdischen Staates unwissentlich in das internationale zionistische Spionage- und Terroristennetz hineingezogen wurde.

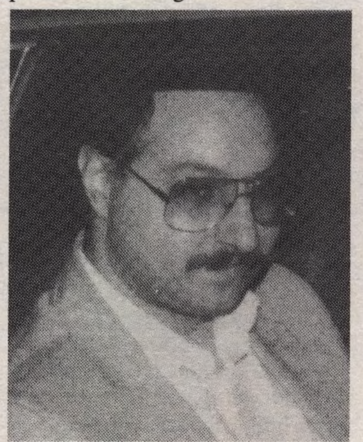
Die Hintergründe werden enthüllt

Der Sprecher der schwarzen Hebräer stimmt Schiebers Beurteilung zu. Als ein scharfer Kritiker Israels hofft Brown, daß die Publizität um den Fall Pollard ihren Teil dazu beitragen wird, Israels Aktivitäten der ganzen Welt zu enthüllen.

Brown und die schwarzen Hebräer haben mit Schieber und den Bemühungen seines Holy Land State Committees eng zusammengearbeitet, um die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge und andere pro-israelische Gruppen zu zwingen, mit ihrer Propaganda für die blinde US-Unterstützung des israelischen Völkermordes und der Verfolgung der schwarzen Hebräer aufzuhören.

Brown zufolge ist Pollard nur allzu bereit, seine Geschichte zu erzählen. Browns Anhänger haben ihn wissen lassen, daß sie in der Öffentlichkeit bereits intensiv zur Sprache kommt. Es werden zur Zeit Schritte unternommen, um in Zusammenarbeit mit dem Holy Land State Committee und mit Unterstützung durch die hebräischen Israeliten ein Forum vorzubereiten, auf dem Pollard seine Geschichte mit seinen eigenen Worten erzählen kann. □





Anne Hederson Pollard und Jonathan Pollard nach ihrer Verhaftung im Spionageskandal, der Israel kompromittierte. Pollard will jetzt helfen, Israels Aktivitäten in der ganzen Welt zu enthüllen.

Mordechai Vanunu

Zeuge aus Gewissensgründen

Warren Hough

Hochgestellte und gutinformierte britische und französische Beamte der Spionageabwehr haben bestätigt, daß Mordechai Vanunu, 31, der israelische Nukleartechniker, der der Welt den ersten detaillierten Einblick in das geheime Werk seines Landes in der Negev-Wüste gab, in dem die »Megabombe« produziert wird, von Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad gekidnappt und nach Israel gebracht worden ist. Die israelische Regierung hat inzwischen ein Gerichtsverfahren gegen Vanunu eröffnet, der in einem israelischen Gefängnis sitzt.

Mordechai Vanunu war Anfang 1986 nach Australien geflohen, konvertierte zum Christentum und plauderte das Geheimnis über das bedrohliche Atomwaffenarsenal seines Landes aus. Danach verschwand er aus einem Londoner Hotel, wurde vom Mossad nach Israel verschleppt und dort eingesperrt.

Bei Vanunu handelt es sich offenbar um einen »Zeugen aus Gewissensgründen« gegen die wachsende Bedrohung eines nuklearen Holocaust. Nachdem er jetzt wieder in den Händen des israelischen Geheimdienstes Mossad ist, erwartet ihn mit Sicherheit eine harte, lebenslange Haftstrafe. Doch die Bestätigung über Vanunus trauriges Schicksal wurde nahezu völlig überstrahlt von dem internationalen Aufruhr, den seine Enthüllungen über Israels apokalyptische Atomsprengköpfe hervorgerufen haben.

»Der ›Fallout‹ von dieser Geschichte wird täglich immer noch größer«, sagte Alain de Segonzac, ein französischer Journalist, der zur Zeit als Programmdirektor einer UNO-Erhebung über Weltmedien für ein Jahr in New York weilt. »Sie hat das sogenannte Terrorgleichgewicht zerstört, die leichte Anpassung unter den atomwaffen-produzierenden Ländern, die der einzige Schutz der Menschheit gegen den nuklearen Holocaust war. Die Welt lebt nun erneut unter dem Schwert eines drohenden Völkermordes durch H-Bomben. Vielleicht hat sich damit auch das strategische Gleichgewicht auf der Welt zugunsten der Sowjetunion verschoben.«

Eine Reihe von Experten, die in Washington und New York interviewt wurden, stimmen Segonzacs düsterer Einschätzung der Lage zu. »Dieser Skandal zeigt, was niemand von uns wirklich glauben wollte; nämlich, daß sich die westlichen Medien zum Schutz eine Art Selbstzensur auferlegen, wenn es um Israel geht«, räumte ein westdeutscher Gesprächspartner ein.

In der amerikanischen Presse herrscht trotz der zahlreichen Schlagzeilen an anderer Stelle über die Entführung Vanunus durch die Israelis, der der Welt einen Einblick in die Nuklearbewaffnung des Landes vermittelt hat, weiterhin Nachrichtensperre.

Auch Schweigen bei der NATO

In einer Reihe von Gesprächen mit Wissenschaftlern und diplomatischen Beobachtern im UNO-Hauptquartier kommt immer der eindeutige Tenor zum Vorschein: Während in der Öffentlichkeit über die Vanunu-Affäre Stillschweigen gewahrt wird, hat Präsident Ronald Reagan insgeheim den »Jason-Ausschuß« einberufen – die höchste wissenschaftliche Beratergruppe der amerikanischen Regierung –, der hinter verschlossenen Türen zusammenkommt, um ernsthafte Notlagen der nationalen Sicherheit der USA zu analysieren. Dem Jason-Ausschuß gehören einige der führenden amerikanischen Atomphysiker an und man beschäftigt sich dort jetzt mit der Beurteilung der Auswirkungen der Enthüllungen des israelischen Überläufers auf die Strategie der Vereinigten Staaten.

Doch ebenso wie Reagan erwähnt auch Michail Gorbatschow, der sowjetische Führer, die israelische Atombombenkrise nicht in einer einzigen Rede, die er nach dem gescheiterten isländischen Minigipfel gehalten hat. Strategische Experten sagen, dies sei deshalb der Fall, weil die Tatsache, daß Israel plötzlich als Atomstreitmacht auf den Plan getreten ist, letztlich für den Sowjetblock und nicht für die Vereinigten Staaten und deren NATO-Verbündeten von Nutzen sein wird.

Ein wichtiger amerikanischer Atomphysiker, der an der Krisensitzung des Jason-Ausschusses in Santa Monica, Kalifornien, teilnahm, erläuterte die Lage so: »Israel hat nicht nur zahlreiche amerikanische Regierungen nacheinander getäuscht und verraten, die viele Milliarden Dollar in das Land verschwendet haben. Es ist im Grunde nicht mehr abhängig vom Schutz durch die USA, was bisher immer behauptet wurde.

Als eine bedeutende Atomstreitmacht mit Neutronenbomben und anderen Sprengköpfen, die dem Völkermord dienen, kann sich Israel nicht mehr zu den Klienten Amerikas zählen. Seine Zukunft hinsichtlich Expansion und regionaler Hegemonie liegt nun in einem Bündnis mit der Sowjetunion.«

Diese Analyse wird erhärtet durch führende amerikanische Sprecher und Lobbyisten für das Militär-Establishment des Kleinstaates, wie zum Beispiel Dr. Joseph Churba. Churba hat aus seiner Überzeugung kein Geheimnis gemacht, daß ein starkes Israel am besten daran tut, auf die sowjetische Seite überzuwechseln.

Auf der NATO-Konferenz der Verteidigungsminister in Gleneagles brachten westeuropäische Verteidigungsexperten im Oktober 1986 Bestürzung und Sorge über Israels Atomwaffenarsenal zum Ausdruck. NATO-Experten stellten beunruhigt fest, daß Yitzhak Shamir, der am 21. Oktober 1986 entsprechend einer langfristigen Koalitions-Vereinbarung das Amt des israelischen Premierministers wieder angetreten hat, Anfang der siebziger Jahre der Spitzenagent des Mossad in Paris gewesen ist und bei der Beschaffung von nuklearem Know-how für seine Regierung eine Schlüsselrolle gespielt hat.

Jüngsten NATO-Geheimdienstberichten zufolge war Shamir von 1959 bis 1966 stellvertretender Leiter der Mossad-Operationen in Europa. In der Zeit, als er unter dem Namen »Oberst Michael« in Paris stationiert war, knüpfte Shamir angeblich viele Kontakte und zahlte Bestechungsgelder, um die geheime Entscheidung des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle herbeizuführen, Israel die Möglichkeit zu geben, Atomwaffen zu bauen.

Als Mossad-Geheimdienstchef hatte Shamir auch die Verantwortung für »Sonderaktions-Trupps« im gleichen Zeitraum, und das bedeutete nach dem englischen Manchester »Guardian«, einer führenden britischen Zeitung, »Menschen zu töten«.

Mit dem Vermerk, daß Shamir ein berufsmäßiger Terrorist war, der in seiner ersten Amtszeit als Premierminister im Jahr 1984 in einen Skandal um einen brutalen Mord verwickelt war, schloß der liberale und pro-israelische »Guardian« mit resignierender Zurückhaltung, daß die Moral »im Leben Shamirs offenbar keine große Rolle spielt«.

Doch die Nahost-Delegierten bei den Vereinten Nationen betrachten diese Krise nicht ganz so resignierend: »Wir sehen uns einem Waffenarsenal für den Völkermord in den Händen eines langjährigen Terroristen gegenüber«, erklärte ein ranghoher arabischer Diplomat. »Die Völker des Islam müssen jetzt schauen, daß sie vergleichbare Fähigkeiten entwickeln – das ist eine Frage des Überlebens, und die Großmächte, angeführt von den Vereinigten Staaten, müssen sehen, daß sie diese Krise entschärfen, bevor sie zu einem Holocaust explodiert.« □

Fidel Castro

Revolution mit Hilfe der USA

James Harrer

In einem stillschweigenden Eingeständnis, das ein neues Licht auf die turbulenten sechziger Jahre wirft, sowie aus dem Zwang der amerikanischen Establishment-Medien, für die kommunistische Sache Partei zu ergreifen, bestätigte die »New York Times« am 19. Oktober 1986 mit etwas Verspätung, daß der kubanische Diktator Fidel Castro während seiner ganzen revolutionären Laufbahn ein versteckter Kommunist gewesen ist.

»Es ist lange Zeit in gewissen Kreisen geglaubt worden, daß sich die Castro-Revolution vielleicht in liberalerer, demokratischerer und pro-amerikanischer Richtung entwickelt hätte, wenn die Vereinigten Staaten dem Experiment Kubas toleranter und verständnisvoller gegenübergetreten wären und es mehr unterstützt hätten«, schrieb Tad Szulc in einem Artikel, der seiner in Kürze erscheinenden Biographie des bärtigen Caudillo entnommen ist. Das Buch trägt den Titel »Fidel: ein kritisches Portrait«.

Von Anbeginn ein Kommunist

Was Szulc nicht erwähnt, ist die Tatsache, daß die »New York Times« selbst zum harten Kern jener Kreise gehörte, die dem Castro-Experiment in seinen Anfangsjahren Schutz und politische Unterstützung verlieh, als entschiedenes Handeln von seiten der US-Regierung den roten Führer von Havanna hätte stürzen können.

Auch erwähnt Szulc nicht, daß er in dieser ersten Phase kommunistischer Übernahme Kubas der Havanna-Korrespondent der »New York Times« war und somit persönlich eine Schlüsselrolle bei der Erhaltung des Castro-Regimes gespielt hat.

Im Rückblick beschweren sich Szulc und die »Times« jetzt, von dem gewitzten starken Mann Kubas angeschwindelt worden zu sein. Castros oft wiederholte Behauptung, seine Bewegung sei eine »humanistische« und keine kommunistische, stellte sich als eine »Täuschung« heraus, erklärt Szulc.

In Wirklichkeit, wie Szulc jetzt zugibt, »ging Castro von seinen ersten Tagen als Rebellenführer an insgeheim daran, Kuba in einen marxistisch-leninistischen Staat zu verwandeln, und zwar mit der versteckten Hilfe alter Kommunisten sowie neuer kommunistischer Kader, die er innerhalb der Rebellenarmee schuf«.

Szulcs revisionistischer Artikel erregte großes Aufsehen unter den großen und wohlhabenden Gemeinden kubanischer Exilanten in den Vereinigten Staaten. »Die Tatsache, daß Castro von Anbeginn ein kommunistischer Verschwörer war, ist uns allen natürlich seit langem bekannt«, erklärte Antonio Cuesta, der allseits verehrte Freiheitskämpfer, der im Jahr 1965 in einem bewaffneten Versuch, sein Heimatland zu befreien, das Augenlicht und die linke Hand verlor.

Mit der Aura eines heroischen Führers

»Das Sensationelle daran ist, daß die ›Times‹ es schließlich zugibt – und das ohne einen Hauch von Schuldanerkenntnis. Wenn ›Times‹ nicht gewesen wäre, würde Castro unsere Insel heute nicht regieren. Kuba fiel auf Vorantreiben der ›Times‹ in kommunistische Hände.«

Professor Jaime Hoyningen-Bonilla, der argentinische Historiker, dessen Monographie über die Castro-Revolution im Frühjahr veröffentlicht wird, stimmte Cuesta zu:

»Es war die ›Times‹, nicht Castro, die das amerikanische Volk über den Aufstand in Kuba in eklatanter Weise getäuscht hat«, erläuterte der Wissenschaftler. »Als allererstes hat diese New Yorker Zeitung Castro praktisch erfunden; sie verlieh ihm die Aura eines heroischen Führers, zu einem Zeitpunkt, als er noch ein obskurer Agitator war, der selbst von seinen Kommilitonen an der juristischen Fakultät von Havanna wegen seiner Gewalt und manipulativen Machenschaften gefürchtet war.

Als Castro in den Bergen im Osten Kubas als selbsternannter ›Guerillaführer‹ auf der Bildfläche erschien, unternahm kein Geringerer als Herbert Matthews, der führende Leitartikelschreiber der ›New York Times‹, eine geheime Reise, um diesen kaum bekannten Terroristen am 16. Februar 1957 im Dschungel zu interviewen.

Die ›Times‹ brachte das Matthews-Interview drei Tage hintereinander auf der Titelseite und verwirrte damit den größten Teil ihrer Stammleser, die nie von Castro gehört hatten und sich auch nach den Matthew-Geschichten nicht vorstellen konnten, daß es sich bei ihm um eine bedeutende Figur handelt.«

Und das, so informierten kubanische Exilanten, war erst der Anfang. In den ganzen sechziger Jahren verwandelte die New Yorker Zeitung sich in ein Forum für die Befürworter und Verteidiger Castros, sagen diese Quellen.

Viele Unterstützer der Rebellen, die in der »New York Times« ein gutes Podium hatten, unter ihnen Sol Landau, Lee Lockwood, Jose Yglesias und andere, machten keinen Hehl aus ihrer pro-kommunistischen Haltung. Andere Autoren in der »Times« waren Opportunisten wie Warren Hinckle, Robert Scheer und Robert Taber, die meinten, es sei ein gutes journalistisches Geschäft, Castro mit seiner geheim-kommunistischen Bewegung zu unterstützen.

Respekt für jede Äußerung Castros

»Die ganzen sechziger und siebziger Jahre hindurch, in denen sie Castro priesen und ihn in Schutz nahmen, fand die ›Times‹ niemals ein gutes Wort für die Freiheitskämpfer, die sich dem Kommunismus in Kuba entgegengestellt haben«, sagte Cuesta.

»Jede Äußerung Castros wurde mit Respekt wiedergegeben, doch die Chronik des Kampfes gegen ihn – eines verborgenen Krieges mit Dutzenden von Gefechten und Hunderten von Todesopfern – blieb unerwähnt bis zum heutigen Tage. Es war nicht das dilettantische Täuschungsmanöver Castros, sondern die massiven Lügen der ›Times‹, die Kuba der kommunistischen Sklaverei zum Opfer fallen ließen.« □



Der sowjetische Diktator Nikita Chruschtschow trifft Fidel Castro 1960 im New Yorker Hotel Theresa.

Freihandel

Tadel für die Fanatiker

Lee A. Iacocca

Lee A. Iacocca ist Vorsitzender des Chrysler-Automobil-Konzerns. Er sieht bei nichts anderem schneller rot, als wenn er die defätistische Einstellung einiger Freihandels-Fanatiker hört, die behaupten, daß eine Freihandelspolitik mehr Arbeitsplätze in den Industriestaaten sichern beziehungsweise retten werde.

Jahrelang hören wir das schon: Egal, was andere Länder tun, um unsere Produkte auszusperren oder ihre Waren auf unseren Markt zu schütten, wir können nichts unternehmen, um uns dagegen zu schützen, sonst werden die anderen Vergeltung üben, und wir werden noch mehr Arbeitsplätze verlieren.



Lee A. Iacocca ist Vorsitzender der Chrysler Corporation und war als US-Präsidentschaftskandidat im Gespräch.

Die ernüchternde Faustregel

Es ist an der Zeit, daß wir diesen Leuten Einhalt gebieten und den Nachweis führen lassen, daß das Heilmittel tatsächlich schlimmer ist als die Krankheit. Wo sind die Arbeitsplätze in Amerika, die geschaffen oder gerettet wurden durch unser kumulatives Handelsdefizit von 623 Milliarden Dollar in den letzten sechs Jahren? Nennen Sie mir eine Zahl!

Wir wissen um die verlorengegangenen Arbeitsplätze; wir können sie zählen: Die derzeitige Importquote kostet uns, vorsichtig ausgedrückt, 460 000 Arbeitsplätze in der Autoindustrie, 370 000 in der Bekleidungsindustrie, 280 000 im Bereich der High-Techn-Komponenten, weitere 130 000 in der Verbraucher-Elektronik, 67 000 im Werkzeugmaschinenbereich und 66 000 in der Stahlindustrie. Diese Zahlen geben dabei noch nicht einmal die weitläufigen Auswirkungen auf die gesamte Konjunktur wieder.

Die Faustregel der Regierung der USA lautet, daß mit jeder Milliarde Dollar, um die das amerikanische Handelsdefizit steigt, in den USA 25 000 Arbeitsplätze verlorengehen. In diesem Jahr könnte das Defizit im Vergleich zum Vorjahr um weitere 50 Milliarden gewachsen sein, das heißt, weitere 1,25 Millionen Arbeitsplätze, die in nur zwölf Monaten verlorengingen, was direkt auf das Handelsdefizit zurückzuführen ist.

Zeigen Sie mir die Anzahl von Arbeitsplätzen, die durch diese 50 Milliarden Dollar geschaffen oder erhalten wurden. Sicher, es werden neue Arbeitsplätze ins Leben gerufen, doch meistens im Dienstleistungsbereich, wo die Bezahlung normalerweise viel schlechter ist als bei den Arbeitsplätzen in der Industrie, die wir verloren haben.

Die Reagan-Regierung rühmt sich damit gern, wie viele neue Arbeitsplätze in den achtziger Jahren geschaffen worden sind, doch es fällt geflissentlich unter den Tisch, daß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre noch weit mehr geschaffen wurden. Die Kernfrage ist eigentlich, wieviel mehr Arbeitsplätze wir heute hätten, wenn das Handelsdefizit nicht außer Kontrolle geraten wäre. Nach diesem Maßstab war die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Jahrzehnt nicht von Erfolg gekrönt.

Dann behaupten die Fanatiker noch, die anderen können Spiele mit dem Handel treiben, aber die Amerikaner nicht. Wir würden einen Handelskrieg beginnen und jeder – vor allem die USA – würden dabei verlieren.

Das ist Unsinn. Die anderen brauchen den amerikanischen Markt mehr als wir deren Waren benötigen. Wenn man im Welthandel heute Gewinne machen will, muß man in Amerika verkaufen. Alle anderen Länder haben ihre Importe nämlich inzwischen begrenzt, um die Arbeitsplätze im Inland zu erhalten.

Schauen Sie sich die Zahlen an: Etwa 30 Prozent der Gesamtexporte der ganzen dritten Welt gehen nach Amerika. Wir beziehen 39 Prozent der japanischen Exporte, 36 Prozent der koreanischen Exporte, 81 Prozent von Kanadas und 87 Prozent von Mexikos Exporten, um nur ein paar Zahlen zu nennen.

Seit langem nun schon stehen die Arbeiter junger Industriezweige in neu auf den Weltmarkt in Erscheinung tretenden Ländern durch internationale Handelsabkommen unter einem besonderen Schutz, um ihnen Zeit zu geben mit den Arbeitern der herkömmlichen Industrienationen wettbewerbsfähig zu werden. Wir haben alles gekauft, was diese Länder in die Vereinigten Staaten schicken konnten, ohne darauf zu bestehen, daß sie auch uns ihre Märkte öffnen, und wir haben im Zuge dieser Handlungsweise eine Menge Arbeitsplätze in den USA dafür geopfert.

Unsere Handelspartner brauchen diese Art speziellen Schutz nicht mehr. Die neue Fabrik in Korea hat sogar einen enormen Vorteil gegenüber einem etablierten Werk in Amerika. Da Technologien heute so leicht verfügbar sind und einen derart rapiden Wandel unterworfen sind, wird eine neue Fabrik – ungeachtet ihres Standorts – immer weitaus produktiver sein können.

Wenn Sie dann noch die niedrigeren Löhne und die Regierungspolitik mit einbeziehen, die Exporte forciert sowie ein gerüttelt Maß an Handelsschranken, die amerikanische Produkte von deren Märkten fernhalten, dann gibt es keinen Grund mehr, die Arbeiter in Asien zu bemitleiden. Die Arbeiter der alten Industrienationen sind es, die der Hilfe bedürfen.

Zuerst stabile Beschäftigung

Wir operieren heute nicht mehr auf der Basis: jeden Tag einen anderen Job. Ein Arbeitsplatz bedeutet eine langfristige Verpflichtung, an der der Arbeiter, die Firma und sogar der Staat beteiligt sind.

Stabile Beschäftigung ist der wichtigste Faktor im wirtschaftlichen Wachstum. Japan weiß das und deshalb hat die japanische Handelspolitik ein wichtiges Ziel: an den Arbeitsplätzen festzuhalten und die Arbeitslosenzahl so niedrig zu halten, daß sie kaum feststellbar ist.

Doch die Leute, die unsere Handels- und Steuerpolitik machen, scheinen der Meinung zu sein, daß man sich um die Arbeitsplätze nicht kümmern muß. Sie haben nicht gesehen, wie weit die Türen für die Importe aus anderen Ländern offenstehen.

Durch die Steuerpolitik ist vielleicht mehr Geld in die Hände der Verbraucher gekommen, doch durch die Außenhandelspolitik und den hohen Stand des amerikanischen Dollar hat das zusätzliche Geld den ausländischen Firmen noch viel mehr gebracht.

Die »Angebots«-Theorie ist auf den Kopf gestellt worden. Wir haben in Wirklichkeit eine »Nachfrage«-Wirtschaft. Es wurde eine große Nachfrage nach ausländischen Produkten geschaffen, doch wir haben dabei das »Angebot« auf dem amerikanischen Markt vergessen und wo die Arbeitsplätze geblieben sind.

Es ist an der Zeit die ganzen Unruhestifter zum Schweigen zu bringen, die uns weiterhin erzählen wollen, daß es uns Arbeitsplätze kosten wird, wenn wir in der Handelspolitik hart durchgreifen. Das stimmt nicht, aber wenn wir uns weiterhin davor scheuen, zu handeln, dann gehen damit garantiert mehr und mehr Arbeitsplätze in Amerika sowie in anderen Industrienationen verloren. □

Wall Street

Wie Insider Kasse machen

George Nicholas

Ivan F. Boesky ist sehr oft als »Risiko-Arbitrageur« bezeichnet worden – selbst von Wirtschafts-Journalisten, die es inoffiziell besser wußten. Was Boesky bei seiner Anhäufung von Hunderten von Millionen Dollar an spekulativen Super-Profiten besonders auszeichnete war die Tatsache, daß er wußte, wie er den größten Teil des Risikos von seinen Spekulations-Investitionen eliminieren konnte.

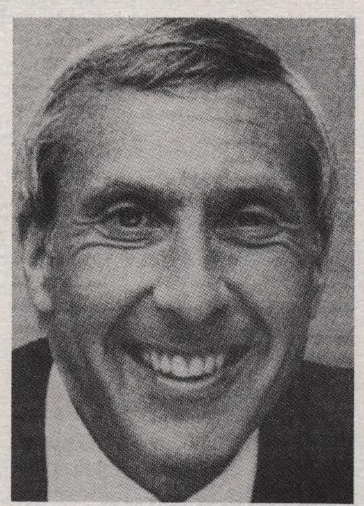
So funktioniert Boeskys Trick: Arbitrage beginnt herkömmlicherweise dann, wenn eine einflußreiche Person eine Kampagne startet, um ein etabliertes Unternehmen zu übernehmen. Durch solche Aktionen schnellen die Aktien der ins Auge gefaßten Firma in die Höhe.

Wer gibt die Hinweise?

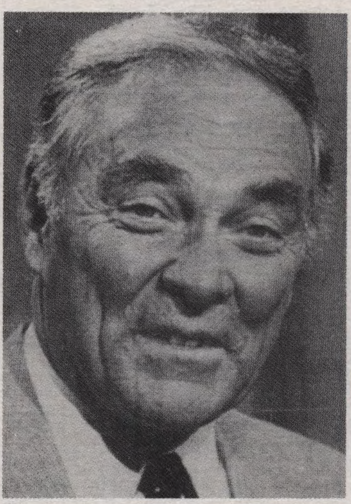
Als das Konsortium Kohlberg Kravis und Roberts, das an der Wall Street unter dem Namen KKR bekannt ist, seine Pläne Unocal Corp. zu übernehmen verkündete, stiegen deren Aktien von 27 auf 51, und das über Nacht. Es ist offensichtlich, daß jedermann, der solche Kursbewegungen hervorsagen kann, mit Sicherheit ein Vermögen verdient.

Dies wirft die Frage auf, wie es mit den Effektenbanken, den Anwälten, Wirtschaftsprüfern oder deren Sekretärinnen, Stenotypistinnen steht, die den Boden für solch einen Handel bereiten, denn sie haben als Gruppe Vorab-Informationen über die Übernahme.

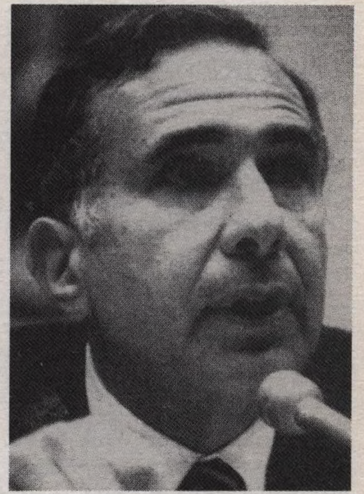
Das Gesetz verbietet ihnen aus ihrem Wissen Kapital zu schlagen. Sie dürfen keine Aktien des in Frage stehenden Unternehmens kaufen oder verkaufen; sie dürfen anderen noch nicht einmal erzählen, was sie über den geplanten Ausverkauf wissen. Das wäre Nutzen oder Weitergabe von »Informationen aus erster Hand« über die vorgeschlagene Transaktion – und mit solchem Wissen Geld zu machen ist ein Verbrechen.



Ivan Boesky, Börsenspekulant, ist zu 100 Millionen Dollar Geldstrafe verurteilt worden.



Alexander Haig, ehemaliger US-Außenminister, warnte das Weiße Haus vor Schritten gegen Boesky.



Carl Icahn, ein New Yorker Börsenspekulant, steht ebenfalls wegen seiner Marktmanöver im Gerede.

Boesky und seine Komplizen wußten jedoch, wie sie diese Gesetzeshindernisse umgehen konnten. Sie mißachteten nicht nur die Verletzbarkeit von »Insider-Informationen«, sondern machten sogar ein Geschäft damit, so viel davon zu bekommen, wie sie mit Geld nur bekommen konnten.

Skandal schlägt internationale Welle

Um die Bedeutung dieses Verbrechens zu verstehen, kann man es mit Schiebung beim Poker vergleichen. Der Spieler tut so, als würde er sich an die Regeln halten, richtig mitspielen und sein Geld riskieren, obwohl er durch Betrügen bereits sichergestellt hat, daß er den Ausgang des Spieles kennt.

Über ein Dutzend führender amerikanischer Investment-Banker und Wertpapierhändler sehen sich jetzt umfangreicher gerichtlicher Untersuchungen wegen Betruges, Bestechung, Amtsmißbrauch und Börsenhandel aufgrund von »Insider-Informationen« gegenüber. Als Folge davon sieht sich US-Präsident Ronald Reagan einerseits dem Druck des US-Justizministeriums ausgesetzt, das die Strafverfolgung mehrerer bekannter Finanzexperten verlangt und andererseits dem der israelischen Lobby, deren einflußreichste Sprecher – unter ihnen angeblich auch der frühere amerikanische Außenminister Alexander Haig – »Diskretion«, das heißt, Vertuschung der Angelegenheit fordern.

Makler und Anhänger des Zwergstaates im Nahen Osten gehen zum Gegenangriff über, weil der lawinenartig um sich greifende Wall-Street-Skandal droht »eine hohe Ebene finanzieller Förderer mit hineinzuziehen, die Milliarden-Summen für Israel beschafft haben und auch jene Geheimkanäle schufen, über die ein großer Teil dieser Wirtschaftshilfe läuft«, wie aus Justizquellen verlautet.

Nach gut informierten Quellen sind die folgenden Hauptpersonen aufgrund illegaler Aktivitäten in die gerichtlichen Untersuchungen auf Bundesebene in den USA verwickelt:

Ivan S. Boesky, 49 Jahre, ein Börsenspekulant neuen Typs, ein sogenannter »Arbitrageur«, der von der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde wegen strafrechtlicher Verletzungen der Wertpapiergesetze, deren er überführt worden ist, vom Börsenmarkt ausgeschlossen und mit einer Geldstrafe von 100 Millionen Dollar belegt worden ist.

Die Strafe wird Boesky wahrscheinlich nicht ruinieren. Die Zeitschrift »Financial World« schätzt, daß er im vergangenen Jahr allein über 100 Millionen Dollar verdient hat. Das Verbot seines Maklergeschäfts tritt erst ab April 1988 in Kraft – eine ungewöhnlich milde Bestrafung.

Doch der berühmt-berüchtigte Finanzmann muß sich auch wegen krimineller Vergehen vor Gericht verantworten, und er arbeitete beispielsweise mit Staatsanwälten des US-Justizministeriums zusammen, indem er insgeheim Gespräche mit anderen gerissenen Wall-Street-Geschäftsleuten auf Tonband aufnahm, eine Enthüllung, die die gesamte Finanzszene erzittern ließ.

Profite durch Börsenmanöver

Carl Icahn, 50 Jahre, ein anderer, gut bekannter New Yorker Spekulant, der vor kurzem die Trans World Airlines erworben hat, befindet sich jetzt in einem harten Kampf zur Übernahme der USX Corp., der früheren US-Steel. Er wurde gerichtlich

Wall Street

Wie Insider Kasse machen

vorgeladen, um seine Beteiligung an einer Reihe von Marktmanövern zu erklären, die sich in Boeskys Geständnis als illegal erwiesen haben.

Martin Peretz, ein Washingtoner Millionär und Verleger. Wie zu erfahren war, geht man derzeit Beweisen nach, denen zufolge Peretz Börsengewinne, die er in Zusammenarbeit mit Boesky machte, dazu verwendet hat, die Zeitschrift »New Republic« zu kaufen, die viele Jahre lang einen Anzeigenkooperations-Vertrag mit William F. Buckley Jr.'s »National Review« hatte. Er verwandelte dieses etablierte Blatt der liberalen Linken in ein Propagandarohr für Israel.

Peretz und Boesky sind nicht die einzigen betrügerischen Kapitalanleger, die kürzlich hohe Summen aus Wall-Street-Gewinnen an den Zwergstaat überführt haben. Boesky, der überführte Wertpapierbetrüger, der im vergangenen Jahr Vorsitzender des United Jewish Appeal war, und Icahn, der der Koordinator des Werbefeldzuges für israelische Wertpapiere an der Wall Street im Jahr 1984 war, haben über 100 Millionen für ihren Lieblingsstaat locker gemacht.

Die Untersuchungen um den Börsenschwindel zielen noch auf sechs weitere der zwölf größten Kapitalbeschaffer und Spendensammler für Israel ab, heißt es im amerikanischen Justizministerium:

Lewis Lehrman, der Millionär und Besitzer einer Drugstore-Kette, Kandidat der Republikaner bei den Gouverneurswahlen des Jahres 1982 im Staate New York und persönlicher Freund Buckleys. Inzwischen unterstützt er eine mysteriöse internationale Organisation, die »nationale Befreiungs«-Kämpfer in der dritten Welt finanziert. Diese Gruppen führen Geheimaktivitäten mit dem Mossad, Israels Geheimdienst, gegen Regierungen von Afrika bis Mittelamerika aus.

Samuel Belzberg, der geheimnis-umwitterte kanadische Milliardär und Zeit seines Lebens Militant des Zwergstaates, dessen First Cities Corp., wie sich herausgestellt hat, sich Boeskys Börsenmanöver und Profite in hohem Maße zunutze gemacht hat.

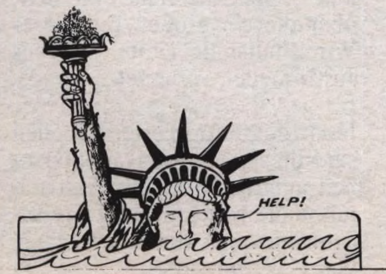
Meshulam Riklis, Vorsitzender der Rapid-American Corp. Als ein israelischer Immigrant, der als Spekulant Hunderte von Millionen machte, ist Riklis am besten bekannt als der wichtigste Spendensammler für den Feldzug zur Wahl von Ariel Sharon zum Präsidenten Israels; Sharon hat im Zusammenhang mit Israels Krieg gegen den Libanon eine äußerst befleckte Weste.

Lawrence Tisch, der Spekulant und Milliardär, der kürzlich in einer kontroversen Attacke die Columbia Broadcasting System erwarb. Ein Partner bei der Übernahme des Mediengiganten war Boesky.

Reagan soll Untersuchung einstellen

Frederick W. Joseph und Michael Milken, Präsident beziehungsweise führender Wertpapierhändler bei der Drexel Burnham Lambert Inc., der Anlagebank an der Wall Street, die die umfangreichen Finanzierungen für die Übernahmeattacken und Börsenspekulationen von Boesky, Icahn und andere Großspekulanten gemacht hat.

Angesichts der Tatsache, daß alle erstrangigen Spendensammler und Spender des Kleinstaates, die es an der Ostküste Amerikas gibt, Zielscheibe der sich immer weiter ausweitenden strafrechtlichen Untersuchung auf amerikanischer Bundesebene sind, hat der frühere amerikanische Außenminister Alexander Haig eine Warnung an das Weiße Haus ausgesprochen: Wenn Präsident Reagan nicht die Einstellung der Untersuchungen anordnet, wird der sich daraus ergebende Skandal »größeren Schaden verursachen als das Fiasko mit dem Iran« – ein weiterer Skandal, der mit Israel in Zusammenhang steht. □



Panama

Geld- und Drogenparadies der Banker

James Harrer

Der verstorbene Nelson Rockefeller, ehemals amerikanischer Vizepräsident und viermal Gouverneur von New York, hat seine enorme wirtschaftliche und politische Macht insgeheim dazu benutzt, um Drogenschmuggel und Geldwäscherei in Panama zu beschützen.

Aufgrund einer Reihe von Interviews über organisiertes Verbrechen und den blühenden Drogenhandel mit den gesetzlich zuständigen Stellen zeichneten sich die Umrisse einer vertrauten Strategie ab, die in vielen Fällen von dem Rockefeller-Konsortium und seinem finanziellen Flaggschiff, der Chase Manhattan Bank, verfolgt worden ist: Machtstreben ohne Verantwortung.

»Die Gesetze, die das Bankenwesen und damit verbundene Aktivitäten in Panama bestimmen, werden hinter den Kulissen von den Anwälten der Chase Manhattan Bank und einigen anderen US-Geld-Giganten entworfen«, erklärte Dr. Fernando Pinto, brasilianischer Wirtschaftswissenschaftler, der als Berater für transnationale Finanzen bei der UNO-Kommission für Lateinamerika tätig ist.

»Doch es wurde von den Rockefellers so arrangiert, daß die Regierung von Panama diese Gesetze inkraftsetzen und überwachen mußte. Sie mußte die Verantwortung für sie übernehmen. Aber die wirkliche Macht wurde mit diesen Gesetzen den Banker selbst in die Hand gegeben.«

Unter einer umfassenden Gesetzesreform bezüglich des Bankenwesens – die wichtigsten Bestimmungen wurden 1970 erlassen – entwickelte sich Panama zu einem der blühendsten Finanzmärkte der Welt. Die Gesetze verlangen von den Banker die



Omar Torrijog sollte »ausgelöscht werden«, weil er der US-Drogenbekämpfung im Wege war.

Sicherstellung des Bankgeheimnisses und freien Spielraum für internationale Geschäftemacher, Devisenschmuggler, Offshore-Spekulanten und vor allem für die Großkapitäne des blühenden Drogenhandels in Lateinamerika.

»Rauschgift-Dealer bewahren manchmal zehn Millionen Dollar und mehr in Schuhkartons oder Plastiksäcken auf«, so erinnerte sich Ralph Ingersoll jr., der Anfang der siebziger Jahre Leiter des Dezernats für Rauschgifte und gefährliche Arzneien war (wurde inzwischen mit der »Drug Enforcement Administration zusammengelegt). »Sie benötigten eine geschützte Finanzumgebung, in der Geheimhaltung und Anonymität selbst für die größten und für die verdächtigsten Kunden garantiert wurde.«

Panamas finanzielle Einrichtungen, die von den Banker selbst geleitet wurden, und zwar nach dem System der »Selbstverwaltung«, das durch die Gesetzgebung im Jahr 1970 eingeführt worden war, wurden zu einem, wie ein Informant sagte, »Paradies für Drogen-Pusher«.

»Der Drogenhandel hat sich in Panama massiert«, meinte Walter Macken, ein ehemaliger CIA-Fallbeauftragter, der ein Spezialist in der Drogenbekämpfung ist. »Sie kamen, um ihr Geld zu waschen und ihre Gewinne zu investieren; sie blieben, um Geschäfte zu machen. Das kleine mittelamerikanische Land wurde als eine Freihandelszone für Drogen berüchtigt.«

Die ungeheuren Gewinne dieses Schmuggelhandels wurden von



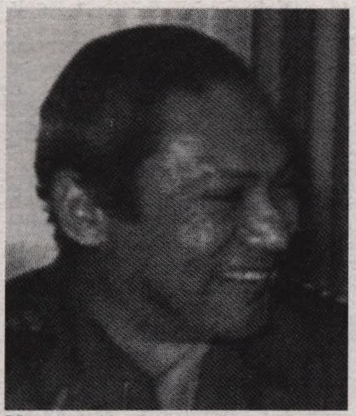
Nelson Rockefeller befahl dem damaligen US-Präsidenten Nixon in Panama nicht einzugreifen.

den Banken abgesahnt, doch die Verantwortung fiel auf die panamesische Regierung.

»Im Jahr 1972 gelangte die Nixon-Administration zu der Überzeugung, daß die den Drogenhändlern in Panama von General Omar Torrijos, dem damaligen Militärherrscher des kleinen Landes gezeigte Nachsicht, ihn zu einer Gefahr für die Drogenbekämpfung Amerikas machte«, wie der ehemalige CIA-Einsatzmann Frank Sturgis in Miami berichtete. »Unter Anweisung von Egil Krogh, den Nixon zum Leiter einer neuen Sondereinheit zur Drogenbekämpfung ernannt hatte, wurde beschlossen, Torrijos ›auszulöschen‹, das heißt, ermorden zu lassen.«

Der ehemalige Leiter der Drogenbekämpfung, Ingersoll, hat kürzlich bestätigt, daß es ein offizielles, geheimes Aktionsvorhaben gegeben hat, um den starken Mann Panamas zu liquidieren. »Ich habe 1972 eines Tages einen solchen Vorschlag auf meinem Tisch gefunden, eingestuft ›top secret‹«, wie sich Ingersoll erinnerte. »Ich bin nicht sicher, was damit geschehen ist; ich weiß nur, daß Torrijos nicht liquidiert wurde, jedenfalls nicht in jenem Jahr.«

Krogh und Sturgis, die als Schlüsselfiguren in der Watergate-Affäre später dann in ganz Amerika bekannt geworden waren, wollen nicht zu Protokoll geben, was mit den Attentatsversuchen passiert ist, wenngleich Sturgis zugibt, daß er seinerzeit für das Kommando-Team angeworben wurde.



Manuel Noriega, ein wertvoller Mann für den CIA, ist dafür bekannt, daß er »auf beiden Seiten« spielt.

»Es wurde auf sehr hoher Ebene auf Eis gelegt«, erklärte Sturgis, »von jemandem, der einige sehr große Interessen in Panama protegieren wollte.«

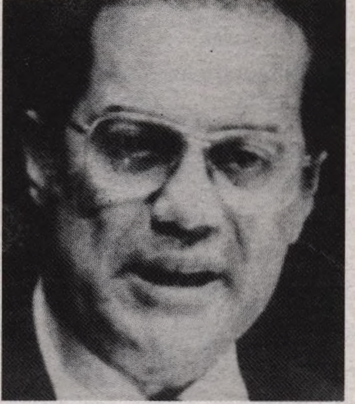
Im privaten geben jetzt mehrere einstige Pioniere in der Drogenbekämpfung und aus dem Geheimdienst zu, daß der Mann, der das geheime Aktionsvorhaben gegen Torrijos abgeblasen hat, Nelson Rockefeller gewesen ist.

Rockefeller legte den Plan auf Eis

»Rockefeller ist direkt zu Nixon gegangen und hat Druck gemacht«, erzählte ein ehemaliger hoher Zollbeamter mit langjähriger Erfahrung in den Rauschgift-Untersuchungen in Panama. »Rockefeller warnte davor, daß ein persönlicher Angriff auf Torrijos zum Chaos in Panama und zu einer Krise in ganz Mittelamerika führen würde.«

Aber noch wichtiger ist, daß Rockefeller Nixon erklärte, das Chase-Konsortium würde, nachdem nun die gesetzliche Infrastruktur für die Umwandlung Panamas in ein außeramerikanisches Banken-Paradies geschaffen worden war, demnächst seinen eigenen Kandidaten als Präsidenten des kleinen Landes durchbringen. Ein geheimes Eingreifen in Panama, so Rockefeller, sei unnötig und »unproduktiv«.

Es gab eine Reihe von Gründen, wie Informanten sagen, warum das von der Chase-Allianz vorgeschlagene Szenario sich durchsetzte. Im Juli 1981 kam Torrijos bei einem Hubschrauberabsturz



Nicolas Barletta, ein Banker, studierte bei George Shultz, dem heutigen US-Außenminister.

ums Leben, der vielleicht kein Unfall war, wie lokale Informanten sagen. Der seit langem von dem Chase-Konsortium und seiner politischen Tochtergesellschaft, dem Council on Foreign Relations (CFR) vorbereitete Kandidat war nunmehr bereit, die Präsidentschaft zu übernehmen.

Nicolas Ardito Barletta, selbst ein Banker, der Volkswirtschaft an der Universität Chikago studiert hatte, und zwar unter George Shultz, dem heutigen amerikanischen Außenminister, wurde neuer Regierungschef in Panama.

Jedoch im Herbst 1985 entbrannte ein interner Kampf zwischen Barletta und dem einflußreichen Kommandeur der panamesischen Streitkräfte, General Manuel Antonio Noriega, wegen der Frage der vom Internationalen Währungsfonds verlangten Schuldenrückzahlungen, die die Wirtschaft des kleinen Landes ruinieren würde.

Die Rivalität wurde überraschenderweise dadurch beendet, daß das nationalistische Offizierskorps Barletta am 28. September 1985 zum Rücktritt zwang.

Jetzt scheint sich, welche Ironie, die Geschichte zu wiederholen. Die Chase-Allianz, einschließlich der CFR und die Chase-Freunde bei den wichtigsten Medien, angeführt von der »New York Times« und der Los Angeles »Times«, haben einen wütenden Feldzug gegen Noriega gestartet.

»Sie beschuldigen Panamas neuen Militärherrscher der Mitwirkung im Drogenhandel, ohne jemals zu erwähnen, daß die Grundpfeiler dieses Handels die internationalen Großbanken sind«, erklärte Pinto.

Die Kampagne ist unmißverständlich darauf angelegt, die Bühne für Noriegas Liquidierung vorzubereiten, vielleicht durch einen ähnlich vorbereiteten »Unfall«, wie er anscheinend die Ära Torrijos beendet hat.

Danach sollte ein anderer, persönlich ausgewählter Strohmann der Banker Präsident von Panama werden, wird man in der westlichen Establishment-Presse kein Wort mehr über die blühende Drogen-Connection des kleinen Landes hören.

Die Lage in Panama wird noch weiter dadurch kompliziert, daß Noriega ein wertvoller Mann für den CIA und andere US-Geheimdienste im Einsatzgebiet Mittelamerika gewesen ist. Auch er hat Amerikas militärischen Einsatz in jenem Bereich sehr unterstützt, der weitgehend von Anlagen in der Kanalzone abhängig ist.

Allerdings ist Noriega bekannt dafür, daß er auf beiden Seiten der Straße spielt: Er hat dem sowjetischen Geheimdienst KGB in seinem Land operationelle Privilegien eingeräumt, und er hat immer wieder mit Kubas Fidel Castro kooperiert, und zwar bei dessen Versuchen, den Sandinistas zu helfen und die legitimen Regierungen in Mittelamerika zu destabilisieren. □

Gold

Der gelbe Götze

Zweiter Teil

Tom Valentine

Im Jahr 1975 wurden die Gesetze der Vereinigten Staaten dahingehend geändert, daß es Amerikanern wieder erlaubt war Gold zu besitzen. Seit 1935 war der Privatbesitz von Gold in den USA per Gesetz verboten. Diese Gesetzesänderung stand lange bevor und fand in den Establishment-Medien keine große Beachtung.

Sechs Monate bevor das Gesetz geändert wurde hatte ein amerikanisches Boulevardblatt verbreitet, daß im legendären Fort Knox von den Reserven der Vereinigten Staaten wahrscheinlich nichts mehr vorhanden sei. Dennoch wurden die Geschichten über das fehlende Gold und die Gesetzesänderung eher weiter heruntergespielt als von den Medien aufgegriffen. Sie greifen nur das auf, was ihnen gesagt wird.

Die Insider zogen an den richtigen Fäden

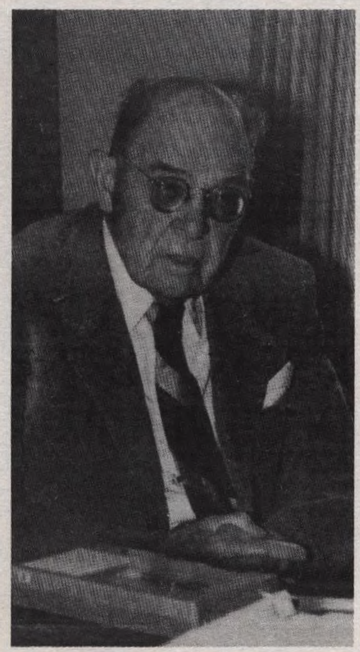
Seit dem 1. Januar 1975 konnten die Amerikaner wieder Gold auf dem internationalen Markt einkaufen. Es war sicher, daß der Preis bei der neu geschaffenen Nachfrage auf dem »freien« Markt steigen würde, was auch der Fall war. Er stieg zunächst langsam und schoß dann innerhalb von vier Jahren auf über 800 Dollar pro Unze.

War dies vorhersagbar? Wurde dieser ungeheure Markt von internationalen Banken der Profite wegen geschaffen, die jeweils an den richtigen Fäden zogen, um Gold zu weniger als 40 Dollar pro Unze anzuhäufen, um dann den Preis auf über 800 Dollar in die Höhe zu treiben?

Während diese Insider sich in den Fähigkeiten von Midas übten, bekamen wir anderen alle die Auswirkungen außergewöhnlicher Inflation und wirtschaftlicher Manipulation zu spüren, die heute die amerikanische Agrarwirtschaft und Schwerindustrie zerstören.

Nicht nur Fort Knox ist leer; auch unsere Köpfe müssen leer sein, wenn wir es zulassen, daß die Insider mit derartigen Tricks kräftig absahnen können.

Die internationalen Banken haben den Plan in aller Ruhe und mit viel Geduld ausgeführt. Die Inflationshysterie des Jahres 1979/80 wurde in den fünfziger Jahren sorgfältig geplant und in den sechziger Jahren direkt vor unseren Augen offen ausgeführt. Man nannte es den »Londoner Gold-Pool«, und es war wie der Fuchs, der sich die Hühner vor unserer Nase wegschnappte.



Der amerikanische Geschäftsmann Edward Durell wollte Klarheit in das Inflationsspiel bringen, das die Inhaber des Federal Reserve Systems mit dem US-Gold gespielt haben.

Die Vereinigten Staaten werden von jenen beeinflußt, die die Richtlinien für das Federal Reserve System festlegen und die Papiergeld ohne Deckung dem Gold vorziehen. Sie haben sogar jahrelang versucht die Vorstellung, daß Gold Papiergeld stützen solle, abzuschaffen und einen Plan zur Ausgabe des Papiergeldes vorgelegt; gleichzeitig heimsten sie auf dem Goldmarkt hohe Spekulationsgewinne ein.

Volle Taschen wurden noch voller

Alles begann im Jahr 1960, als der Goldpreis auf dem freien Markt in London auf 40,60 Dollar pro Unze anstieg. Das war nicht gut. Der offizielle Kurs für Gold lag bei 35 Dollar pro Unze. Die Papiergeldbefürworter wollten mit Blick auf die Kontrolle der Weltwirtschaft nicht, daß sich Greshams Gesetz erneut bewahrheitete.

Dieses Gesetz besagt einfach, daß »schlechtes Geld durch gutes vertrieben wird«. Das heißt, wenn man die Wahl hat zwischen Gold und Papier, wird man Gold ansammeln und versuchen das Papier loszuwerden. Natürlich war es den Amerikanern zu der Zeit noch verboten Gold zu besitzen.

Der Aufwärtstrend des Goldes auf dem freien Markt machte einen Mangel an Vertrauen in das Papiergeld deutlich; der US-Dollar war damals der Weltstandard. Die Internationalisten beschlossen den Goldpreis zu »stabilisieren« und damit das Problem des Vertrauensverlustes in die Papierwährung zu vertuschen.

Der Durchschnittsamerikaner vermutete kaum, daß es sich eher um ein Zentralbanken-Konsortium handelte als um ein Regierungs-Konsortium, als die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz, Italien, Belgien und die Niederlande den Londoner Gold-Pool bildeten.

Nach den öffentlich gemachten Aussagen war die Vorstellung dabei Gold zu verkaufen, den Markt zu überfluten und den Goldpreis unten zu halten und dadurch die Weltwirtschaft zu stabilisieren, die praktisch am Kurs des US-Dollars hing und dieser wiederum am Gold mit unrealistischen 35 Dollar pro Unze.

Der Markt wurde tatsächlich überschwemmt – mit dem Gold der amerikanischen Steuerzahler –, doch der Preis konnte damit nicht unten gehalten werden. Mit dem Londoner Gold-Pool wurden viele volle Taschen nur noch voller gemacht, und er trug dazu bei die spätere Inflationsspirale zu schüren, die sich jetzt in dem immensen amerikanischen Defizit von zwei Billionen Dollar widerspiegelt.

Man gab den Gnomen von Zürich die Schuld

Antony C. Sutton sagt in seinem Buch »Der Krieg um das Gold« angeblich kluge und verantwortungsvolle Experten hätten im Jahr 1967 etwas getan, was selbst einem Anfänger in Volkswirtschaft nicht passiert wäre.

Was Sutton hier nicht sieht ist die Tatsache, daß die Insider das absichtlich getan haben; der Schachzug bestand aus einem cleveren Plan, der es ihnen ermöglichte Gold fast geschenkt einzukaufen und es zu einem zwanzig Mal höheren Preis wieder an die Öffentlichkeit zu verkaufen.

Nach sechs Jahren »Stabilisierung« ließen sich die Kräfte auf dem freien Goldmarkt nicht mehr ignorieren. Den offiziellen Goldpreis auf 35 Dollar zu belassen war einfach »dumm«. Gold abzustoßen, um den Marktpreis so nahe wie möglich am offiziellen Kurs zu halten, war noch »dümmer« und daß die Öffentlichkeit dem Federal Reserve System dies alles durchgehen ließ, war sogar noch dümmer.

Als es den Beteiligten am Londoner Gold-Pool gelungen war, den Marktpreis auf unter 35 Dollar zu drücken, kauften sie Gold ein – mit unserem Geld, oder genauer gesagt mit Papiergeld, gestützt durch den Schweiß und die Tränen der Steuerzahler –. Durch diesen Wahnsinn flossen bald 991 Millionen Dollar aus den Schatzkammern der US-Bundesbank, dem Federal Reserve System, und anderen Zentralbanken, die an dem Pool beteiligt waren.

Man gab den »Gnomen von Zürich« die Schuld, doch der wahre Grund war einfach die Tatsache, daß der offizielle Preis mit vorhersagbaren Ergebnissen weit unter dem Marktpreis gesetzt worden war. Sie waren sogar derart vorhersagbar, daß die Banker sich sicherlich die ganze Zeit eins ins Fäustchen gelacht haben.

Die Franzosen waren auch am Gold-Pool beteiligt, doch deren Volkswirtschaftler haben offensichtlich eher erkannt, wohin der Hase läuft. Sie scherten jedenfalls im Juni 1967 aus dem Pool aus und hatten Gold seit September 1966 eher eingekauft als verkauft. Frankreich holte sich das Gold auch und ließ es nicht in den Kellergewölben der Federal Reserve Bank in New York.

Die Vereinigten Staaten verloren 571 Millionen Dollar an Gold im Jahr 1966 und Frankreich gewann 601 Millionen Dollar an diesem Metall. Nebenbei bemerkt: die Rothschilds sind in Frankreich stark vertreten im Gegensatz zu den Rockefellers, die das US-Bankensystem beherrschen, und es ist allgemein bekannt, daß die Rothschilds goldgestützte Dollar dem Papier-Dollar vorziehen; letztere wiederum werden von den Rockefellers bevorzugt.

Verstehen Sie das allerdings nicht falsch: eine Zentralbank kann die Wirtschaft immer manipulieren, egal, ob das Geld vom Gold gestützt wird oder nicht. Man hat also nicht viel gewonnen, wenn man die Rockefellers gegen die Rothschilds eintauscht. Wir würden besser daran tun, Verantwortung und gesunden Menschenverstand gegen Dummheit einzutauschen.

Es ist immer das gleiche alte Spiel

Nun kommen wir zum Jahr 1968, dem Jahr, das für die US-Goldreserven verhängnisvoll war. Zwischen November 1967 und März 1968 verloren die Vereinigten Staaten schwindelerregende 3,2 Milliarden Dollar an Goldreserven – und das alles angeblich, um den Dollar zu stützen.

Am 14. März 1968 verlor der Gold-Pool 400 Tonnen Gold an private Käufer. Das war das Ende.

Der »schlecht beratene« Londoner Gold-Pool kostete Amerika 20 Prozent seiner gesamten Goldvorräte – nach offiziellen Zahlen. Die tatsächliche Höhe des Verlustes ist unbekannt.

Wurde Fort Knox geräumt? Wer waren die »privaten Käufer«?

Was für ein Haufen gutgläubiger Trottel! Die Bevölkerung der USA verbrachte die sechziger Jahre in einem Durcheinander von Protesten und großem Hallo. Wir waren so verwirrt über die Morde an Kennedy und Martin Luther King, Vietnam und einen Bürgerkrieg über »Bürgerrechte«, daß wir nicht sahen, wie dieser offensichtliche Inflationstrick etabliert wurde.

Nachdem sie in den sechziger und Anfang der siebziger Jahre unser ganzes Gold gestohlen haben, gelang es ihnen dann die Ölpreise in die Höhe zu treiben und das Feuer für die davonlaufende Inflation zu entfachen. Jetzt haben die Vereinigten Staaten ein Defizit von zwei Billionen Dollar und die Insider sind dabei Amerikas bestes Farmland zu verschlingen.

Wer sind »sie«? Nun, es war nicht die Regierung, die das Gold weggegeben hat. Es war der Wirtschaftsbeirat des Federal Reserve System, ein Privatkonzern, der die amerikanische Regierung an der Leine führt.

Und wir sind weiterhin in Verwirrung – auch heute – bezüglich solcher Plätze wie Südafrika beispielsweise. Es ist das gleiche alte Spiel. Die »Marionetten«-Medien greifen das auf, was man ihnen sagt und ignorieren, was man ihnen sagt; genauso wie mit der Geschichte über die leeren Kellergewölbe in Fort Knox im Jahr 1974.

Die Inflation des Jahres 1979

Aus diesen Tatsachen geht klar hervor, daß die internationalen Banker nur ihre eigenen Interessen im Auge haben. Darum ging es auch bei der Inflation des Jahres 1979. Es handelte sich offenbar um ein abgekartertes Spiel.

Drei Jahre nach intensiver, privater Untersuchung veröffentlichte ein amerikanischer Geschäftsmann im Jahr 1977 eine Flugschrift mit 52 unbeantworteten Fragen über die angeblichen Goldreserven der Vereinigten Staaten. Die von Edward Durell aus Berryville, US-Bundesstaat Virginia, gestellten Fragen und die Antworten bringen etwas Licht in das Spiel der Inflation, das von den Wirtschaftsmanipulatoren des amerikanischen Federal Reserve System gespielt wurde.



Im Januar 1980 stehen die Menschen in London Schlange, um ihr Gold für über 800 Dollar pro Unze zu verkaufen.

Durell begann mit der in Fragestellung dieses Zerrbildes des sogenannten Londoner Gold-Pools der sechziger Jahre. Der wirtschaftliche Beratungsausschuß der USA behauptete zu dieser Zeit, es sei zum Besten der Amerikaner gegen den steigenden Goldpreis anzugehen, indem man die US-Reserven zu 35 Dollar pro Feinunze verkauft.

Dieser brillante Schachzug, der in den Medien kaum Erwähnung fand, hielt sieben Jahre an und kostete die Amerikaner schließlich 7,2 Milliarden Dollar, wenn man von dem offiziellen Betrag von 35 Dollar pro Feinunze, was spottbillig ist, ausgeht.

Die Idee des Londoner Gold-Pools wurde im Jahre 1968 geboren, aber erst nachdem etwa 7,2 Milliarden Dollar an US-Gold zum offiziellen Preis billig eingekauft worden waren und jene, die es zu diesem Spottpreis gekauft hatten, planten nun die Inflation, um es zu Höchstpreisen wieder zu verkaufen. Und sie erreichten auch ihr Ziel.

US-Präsident Johnsons unverständliche Eile

Kurz bevor der Londoner Gold-Pool aufgegeben wurde, brachte US-Präsident Lyndon Johnson den Gesetzentwurf Nr. 14743 im US-Kongreß durch. Mit dem Gesetz wurde die fünfundzwanzigprozentige Deckung des amerikanischen Dollar durch Gold aufgehoben.

Der Gesetzentwurf wurde im amerikanischen Repräsentantenhaus mit 199 zu 190 Stimmen angenommen und ging im Kongreß innerhalb von weniger als 60 Tagen durch. Er wurde von Johnson am 18. März 1968 rasch unterzeichnet, genau einen Tag, nachdem der Londoner Gold-Pool aufgegeben worden ist.

Durell fragte: Warum so eine ungewöhnliche Eile, insbesondere da mit diesem Gesetz das Währungssystem der ganzen Welt verändert wurde?

Ja, warum? Er hätte auch fragen können, welche Rolle das Wahljahr 1968 gespielt hat und was Johnson veranlaßte für eine Wiederwahl nicht mehr zu kandidieren.

Gold

Der gelbe Götze

Ein Informant, der mit Edelmetallen zu tun hat und die Währungsmanipulation genau verfolgt hat, sagt, die Antwort auf Durells Frage sei einfach: »Die Inflation wurde vorbereitet.«

Die gesamte Stützung des Papierdollar durch Gold war aufgehoben worden und praktisch sämtliche Goldreserven billig verkauft. Silber hatte man bereits schon zu einem früheren Zeitpunkt – im Jahr 1964 – von allen Münzen entfernt und somit blieb nichts Wesentliches mehr, das einer Inflation im Wege gestanden hätte.

Watergate-Skandal lenkte ab

Der Informant fügte hinzu, Johnson habe diesem Spiel zugestimmt, weil ihm gesagt wurde, der Ölpreis würde in die Höhe getrieben und er repräsentierte Öl. Präsident Nixon hat danach, in den Jahren 1968 bis 1969 mehr als nur das Vietnam-Chaos geerbt. Er erbte ein leeres Goldlager, einen steigenden internationalen Goldmarkt, das reine Papiergeld und das Schreckgespenst rapide ansteigender Inflation.

Die sogenannte Ölkrise des Jahres 1973 war »im voraus geplant«. Der Informant betonte:

»Diese Burschen sind nicht dumm. Sie hatten die Ölkrise früher als 1973 geplant, doch politischer Streit und andere Faktoren veranlaßte sie dies zu vertagen.«

Wie die Geschichte zeigt, wurde die Ölkrise des Jahres 1973 durch Regierungsverordnungen erzeugt und nicht unbedingt durch echte Ölknappheit oder das OPEC-Kartell.

Wie in den sechziger Jahren, als sie das Gold stahlen, gelang den Mächten hinter dem Federal Reserve System das Täuschungsmanöver der siebziger Jahre.

Während die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von Watergate gefangengenommen wurde, begannen sich die Räder der Hyper-Inflation zu drehen.

Nixon schloß den Gold-Schalter für die Banker

Bevor sich Watergate ins Rampenlicht drängte, hatte Nixon offensichtlich die bevorstehende Inflation im Sinn. Im Jahr 1971 schloß er den Gold-»Schalter« und lehnt es ab Gold weiterhin zu 35 Dollar die Feinunze zu verkaufen. Das sogenannte gespaltene System war seit dem Sterben des Londoner Gold-Pools im Jahr 1968 in Kraft und der offizielle Goldkurs von 35 Dollar je Feinunze mußte sich im wesentlichen mit den Preisen auf dem freien Markt messen.

Schließlich mußte Nixon den Unsinn mit den 35 Dollar pro Unze ganz stoppen.

Im Jahr 1974 wurde die Tatsache enthüllt, daß die Goldreserven aus Fort Knox verschwunden waren, doch keines von den wichtigsten Medien schien sich darum zu kümmern – Watergate überdeckte fast alles andere.

Die Amerikaner standen kurz davor selbst wieder Gold besitzen zu dürfen, etwas, was seit dem Jahr 1935 gesetzlich verboten war. Das Datum der Gesetzesänderung war der 1. Januar 1975. Angesichts leerer Kammern in Fort Knox und den internationalen Banken, die eine riesige Menge billig eingekauften Goldes besaßen, sollte der freie Markt nun einen ungeheueren Zufluß an Käufern bekommen: die amerikanische Öffentlichkeit.

Den Arabern die Schuld geben

In Erwartung der ungeheueren Goldnachfrage kündigte das US-Schatzamt für den 6. Januar 1975 eine Auktion an. Das Schatzamt mußte zur Durchführung dieser Auktion zwei Millionen Unzen Gold vom »Währungsausgleichsfonds« kaufen, das heißt, vom Federal Reserve System.

Da sie bereits Hunderte von Millionen Unzen an Gold eingeheimst hatten, waren nur zwei Millionen für eine öffentliche Auktion eine geringe Ablösung. Außerdem sollte das nur den Appetit anregen, der Anfang der Inflationsspirale sein, die Trommel für höhere Goldpreise rühren.

Durell stellte Fragen über die merkwürdige Auktion und bekam nie eine zufriedenstellende Antwort. Er wiederholte seine gedruckten Fragen für uns:

»Warum wurde das Gold auf einer Basis ohne Überpüfung angeboten? Warum eine sogenannte Auktion mit laufend erniedrigtem Ausbietungspreis, in der die Anbieter zum niedrigsten Preis kaufen, der vom Verkäufer angeboten wird? Warum wollte das US-Schatzamt nicht Gewicht und Feingehalt der Barren auf dieser Auktion garantieren? Warum wurden nur 700 000 Unzen zu einem Auktionspreis von 165 Dollar je Unze verkauft? Warum wurde die Auktion nicht vertagt, bis die Ergebnisse der Prüfung von Fort Knox verkündet wurden?«

Er wies darauf hin, daß der Präsident des amerikanischen Bundesrechnungshofes mit dem Ergebnis der Fort-Knox-Prüfung bis einen Monat nach der Auktion wartete, was nach Vertuschung roch und zudem nach einer nur oberflächlichen Prüfung, in der nur drei von 28 Gewölben in Fort Knox überprüft worden sind.

Goldgeschäfte mit den ölreichen Arabern

»Der Prüfbericht des Bundesrechnungshofes wurde den zuständigen Stellen im Kongreß von Hand und nicht auf üblichem Postwege ausgeliefert und zwar am 11. Februar 1975. Geschah das deshalb, weil ein Artikel von C. Gordon Tether mit dem Titel ›Fort Knox Gold – das Komplott verdichtet sich‹ in der Londoner ›Financial Times‹ ein Renner war?«

Seltsamerweise unternahmen die Medien in Amerika ungeheuere Anstrengungen, um die Tatsache herunterzuspielen, daß die Amerikaner wieder Gold besitzen durften und brachten gleichzeitig unisono eine Blitzmeldung, die dazu bestimmt war, die Leute davon abzuhalten Gold zu kaufen.

Das Phänomen beim Benzinkaufen Schlange zu stehen trat zum ersten Mal im Jahr 1973 auf und erneut im Jahr 1979. Das schwarze Gold machte deshalb in der Öffentlichkeit mehr von sich reden als das richtige Gold.

Als die ölreichen Araber genug Gold kauften, um den Preis damit auf den Höchststand von 800 Dollar je Feinunze zu bringen, schenkten die Medien schließlich auch dem Gold Aufmerksamkeit. In den Tagen der Ölkrise der Jahre 1979 bis 1981 war es ein populärer Zeitvertreib die Araber als Verursacher der schrecklichen Inflation und unverschämt hohen Zinssätze hinzustellen.

Wiederholen sich die dreißiger Jahre?

Doch der Informant meint, die Araber waren eher die Opfer denn die Manipulatoren:

»Bevor das Inflationsspiel richtig begann, bekamen die Araber acht Dollar pro Barrel Öl. Der Preis stieg auf 40 Dollar je Barrel; das ist eine Steigerung um das Fünffache. Die Araber, nebenbei gesagt, mögen Gold. Sie kaufen es, um es buchstäblich zu horten. Sie hatten Petro-Dollar in Hülle und Fülle, so kauften sie Gold zu über 800 Dollar pro Unze. Die Burschen, mit dem Gold zu 35 Dollar die Feinunze, verkauften es an die Araber zu über 800 Dollar pro Unze. Das ist weit mehr als eine fünffache Steigerung. Wer hat hier von wem profitiert?«

Die Vermögenswerte und Zinssätze schossen während der Regierungszeit von Jimmy Carter in die Höhe, der ein weiteres Opfer der geplanten Inflation wurde.

Seither haben die USA die Hyperinflation gegen enorme Schulden ausgetauscht und irgendwie kommen die Manipulierer der Volkswirtschaft offensichtlich weiterhin ungestraft davon. Tausende von Farmen in den USA in Familienbesitz haben sich in dem Spiel mit den hohen Zinsen verfangen und werden jetzt sicherlich ihr Land verlieren, das ihren Familien seit Jahrzehnten gehört. Wer bekommt dieses Land? Wiederholen sich hier die dreißiger Jahre? □

In der nächsten Ausgabe erscheint der dritte Teil der Serie von Tom Valentine »Der gelbe Götze«.

Weltkontrolle

Geschäfte mit Kriegen und Revolutionen

Titus Annius

In seinem Monumentalwerk »Der Untergang des Abendlandes« schrieb der deutsche Historiker Oswald Spengler (1880 bis 1936) vor einem halben Jahrhundert: »Es gibt keine proletarische, ja nicht einmal eine kommunistische Bewegung, die nicht für die Interessen des Geldes, in die vom Geld gewiesenen Richtungen gearbeitet hat, und zunächst vom Geld zugelassen worden ist – und das, ohne daß die Idealisten unter ihren Anführern auch nur den geringsten Verdacht über die Tatsache hegen.«

Wie sehen die Fäden der Geschichte der Bewegung zur Kontrolle über die Welt in den letzten beiden Jahrhunderten aus? Während der zwei vergangenen Jahrhunderte, in denen die Völker der Welt schrittweise versucht haben, ihre politische Freiheit von den erblichen Königsdynastien zu erlangen, haben die großen Bankenfamilien in Europa und später in den USA in Wirklichkeit den Trend umgekehrt, und zwar dadurch, daß sie neue Dynastien der politischen Kontrolle durch die Bildung von internationalen Finanzkartellen errichtet haben. Diese Bankdynastien hatten gelernt, daß alle Regierungen Einnahmequellen haben müssen, von denen sie in dringenden Zeiten Geld borgen können. Sie hatten auch gelernt, daß sie, mit der Bereitstellung solcher Mittel aus ihren eigenen, privaten Vermögen, sowohl königliche als auch demokratische Häupter ihrem Willen äußerst untertänig machen konnten.

Ein weltumspannendes Netzwerk

Es war erwiesenermaßen eine höchst effektive Maßnahme zur Steuerung von politischen Ernennungen und zur Entscheidung von politischen Fragen. Daher haben diese internationalen Bankendynastien schrittweise ein weltumspannendes Netzwerk errichtet, um Regierungen mittels der Kontrolle über das Geld zu kontrollieren.

Die größte Dynastie sind die Nachkommen von Mayer Amschel Rothschild (1743 bis 1812) aus Frankfurt am Main. Seine männlichen Nachkommen haben – zumindest seit zwei Generationen – im allgemeinen nur Cousinen oder Nichten geheiratet.

Rothschilds fünf Söhne, »die fünf Frankfurter«, die in den Filialen Wien, London, Neapel, Paris und Frankfurt etabliert waren, haben miteinander eine Zusammenarbeit betrieben, die von anderen internationalen Bankendynastien nachgeahmt, aber nur selten erreicht worden ist. Zu einigen dieser anderen Bankfamilien zählen: Baring, Lazard, Erlanger, Schröder, Warburg, Seligman, die Speyers, Mallet, Mirabaud, Fould und Morgan.

Globales System für die Finanzkontrolle

Der Einfluß des Finanzkapitalismus und der internationalen Banker, die ihn geschaffen hatten, wurde gleichermaßen auf Unternehmen und Regierungen ausgeübt, doch wäre beides nicht gelungen, hätte man nicht beide, Industrie und Regierung, zu der Übernahme der Maxime überreden können, daß Politiker zu schwach und zu sehr dem jeweiligen Druck des Volkes ausgesetzt sind, um ihnen die Kontrolle über das Geldsystem anzuvertrauen. Um dies zu erreichen, war es notwendig, beide, Regierung und Volk, bezüglich der Natur des Geldes und seiner Funktionsweise nicht oder sogar falsch zu informieren.

Neben diesen Zielsetzungen hatten die Mächte des Finanzkapitals noch ein anderes, weiter reichendes Ziel, nämlich nichts weniger als die Schaffung eines globalen Systems für die Finanzkontrolle in privater Hand, wodurch sie in der Lage sind, das politische System eines jeden einzelnen Landes und die Wirtschaft der ganzen Welt zu beherrschen.

Das System sollte von Zentralbanken in aller Welt gesteuert werden, die konzertierte Aktionen vornehmen, die im geheimen auf häufig stattfindenden Privattreffen und Konferenzen vereinbart werden. Mit Hilfe dieses Systems hofften – und hoffen auch jetzt noch – die internationalen Banker, die komplette Kontrolle über die Bodenschätze, die Finanzen, den Transport und den Handel der ganzen Welt zu erlangen.

Um aber ihr Ziel zu erreichen, müssen sie zuerst ihre Mitbewerber ausschalten. Dies ist nur dadurch möglich, daß sie die Kontrolle über Regierungen erlangen und eine perverse Art Sozialismus schaffen. Dieser ist in der









Die zweite Rothschild-Generation, Väter des Bankimperiums. Nathan (links) gründete die englische, James (rechts) die französische Linie. Die Nachkommen Amschels (Mitte oben) aus Frankfurt und Salomons aus Wien sind heute nicht mehr im internationalen Bankgeschäft tätig.

Weltkontrolle

Geschäfte mit Kriegen und Revolutionen

Praxis nicht ein Programm zur »Beteiligung am Reichtum« – wie es beispielsweise von der Volksrepublik China eingeführt wurde –, sondern ein Programm zur »Konsolidierung und Kontrolle des Reichtums« – wie es in Rußland und bei seinen Satellitenstaaten praktiziert wird. Folglich läßt das System keinen Spielraum für wirkliche Demokratie, da die Superreichen keinen Wettbewerb wollen, sondern Monopole.

Um diesen Hintergrund besser zu verstehen, muß man etwas über das Bankgeschäft wissen, vor allem das der internationalen Banker. Woher bekommen die Regierungen die enormen Geldmengen, die sie brauchen? Das meiste kommt aus den Steuern, doch geben Regierungen häufig mehr aus, als sie an Steuern von ihren Bürgern verlangen und sind somit gezwungen, Kredite aufzunehmen.

In vielen Ländern wird dem Volk weisgemacht, die Regierung borge sich Geld »vom Volk«, und zwar mittels Sparbriefen oder Rententitel. Tatsächlich aber besteht die Staatsverschuldung nur zum kleinsten Teil aus dieser Form der Finanzierung, die von Einzelpersonen getragen wird.

Man finanziert notfalls den Rivalen

Die Mehrheit der Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand, bis auf jene, die die Regierungen selbst über ihre Treuhandfonds besitzen, werden von riesengroßen Bankkonzernen gehalten, den sogenannten internationalen Banken. Seit Jahrhunderten wird das große Geld von den internationalen Banker mit der Finanzierung von Regierungen und Königen gemacht.

Allerdings sehen sich solche Gewerbetreibenden einigen heiklen Problemen gegenüber. Kleinere Bankunternehmen schützen sich dadurch, daß sie Sicherheitsleistungen nehmen, doch welche Art Sicherheiten kann man von einer Regierung oder von einem König verlangen. Was ist, wenn der Banker sein Geld eintreiben will und der König sagt: »Runter mit dem Kopf!«

Das Verfahren, mit dem man eine Schuld von einer Regierung oder einem Monarchen eintreibt, ist kein Fach, das auf Betriebswirtschaftsschulen oder an Universitäten gelehrt wird, und die meisten Leute machen sich auch kaum Gedanken über dieses Problem, sind sie selbst doch nie in dem Geschäft der »Königsfinanzierung« tätig gewesen. Aber es gibt das Geschäft mit der »Königsfinanzierung«, und es ist für jene, die sich die Einziehung sichern können, zweifellos sehr lukrativ.

Bei gründlicher Nachforschung haben wir festgestellt, daß zwei Mittel benutzt werden, um Darlehen an Regierungen und Könige abzusichern. Immer wenn ein Unternehmen einen Großkredit aufnimmt, erhält sein Gläubiger eine Stimme im Management, um damit seine Investition zu schützen. Entsprechend einem Unternehmen kann eine Regierung keinen Großkredit bekommen, wenn sie nicht bereit ist, dem Gläubiger ein gewisses Maß ihrer Souveränität als Sicherheit abzutreten.

Zweifellos verfügen internationale Banker, die Riesensummen an Regierungen in aller Welt geliehen haben, über erheblichen Einfluß auf die Politik einer solchen Regierung. Doch der höchste Trumpf, den der Gläubiger gegenüber dem König oder Präsidenten ausspielen kann, ist der, daß, wenn der Herrscher aus der Reihe tanzt, der Banker dann den Gegner oder Rivalen des Königs beziehungsweise des Präsidenten finanzieren kann.

Wenn man also in dem lukrativen Geschäft der Königsfinanzierung bleiben will, dann ist es klug, einen Feind oder Rivalen an der Hand zu haben, der hinter dem Vorhang für alle Fälle wartet, um jeden König oder Präsidenten zu stürzen, dem man Geld leiht, falls ein solcher Gegner oder Rivale nicht existiert, dann muß er eben »gemacht« werden.

Eine vorrangige Rolle in diesem »Spiel« hat das berühmte Haus Rothschild eingenommen. Die Rothschilds sind im Verlauf des 19. Jahrhunderts unglaublich reich damit geworden, daß sie Regierungen finanziert haben, um gegeneinander Krieg zu führen.

Je mehr Schulden, desto mehr Zinsen

Bei der Beschreibung der charakteristischen Merkmale der Rothschilds und anderer großer Bankendynastien zeigt sich in einmaliger Weise, daß sie sich von den gewöhnlichen Banker in mehrerer Hinsicht unterscheiden: sie waren und sind es noch kosmopolitisch und international, regierungsnah und vor allem mit den Staatsschulden verschiedener Nationen befaßt. Daher haben diese Banker auch ihren Namen: internationale Banker.

Da der Eckstein der internationalen Bankenimperien stets die Regierungsschuldverschreibungen gewesen sind, ist es im Interesse dieser internationalen Banker, die Aufnahme von Staatskrediten zu fördern. Je höher die Schulden, desto mehr Zinsen verdienen sie. Und nichts treibt eine Regierung tiefer in die Verschuldung als ein Krieg, und es ist unter internationalen Bankern durchaus keine unübliche Praxis gewesen, beide Seiten der blutigsten militärischen Auseinandersetzungen zu finanzieren.

Zum Beispiel wurden im amerikanischen Bürgerkrieg der Norden von den Rothschilds finanziert, nämlich durch ihren amerikanischen Agenten, August Belmont, und der Süden durch die Erlangers, Verwandte der Rothschilds.

Doch wenngleich Kriege und Revolutionen für die internationalen Banker nützlich zur Erlangung oder Vergrößerung der Kontrolle über Regierungen waren, so ist doch der Schlüssel zu einer derartigen Kontrolle immer die Kontrolle über das Geld gewesen. Viele Regierungen haben Monopole für Staatsbanken, Bodenschätze, Ölkonzessionen und Verkehrswesen eingeräumt. Allerdings, das von den internationalen Geldgebern am meisten umworbene Monopol ist: die Kontrolle über das Geld einer Nation.

Schließlich wurden diese internationalen Banker tatsächlich die Privateigentümer der Zentralbanken in Europa zum Beispiel der Bank von England, der Bank von Frankreich und der Deutschen Reichsbank.

Der Präsident der Midland Bank of England, Reginald McKenna hat einmal bemerkt: »Diejenigen, die das Geld und den Kredit erschaffen und vergeben, lenken die Politik der Regierung und halten das Schicksal des Volkes in ihren Händen.«

Sobald die Regierung in der Schuld der Banker ist, ist sie ihnen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die Londoner »Financial Times« vom 26. September 1921 schrieb: »Ein halbes Dutzend Männer an der Spitze der fünf großen Banken könnte das gesamte Gebäude der Staatsfinanzierung ins Wanken bringen, indem sie die Erneuerung der Kassenobligationen verweigern.«

Inszenierung von künstlichen Paniken

Selbst heute, nachdem die Bank von England, Frankreich und Deutschland längst sozialisiert sind, jedenfalls theoretisch, haben die internationalen Banker, die sie einst besessen und kontrollierten, ihre Macht beibehalten.

Zwar ist das System in Amerika etwas anders, doch der Endeffekt ist derselbe: stets wachsende Schulden, die immer höhere Zinsleistungen erfordern, Inflation sowie Konjunktureinbrüche und Rezessionen, die mit wissenschaftlichen Methoden hervorgerufen werden.

Natürlich waren jene, die die Zentralbanken in Europa beherrschten, von Anfang an darauf aus, ähnliche Einrichtungen auch den USA aufzuzwingen. Trotz des großes Widerstandes dagegen – Präsident Jackson schaffte im Jahr 1836 die alte Bank of the United States ab –, gelang es den europäischen Finanziers und ihren amerikanischen Agenten, eine recht große Beherrschung des Geldsystems zu erreichen.

Um die Notwendigkeit für ein Zentralbanksystem deutlich zu machen, inszenierten die internationalen Banker, zwecks Demonstration ihrer Macht, eine Reihe von Paniken – eine Warnung vor dem, was passieren würde, wenn die übrigen »gewöhnlichen« Bankiers nicht auf ihre Linie einschwenken würden.

Der für die Durchführung dieser Panikmache zuständige Mann war J. P. Morgan, von Geburt Amerikaner, aber mit Ausbildung in England und Deutschland. J. P. Morgan wird als der Spitzenagent des englischen Rothschild-Hauses in Amerika bezeichnet. Zur Jahrhundertwende war Morgan bereits ein alter Fuchs in der Inszenierung von künstlichen Paniken.

Im Jahr 1907 machte man neuerlich Panik, indem man Gerüchte über die Zahlungsunfähigkeit der »Trust Company of America« und der »Knickerbocker Bank« ausstreute. Das Ergebnis dieser Panik von 1907 war eindeutig: die Vereinigten Staaten brauchten dringend ein Zentralbankensystem. Dennoch dauerte es noch sechs Jahre, um diese Überzeugung in Gesetzen verankern zu lassen.

Die bedeutendste Rolle bei der Versorgung Amerikas mit einer Zentralbank hat Paul Warburg gespielt, der, zusammen mit seinem Bruder Felix, Deutschland 1902 verlassen hat und in die Vereinigten Staaten ausgewandert war. Ihr Bruder Max – später ein wichtiger Kreditgeber für die Russische Revolution – blieb zu Hause in Frankfurt zurück, um die Familienbank M. N. Warburg & Co. zu leiten.

Paul Warburg heiratete Nina Loeb, Tochter von Solomon Loeb, von Kuhn, Loeb & Company – Amerikas mächtigstes internationales Bankhaus –. Paul und Felix Warburg wurden beide Teilhaber bei Kuhn, Loeb & Co. Felix Warburg heiratete Frieda Schiff, Tochter von Jacob Schiff, dem wahren Boß von Kuhn, Loeb & Co.

Die Geburt des Federal Reserve System

Im 18. Jahrhundert bewohnte die Familie Schiff und die Rothschilds in Frankfurt gemeinsam ein Doppelhaus. Schiff soll sich mit Rothschild-Geld in die Firma Kuhn, Loeb & Co. eingekauft haben.

Paul Warburg begann 1907, dem Panikjahr, über die Notwendigkeit einer »Bankreform« zu schreiben und Vorträge zu halten. Dabei wurde er von Nelson Aldrich unterstützt, der als »J. P. Morgans Wortmakler im Senat« bekannt war. Aldrichs Tochter Abby heiratete John D. Rockefeller.

Nach der Panik von 1907 wurde Aldrich vom amerikanischen Senat zum Leiter der Nationalen Währungskommission ernannt und beauftragt, das europäische Zentralbankensystem zu »studieren«, wobei ihn die Besitzer der europäischen Zentralbanken kräftig unterstützt haben.

Gegen Ende des Jahres 1910 organisierte Aldrich eines der wichtigsten geheimen Meetings in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Auf dem Spiel stand: die Kontrolle über die gesamte amerikanische Wirtschaft. Vertrauliche Einladungen gingen an: Henry P. Davison von der J. P. Morgan Company; Frank A. Vanderlip, Präsident von Rockefellers National City Bank; A. Piatt Andrew, stellvertretender Sekretär im US-Schatzamt; Benjamin Strong von der Morgans Bankers Trust Company; Paul Warburg von Kuhn, Loeb & Company.

Diese Männer sollten die endgültigen Empfehlungen des Berichts der Nationalen Währungskommission schreiben. Jedes Mitglied dieser Gruppe stimmte für eine Zentralbank als dem idealen Grundstein eines jeden Bankensystems, und gemeinsam erstellten sie das eigentliche Konzept für das, was schließlich das »Federal Reserve System« wurde.

Ergebnis dieses Treffens war die Aldrich-Gesetzesvorlage – der Herr bestand darauf, seinen Namen mit dem Entwurf des Gesetzes zu verbinden. Allerdings erwies sich dies als schlechte Wahl, da jedes Gesetz mit seinem Namen so offensichtlich ein Projekt der internationalen Banker war. Die »Aldrich-Bill« konnte nicht durch den Kongreß gepeitscht werden, also mußte eine neue Strategie entworfen werden.

Die Republikanische Partei der USA war zu eng mit Wall Street verbunden. Die einzige Hoffnung, eine Zentralbank zu bekommen, lag nun darin, sie zu verkleiden und von den Demokraten als »eine Maßnahme zum Abbau der Macht der internationalen Banker« durchbringen zu lassen. Die Gelegenheit dazu kam mit den Präsidentschaftswahlen von 1912. Der republikanische Präsident William Taft wurde von dem Kandidaten der Demokraten, Woodrow Wilson, abgelöst.

Der Mann in den Kulissen

Der Wahlkampf für Wilson erhielt kräftige Beiträge von den internationalen Finanziers wie zum Beispiel Jacob Schiff, Bernard Baruch, Henry Morgenthau und Thomas Fortune Ryan. Der Schäferhund dieser Leute, der Wilson kontrollierte und das Federal-Reserve-Gesetz, die maskierte Aldrich-Vorlage, durch den amerikanischen Kongreß steuern sollte, war der geheimnisumwitterte »Colonel« Edward Mandel House, der in England aufgewachsene Sohn eines Repräsentanten der englischen Finanzinteressen in den USA. Der Titel war ehrenhalber: House hat niemals im Militär gedient. Er war ein absoluter Mann der Kulissen; sein Einfluß auf US-Präsident Wilson war extrem groß.

Gruppenbild mit französischen Rothschilds, allesamt Finanziers, Bankiers, Unternehmer oder Weinbauern. Von links nach rechts: Elie de Rothschild, Alain de Rothschild und Guy de Rothschild, jeweils mit Gattin; sitzend Nathaniel, Sohn von Elie, und Eric, Sohn von Alain.

Zur Wahrung des Scheins, daß das Federal-Reserve-Gesetz »eine Gesetzesvorlage des Volkes« sei, legten die Finanziers eine Nebelwand der Opposition davor. Sowohl Aldrich als auch Vanderlip denunzierten das, was doch in Wirklichkeit ihr eigener Entwurf war.

Fast 25 Jahre später gab Vanderlip zu: »Auch wenn die Aldrich-Bill, unter dem Namen Aldrich, niedergeschlagen wurde, so waren doch ihre wesentlichsten Punkte alle in dem Plan (Federal-Reserve-Plan) enthalten, der schließlich verabschiedet wurde.«

Es gab auch echte Opposition gegen das Gesetz, aber sie war kein Vergleich zu der Macht, die seine Befürworter innehatten.

Als Vorsitzender der New Yorker Federal Reserve Bank diente in den Anfangsjahren Benjamin Strong, der an dem vorstehend erwähnten Geheimtreffen von 1910 teilgenommen hatte.

Welche Macht hat die amerikanische »Zentralbank« inzwischen gewonnen? Das Federal Reserve System, die Fed abgekürzt, kontrolliert Amerikas Geldmengen und Zinssätze und manipuliert die gesamte Wirtschaft; sie bestimmt über Inflation und Deflation; sie läßt die Börse rauf und runter gehen. Weder der amerikanische Präsident noch der Kongreß noch der Finanzminister leiten das Federal Reserve System. In Fragen des Geldes werden diese von der Fed geleitet. Tatsächlich ist das Federal Reserve System eine vollkommen unabhängige, unkontrollierte Macht in den Vereinigten Staaten von heute.

In der Zwischenzeit entwickelte sich aus dem lebenslangen Traum des Gold- und Diamanten-Magnaten Cecil G. Rhodes

Weltkontrolle

Geschäfte mit Kriegen und Revolutionen

(1853 bis 1902) von einer neuen »neuen Weltordnung« in England die »Round-Table«-Organisation.

Rhodes Biographin, Sara Millin, schrieb: »Die Welt zu regieren, war Rhodes ganzer Wunsch.«

Die Round-Table-Organisation

Mittels einer Weltregierung unter ihrer Kontrolle würden Rhodes und seine internationalen Bankerpartner die Reichtümer der Welt beherrschen.

Grundlegend dafür waren die sieben Testamente, die Cecil Rhodes während seines Lebens zwischen dem Alter von 24 und 46 Jahren machte. Am besten bekannt sind das erste (Testament der »Secret Society«), das dritte, in dem alles an Lord Rothschild (1888) vermacht wird – er war Rhodes Finanzier für die Minengesellschaften und der Letzte Wille, der die Rhodes-Stiftung begründete.

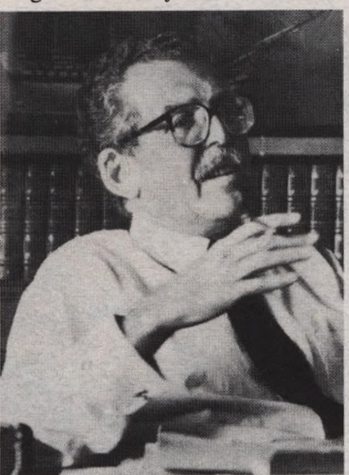
Offenbar wurde Lord Rothschild aus strategischen Gründen von der Front des Vorhabens abgezogen und durch seinen Schwiegersohn, Lord Rosebury, in der Geheimgruppe von Rhodes ersetzt. Er wurde in Rhodes letztem Testament zu einem Treuhänder ernannt.

Die Geheimgesellschaft wurde nach dem Muster von Kreisen innerhalb von Kreisen organisiert. Sie wurde 1891 mit Hilfe von Rhodes Geldern aufgebaut. In dieser Geheimgesellschaft sollte Rhodes der Präsident sein. Stead, Brett Esher und Alfred Milner sollten ein Führungskomitee bilden. Arthur Balfour, Harry Johnston, Lord Rothschild, Albert Grey und andere standen auf der Liste der potentiellen Mitglieder eines »Kreis von Eingeweihten«, während es einen Außenkreis mit dem Namen »Vereinigung der Helfer« geben sollte, der später von Milner als die »Round-Table«-Gruppe organisiert wurde.

Die Organisation wurde für Rothschild durch Lord Alfred Milner geleitet, einem extrem reichen Engländer, der zu einem wichtigen Geldgeber für die bolschewistische Revolution wurde.

Die Round-Table-Gruppe arbeitet hinter den Kulissen auf den höchsten Ebenen der britischen Regierung, wo sie die Außenpolitik sowie Englands Eintritt und Durchführung des Ersten Weltkrieges beeinflußt hat.

Am Ende des Ersten Weltkrieges war es klar, daß die Organisation des »Round Table« wesentlich erweitert werden mußte. Lionel Curtis gründete daher in England und in jedem Dominion eine »Pfefferminz«-Organisation für die bestehende Round-Table-Gruppe. Diese Pfefferminz-Organisation erhielt den Namen »Royal Institute for International Affairs« (R.I.I.A.). Ihr Kern in jedem Gebiet war die bestehende, untergetauchte Round-Table-Gruppe.



Edmond de Rothschild, Eigentümer der französischen Handelsbank »Compagnie Financière«.

In New York wurde eine ähnliche Pfefferminz-Organisation gegründet und erhielt die Bezeichnung »Council on Foreign Relations« (CFR) und bildete eine Fassade für J. P. Morgan & Company in Verbindung mit der kleinen »American Round Table Group«.

Für die ehrgeizigen Träume der Banker

Die amerikanische Organisatoren wurden von der großen Anzahl der Morgan-»Experten« beherrscht, die an der Pariser Friedenskonferenz teilgenommen und dort enge Freundschaft mit der entsprechenden Gruppe englischer »Experten« geschlossen hatten, die wiederum von der Milner-Gruppe angeheuert worden waren.

Tatsächlich ist »Colonel« House der Gastgeber für die Round-Table-Gruppe, mit Engländern und Amerikanern, bei dem Schlüsseltreffen am 19. Mai 1919 im Majestic-Hotel in Paris gewesen.

In dem 25. Jahresbericht des CFR heißt es über die Gründung in Paris: »Das Institut für Internationale Angelegenheiten, das 1919 in Paris gegründet wurde, hatte von Anfang an zwei Äste: einen in dem Vereinigten Königreich von England und einen in den Vereinigten Staaten von Amerika.«



Edmunde de Rothschild, Banker in London, in bester britischer Tradition aufgewachsen.

Später änderte man den Plan, um eine vorgebliche Autonomie zu schaffen, weil »es unklug schien, ein einziges Institut mit mehreren Zweigen einzurichten«. Es mußte so aussehen, als ob der amerikanische CFR und das britische R.I.I.A. unabhängige Gremien seien, damit die Öffentlichkeit nicht merkt, daß beide in Wahrheit nur Tochtergesellschaften der Round-Table-Gruppe sind, und mit Empörung darauf reagiert.

Die wichtigsten Finanzdynastien in den USA nach dem Ersten Weltkrieg waren neben Morgan & Co.: die Familie Rockefeller; die Familie Kuhn, Loeb & Co.; die Familie Dillon, Read & Co.; die Gebrüder Brown Bros. Harriman. Sie alle waren im CFR vertreten.

Zu den Gründungsmitgliedern des CFR gehörten: Paul Warburg, Jacob Schiff, Averell Harriman, Frank Vanderlip, Nelson Aldrich, Bernard Baruch, J. P. Morgan und John D. Rockefeller. Es sind dieselben Männer, die das Federal Reserve System ins Leben gerufen haben.

Man kann nur schwerlich glauben, daß die Männer, die das R.I.I.A. und den CFR gegründet haben, dies nur deshalb taten, weil sie mit ihrer Zeit und ihrem Geld nichts anderes anzufangen wußten. Wahrscheinlicher ist, daß das R.I.I.A. und der CFR die Instrumente werden sollten, mit denen sich die ehrgeizigen Träume dieser Männer erfüllen lassen würden.

Die Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges

Mit dem Heraufziehen des Zweiten Weltkrieges übte die Gruppe ihren Einfluß aus, um dafür zu sorgen, daß Hitler in Österreich, dem Rheinland und Sudetenland nicht aufgehalten wurde. Ein zweiter Weltkrieg würde die Chancen für die Errichtung eines »Weltsozialismus« wesentlich erhöhen. Hitlers Aufstieg an die Macht wurde über die von Warburg beherrschte Mendelsohn-Bank von Amsterdam und später von der J.-Henry-Schroeder-Bank finanziert, die Filialen in Frankfurt, London und New York hatte. Chef-Syndikus für die Schroeder-Bank war die Firma Sullivan & Cromwell, zu deren Seniorpartnern John Foster und Alan (Welsh) Dulles gehörten.

All dies ist kaum überraschend, wenn man sich daran erinnert, daß viele der bereits erwähnten Banker genau dasselbe, das heißt die Finanzierung, bezüglich der bolschewistischen Revolution im Jahr 1917 gemacht hatten. Nicht nur Max Warburg, der die Rothschild verbundene Bank von Frankfurt leitete, sondern auch Jacob Schiff half bei der Finanzierung dieser Revolution.

In der New Yorker Zeitschrift »Journal American« hieß es am 3. Februar 1949: »Jacobs Enkel, John Schiff, schätzt heute, daß der alte Mann rund 20 Millionen Dollar für den Endsieg des Bolschewismus in Rußland investiert hat.«

Und auch Lord Alfred Milner war mit von der Partie gewesen.

Keine Revolution kann jemals ohne Organisation und Geld Erfolg haben. Und die »unterdrückten Massen« liefern in der Regel nur wenig vom ersteren und nichts vom letzteren. Aber internationale Spitzenfinanziers können für beides sorgen.

Was war für diese Leute mit der Finanzierung der russischen Revolution denn überhaupt zu gewinnen? Es mag Zufall gewesen sein oder nicht, aber Rußland war zu der Zeit eines der großen Länder Europas ohne Zentralbank.

In Versailles haben dieselben Männer dann Europa aufgeteilt und letztendlich die Bühne für den Zweiten Weltkrieg vorbereitet.

1933 wurde Franklin D. Roosevelt zur Anerkennung der Sowjetunion gedrängt und rettete sie damit vor dem finanziellen Zusammenbruch, während gleichzeitig auf beiden Seiten des Atlantiks Riesenkredite für das neue Regime Hitler unterschrieben wurden.

1941 eilte Amerika zur Hilfe seines »Verbündeten«, Josef Stalin, nachdem dieser mit Hitler gebrochen hatte.

1943 kam es zur Konferenz von Teheran, wo man zur nächsten Verteilung Europas, nach Beendigung des zweiten großen »Krieges zur Beendigung aller Kriege«, schritt. Dann wurde in Jalta und 1945 in Potsdam die China-Politik erarbeitet, von der später Owen Lattimore zusammenfassend gesagt hat: »Das Problem war, wie den Fall Chinas zulassen, ohne daß es danach aussieht, als ob die Vereinigten Staaten dabei am Drükken waren.«

Die Geschichte von der CFR-Übernahme des amerikanischen Außenministeriums steht in der Publikation Nr. 2349 des amerikanischen State Department: »Bericht an den Präsidenten über die Ergebnisse der Konferenz von San Francisco.« Es ist der Bericht des Außenministers Edward R. Stettinius (CFR) an den US-Präsidenten Truman.

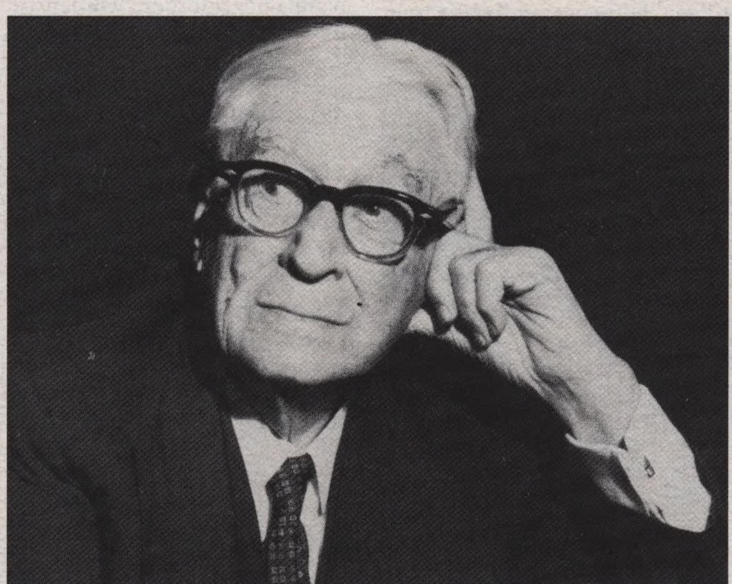
Hinter der UNO stehen die Banker

Mindestens 47 CFR-Mitglieder befanden sich unter den amerikanischen Delegierten für die Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in San Francisco im Jahr 1945. Zu der CFR-Gruppe zählten: Harold Stassen, Harry Dexter White, Owen Lattimore, Alger Hiss, John J. McCloy, Nelson Rockefeller, Philip Jessup, Dean Acheson, John Foster Dulles und John Cater Vincent.

Nach eingehender Untersuchung kommt man nicht umhin, die Tatsache festzustellen, daß die UNO eher einer Pfefferminz-Organisation für die internationalen Banker ähnelt als einer »bloßen« Friedensorganisation.

Zu den internationalen Bankorganisationen, die derzeit Leute im CFR haben, gehören: Kuhn, Loeb & Company; Lazard Frères – unmittelbar verbunden mit Rothschild; Dillon Read; Lehman Bros.; Goldman, Sachs; Chase Manhattan Bank; Morgan Guarantee Bank; Brown Bros. Harriman; First National City Bank; Chemical Bank and Trust; Manufacturers Hanover Trust Bank.

Zu den Großkonzernen, die ihre Leute im CFR haben, gehören: Standard Oil; IBM; Xerox; Eastman Kodak; General Electric; Pan American; Firestone; US-Steel.



Bernard Baruch, die graue Eminenz unter Roosevelt. Als Roosevelt und Churchill die Details der deutschen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg besprachen, waren sie Gäste Baruchs.

Tatsächlich ist kein anderer Schluß zulässig als der, daß die UNO, nach dem Zweiten Weltkrieg, mit derselben Absicht gegründet wurde wie der Völkerbund nach dem Ersten, nämlich um damit ein zentrales Kontrollorgan zu schaffen, in dem sämtliche politischen sowie wirtschaftlichen und finanziellen Fäden sämtlicher Regierungen auf der Welt zusammenlaufen.

Der CFR hat das amerikanische Außenministerium in den letzten Jahrzehnten so vollkommen beherrscht, daß jeder seiner Minister – bis auf Cordell Hull und James Burnes – ein Mitglied des CFR gewesen ist. Auch Henry Kissinger bekam seinerzeit seinen Job, nachdem er beim Stab des CFR gewesen war. Auch die Unterstaatssekretäre sind fast durch die Bank weg CFR-Mitglieder.

Im CFR sind auch der »Fabian Socialist Americans für Democratic Action« (A.D.A.); Socialist League for Industrial Democracy (L.I.D.); United World Federalists (U.W.F.). Diese drei sind erklärte Organisationen des linken Flügels.

Sozialistische Gewerkschaftsführer, wie der verstorbene Walter Reuter, David Dubinsky und Jay Lovestone, sind ebenfalls Mitglieder des CFR. Theoretisch sind diese Männer und Organisationen angeblich die Erzfeinde der oben genannten Banken und Unternehmen.

Das Schweigen der Medien

Obwohl sich die formale Mitgliedschaft im CFR aus rund 1500 der allererlauchtesten Namen aus der Welt der Politik, Gewerkschaft, Industrie, Finanzen, Kommunikation sowie der Stiftungen und Akademien zusammensetzt, trotz der Tatsache, daß der CFR seit der Zeit von Franklin D. Roosevelt viele Schlüsselpositionen mit Männern versorgt hat, und obwohl er seit fast 60 Jahren auf höchster Ebene operiert, haben wir nur eine Handvoll von Artikeln über den Council on Foreign Relations in den großen Zeitungen der Welt finden können.

Wir sind überzeugt, daß der CFR jede Publizität bekommen könnte, wenn diese gewünscht würde, und zwar aus dem einfachen Grund, weil im CFR die größten Medien-Konzerne der Welt vertreten sind.

Dieses bemerkenswerte Schweigen gegenüber jeder Publizität wird auch von dem R.I.I.A. in England eingenommen. Wir sind nicht in der Lage, irgendeines Namens eines derzeitigen Mitglieds habhaft zu werden, da das R.I.I.A. offenbar niemals eine Liste jener Namen seit 1931 veröffentlicht hat. Kopien der Liste der Mitglieder des R.I.I.A. bis zum Jahr 1931 befinden sich im Britischen Museum.

Insgesamt kann man nur raten, auf welche Weise zum Beispiel Moskau von New York, London und Paris aus kontrolliert wird.

Zweifellos ist ein Großteil der Kontrolle wirtschaftlicher Art, doch sicher verfügen die internationalen Banker über einen Vollzugsarm innerhalb der Sowjetunion, um die Sowjetführer bei der Stange zu halten.

Es scheint, daß sie nicht nur bei der Etablierung des russischen Kommunismus mitgeholfen haben, sondern seitdem auch bemüht waren, ihn mittels Kapitaltransfer und wichtiger technischer Hilfe am Leben zu halten.

An dieser Stelle sollte klargemacht werden, daß die »Weltkontrolle« nicht ausschließlich aus Banker und internationalen Monopolisten besteht, auch wenn sie einen großen Teil des Gesamtplanes ausmachen. Man muß sorgfältig zwischen freier Wettbewerbswirtschaft und Monopol-Kapitalismus unterscheiden, um keine unheilvollen Fehler zu machen. □

SDI

Der »tote Hund« aus den USA

James Harrer

»Präsident Ronald Reagan ist jetzt eine ›lahme Ente‹, doch SDI ist ein ›toter Hund‹«, verkündete ein Wissenschaftler des amerikanischen Kongresses, der Senator Sam Nunn nahesteht. Nunn ist Vorsitzender des Armed Forces Committee geworden, nachdem der von den Demokraten beherrschte amerikanische Senat im Januar zum ersten Mal zusammentrat.

Die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) der amerikanischen Regierung, das teuerste – geschätzte Kosten über eine Billion Dollar – und stark geförderte Programm der Reagan-Ära sieht starken Kürzungen entgegen, so behauptet dieser Wissenschaftler und zwar »nicht, weil die Sowjetunion dagegen ist, sondern weil die meisten amerikanischen Wissenschaftler der Meinung sind, daß es ein hoffnungsloses Unternehmen ist«.

Ein Rätsel für Wissenschaftler

Sechs Wissenschaftler jedoch – Physiker, Mathematiker und Raumfahrt-Experten –, die um eine ehrliche Einschätzung der Möglichkeiten von SDI gebeten wurden, stimmten in einer vorsichtigen, doch optimistischeren Stellungsnahme darin überein, daß SDI ein »überhöhtes doch vielversprechendes« Projekt sei.

»SDI ist nicht ›hoffnungslos‹«, erklärte ein Kernphysiker, der sich in den vergangenen zehn Jahren auf Waffentechnik spezialisiert hat. »Es wird damit enden, daß verschiedene High-Tech-Verteidigungssysteme produziert werden, die abschrekkend genug sind, um zu erklären, warum die Sowjets es fürchten. Doch in seiner gegenwärtigen Form ist SDI dabei, Amerikas gesamte wissenschaftlichen Bemühungen aus den Angeln zu heben; das muß sich ändern.«

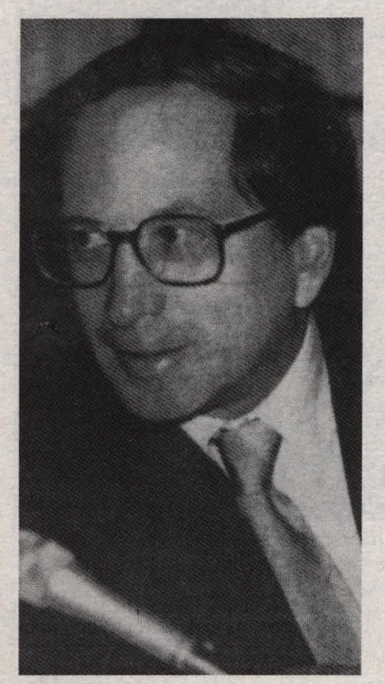
Im laufenden Finanzjahr verschlang SDI 19 Prozent der gesamten amerikanischen Bundesmittel für Universitätsforschung, sagte ein Informant.

»Das ist bei weitem zu viel«, warnte er. »Darüber hinaus verlagert es die Schwerpunkte in unserer wissenschaftlichen Forschung, und die Aufteilung der für 1987 bereitgestellten Mittel verschlimmert die Sachlage nur noch. Bis zum Ende des laufenden Jahres hätte das Pentagon die Kontrolle über ein Viertel aller laufenden wissenschaftlichen Projekte, die US-Bundesmittel erhalten. Das bedeutet eine Gefahr.«

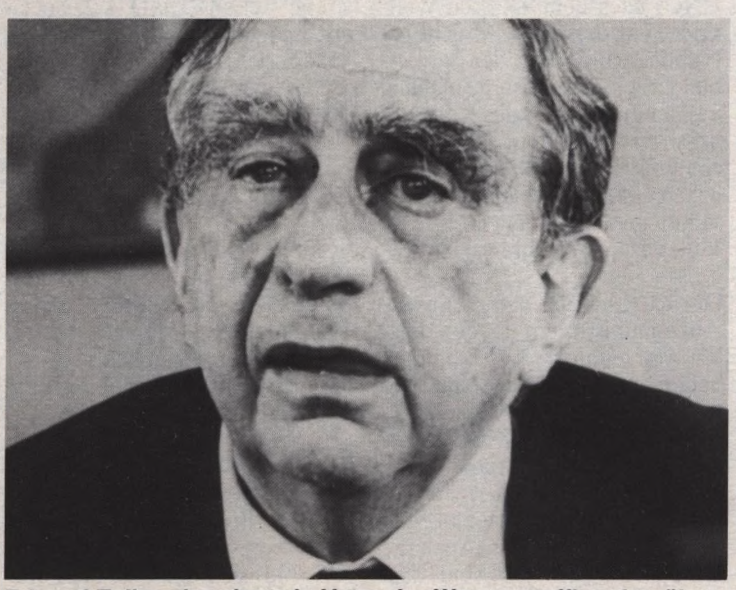
Das SDI-Programm, so wie es ursprünglich von Reagan geplant und gefördert worden ist, ist beim amerikanischen Kongreß und anderenorts unter scharfe Kritik geraten und zwar nicht, weil ein Krieg im Weltraum zum Scheitern verurteilt ist, sondern weil es einige wichtige, kaum verstandene Veränderungen erfahren hat, berichteten diese Quellen.

Röntgen-Laser mit Atombomben-Antrieb

»Diese Veränderungen sind selbst für viele Wissenschaftler ein Rätsel, weil sie rapide sich weiter entwickelnde High-Tech-Konzepte enthalten«, sagte ein Professor für Astrophysik, der im Jahr 1984 seinen Lehrstuhl aufgab und Berater bei einem großen Konzern in Washington wurde, der am SDI-Projekt beteiligt ist.



Sam Nunn ist Vorsitzender des Armed Forces Committee geworden und ein scharfer Kritiker des SDI-Programms.



Edward Teller, der alternde Vater der Wasserstoffbombe, überzeugte Reagan von der Sternenkriegsidee SDI.

»SDI nahm seinen Anfang, indem es den sogenannten chemischen Laser als Schutz gegen einen nuklearen Angriff verhieß. Das hat sich als unbrauchbar erwiesen und mußte aufgegeben werden.«

Doch im Rahmen dieses Programms wurden dann, wie die meisten Informanten übereinstimmend aussagen, neue und wertvollere Systeme entwickelt.

Zum Beispiel: Strahlenpartikelwaffen, mit denen feindliche Geschosse ausgeschaltet werden können, indem nach Art der aus Science-Fiction-Werken bekannten »Todesstrahlen« der Himmel »gesäubert« wird. Bei diesen Partikeln handelt es sich um Neutronen oder kleine Atome wie Wasserstoff oder Helium. Derzeit sieht es so aus, als müßten Strahlenwaffen wegen ihrer Größe und ihres Umfangs auf dem Boden stationiert werden.

Ein weiteres Beispiel: Sogenannte »rail guns«, Hochgeschwindigkeits-Kanonen, deren Projektile viel weiter reichen und schneller als konventionelle Artillerie und bei denen nicht nur Sprengstoffe, sondern auch Elektromagneten eingesetzt werden. Diese Gewehre würden im Weltraum stationiert.

Am Boden stationierte »freie Elektronen«-Laser, die letztlich die gescheiterten chemischen Laser als wirksame Waffen im Weltraum ersetzen könnten. Einer ihrer Bestandteile wären Partikelbeschleuniger.

Ferner: Röntgen-Laser mit Atombombenantrieb, die im Weltraum stationiert würden.

»SDI sollte nicht dermaßen überhöht gefördert und finanziert werden, daß es alle amerikanischen wissenschaftlichen Ressourcen beherrscht und verschiebt«, meinte der Professor. »Doch wenn es entlang eines realistischeren Weges und auf realistischere Ziele hin geführt wird, als es die übermäßigen Erwartungen Reagans zulassen, dann könnte es sich durchaus als ein wichtiger Beitrag für Verteidigungszwecke des kommenden Jahrhunderts erweisen.« □

US-Army

Geheimer Kampf um Kontrolle

Warren Hough

Amerikas Streitkräfte und deren uniformierter Befehlshaber sind in einen geheimen Krieg mit einem unversöhnlichen Feind verwickelt. Es handelt sich dabei um, wie es ein Informant beschrieb, »einen verborgenen Kampf in den Korridoren der Macht, ein bürokratisches Gefecht zwischen zwei sich bekriegende Gruppierungen: patriotisch gesinnte Berufssoldaten gegen den inneren Kreis von Doppelt-Loyalen«, die das US-Militär nach israelischem Vorbild umstrukturieren wollen.

Ein US-General der Luftwaffe, der zum Amt für Planungsanalyse und Auswertung des US-Verteidigungsministerium gehörte, bevor er vor drei Jahren frustriert ausschied, sagte zu einem Reporter anläßlich einer Besprechung in Washington: »Es besteht kein Zweifel, der gesamte amerikanische Generalstab kämpft um sein Überleben.«

Die mächtigste Lobby in Washington

»Sie werden angegriffen von einer Gruppe politischer Zivilbeamter, die sehr einflußreich sind und von der mächtigsten Lobby in Washington und fast der Gesamtheit der Medien unterstützt werden. Das Problem dabei ist, daß diese Bürokraten ein anderes Volk im Auge haben, wenn es um ›nationale Interessen‹ geht, nicht die Vereinigten Staaten.«

Diese unverblümte Anschuldigung durch einen hochrangigen Offizier und Physiker wurde durch andere militärische Quellen, die in den letzten Monaten interviewt worden sind, bestätigt und teilweise noch verstärkt. Wie der ausgeschiedene General der amerikanischen Luftwaffe, der jetzt für eine High-Tech-Firma im Verteidigungssektor arbeitet, behalten selbst jene, die sich aus dem aktiven Dienst zurückgezogen haben, Kontakt zum Pentagon und möchten in der Regel anonym bleiben.



Noel Koch verfügt über keine militärischen Erfahrungen, soll aber eine Reform des Militärs organisieren.

Doch die Tatsachen, die von diesen hochgestellten Informanten enthüllt werden, sind beunruhigend. Aus der Sicht dieser Berufsoffiziere ist es das Ziel des inneren Kreises der Doppelt-Loyalen, die den Bereich, der innerhalb der Reagan-Regierung für nationale Sicherheit zuständig ist, größtenteils kontrollieren, die Militärstruktur der Vereinigten Staaten in der folgenden Weise grundlegend umzustrukturieren.

Die Doppelt-Loyalen wollen den gesamten Generalstab abschaffen und diesen durch einen sogenannten nationalen Verteidigungsstab ersetzen; im wesentlichen eine Art preußischer Generalstab unter einem einzigen Befehlshaber, der den Titel »Direktor des nationalen Verteidigungsstabes« führen würde.

Ein weiteres Ziel der Doppelt-Loyalen ist es, daß für die Festlegung der Politik, die Bestimmung der Strategie und die Beratung des amerikanischen Präsidenten drei weitere Staatssekretäre im Verteidigungsbereich auf die Pentagon-Gehaltsliste gesetzt werden: einen Staatssekretär für Wissenschaft und Technik, einen Staatssekretär für strategischen Handel und einen für Spezialoperationen.

Die Macht hinter den Kulissen

Diese neu geschaffenen Unterkabinettsposten würden dem Szenarium zufolge mit drei überzeugten Anhängern Israels besetzt: Dr. Edward Teller, Richard Perle und Noel Koch.

Quellen zufolge war es Koch, der das bürokratische Gerangel um die Macht hinter den Kulissen vor einigen Wochen mit einem beispiellosen Angriff auf den Generalstab an die Öffentlichkeit brachte.

In einem Schreiben an die eine Verteidigungsreform debattierenden US-Senatoren beschuldigte Koch den Generalstab, Warnungen des Geheimdienstes über die Verwundbarkeit des US-Marinelagers in Beirut, die kurz vor dem Bombenangriff auf den Lastwagen am 23. Oktober 1983 gemacht worden waren, außer acht gelassen zu haben. Der Bombenangriff hatte 241 Amerikanern das Leben gekostet.

Als sie erkannten, daß Kochs Kritik auch mit den insgeheimen Ansichten der israelischen Regierung übereinstimmte, bekam er sofort in den Medien des ganzen Landes Aufmerksamkeit. Auch der US-Kongreß stand dabei nicht zurück: Senator Richard Cohen erreichte, daß die Nachricht von jeder wichtigen Fernsehstation gesendet wurde mit der Warnung, daß der Senat den Generalstab dazu zwingen würde, sollten sie sich gegen die Reformen wehren.

In Gesprächen präsentierten patriotisch eingestellte amerikanische Berufsoffiziere allerdings eine andere Version der Sachlage.

»Sie werden feststellen, daß bei all der Publizität, die Koch erhalten hat, mit keinem Wort erwähnt wurde, wer er ist«, sagte ein ehemaliger Geheimdienstexperte des US-Verteidigungsministeriums. »Die Wahrheit ist, daß Koch lügt, was den Zwischenfall in Beirut angeht, doch seine andere Beschuldigung – der Generalstab würde seinen Rat ignorieren – könnte stimmen.

Der Grund dafür ist einfach: Koch kann nicht einen Tag an Militär- oder Sicherheitserfahrung für sich verbuchen, kein Verständnis für Politik, keine Kenntnisse über Strategie. Seine einzige Qualifikation für die Schlüsselposition, die er im Pentagon mehr als zwei Jahre innehatte – Ministerialdirektor im Verteidigungsministerium für Sonderstreitkräfte und geheime Operationen – war seine frühere Arbeit als Lobbyist für Israel. Kein Wunder, daß die Berufsmilitärs im Pentagon diesen anmaßenden Gelegenheitspolitiker ignoriert haben.«

Vergleichbar mit dem Militär Israels

Doch während Koch verspottet wird, heißt es, daß ranghohe Armeebefehlshaber über einige Aspekte der »Reform« sehr besorgt sind, die von unverhohlenen Anhängern des Kleinstaates befürwortet werden, wie dem Pentagon-Berater Edward Luttwak, dem Berater im Weißen Haus Michael Ledeen, dem Staatssekretär im Außenministerium für politische Angelegenheiten, Michael Armacrost, dem Staatssekretär im Marineministerium John Lehman und anderen.

Der ausgeschiedene Luftwaffengeneral mahnt: »Ziel dieses ›Reform‹-Vorstoßes ist es, das amerikanische Militär so umzuformen, daß es mit den israelischen Streitkräften vergleichbar ist, so daß sie in geheimen Operationen in den Krieg ziehen können, um so den Strategie-Vorhaben Israels zu dienen. Der Kampf des amerikanischen Generalstabs gegen diese Durchdringung von außen ist ein Kampf ums nationale Überleben. Er verdient die Unterstützung nicht nur der Berufsmilitärs, sondern aller patriotisch gesinnten Amerikaner.« □

Philippinen

Die USA mischen mit

Warren Hough

Nach nicht einmal einem Jahr Amtszeit ist die Regierung der philippinischen Präsidentin Corazon Aquino entzweit und unter einem Sturm der Kritik ins Wanken geraten. Die stärkste Opposition gegen die Politik von Frau Aquino kam aus den Reihen ihrer eigenen Minister und von ihrem Vizepräsidenten Salvador Laurel. Laurel behauptete bereits im Oktober 1986, Frau Aquino habe »ihr Mandat verwirkt« und verlangte Neuwahlen.

Um diesen Dissidenten zum Schweigen zu bringen, verkündete die Reagan-Regierung sofort einen aufsehenerregenden Schritt: sie hätte begonnen, eine strafrechtliche Untersuchung der persönlichen Finanzen von Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile einzuleiten, der als lautester Kritiker von Mrs. Aquino unter den philippinischen Wählern hohe Popularität erreicht hat. Die Präsidentin Aquino entließ daraufhin umgehend Enrile.

Wie man Gegner zum Schweigen bringt

Die Schlagzeilen, aus denen hervorging, daß das amerikanische Justizministerium Enriles Vermögen in den USA untersuchen wolle, um festzustellen, ob er »US-Hilfsgelder für persönliche Zwecke abgezweigt habe«, führten zu heftigem Widerspruch von seiten des ehemaligen philippinischen Verteidigungschefs, der die Untersuchung als »Erpressung« wertete, um ihn zu zwingen, sich hinter Corazon Aquino zu stellen.

Die »Washington Post« verurteilte die Überprüfung und meinte, »die Regierung Reagan wolle damit die jüngsten Angriffe des Verteidigungsministers auf die Aquino-Regierung abschwächen«.

Langjährige US-Verbündete in Asien reagierten schockiert: Der Generalsekretär der Kuomintang, Mah Soo Lay, politischer Sprecher der chinesischen nationalistischen Regierung auf Taiwan, nannte die Handlung der Amerikaner unter der Hand eine »plumpe Intervention«.

Was noch wichtiger ist: Informierte Quellen, die in Washington und im UN-Hauptquartier in New York interviewt wurden, gaben zu, daß der Versuch die Gegner von Mrs. Aquinos dadurch zum Schweigen zu bringen, daß man droht sie in Verruf zu bringen, indem man sie der Unehrlichkeit beschuldigt, schiefgehen muß.

»Die von Enrile aufgeworfenen Fragen über das Mißmanagement und die Vergehen im Amt der Personen um Mrs. Aquino werden von den meisten Filipinos geteilt«, sagte Siddhi Krairiksh, ein langjähriger Thai-Diplomat, der jetzt Mitglied der UNO-»Programm-Planungsgruppe« für Südostasien ist. »Enrile spricht in der Tat die Zweifel offen aus, die auch viele amerikanische Offizielle über das Austauschen von Marcos haben.«

Enriles Beschuldigungen im Hinblick auf Mrs. Aquino, so stellte man fest, enthielten auch einige Punkte, die von Präsident Marcos in einem »Diagnosen«-Exklusiv-Interview (Nr. 11/November 1986) zum ersten Mal angesprochen worden waren.

Ein weiterer großer Skandal

In diesem Interview warnte Marcos davor, daß sich einige von Mrs. Aquinos neu ernannten Ministern als Kommunisten oder Marxisten herausstellen würden.

Jetzt verlangen Enrile und andere nationalistische Dissidenten, daß Mrs. Aquino ihren Kabinettchef und Chefberater, Joker Arroyo, ihren offiziellen Sprecher, René Saguisag, und ihren für die Lokalregierungen zuständigen Minister, Aquilino Pimentel, feuert, weil sie der radikalen Linken zu nahe stehen. Alle drei waren von Marcos in diesem Interview als potentielle Subversive bezeichnet worden.

Marcos hatte auch in diesem Gespräch davor gewarnt, daß die Korruption, die in die Hunderte von Millionen Dollar geht, in den engsten Kreisen um Mrs. Aquino überhand nimmt.

Jetzt haben Enrile und andere Kritiker der philippinischen Regierung drei Minister, die alle als enge Vertraute der Präsidentin bekannt sind, beschuldigt, in korrupte Praktiken verstrickt zu sein, beziehungsweise solche zu tolerieren. Es handelt sich dabei um:

Tony Gonzales, Minister für Tourismus, der auch für die Spielcasinos zuständig ist; Ernesto Masella, Minister für Natur- und Bodenschätze wie Fischereiwesen, Holz- und Bergbauindustrie; Robert Salonga, Minister ohne Geschäftsbereich, der Leiter der sogenannten »Kommission für eine bessere Regierung« ist, die dazu ermächtigt ist, das Eigentum von jedermann zu beschlagnahmen, der mit dem Marcos-Regime in Verbindung stand.

Kritiker innerhalb des Kabinetts von Präsidentin Aquino behaupten, daß diese Beschlagnahmen nicht nur willkürlich erfolgten, sondern in vielen Fällen auch



Etwa 4000 Menschen nahmen an einer antikommunistischen Demonstration in Manila teil, zu der Enrile aufgerufen hatte.

Betrug eine Rolle dabei gespielt hat.

Mrs. Aquinos Versuche, mit dem Problem der islamischen Rebellen auf Mindanao, einer größeren Insel, fertig zu werden, haben sich ebenfalls zu einem Skandal ausgeweitet.

Im September 1986 beschloß Frau Aquino, dieses Problem zu »lösen«, indem sie vorgab, mit einem »Moro-Rebellenführer« ihrer eigenen Wahl Frieden zu schließen.

Die Geschichte verlief folgendermaßen: Da die meisten Moro-Häuptlinge dem gestürzten Präsidenten Marcos gegenüber loyal waren, wurde beschlossen, einen obskuren Dozenten für politische Wissenschaften mit Namen Nur Misuari, der auf den Philippinen keine große Gefolgschaft hatte, aus zehnjährigem Exil zurückzuholen.

Eine Katastrophe für die Nation

Doch die Pressesprecher des Regimes beschlossen – mit Unterstützung des aquinofreundlichen Korrespondenten der amerikanischen Zeitung »Los Angeles Times«, Mark Fineman –, Misuari zu ihrem eigenhändig auserwählten Moro-Rebellenführer zu machen.

Mrs. Aquino hatte ein weithin publiziertes »geheimes Treffen« mit Misuari und danach hieß es, ihre Regierung würde das Moro-Problem durch friedliche Verhandlungen mit »Commander Misuari« lösen.

Der Punkt bei diesem Schauspiel ist, so sagen nun diplomatische Beobachter, daß es sich als ein weiteres Glanzstück von Publicity der Public-Relations-Maschinerie von Mrs. Aquino herausstellte.

»Misuari war praktisch ein Unbekannter, der auf Befehl von Mrs. Aquino von Libyen auf die Philippinen zurückgebracht worden ist«, sagte ein Geschäftsmann aus Manila, der jetzt in New York lebt. »Er war nicht nur unter den Moros unbekannt, deren ›Führer‹ er sein sollte; auch Mrs. Aquinos eigene Berater kannten ihn nicht. Was niemand wußte über diesen ›in Szene gesetzten‹ Moro-Anführer war die Tatsache, daß er im Grunde seines Herzens ein wahrer Fanatiker war.«

Sobald er wieder auf den Philippinen war und umgeben von einer Menge Publizität, von Präsidentin Aquino als der von der Regierung anerkannte Moro-Häuptling bezeichnet wurde, gab Misuari ein Manifest heraus, in dem er nicht nur Autonomie für seine islamischen Glaubensgenossen, sondern die vollständige Abspaltung der ganzen Insel Mindanao als unabhängige Republik der Moros verlangte.

»Als Enrile, die Führer der bewaffneten Streitkräfte und andere philippinische Führer Misuaris Proklamation zu Gesicht bekamen, explodierten sie vor Wut«, sagte der Geschäftsmann, der seine Heimat zweimal im Monat besucht, der aber aus eben diesen Gründen auch ungenannt bleiben wollte.

»Misuari stellte sich als genau jene Art von radikalem Extremisten heraus, den sie aus der heiklen Moro-Krise heraushalten wollten. Jetzt war er durch ein übereiltes Publicity-Bravourstück – mit dem Segen der Präsidentin Aquino – wieder auf der Bildfläche erschienen.

Erfahrenen Führern auf den Philippinen erscheint dies typisch für Präsidentin Aquino: viel Publizität, nichts dahinter und eine Katastrophe für die Nation.«

Die Dinge werden täglich schlimmer

Jetzt schürt die Reagan-Regierung Dissens und Protest auf den Philippinen weiter, indem sie droht, die Führer der wachsenden Opposition gegen Mrs. Aquino mit strafrechtlichen Untersuchungen zu erpressen.

»Das wird die Dinge nur noch verschlimmern«, sagte ein ehemaliger philippinischer Diplomat, der nun dabei ist, unter Emigranten in den Vereinigten Staaten eine Reformbewegung zu organisieren. »Irgendwie ist das Nur-Misuari-Fiasko symbolisch für die ganze Krise. Mrs. Aquino war von einer Clique US-Bürokraten zur Führung der philippinischen Regierung ausgewählt worden, so wie sie jetzt Misuari zur Führung der Moros ausgewählt hat. Weder Mrs. Aquino noch Misuari werden ihrer Aufgabe gerecht.« □

Afghanistan

Keine Hilfe für Freiheitskämpfer

Crowell Berrey

Die Sowjetunion spielt ihre afghanische Karte weiterhin gut mit der Hilfe der Bürokraten im amerikanischen Außenministerium.

Trotz erheblicher Einwände von Mitgliedern des amerikanischen Kongresses unterstützt die Reagan-Regierung immer noch die »Friedensverhandlungen« zwischen den Invasoren Sowjetunion und deren Marionetten-Regierung in Afghanistan. Das heißt in Wirklichkeit, daß man die Verhandlungsergebnisse akzeptiert, die die Sowjetunion mit sich selbst ausgehandelt hat.

In Wirklichkeit hilft man nicht

Die Sowjetunion »zieht« Truppen aus Afghanistan zurück. Ja, sie ziehen ein paar Tausend Mann von den schätzungsweise 250 000 Soldaten ab sowie einiges an Ausrüstung, die sich in dem unwegsamen Gebiet, das von den Freiheitskämpfern gehalten wird, als unbrauchbar erwiesen hat.

Die Vereinigten Staaten behaupten, sie schickten dem Widerstand in Afghanistan Hilfe. Doch die Führer des Widerstandes sagen, daß nichts ankommt. Die Freiheitskämpfer haben die amerikanische Regierung immer wieder um Kleinwaffen und von Hand abzufeuernde Panzerabwehr- und Flugabwehrwaffen gebeten.

Informanten innerhalb der amerikanischen Regierung sagen, es stecke die unterschwellige Opposition von Karrieristen dahinter, die auf US-Präsident Ronald Reagan Druck ausüben, der sich dann zwar redegewandt für die Freiheitskämpfer ausspricht, in Wirklichkeit aber überhaupt nichts tut, um ihnen zu helfen.

»Es ist alles vorbei«, sagte ein niedergeschlagenes Mitglied des Unterkabinetts der Reagan-Regierung, der seit Januar 1981, also von Anfang an, dabei ist. Damals war er hell begeistert von der Aussicht, Amerikas Außenpolitik wieder auf die nationalen Interessen zurückzuführen.

»Das letzte Viertel des Spiels hat für Reagan begonnen. Die Ideologen vom Anfang sind alle weg. Ich bin der letzte, der noch übrig ist«, sagte er. »Die Positionen werden jetzt von den ›resume expanders‹ übernommen, die keinerlei Vorstellung davon haben, was wir für das Land tun wollten.«

Der Beamte meint, daß die Karrieristen in den beiden letzten Jahren sogar noch einen größeren Einfluß auf die Reagan-Regierung genommen haben als in den ersten sechs Jahren.

Warum unterstützt man die Feinde?

Seiner Ansicht nach waren sie nicht nur darin erfolgreich, die Hilfe an die afghanischen Freiheitskämpfer wirksam zu verhindern, sondern sie haben auch Sanktionen gegen Südafrika über Reagans Veto hinweg durchgesetzt, Unterstützung der Antikommunisten in Nicaragua mehr als ein Jahr lang verzögert und freundschaftliche Beziehungen zur pro-sowjetischen Regierung in Mozambique befürwortet.

Das erklärt auch, so sagte er, die große Aufmerksamkeit, die der »Rückzug« von ein paar unnötigen sowjetischen Truppen in der Presse bekommen hat, und die fehlende Aufmerksamkeit für die Brutalität und das unbekümmerte Morden von Zivilisten durch die Rote Armee und ihre schändliche Politik der »verbrannten Erde« in Afghanistan.

Die Kommunisten sind am Gewinnen und die Freiheit ist am Verlieren auf der ganzen Welt, sagte er und stellte dabei die Frage: »Warum unterstützen wir unsere Feinde so sehr?« □



Sowjetunion

Im U-Boot-Krieg vorn

Victor Marchetti

»Die Sowjets sind uns in fast jeder Phase der U-Bootkriegführung voraus. Wir sind in Schwierigkeiten. Es muß etwas getan werden und das bald, um diese Situation zu korrigieren.« Diese alarmierende Äußerung wurde von einem kürzlich pensionierten amerikanischen Marinekommandanten gemacht, der den größten Teil seiner beruflichen Laufbahn mit der Ausarbeitung der US-Marinestrategie und Richtlinienplanung im Pentagon verbrachte.

Um Erläuterung seiner beunruhigenden Behauptung gebeten, meinte der »alte Seebär«, die Sowjets bauen Boote mit Titanrumpf und Doppel-Nuklearantrieb. Ihre neuen U-Boote sind schneller als unsere und sie können tiefer tauchen. Sie übertreffen auch unsere Flugzeugträger.

Beherrscht von fixen Ideen

Was diesem Informanten zufolge jedoch noch wichtiger ist, ist die Tatsache, daß die Sowjets über U-Boote verfügen, die sowohl mit ballistischen Geschossen als auch mit Marschflugkörpern bestückt sind, die sie abschießen können, ohne auftauchen zu müssen. Marschflugkörper, die auf Landziele abgefeuert werden können, insbesondere von U-Booten aus, üben auf jedes Luftverteidigungssystem einen ungeheuren Druck aus.

»Außerdem ist unser Luftverteidigungssystem kaum der Rede wert«, betonte der Informant. »Marschflugkörper können auch die Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) schlagen. Wir werden eine sehr leistungsfähige Luftverteidigung benötigen, nicht nur, um unsere Stützpunkte und Städte zu schützen, sondern auch unser SDI-System selbst«, sagte der Marinekommandant.

Wie dieser gut informierte und erfahrene Experte meinte, begann die US-Marine den Wettlauf mit den Sowjets in bezug auf die U-Boote bereits Anfang der sechziger Jahre während der Kennedy-Regierung zu verlieren. Damals hatte das Pentagon diese fixe Idee mit den ballistischen Geschossen und ignorierte die Möglichkeiten der Marschflugkörper. Zu der Zeit hatte der damalige US-Verteidigungsminister Robert McNamara und sein stellvertretender Direktor für Forschung und Engineering, Harold Brown und Admiral Hyman Rickover, der Vater des Atom-U-Bootes, im Verteidigungsministerium das Sagen.

»Diese Männer waren völlig auf ballistische Geschosse orientiert«, meinte der Informant. »Außerdem waren es starke Persönlichkeiten, die von niemandem Widerspruch duldeten. Ihre Anmaßung führte zu einer Reihe von Entscheidungen, die in den letzten Jahren auf uns zurückgefallen sind. Der erste Fehler dieser eigensinnigen Männer war die Aufgabe der Entwicklung von Langstrecken-Marschflugkörpern, die von U-Booten aus abgefeuert werden.«

Die Schlauköpfe im Pentagon irrten

Zu der Zeit wurde auch die Luftwaffe gezwungen den Überschall-B-58-Hustler-Bomber auslaufen zu lassen, der mit den Hound-Dog-Marschflugkörpern bestückt war. Das war nach Meinung dieser Informanten ein weiterer großer Fehler, denn dieses Waffensystem machte dem sowjetischen Luftverteidigungsprogramm große Schwierigkeiten.

»In jenen Tagen hatten weder wir noch die Sowjets eine Vorstellung davon, wie man einen Marschflugkörper unter Wasser abfeuert. McNamara und seine ›Schlauköpfe‹, einschließlich dem Abgeordneten des US-Bundesstaates Wisconsin, Les Aspin, der jetzt Vorsitzender des Armeeausschusses auf dem Kapitol ist, schauten auf die Sowjets, die für ihre U-Boote sowohl ballistische Geschosse als auch Marschflugkörper entwikkelten und lachten. Sie meinten, diese würden auf einer technisch primitiven Stufe arbeiten.

Nun, das war eine größere Fehlkalkulation. Man sollte seinen Feind niemals unterschätzen. Die Sowjets waren nicht dumm. Was sie taten und schließlich auch erreichten, war die Entwicklung eines gemischten U-Bootsystems, mit dem unsere strategische Verteidigung überboten werden kann.«

Sowohl die US-Luftwaffe als auch die US-Marine ist in den letzten Jahren wieder in das Marschflugkörpersystem eingestiegen. Die Marine verfügt jetzt über den U-Boot-gefeuerten Tomahawk-Anti-Schiffs-Marschflugkörper, und die Luftwaffe hat einige B-52-Bomber umgerüstet und ihren neuen B-1B-Bomber mit Marschflugkörpern ausgestattet.

Der Informant weiter: »Wenn heute ein Krieg mit der Sowjetunion ausbrechen würde, könnten sie uns mit ihren raketenbestückten U-Booten böse schlagen, selbst wenn wir über das SDI-System verfügen könnten. Wir hätten größte Schwierigkeiten ihre Unterseeboote zu lokalisieren und noch mehr Probleme, sie daran zu hindern in unsere Küstengewässer vorzudringen.«

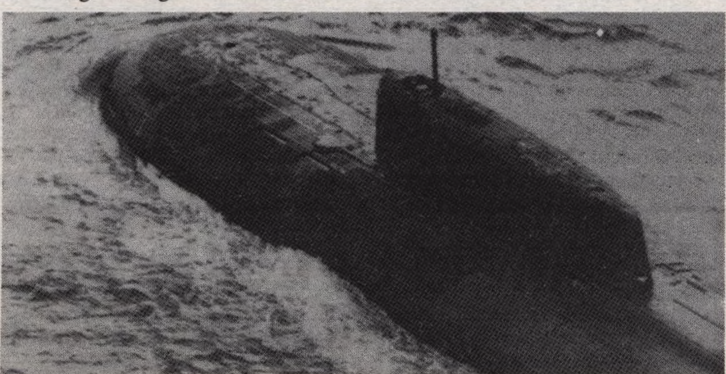
Der Kommandant meinte, wir hätten Glück, wenn es uns gelänge, ein Drittel der feindlichen Boote abzufangen.

Ein weiterer großer Fehler der Gruppe um McNamara, der sich bei vielen US-Verteidigungsministern bis hin zur Reagan-Regierung fortgesetzt hat, war es, Rickover völlige Kontrolle über die Entwicklung von Atom-U-Booten zu geben. Rickover hatte einen unangenehmen Charakter und er war der Meinung, daß nur seine Ideen die richtigen sind. Sein Hochmut kostet die US-Marine ihre Führung in der U-Bootstreitmacht gegenüber den Sowjets.

Durch Hochmut verursachter Schaden

Der Informant nannte ein typisches Beispiel: Angriffs-U-Boote oder Hunter-Killer-U-Boote müssen klein und schnell sein. Die Sowjets haben das durch den Einsatz von Titan in der Rumpfkonstruktion erreicht. Unter Rickovers Führung dagegen verwendete die Marine konstant einen Rumpf aus dem viel schwereren Stahl. Somit sind die jüngsten US-Angriffs-U-Boote, der Los-Angeles-Typ, nicht nur viel größer und schwerer als die neuen sowjetischen, sondern auch langsamer.

Ironischerweise hat die Lockheed Corp., die die U-2- und SR-76-Spionageflugzeuge gebaut hat und den für den feindlichen Radar unsichtbaren Stealth-Jäger für die US-Luftwaffe entwickelt, schon seit langem Titan für die Rumpfkonstruktion eingesetzt. Daher besitzen die Vereinigten Staaten die Titan-Technologie, die bei den U-Booten hätte Verwendung finden können, schon eine ganze Weile. □



Das ist das sowjetische U-Boot vom Typ »Oscar«. Es ist in der Lage, Marschflugkörper abzufeuern.



Sowjetunion

Bedrohung von der Halbinsel Kola

Mike Blair

Die Sowjetunion ist dabei, eine neue Generation von Langstrecken-Überschallbombern zu stationieren, die von Stützpunkten in der Arktis aus praktisch jedes Ziel in den Vereinigten Staaten angreifen und von dort wieder nach Hause zurückkehren können.

Nach einem Bericht, der vom norwegischen Institut für außenpolitische Forschung herausgegeben wurde, wird der Tupolev-Blackjack-A-Bomber mit veränderlicher Tragflächenstellung der Sowjets bald einsatzbereit sein. In dem Bericht heißt es, daß die Roten auf der Halbinsel Kola, die an Finnland grenzt, für die neuen Blackjacks einen 2,9 Meilen langen Start- und Landestreifen bauen.

Tiefangriff gegen US-Ziele

Bei einer Reichweite von 4540 Meilen wären diese Bomber in der Lage, von dem arktischen Stützpunkt aus gegen jedes Ziel in Nordamerika eine Mission auszuführen und ohne Auftanken zu müssen wieder zur sowjetischen Operationsbasis zurückzukehren. Mit dem neuen Flugzeug könnte auch unterhalb der Schallgeschwindigkeit ein radarumgehender Tiefangriff gegen US-Ziele geflogen werden mit anschließender Rückkehr zu einem befreundeten Stützpunkt im kommunistischen Lateinamerika.

Die Kubaner haben bereits lange Start- und Landebahnen für die Langstreckenbomber der Sowjets und in Nicaragua werden Rollfelder dieser Größenordnung derzeit gebaut.

Einige amerikanische Militärexperten glauben, daß es sich bei dem Blackjack-Bomber vielleicht um die sowjetische Antwort auf Präsident Reagans Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) handelt, da die SDI-Waffen Tiefangriffen durch bemannte Bomber nicht standhalten würden.

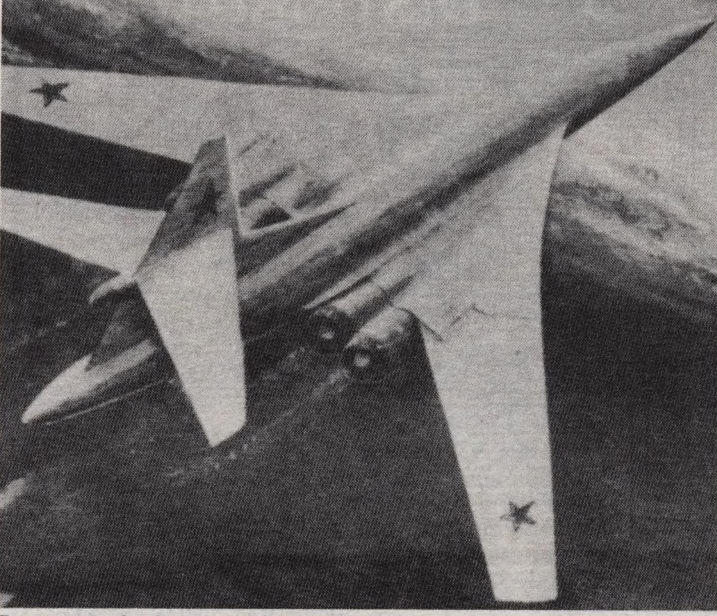
Die Vereinigten Staaten selbst bauen für ihre Nuklearschlagkraft gegen die Sowjetunion stark auf ihren B-1B-Tiefangriffbomber. Der Blackjack ist dem B-1B in seiner Konstruktion sehr ähnlich, obwohl das sowjetische Flugzeug etwa 25 Prozent größer und wahrscheinlich etwas schneller ist.

Dem amerikanischen Verteidigungsministerium ist bekannt, daß die Sowjets ihr riesiges Flugzeugwerk in Kazan, etwa 400 Meilen östlich von Moskau, für die Produktion der Blackjack-Bomber erweitert haben.

Blackjack bereits 1981 gesichtet

Der Blackjack, dem der US-Geheimdienst den Spitznamen Ram-P (Sturmbock P) gegeben hat, wurde von amerikanischen Spionagesatelliten zum ersten Mal im November 1981 gesichtet, als er im Flugzeug-Testzentrum von Ramenskoye in der Nähe von Moskau Flugtests unterzogen wurde.

Er erreicht wahrscheinlich eine Spitzengeschwindigkeit von 1520 Meilen pro Stunde oder 2,3 Mach und kann bis zu 18 Tonnen Waffen transportieren. Sein maximales Startgewicht beträgt etwa 300 Tonnen. Der Bomber hat vier Nachbrenner-Düsentriebwerke mit Turbogebläse und ist vermutlich mit umfangreicher Elektronik zur Umgehung von Flugabwehreinrichtungen ausgestattet.



Der strategische sowjetische Bomber der neuen Generation mit dem Spitznamen »Blackjack«.

Experten des US-Verteidigungsministeriums sind der Ansicht, daß der Blackjack mit den neuen AS-15-Nuklearmarschflugkörpern, die im Tiefflug und unter Schallgeschwindigkeit fliegen, ausgerüstet ist, die aufgrund ihrer Bodennähe schwerlich mit Radar zu orten sind. Mit einer Reichweite von über 1500 Meilen können die Flugkörper aus einem weit vom Ziel entfernten Flugzeug abgeschossen werden, was den Angriffsradius der Sowjetbomber noch weiter erhöht.

Die Experten rechnen damit, daß die Kommunisten mindestens 100 dieser neuen Überschallbomber bauen werden, von denen die Mehrzahl den alten Tupolev-95-(Tu-95)-Bear-Interkontinentalbomber mit Propellerantrieb ersetzen wird.

Die meisten dieser Bears sind seit den fünfziger und sechziger Jahren im Einsatz.

Die Vereinigten Staaten besitzen derzeit für die gesamte Landesverteidigung nur etwa 12 Jagdgeschwader in der Luftwaffe und ein halbes Dutzend Jagdflugzeuge in ihrer Nationalgarde. Was die Sache noch verschlimmert, ist die Tatsache, daß sämtliche in den USA stationierten Nike-Hercules-Luftabwehrraketen, die das Land einst geschützt haben, schon lange abgebaut wurden, so daß man praktisch ohne Boden-Luft-Raketenabwehrsysteme ist.

Die Sowjets hatten in einer Notmaßnahme zur Deckung ihres Bedarfs an strategischen Bombern, bis die neuen Blackjacks einsatzbereit sein werden, den Tu-95 mit einer aktualisierten Version, genannt Bear-H, wieder in Produktion genommen.

Etwa 25 Bear-H-Bomber sind, bestückt mit den neuen AS-15-Marschflugkörpern, auf den Stützpunkten in der Arktis stationiert. Sie werden oft an der Küste von Alaska gesichtet und ihre Anwesenheit hat schon häufig Anlaß für den Einsatz von amerikanischen Düsenabfangjägern von Stützpunkten in Alaska aus gegeben.

Während die neuen Blackjack-Bomber den B-1B-Bombern, die gegenwärtig in der US-Luftwaffe zum Einsatz kommen werden, zumindest gleich sein dürften, sind sie doch primitiv im Vergleich zu den neuen Stealth-Bombern, den hoch-technisierten, für jeglichen Radarschirm unsichtbaren Flugzeugen, die von der Northrop Corp. in Kalifornien konstruiert und gebaut werden. □

Irak

Wegen Massengreuel angeklagt

James Harrer

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen hat den von den USA unterstützten Irak als »die arabische Nation mit den schlimmsten Menschenrechtsverletzungen« angeklagt. Über die Hälfte der schätzungsweise 15 000 politischen Gefangenen im Irak, einschließlich Kindern und Bauersfrauen im hohen Alter von 88 Jahren, soll »systematisch gefoltert« werden.

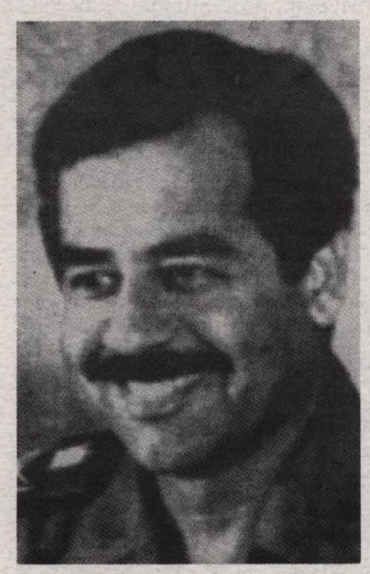
Dieser ungewöhnlich harte Tadel kommt zu einer Zeit, wo der sieben Jahre währende Krieg im Persischen Golf zwischen Iran und Irak in »seine entscheidende Phase« einzutreten scheint – dies zumindest nach Meinung von Bernard Simpson, dem Leiter der Auslandsabteilung der British Broadcasting Corporation (BBC), der vor kurzem die Front auf beiden Seiten besuchte.

Ein brutales Polizeiregime

»Viele Anzeichen deuten jetzt auf einen unvermeidlichen Sieg des Iran«, berichtete der erfahrene Journalist nach seiner Rückkehr aus dem Kriegsgebiet in London.

Scheinbar in dem Versuch, eine Niederlage abzuwenden, hat die irakische Regierung des von den USA gestützten Diktators Saddam Hussein, die seit langem als brutales »Polizeiregime« bekannt ist, die Unterdrückung im Land verstärkt, wo Besuchern aus dem Westen zufolge die Unzufriedenheit über den sich hinziehenden Krieg und die weitverbreitete Kritik an der Regierung wächst.

In den Provinzstädten, wo sich die Proteste in Studentendemonstrationen und gelegentlichen Übergriffen gegen die Regierungsstreitkräfte Luft machten, wurden von der Sicherheitspolizei massive Razzien durchgeführt, in denen Tausende angeblich Verdächtiger in Städten wie



Saddam Husseins Regime im Irak foltert nicht nur unschuldige Opfer, sondern auch Kinder und Babys.

As Solaymaniyah und Irbil (Arbela) festgenommen wurden. Zeugen berichteten der europäischen Arbeitsgruppe der UNO - Menschenrechtskommission, daß sich unter den Verhafteten mindestens 400 Kinder unter 14 Jahren befanden.

Viele dieser Minderjährigen wurden nach Zeugenaussagen von der Polizei gefoltert, um sie zu belastenden Aussagen gegen erwachsene Familienmitglieder oder zur Hilfe beim Aufspüren von Verwandten zu zwingen, die auf der Flucht waren. Einige dieser in Angst und Schrecken versetzten Jugendlichen wurden – wie Augenzeugen erzählen – in ein Folterinstrument eingesperrt, das als »Kühlschrank« bezeichnet wird.

»Es handelt sich dabei um eine L-förmige Metallkabine«, sagte Behir Hussain Qassim, ein ehemaliger politischer Gefangener, dem es gelang, zu fliehen, und der jetzt in Europa lebt. »Man muß die Hände in zwei Öffnungen oben in der Kabine stecken, während die Füße in zwei anderen Öffnungen am Boden eingeschlossen werden. Dann wird eiskaltes Wasser in die Kabine gegossen, das dann um den nackten Körper des Gefangenen herum gefriert.«

Folter an völlig Unschuldigen

Was die Mitglieder der Arbeitsgruppe besonders beunruhigt hat, so erzählen gutinformierte Quellen im UN-Hauptquartier in New York, sind Belege, daß Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren solchen Brutalitäten ausgesetzt werden.

»Wie äußerst glaubwürdige Zeugen berichten, sind sogar Babys im heutigen Irak nicht von der Folter verschont«, sagte ein Mitglied des Beraterstabs des UN-Generalsekretärs Javier Perez Cuellar. »Die Arbeitsgruppe erfuhr von Fällen, wo Babys zusammen mit ihren Eltern von der Geheimpolizei festgenommen worden sind.

Das Kind wurde dann in die Zelle neben den Eltern gelegt und bekam stundenlang weder zu Essen noch zu Trinken. Durch sein Schreien sollten die Eltern zu Geständnissen gezwungen werden – was auch oft passierte.«

Was die Mitglieder der Arbeitsgruppe als »weitverbreitete und systematische Folter an oft völlig unschuldigen Opfern ebenso wie an verdächtigen Regimegegnern« verurteilten, umfaßte auch nachgewiesene Fälle von brutalen Schlägen mit Prügeln und Peitschen.

Flaschen oder glühend heißer Draht wird in Körperöffnungen gesteckt, die empfindlichsten Körperstellen werden Elektroschocks ausgesetzt und in den langen Reihen von Zellen in den fünf größten Gefängnissen des Irak werden die Temperaturen rund um die Uhr von extremer Hitze zu eisiger Kälte ständig gewechselt.

In dem von der Arbeitsgruppe erstellten Berichtsentwurf der UNO-Kommission werden die »Massengreuel« des Hussein-Regimes scharf verurteilt und es wird eine Debatte der Vollversammlung über die Verletzung der Menschenrechte im Irak vorgeschlagen, äußerten Informanten aus dem Büro des UN-Generalsekretärs. Doch andere diplomatische Quellen sind der Meinung, daß das kritische Stadium des Krieges mit dem Iran eine öffentliche Verurteilung des Irak in naher Zukunft unmöglich mache.

Solange der Krieg eskaliert

Im Oktober berichtete die offizielle iranische Presseagentur, daß spezielle Lufteinheiten der Revolutionsgarden der islamischen Republik die wichtigste Ölraffinerie des Irak in Kirkuk in einem kühnen Kommandounternehmen zerstört hätten.

Das Deviseneinkommen des Irak kam zum größten Teil aus den schätzungsweise 1,7 Millionen Barrel Öl, die das Land täglich exportieren mußte. Zwei Drittel davon gingen durch Kirkuk und durch eine Pipeline durch die Türkei.

Diesem wirkungsvollen Schlag des Iran folgten große Truppenkonzentrationen mit der Bezeichnung »Fertig zum Angriff!« an der zentralen Front, an der die irakischen Streitkräfte in der Defensive sind, seit Bataillone der revolutionären Garde die Ölstadt Al Faw im Februar 1986 eingenommen haben.

»Solange der Krieg eskaliert, wird die Sache der Menschenrechte in den Vereinten Nationen zunächst vertagt werden«, prophezeite ein erfahrener Nahost-Diplomat. »Doch die grausame Unterdrückung durch das Hussein-Regime wird ein wichtiges Thema im Irak bleiben, wo die Unzufriedenheit des Volkes die Niederlage im Kampf mit dem Iran beschleunigen könnte.« □



Neuguinea

Westliches Geld für Völkermord

Carl Freigang

Die Verfechter der Konvention gegen den Völkermord berichten, die Vereinigten Staaten müßten die Vertragsbestimmungen durchsetzen, um die Übel des Völkermords weltweit zu beseitigen. Verschwiegen wird dabei die Tatsache, daß zum Beispiel der Völkermord in Neuguinea mit westlichen Geldern subventioniert wird.

Primitive, fast noch im Steinzeitalter lebende papuanische Stämme werden im fruchtbaren Hochland des westlichen Neuguinea durch indonesische Streitkräfte vom Land ihrer Vorväter vertrieben, um Siedlern aus Java Platz zu machen. Die papuanischen Stämme verstehen die verwirrenden Reden des indonesischen Präsidenten General Suharto nicht, doch was sie verstehen, sind die Gewehre und Gummiknüppel, die von Suhartos Soldaten gegen sie gerichtet werden.

Die Not der Eingeborenen

Neuguinea – auch bekannt unter dem Namen West-Irian, Irian-Jaya, Irian-Joya oder Irian-Bharat – gehört seit 1963 zu Indonesien.

Einige der Stämme sind in den unerforschten Regenwäldern verschwunden. Andere dagegen sind nach Osten geflohen und landeten in Papua-Neuguinea.

Der östliche Teil der Insel ist eine ehemals australische Kolonie, die seit dem Jahr 1973 unabhängig ist, doch noch immer unter dem Protektorat von Australien steht.

Durch den Kontakt der Flüchtlinge mit den Einwohnern von Papua-Neuguinea kam der Völkermord zum ersten Mal ans Tageslicht und über die Not der Eingeborenen wurde in Australien und Neuseeland ausführlich berichtet, doch in den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern wird darüber geschwiegen.

Für die Bewohner des früheren Niederländisch-Neuguinea leider ein unglücklicher Umstand: Suharto ist ein spezieller Freund des US-Außenministeriums und offenbar ebenfalls der Establishment-Medien, die in Australien, Neuseeland und Indonesien Büros haben.

Irgend jemand hat irgendwo beschlossen, daß der Westen nicht zu erfahren braucht, wie seine Steuergelder dafür benutzt werden, eine unschuldige Rasse auszurotten, deren einziges »Verbrechen« es ist, daß sie dem Umsiedlungsplan einer Regierung im Wege steht.

Neben direkter Auslandshilfe vom amerikanischen Kongreß steht Suharto auch auf den Empfängerlisten großer Geldgeschenke der Banker an die dritte Welt, nämlich der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die beiden letzteren erhalten natürlich große Summen von Steuerzahlern verschiedener westlicher Industrienationen.

Suhartos »Umsiedlungs«-Pläne – Pläne zur Umsiedlung javanesischer Bevölkerung in West-Irian – gelten als unterstützungswürdig, ohne daß dabei erwähnt wird, was mit den Umsiedlern passiert.

Die 500 Sprachen der Ureinwohner

Um die Situation richtig verstehen zu können, muß man zum Ende des Zweiten Weltkrieges zurückgehen, als die Vereinigten Staaten die Länder Europas drängten, ihren Besitz in Übersee aufzugeben. Die Niederlande, völlig hilflos nach dem Krieg, hatten im Jahr 1949 kapituliert und gaben ihre sämtlichen Besitzungen in Ostindien – mit Ausnahme des westlichen Teils von Neuguinea – auf. Sie überließen das Gebiet einer Gruppe von Javanern, die ursprünglich mit den Japanern zusammengearbeitet hatten, doch bei Kriegsende dann auf die Seite der Vereinigten Staaten übergewechselt waren.

US-Präsident Ronald Reagan empfing Präsident Suharto von Indonesien 1982 im Weißen Haus.

Der Führer dieser Javaner war ein Mann namens Sukarno, der sich später selbst zum General und dann zum Präsidenten Indonesiens ernannte. Nachdem er Millionen amerikanischer Steuergelder erhalten hatte, ernannte er sich dann zum Präsidenten auf Lebenszeit.

Im Juli 1959 riß Sukarno volle diktatorische Machtbefugnisse an sich. Von den amerikanischen Establishment-Medien war er natürlich als ein großer Freund der Demokratie und Verfechter einer Agrarreform herausgestellt worden. Nachdem er die unter dem Namen Indonesien bekannte Inselgruppe fest im Griff hatte, richtete er seinen Blick auf den westlichen Teil von Neuguinea (damals Niederländisch-Neuguinea).

Niederländisch-Neuguinea war der letzte Brückenkopf Hollands in der Region. Die Vereinigten Staaten schickten geflissentlich ein Team auf die Insel, um die Wünsche der Einheimischen, vorwiegend Eingeborene, in Erfahrung zu bringen. Keines der entsandten Teammitglieder konnte eine der ungefähr 500 Sprachen, die von den Ureinwohnern gesprochen werden.

Doch das war offensichtlich kein Hindernis. Die Experten berichteten, daß sie nach Befragen der betroffenen Inselbewohner festgestellt hatten, daß diese einstimmig Teil von Indonesien werden wollten.

So wurde die Oberhoheit über das von den Vereinten Nationen verwaltete West-Neuguinea ordnungsgemäß an Indonesien übertragen. Und das Regime in Djakarta wußte genau, was es mit diesem fruchtbaren Land anfangen sollte, nämlich, es mit den Menschen aus dem überbevölkerten Java zu kolonisieren.

Kein Interesse am tragischen Schicksal

Die Establishment-Medien suggerieren den westlichen Bürgern, daß man Sanktionen gegen Südafrika verhängen müsse und daß die Steuergelder dazu verwendet werden, Demokratien auf der ganzen Welt zu unterstützen. Doch erwarten Sie nicht etwa, etwas über das tragische Schicksal dieser Ureinwohner von Neuguinea zu erfahren. □

Holocaust

Dresden – ein Verbrechen der Alliierten

P. Samuel Foner

Der 13. Februar 1987 ist der 42. Jahrestag des schrecklichen Holocaust in der neueren Geschichte. Tausende starben – vor allem Zivilisten – in Schreckenshandlungen, die ihresgleichen nur in den Greueltaten eines Mao Tse-tung oder Josef Stalin finden. Jene Unschuldigen, die ihr Leben verloren, starben nicht wegen etwas, was sie getan hatten, sondern weil sie zufällig in jener Zeit geboren waren. Die, die starben, waren Deutsche; die Täter waren Amerikaner und Briten. Für die Opfer gibt es keine Gedenkstätte in Washington.

Um 10.09 Uhr in der Früh am Fastnachtsdienstag des 13. Februar 1945 wurde Dresden auf Befehl von US-Präsident Franklin D. Roosevelt und mit Unterstützung durch den britischen Premierminister Winston Churchill durch Bombenangriffe, die über 14 Stunden andauerten, schließlich zu drei Fünftel zerstört. Schätzungsweise 250 000 Menschen – darunter viele Frauen und Kinder – starben.

Ein Tornado aus Feuer

Es war der Triumph einer neuen militärischen Technologie, der gezielten Belegung mit einem Bombenteppich, die einen »Feuersturm« verursacht, das heißt, Hunderte von kleineren Feuern vereinigen sich zu einem ungeheueren Flächenbrand, wobei riesige Luftmassen angesaugt werden, die das Inferno schüren und zu einem künstlichen Tornado führen.

Menschen, die das Pech haben, von dem Wind ergriffen zu werden, werden einfach in die Flammen hineingezogen, selbst wenn sie weit entfernt sind. Jene, die unterirdisch Schutz suchen, ersticken in vielen Fällen, weil der Sauerstoff der Luft entzogen wird, um die Flammen zu schüren oder sie kommen in einer Hitzewelle um, die so intensiv ist, daß menschliches Fleisch buchstäblich dahinschmilzt.



Alliierte Bomber über den Einschlagwolken ihrer Sprengbomben während eines Luftangriffes.

Ein Augenzeuge, der überlebte, berichtet davon, wie er »junge Frauen sah, die mit ihren Babys auf dem Arm und ihren Kleidern und Haaren in Flammen die Straßen entlangliefen und schrien, bis sie umfielen oder die zusammenfallenden Häuser sie unter sich begruben«.

In den ersten Februartagen des Jahres 1945 glaubte niemand – weder Zivilisten noch Militärs, weder Freund noch Feind – daran, daß das Deutsche Reich überleben könnte. Bis zum 13. Februar wurde die Stadt von einer Flut Flüchtlinge erdrückt, die vor der Roten Armee flohen, die nur noch rund 100 Kilometer entfernt war. Durch die Flüchtlinge erhöhte sich die Bevölkerungszahl von Dresden auf eine Million Menschen.

Jeder neue Flüchtling, der nach Dresden kam, berichtete über die sowjetischen Greueltaten: Mord, Folter, Vergewaltigung. Sie ahnten nicht, daß sie in einem Horror sterben würden, der schrecklicher war als alles, was sich Stalin ausgedacht hatte.

Immer mehr Bomben auf die brennende Stadt

Normalerweise herrschte in Dresden am Faschingsdienstag Karnevalsstimmung. Im Jahr 1945 waren die Aussichten allerdings düster. Die Häuser waren mit Flüchtlingen überfüllt und Tausende waren gezwungen in den Straßen zu kampieren, wobei sie der Kälte nichts anderes entgegensetzen konnten, als ihre Kleidung, die sie als einziges auf ihrer Flucht vor den Roten gerettet hatten.

Und dabei fühlten sich diese künftigen Opfer relativ sicher. Dresden wurde nicht als ein militärisches Ziel angesehen. Die einzigen Fabriken, die es hier gab, stellten Porzellan und Zigaretten her. Dresden war für seine Architektur und seine Kunstschätze bekannt.

Der Zirkus gab an diesem Abend eine Vorstellung vor vollen Rängen, denn Tausende waren gekommen, um einen Augenblick lang die Schrecken des Krieges zu vergessen. Gruppen junger Mädchen zogen durch die Stadt, um die traurigen Menschen mit ihrer Faschingsverkleidung ein wenig aufzuheitern.

Als der erste Fliegeralarm gegen 9.55 Uhr ertönte, suchten die Menschen Schutz und glaubten noch, daß es sich um einen Irrtum handeln müsse, daß die Bomber eine andere Stadt zum Ziel hätten. Dresden war nie das Ziel eines Luftangriffs gewesen; es gab keinen Grund dafür, die Stadt zu zerstören.

Um 10.09 Uhr fielen die ersten Bomben. Es dauerte 24 Minuten, und dann war die Stadt in ein Flammenmeer verwandelt. Das gezielte Belegen mit einem Bombenteppich war ein voller Erfolg. Der erwartete Feuersturm war eingetreten.

Dann zogen die Bomber ab. Niemand in Dresden vermutete, daß sie nach drei Stunden zurückkehren würden. Die sadistischen Köpfe in London rechneten hingegen damit, daß die Ruhe die Zivilisten aus ihren Luft-



Ein amerikanischer Bomberverband klinkt seine Bomben über Dresden aus. Und das sind die Opfer (unten).

schutzbunkern wieder ins Freie locken würde.

Um den Flammen zu entkommen, hatten sich Tausende im historischen Grosser-Garten eingefunden, einem großen, wunderschönen Park; er sollte zur Todesfalle werden.

Doppelt so viele Bomber wie beim ersten Angriff

Der zweite Angriff begann um 13.22 Uhr ohne Alarm. Doppelt so viele Bomber wie beim ersten Mal warfen Brandbomben und entfachten einen Feuersturm im Grosser-Garten. Innerhalb weniger Minuten wälzten sich riesige Flammen über das Gras hinweg, Bäume wurden entwurzelt, von Fahrrädern bis zu menschlichen Knochen war alles zu finden. Augenzeugen berichten, daß all dies noch Tage später als gräßliche Mahnung an den Angriff seltsam verstreut ausgebreitet war.

Die schrecklichsten Szenen im Stadtzentrum gab es auf dem herrlichen alten Marktplatz, dem Altmarkt. Bald nachdem der erste Angriff vorüber war, quoll dieser große, offene Platz, der umgeben war von historischen Wahrzeichen, von Überlebenden über.

Als der zweite Angriff begann, rannten Tausende zu einem riesigen Wasserbehälter aus Beton, der sich auf der einen Seite des Platzes befand. Der Behälter war 90 × 45 m groß und etwa 1,80 m tief. Alle versuchten in einer plötzlichen Panik der Hitze des Feuersturms durch einen Sprung in das Wasser zu entkommen.

In ihrem Schrecken vergaßen die Opfer, daß der Tank an den Seiten ziemlich geneigt und äußerst glatt war und man sich nirgendwo festhalten konnte. Die Nichtschwimmer sanken auf den Boden und zogen die Schwimmer mit sich hinunter.

Als Rettungsmannschaften den Altmarkt schließlich fünf Tage später erreichten, fanden sie einen Tank voll mit aufgedunsenen Leichen, während der restliche Platz überfüllt war mit Leichen, die so zu Asche verbrannt waren, daß man 30 von ihnen in einer einzigen Badewanne wegtragen konnte.

Um 13.30 Uhr, kurz nach Beginn des zweiten Angriffs, hörte der Anführer einer Rettungsmannschaft, die in die Stadt geschickt worden war, einen unheilvollen Donner. Er beschrieb die Situation folgendermaßen:

»Die Detonation erschütterte die Kellerwände. Der Lärm der Explosion vermischte sich mit einem anderen, seltsameren Geräusch, das immer näher zu kommen schien, dem Geräusch

Holocaust

Dresden – ein Verbrechen der Alliierten

eines donnernden Wasserfalls. Es war der mächtige Tornado, der Feuersturm, der in der Innenstadt wütete.«

Diejenigen, die sich unterirdisch versteckt hatten, starben. Sie wurden nicht zermalmt oder hinweggefegt, nein, sie verglühten einfach in der Dunkelheit. In der immer stärker werdenden Hitze wurden sie entweder einfach zu Asche oder schmolzen zu einer dicken, etwa einen Meter hohen Flüssigkeit zusammen.

Im Sturzflug auf Überlebende

Vielleicht die scheußlichsten Szenen spielten sich in den Krankenhäusern der Stadt ab. Im letzten Kriegsjahr war Dresden zu einer »Krankenhaus-Stadt« geworden. Man hatte viele Schulen in provisorische medizinische Versorgungsstätten verwandelt. Von seinen 19 Krankenhäusern waren 16 schwer beschädigt und drei, einschließlich der Entbindungsklinik, völlig zerstört.

Tausende von Patienten wurden von den Krankenschwestern zum Elbeufer gezerrt und harrten dort in Reihen nebeneinander liegend auf den Tagesanbruch. Doch als der neue Tag kam, brachte er nur neues Unheil. Um 11.30 Uhr begann die dritte Welle von Bombern – 211 amerikanische Flying Fortresses – ihren dritten Angriff.

Noch einmal ergoß sich eine Flut der Zerstörung über die Stadt. Doch an was sich die Überlebenden vor allem erinnern, sind die riesigen Mengen von Mustang-Jägern, die im Sturzflug über die zusammengedrängten Körper an den Ufern der Elbe und über den größeren Rasenflächen des Grosser-Gartens hinwegfegten und sie bombardierten.

Andere Kampfbomber-Piloten hatten es auf die Menschenmengen abgesehen, die die Straßen verstopften, die aus der sterbenden Stadt hinausführten. Niemand weiß, wie viele Frauen und Kinder hier getötet wurden.

Jene, die mit der Propaganda der Alliierten im Zweiten Weltkrieg vertraut sind – das sind auch diejenigen, deren einzige Informationsquellen die Schulbücher und Berichte der Establishment-Medien sind – »wissen«, daß der Feind zivile Ziele angegriffen hat, während die Alliierten nur militärische Ziele unter Angriff genommen hatten.

War Dresden ein militärisches Ziel?

Fünf Tage nach den Luftangriffen wagte niemand die Stadt zu betreten. Als schließlich Hilfe eintraf, fand man neben den Tausenden von Toten folgendes vor: die fünf Theater Dresdens waren allesamt zerstört, von den 54 Kirchen waren neun völlig zerstört und 38 stark beschädigt, von den 139 Schulen waren 69 dem Erdboden gleich und 50 stark beschädigt.

Doch einiges hat »überlebt«. Die wenigen Fabriken, die Dresden hatte, befanden sich außerhalb des Zentrums und konnten ihren Betrieb bald wieder aufnehmen. Das gleiche gilt für das Eisenbahnnetz. Sieben Tage nach dem Angriff, am 20. Februar 1945, fuhren Militärzüge wieder durch die Stadt, und die Verschiebebahnhöfe – die durch keine Bombe zerstört waren – waren voll in Betrieb. Nichts was als militärisches Ziel hätte bezeichnet werden können war ernsthaft beschädigt worden.

Obwohl unbeabsichtigt zu einem Flüchtlingssammelpunkt geworden, besaß Dresden daneben noch ein weiteres besonderes Merkmal: es war ein Kriegsgefangenen-Zentrum. Zur Hilfe bei der Säuberung der Stadt wurden 25 000 Kriegsgefangene der Alliierten gezwungen.

Auf dem Altmarkt ein riesiger Scheiterhaufen

Die Tatsache, daß Dresden ein Kriegsgefangenen-Zentrum war, ist in Washington und London wohl bekannt gewesen und war ein weiterer Grund dafür, warum die deutschen Behörden glaubten, daß es aus der Luft nicht angegriffen werden würde. Schließlich griffen die Alliierten doch keine Kriegsgefangenenzentren mit ihren eigenen Leuten an.

Woran sich viele Überlebende und Mitglieder von Rettungsmannschaften bei der Säuberung vor allem erinnern, ist die Beseitigung der Leichen. Man sah sich einer ungeheuren Aufgabe gegenüber. Zunächst wurden die Leichen, die identifiziert werden konnten, auf Pferdewagen geladen und auf Friedhöfe außerhalb der Stadt gebracht.

Doch Wochen nach dem Angriff waren Tausende von Kellern unter den qualmenden Ruinen noch immer nicht geöffnet worden, und die Luft war voller Rauch und Gestank von verwesendem Fleisch. Ein örtlicher Militärbefehlshaber traf schließlich eine schwere Entscheidung: die fast kontinuierliche Prozession von mit Leichen beladenen Wagen mußte aufhören. Wenn eine Seuche vermieden werden sollte, mußten die restlichen Toten schneller beseitigt werden.



Tagelang verbrennen Soldaten und russische Hilfswillige auf Schienenrosten die Leichen der Opfer.

Auf dem Altmarkt entstand ein riesiger Scheiterhaufen. Stahlfensterläden von Dresdens größten Warenhäusern wurden über Eisenplatten gelegt. Über diesen makabren Rost stapelte man dann die Leichen, mit Stroh dazwischen, das in Benzin getaucht worden war und zündete das ganze schließlich an.

Neuntausend Leichen wurden auf diese Weise beseitigt und über sieben Kubikmeter Asche anschließend in Benzinkanister geschaufelt und auf einem Friedhof außerhalb der Stadt in einem sieben Meter breiten und vier Meter tiefen Grab vergraben.

Ein Schweizer Bürger beschreibt seinen Besuch in Dresden zwei Wochen nach dem Angriff so: »Ich sah abgerissene Arme und Beine, verstümmelte Rümpfe und Köpfe, die von den Körpern abgetrennt wurden und davongerollt waren. An manchen Stellen lagen die Leichen so dicht, daß ich mir den Weg freimachen mußte, um nicht auf Arme und Beine zu treten.«

Das Ausmaß des Massakers läßt sich ungefähr erfassen, wenn man sich folgendes vor Augen führt: innerhalb von 14 Stunden starben in Dresden über 250 000 Menschen, während bei dem Atombombenangriff auf Hiroshima 71 879 Menschen getötet wurden.

Nach dem Angriff verglichen die Propagandamacher der Alliierten die Bombardierung von Dresden mit den deutschen Angriffen auf die britische Stadt Coventry, um ihre eigenen Bombenangriffe zu rechtfertigen. Coventry war ein Vergeltungsschlag für die vorherige Bombardierung Freiburgs durch die Briten.

Während des ganzen Krieges starben 380 Personen in Coventry.

Eine letzte Ironie: Bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen präsentierte die Anklage Fotografien von einigen der Toten aus Dresden als »Beweis« für die Greueltaten der Deutschen und behauptete, diese Bilder seien der »Nachweis« für die Existenz der »Gasöfen der Nazis«. □

Südafrika

Reformen führen zur Revolution

Heinz Calow

Vor einiger Zeit veröffentlichte der bekannte südafrikanische Geschichtsprofessor M. T. W. Arnheim von der Witwatersrand-Universität in dem südafrikanischen Wirtschaftsmagazin »Die Ekonoom« einen längeren Artikel, der sich mit der »Reformpolitik« in Südafrika beschäftigt. Nach Arnheim liefert die Geschichte unzählige Beispiele von ähnlichen Entwicklungen wie in Südafrika. Er kommt daher zu dem Schluß, daß von der Regierung Südafrikas eingeleitete Reformen keinesfalls eine Revolution verhindern, sondern sie im Gegenteil nur anheizen und beschleunigen.

Professor Arnheim verweist auf die Sowjetunion, wo seit Jahrzehnten nicht die geringsten Reformen in Angriff genommen worden sind, aber wo andererseits auch nicht die geringsten Anzeichen einer echten Widerstandsbewegung zu spüren sind. Wie die Fama erzählt, soll einmal Leonid Breschnew, als er noch unumschränkter Herrscher in Rußland war, seine Mutter in sein luxuriöses Ferienhaus auf dem Land eingeladen haben. Die alte Dame war von dem zur Schau gestellten Reichtum, den vielen Bediensteten und dem Überfluß an Luxus stark beeindruckt. Während sie dies alles in sich aufnahm, hielt sie plötzlich inne und flüsterte ihrem Sohn zu: »Das ist ja hier einfach phantastisch, Leonid, aber was wird geschehen, wenn eines Tages die Kommunisten hier alles übernehmen?«

Gegensatz zwischen Gleichheit und Sozialismus

Auch wenn man diese kleine Geschichte ins Reich der Phantasie verweisen will, so bleibt eine Grundwahrheit doch erhalten, die typisch für das heutige Rußland und seine Führungsschicht ist. Das uns vorgegaukelte Bild von Gleichheit und Sozialismus steht im krassen Gegensatz zur privilegierten und hierarchisch gegliederten Führungs-Clique, wie sie einzig in der Welt dasteht.

Allgemeine Wahlen zum Sowjet sind in jeder Beziehung ein einziger Betrug. Denn für jeden Sitz gibt es nur einen einzigen von der Partei ausgesuchten Kandidaten. Will man für diesen Kandidaten stimmen, braucht man nur seinen Stimmzettel in den Kasten zu werfen. Ein Kreuz zu ziehen ist nicht nötig. Lehnt ein Wähler dagegen diesen Kandidaten ab, so muß er sich zu einer anderen Urne begeben und mit einem Bleistift den Namen des Kandidaten durchstreichen.

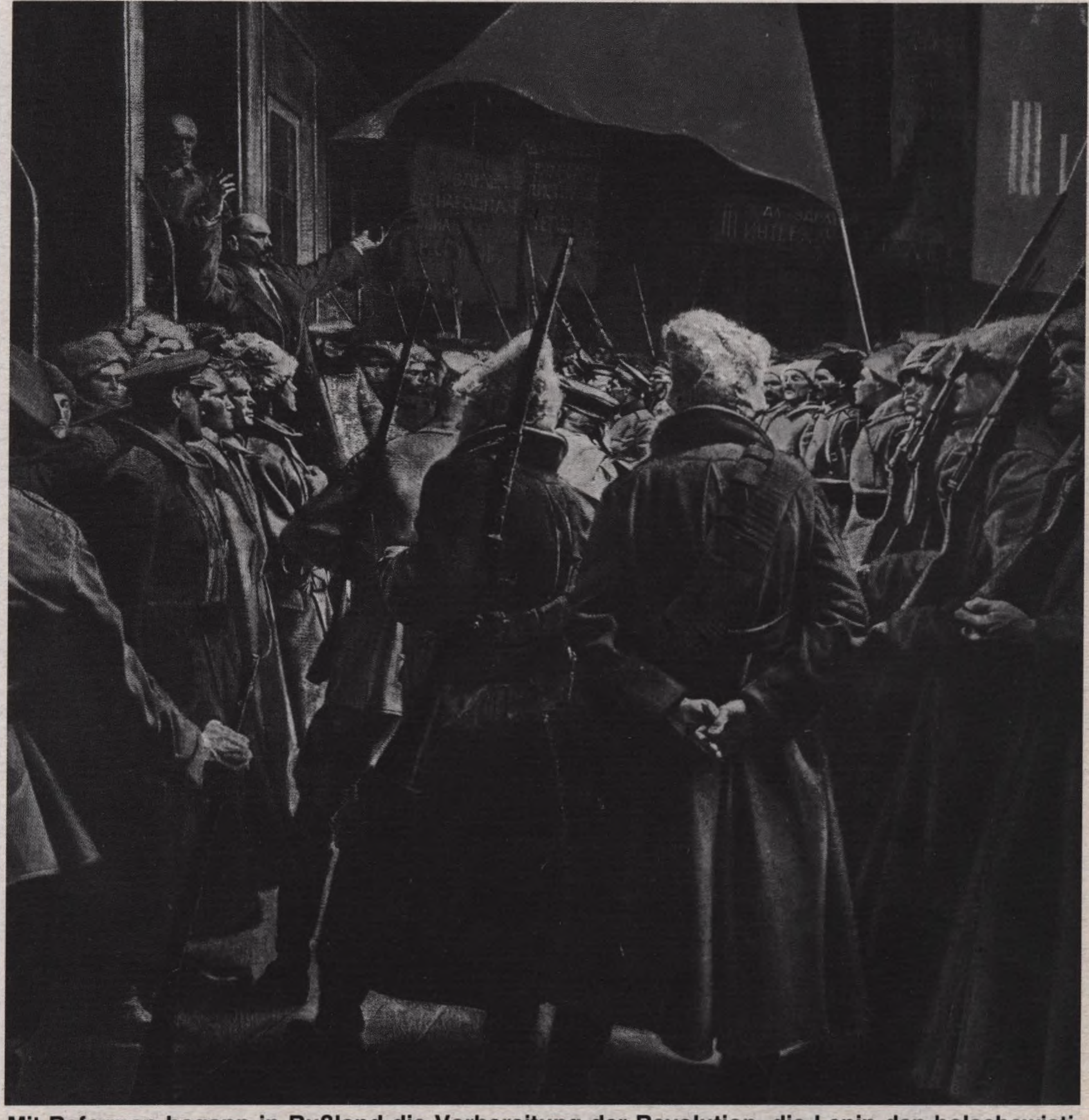
Es braucht wohl nicht extra erwähnt zu werden, daß es kaum Russen wagen werden, auf diese Weise die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Die politische Macht in der Sowjetunion wird von einer ganz kleinen Gruppe ausgeübt: dem Politbüro. Fünfzig Prozent der Sitze sind den Russen vorbehalten, obwohl die UdSSR aus 15 Republiken besteht, die jeweils eine besondere nationale Gruppe umfassen. Das eigentliche Rußland ist nur eine unter 15 Republiken. Aber auch hier wird wieder zur Täuschung gegriffen, denn die verschiedenen Republiken sind keineswegs autonom, und einen echten Föderalismus gibt es nicht.

Die Kontraste in der Politik

Wie in der Sowjetunion besteht auch in Südafrika noch eine politische Ungleichheit, die auf ethnischer Grundlage beruht. In beiden Staaten regieren oligarchisch gegliederte Minderheiten.

In der Politik beider Staaten gibt es jedoch große Unterschiede. Die südafrikanische Regierung



Mit Reformen begann in Rußland die Vorbereitung der Revolution, die Lenin den bolschewistischen Sieg brachte und den Zaren 1917 zur Abdankung zwang.

Südafrika

Reformen führen zur Revolution

betreibt zielbewußt eine Machtteilung zwischen der regierenden weißen Minderheit und den anderen ethnischen Gruppen, wobei heute bereits zu erkennen ist, daß diese Regierung ihre Politik nicht auf Machtteilung beruhen lassen will, sondern daß sie bereit ist, sich mit einer schwarzen Mehrheitsregierung in naher Zukunft abzufinden.

In der Sowjetunion dagegen ist nicht die geringste Spur einer Reformbereitschaft zu erkennen, obwohl wieder einmal ein neuer Führer die Zügel der Macht übernommen hat, Michail Gorbatschow. Aber man findet auch nicht die geringsten Regungen eines nationalen Aufstandswillens gegen die Sowjetmacht. In der Sowjetunion herrscht Ruhe, während das reformwillige Südafrika unter immer stärker werdenden Unruhen und Gewalttätigkeiten leidet.

Dieser Kontrast in der Politik wurde auch in einer Rede von P. W. Botha erkennbar, als er das Angebot machte, Nelson Mandela freizulassen im Austausch für die sowjetischen Dissidenten Andrei Sacharow und Anatoly Scharanski. Doch waren diese beiden niemals in irgendwelche revolutionären Aktivitäten verwickelt.

Scharanski ist ein jüdischer Bürgerrechtler und Sacharows Vergehen beschränkt sich auf eine unbedeutende Kritik an bürokratischen Zuständen und an der Höhe des Verteidigungs-Budgets. Hierfür hat Sacharow 1975 den Friedensnobelpreis erhalten. Sowohl Scharanski wie Sacharow sind also nur wegen Äußerungen angeklagt, die man als minimale Kritik ansehen muß und die im Westen von jeder Oppositionspartei erwartet wird.

Ganz anders verhält es sich aber mit Nelson Mandela, der sich selbst als Revolutionär bezeichnet und der nur ein Ziel kennt: nämlich das weiße Regime in Südafrika mit Gewalt zu stürzen und dieses anschließend durch ein radikales schwarzes Regime zu ersetzen. Im Jahr 1964 war er schuldig befunden worden, weil er sich an einer Verschwörung gegen den Staat beteiligt hatte und weil er, wie er selber freimütig bekannte, die treibende Kraft hinter vielen Sabotageakten gewesen war. Für diese Taten mußte er lebenslänglich ins Gefängnis.

Um die Gunst der schwarzen Massen

Nach 21 Jahren erhält Mandela plötzlich das Angebot, vorzeitig entlassen zu werden, wenn er der Gewalt abschwört. Mandela weigert sich, dieses Angebot anzunehmen. Es dürfte klar sein, daß er seine Freiheit nicht einem Regime verdanken möchte, dem er nicht nur untreu gewesen war, sondern das er mit Gewalt stürzen wollte. Es ist sehr befremdend, daß die südafrikanische Regierung ihre eigene Rechtsprechung in Frage stellt und begieriger als Mandela selbst ist, ihm die Freiheit zu schenken.

Im Gegensatz hierzu hatte die Sowjetunion bis vor kurzem den Standpunkt, daß sie nicht gewillt ist, Sacharow, der rechtmäßig nach sowjetischer Auslegung verurteilt worden ist, freizulassen. Nur Scharanski wurde gegen etliche Ostspione ausgetauscht.

Professor Arnheim stellt die Frage, warum die südafrikanische Regierung so verzweifelt bemüht ist, Nelson Mandela freizulassen, und kommt zu dem Schluß, daß die Nationale Partei sich im Würgegriff längst überholter liberalistischer Vorstellungen befindet. Sie scheint sich tatsächlich einzubilden, daß man die Gunst der schwarzen Massen gewinnen kann, wenn man gewisse kontrollierende und unterdrückende Maßnahmen und Gesetze abschwächt oder sogar beseitigt.

Diese Vorstellung jedoch stößt sich hart an der Wirklichkeit.

Bereits vor mehr als 100 Jahren hat der berühmte französische politische Denker Alexis de Tocqueville erklärt, daß »der gefährlichste Augenblick im Leben einer schlechten Regierung der Zeitpunkt ist, wo diese Regierung sich anschickt, sich selbst zu reformieren«.

Diese Worte waren auf die Französische Revolution von 1789 gemünzt, treffen aber ebensogut auf das revolutionäre Klima in Südafrika zu, wie es durch die Reformbesessenheit Vorsters und P. W. Bothas entstanden ist. Die Geschichte hat unzählige Male bewiesen, daß Reformen, die angeblich Revolutionen verhindern sollten, diese direkt ausgelöst haben.

Im Gegensatz zur südafrikanischen Regierung hat sich die Sowjetunion diese Lehren zu Herzen genommen. Ihre Taten beweisen das. Als es den Ungarn fast gelang, die sowjetische Herrschaft abzuschütteln, zögerte die Sowjetregierung nicht lange, um den Aufstand mit brutaler Gewalt niederzuwalzen.

Auch diesem Aufstand in Ungarn 1956 waren gewisse Liberalisierungsmaßnahmen vorangegangen. 50 000 Ungarn wurden die Opfer der sowjetischen Intervention, und 200 000 Ungarn flüchteten ins Ausland.

Die national-kommunistische und antisowjetische Regierung in Ungarn, die legal an der Macht war, wurde abgesetzt. Ministerpräsident Imre Nagy wurde verschleppt, verhört und anschließend erschossen.

Zwischenlösungen kann es nicht geben

Die Vergeltungsmaßnahmen der Bolschewiken waren barbarisch. Die westliche Welt war schokkiert, blieb aber passiv. Das Ziel war erreicht. Niemals ist jemals in den vergangenen Jahren wieder das leiseste Anzeichen eines nationalen Aufbegehrens zu spüren gewesen. Obwohl die Ungarn noch niemals Freunde der Russen gewesen sind, so haben sie doch ihre Lektion gelernt.

Auch uns zeigt die Lektion von Ungarn wieder einmal, daß Reformen Revolutionen bewirken und daß nur die frühzeitige Unterdrückung jeglicher Liberalisierung in der Politik eine Revolution verhütet. Das mag schokkierend klingen, ist aber die geschichtliche Erfahrung.

Diese Lebenserfahrung bezieht man nur aus der Geschichte und nicht aus einer hochtrabenden oder konstitutionellen Philosophie. Wie sagte einmal George Santayana: »Wer die Vergangenheit vergessen hat, wird gezwungen, sie noch einmal zu wiederholen.«

Als die Bolschewisten im Jahr 1917 die Macht in Rußland übernommen hatten, gab es in ihrer Mitte auch noch ein paar Träumer, die einem utopischen Gleichheitstraum anhingen. Kaum waren sie an der Macht, als sie beschlossen, daß alle Gehälter gleich sein sollten. Als der weltberühmte Baß Schaljapin hörte, daß er zukünftig das gleiche Gehalt wie der Kulissenschieber erhalten sollte, kündigte er sofort an, daß er niemals wieder singen wolle. Lieber würde er von nun an Bühnenarbeiter werden.

Es dauerte nicht lange und die verschrobenen Idealisten wurden aus der Regierung gedrängt, und die Macht ging über in die Hände von selbstsüchtigen und machtbesessenen Realisten, die den marxistischen Idealen nur noch Lippendienste lieferten.

In Südafrika beobachten wir eine entgegengesetzte Entwicklung: Die Nationale Partei begann ihre Regierungszeit 1948 mit einem realistischen und nüchternen Programm. In den folgenden Jahren hat sie jedoch nach und nach ihren Sinn für Realitäten über Bord geworfen, so daß nur noch ein vages Programm übriggeblieben ist, das sich auf naive Theorien und halbgare Ideen stützt.

J. G. Strijdom, Ministerpräsident von 1954 bis 1958, hat immer wieder betont, daß es in Südafrika nur eine von zwei Möglichkeiten geben kann: Entweder wir haben eine weiße Regierung oder wir haben eine schwarze Regierung. Zwischenlösungen kann es nach den Erfahrungen der Geschichte nicht geben. Dies gilt heute noch genauso wie vor 30 Jahren. In Fragen der Macht kann es niemals Kompromisse geben.

Viel Geschwätz über Verfassungen

Und doch schallt es heute aus allen Ecken in Südafrika, daß »Auflösungen« gefunden werden müssen. Es wird von »Machtteilung« gesprochen, von »Konsoziation«, »Föderation«, »Teilungen«. Trotz der Feindseligkeit zwischen den Anhängern und Opponenten der verschiedenen »Lösungspläne« wird außer acht gelassen, daß all diese verschiedenen Pläne nur Variationen desselben Themas sind.

Selbst wenn man diesen verschiedenen Plänen eine kleine Aussicht auf Erfolg bescheinigen möchte, so müßten sie aber als Grundlage über eine harmonische Volks- und Gesinnungsgemeinschaft verfügen. Aber genau das Gegenteil ist in Südafrika der Fall. So können diese verschiedensten Theorien die herrschende Zwietracht und den tief eingewurzelten Streit niemals auflösen. Sie sind daher zum Scheitern verurteilt.

Hiermit eng verwandt ist das viele Geschwätz über sogenannte Verfassungen. Da herrscht der naive Glaube, daß politische Probleme durch verfassungsmäßige Klauseln beseitigt werden können. Natürlich ist diese Vorstellung reinster Irrsinn, der aber das Denken sehr vieler Südafrikaner in Beschlag genommen hat.

Ganz besonders haben sich unsere Universitäts-Professoren diesem Wahn hingegeben. Sie basteln unermüdlich in gefährlich naiver Verbohrtheit an Verfassungs-Konstruktionen, die doch nur auf unseren politischen Selbstmord hinauslaufen müssen.

Eine Verfassung ist wie jedes andere Gesetz nur ein Stückchen Papier, bis sie in Kraft tritt. Sie wird aber nur in Kraft treten, wenn es den jeweiligen Machthabern in den Kram paßt. Und das wird nur geschehen, wenn sie großen eigenen Vorteil daraus ziehen.

Wo sind schließlich in ganz Schwarzafrika die wunderschönen Deklarationen über Minderheitsrechte geblieben? Wo sind sie wirklich geschützt worden? Die ganzen beschützenden und verschanzenden Klauseln sind wie ein Konfettiregen auf die blutdurchtränkte Erde Afrikas gefallen.

Die Pseudo-Intellektuellen wollen auch nicht begreifen, daß selbst von Verfassungsgerichten verabschiedete Gesetze noch immer den verschiedensten Auslegungen unterworfen sind. Die Richter sind genauso politischen Vorurteilen unterworfen wie jeder andere auch. Sie stehen persönlich häufig unter Druck, da sie sich nach den Wünschen mächtiger Organisationen richten müssen.

Auch in den USA gibt es viele Beispiele, wo ein und dasselbe Gesetz zu verschiedenen Zeiten bis zu dreimal vollständig von einander abweichende Auslegungen gefunden hat.

Südafrika ist vor Rußland der größte Goldproduzent. Trotzdem mußten wir erleben, daß der Rand beim Umtausch von einem Dollar auf unter einen halben Dollar gesunken ist. Südafrikas Feinde benutzen ihre Geldeinheiten, um die südafrikanische Wirtschaft zu ruinieren, was die Feinde Rußlands nicht können, weil die Russen Dollar nur mit Gold kaufen und sie dann zu einem ihnen genehmen Preis in Rußland verkaufen. Ihre Geldeinheit, der Rubel, ist dagegen nicht auf ausländischen Märkten verfügbar, womit er der internationalen Spekulation und Manipulation entzogen ist.

So ging das Zarenreich zugrunde

Diese »sozialistische Lösung« zu übernehmen, würde ganz gewiß auch die südafrikanische Wirtschaft vor den Landesfeinden schützen.

Die russischen Bolschewisten haben ganz besonders aus ihrer eigenen Geschichte gelernt. Schließlich ging auch das tausendjährige Zarenreich durch liberalistische Reformprogramme zugrunde.

Der letzte Zar, Nikolaus II., hatte leider nicht das Format seines Vaters, Alexander III., geerbt, wenn man ihn auch nicht gerade als Schwächling oder Versager bezeichnen kann. Sein Vater beseitigte in seiner 13jährigen Regierungszeit alle liberalen Ansätze eines früheren Regimes und verkündete seinem Volk am 28. April 1881, daß er als absoluter Monarch regieren werde und die Geschicke des Reiches in Zukunft nur zwischen Gott und ihm zu erörtern seien.

Aber auch das von Nikolaus II. vertretene politische Programm bestand im Grunde aus nur wenigen Postulaten: Unantastbarkeit des monarchischen Prinzips, Unbesiegbarkeit der russischen Armee, Priorität im engsten Sinn für das nationale Element. Was dies angeht, genügt es, die folgende Bemerkung des Kriegsministers und Generals Kuropatkin zu zitieren: »Der Kaiser vertraut den Muselmanen, hält nicht viel von den Polen, hat Geringschätzung für die Weißrussen und eine restlose Mißachtung für die Juden.«

Das Dogma der Autokratie stand für Nikolaus II. außerhalb jeder Diskussion: in seinen Augen war sie die einzige Regierungsform, die den Bedürfnissen Rußlands entsprach. Die tragische Stunde, die er als Kind am Sterbebett seines von Terroristen tödlich verwundeten Großvaters, Alexander II., erlebt hatte, prägte ihn fürs ganze Leben. Er verabscheute nicht nur die Revolution, sondern alles, was mit ihr zusammenhing: die Republik, das konstitutionelle Regime, die Linksparteien, die »Roten«, wie er sie nannte.



Alexander II. wurde 1856 feierlich im Kreml zum Zaren gekrönt; er wurde von Terroristen getötet.

Schon im Sommer 1898 sagte er zu dem Fürsten Trubezkoj, den Adelsmarschall von Moskau, daß er bereit gewesen wäre, seine Macht mit dem Volk zu teilen, es jedoch nicht tun könne, weil jede Beschränkung der monarchischen Gewalt als Triumph über den Zaren ausgelegt werden würde. Und in diesem Fall würde das Volk die Oberschicht der Gesellschaft vom Antlitz der Erde hinwegfegen – als hätte er schon damals vorausgesehen, was sich 1917 ereignen sollte.

Die Rolle der New Yorker Banken

Seinen ersten großen außenpolitischen Fehler beging der Zar bei der Unterschätzung Japans als möglichen Kriegsgegner. Als unter seiner Herrschaft eine großzügige Besiedlungspolitik Sibiriens eingeleitet wurde, verschob sich der politische Blickpunkt Rußlands naturgemäß nach dem Fernen Osten, wo der Zar in einigen Gebieten die japanische Konkurrenz ausschalten wollte.

Nach der Niederschlagung der Revolution von 1905 schrieb der Zar an seine Mutter, die sich noch immer in Dänemark aufhielt: »Eine kräftige Reaktion (von rechts) ist eingetreten, und die ganze Menge der Getreuen hat sich wieder erhoben. Das Volk ist über die Frechheit und Verwegenheit der Revolutionäre und Sozialisten entrüstet, und da neun Zehntel davon Juden sind, richtet sich der ganze Haß gegen diese – daher die Progrome. Ich erhalte von allen Seiten rührende Telegramme mit Danksagungen für die Gewährung der Freiheit, aber mit klaren Hinweisen, daß man die Autokratie beibehalten wolle.«

In den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts strömten Zehntausende von russischen Juden, alle beseelt von einem großen Haß gegen das zaristische Rußland, nach Nordamerika, wo sie mit der Zeit die großen Banken gründeten und durch ihre Art des Geschäftemachens zu Reichtum gelangten.

Diese Bankhäuser in New York finanzierten die Aufrüstung Japans in großem Stil und verleiteten es zu einem Kollisionskurs mit Rußland. Diese Pläne gingen nahezu in Erfüllung: Ruß-

Südafrika

Reformen führen zur Revolution

land verlor den Krieg gegen Japan und den größten Teil seiner Flotte. Diese militärische Niederlage löste die Revolution von 1905 aus, die aber durch drakonische Maßnahmen gerade noch vor dem großen Aufflammen ausgetragen werden konnte.

Die Juden in Rußland waren die unbarmherzigsten Feinde der Romanows und der herrschenden Schicht. Sie scheuten vor keinerlei Terrorismus zurück. In ihren Kreisen entstand der militante Zionismus, der den Terrorismus nach Palästina verpflanzte und der heute die ganze Welt in Schrecken hält.

Durch den verlorenen Krieg gegen Japan und die Auslösung der ersten Revolution zu Beginn des Jahres 1905 unterschrieb Zar Nikolaus II. die ersten Dokumente einer liberalen Reform, die seine Macht beschneiden sollten. Er stand unter dem Druck seiner Ratgeber, seiner Umgebung, Wittes und schließlich des Großfürsten Nikolaus. Er fügte sich ins Unvermeidliche, weil er in seiner dramatischen Situation keinen anderen Ausweg mehr fand.

Mißtrauen gegen die Freimaurerei

Der nach der Revolution von 1917 nach Paris emigrierte russische Historiker Grünwald schreibt: »Manche Vorgänger Nikolaus II. – Paul I. oder Alexander I. – hatten recht enge Beziehungen zur Freimaurerei unterhalten. Der zum Mystizismus neigende Überwinder Napoleons trachtete bei seinem Suchen nach der ›inneren Kirche‹, sich auf die ›Brüder‹ zu stützen.

Weit davon entfernt, ihrem Beispiel zu folgen, hegte der Zar stets tiefes Mißtrauen gegen die Freimaurerei, die ihm aufgrund von Berichten seiner Geheimpolizei aus Paris als eine subversive, dem Klerus und der Monarchie feindlich gesinnte Organisation geschildert wurde. Seit 1821 war die Freimaurerei in Rußland verboten, wo sie übrigens nur wenige Mitglieder besaß. Es waren alles Männer der Links-Parteien wie Professor Maxis Kowalewskij oder der Rechtsanwalt Kedrow, die französischen Logen angehörten.«

Grünwald spielt die Rolle der Freimaurerei bei der Unterminierung der russischen Monarchie aus unbekannten Gründen herunter. Durch das Bündnis mit dem republikanischen Frankreich war der wachsende Einfluß der Logen des Groß-Orients gewiß nicht zurückzudämmen. Man brauche sich nur des Verrats Kerenskijs vergegenwärtigen, der den Bolschewisten die Macht in Rußland in die Hände spielte und der auch an der Ermordung der Zarenfamilie indirekt beteiligt war.

Nach 1907 erlebte Rußland einen großen wirtschaftlichen Aufschwung. Unter diesen Umständen mußte sich die Tätigkeit der revolutionären Parteien zwangsläufig abschwächen. Aber noch im Jahr 1906 hatten sich die Terrorakte vervielfacht. Sie nahmen die neue Form der »Expropriation«, das heißt von bewaffneten Überfällen auf Staatskassen oder Privatbanken, an.

Die alte Methode der Morde wurde darum nicht aufgegeben. Zu ihren Opfern gehörten: der Generalstaatsanwalt der Armee, Pawlow; der Gouverneur von Sankt Petersburg, General von der Launitz; der Kommandeur des Garderegiments Semenowskij; General Mien, der den Moskauer Aufstand unterdrückt hatte; der Kommandeur der Schwarzmeerflotte, der Generaladjutant Graf Ignatjew; die Gouverneure von Warschau, Samara und Pensa sowie zahlreiche Geheimagenten und Polizeibeamte geringeren Ranges.

Das Attentat jedoch, das das größte Aufsehen erregte, richtete sich gegen den Ministerpräsidenten Stolypin, der mit harter Hand die Revolution niedergeschlagen hatte. Er entging diesem Attentat nur wie durch ein Wunder.

Als der Zar in den Ersten Weltkrieg hineinberaten worden war und er immer mehr unter den unheilvollen Einfluß Rasputins und seiner wegen der Bluterkrankheit des Zarewitsch immer merkwürdiger reagierenden Frau geriet, ergaben sich für die Verschwörer neue Ansatzpunkte für ihre Umsturzpläne.

Noch immer vertrat der Zar den folgenden Standpunkt: »Eine dreijährige Erfahrung hat mir gezeigt, daß die Duma als Ventil nützlich sein kann, weil jeder dort sagen darf, was ihm am Herzen liegt. Aber sie darf nicht das letzte Wort haben. Es ist meine Sache, zu entscheiden. Die Massen brauchen, um sie zu führen, eine starke und feste Hand: Hier bin ich der Herr!«

»Hier bin ich der Herr!«

Die allgemeine Unzufriedenheit nach den letzten Kriegsereignissen und Zar Nikolaus II. unglückliche Kabinettspolitik trieben ihrem Höhepunkt entgegen. Der Abgeordnete Miljukow erzählte bei seiner Rückkehr von einer Reise nach Moskau, er sei ganz bestürzt, daß man sich dort in »konservativen Kreisen« in einem Ton äußerte, der an die Ausdrucksweise der Emigranten in der Schweiz von 1905 erinnerte. Der Boden für Umsturzpläne war vorbereitet, und innerhalb der einflußreichen Kreise kam es schon zu Verschwörungen.

Der Reichsrat, der zur Hälfte aus alten Würdenträgern, zur anderen aus sehr vermögenden Leuten bestand, verlangte offen die Bildung eines Ministeriums, das das Vertrauen der Nation besäße. Andere gingen jedoch viel weiter. Sie gelangten zu dem Schluß, daß Rußland einen anderen Monarchen brauche.

Die Angehörigen der kaiserlichen Familie hielten im Palais der Großfürstin Wladimir geheime Beratungen ab, bei denen sie die Absetzung des Familienoberhauptes erörterten.

Ein einsichtiger Mann wie Fürst P. Dolgorukow, einer der Führer der »Kadetten«, wies sehr treffend darauf hin, daß eine »Palastrevolution für Rußland verderblich werden könnte, weil es kein Mitglied des Hauses Romanow gebe, das geeignet wäre, den Zar zu ersetzen«.

Alle Verschworenen waren Monarchisten, keiner von ihnen dachte im Ernst an die Errichtung einer Republik und noch viel weniger an einen sozialen Umsturz. Unter allen Ratgebern Nikolaus II. gab es nur einen einzigen, den ehemaligen Innenminister Peter Dirnowo, der dem Zaren schon im Februar 1914 vorausgesagt hatte, daß eine »revolutionäre Bewegung in Rußland unfehlbar in eine soziale ausarten und daß nach einer Reihe von Übergängen die Bolschewisten die Macht ergreifen würden«.

Der Spiegel der Geschichte

Wer dachte aber damals an die Bolschewiken? Die Zahl der Anhänger ihrer Partei überstieg kaum einige Zehntausend, und der Name ihres Führers Lenin, der noch immer in der Schweiz im Exil lebte, war den meisten Russen völlig unbekannt.

Als die Revolution dann durch Massenstreiks und Massendemonstrationen ausbrach, ernannte die Duma aus eigener Machtvollkommenheit eine provisorische Regierung mit dem Fürsten Lwow an der Spitze. Die Abgeordneten verlangten die Abdankung des Zaren, in der sie das einzige Mittel zur Rettung der Dynastie erblickten. Die fünf Kommandeure der Frontabschnitte unterstützten dieses Anliegen.

Der Zar, von allen verlassen, hatte nur noch die Wahl zwischen Unterwerfung und Bürgerkrieg. Er unterschrieb die ihm vorgelegte Abdankungsurkunde.

Später wurde die Zarenfamilie in Haft genommen und schließlich am 16. Juli 1918 im Haus des Kaufmanns Ipatjew in Jekaterinburg grausam umgebracht. Zu den Mördern gehörten Swerdlow, Golostschekin und Jurowskij, die nach Ansicht des Historikers Grünwald als »Willensvollstrecker des internationalen Zionismus« handelten.

Zwei Tage später besetzten die »Weißen« Jekaterinburg. Sie ließen sich zu dem Bergwerk der »Vier Brüder« führen. Alles, was sie dort fanden, war ein Haufen Asche. Dies waren die letzten Überreste eines der mächtigsten Monarchen der Welt und seiner unglücklichen Familie.

Dies irae, dies illa! Schaut in den Spiegel der Geschichte, Südafrikaner! □

Den vorstehenden Beitrag entnahmen wir dem unabhängigen Monatsblatt »Der Deutsch-Südafrikaner«, das in Swakopmund, Südwestafrika, erscheint.

Tansania

Sündenpfuhl Afrikas

Martin Burns

Wie es so schön heißt, es gibt gute Nachrichten und es gibt schlechte Nachrichten. Die gute Nachricht ist, daß Afrika bezüglich seines Schicksals zuversichtlich in die Zukunft blicken kann. Die schlechte Nachricht ist, daß seine Zukunft wie die Tansanias aussehen wird.

Die Vereinigte Republik Tansania hat eine Größe von 364 886 Quadratmeilen, und seine Einwohnerzahl beläuft sich auf 22 Millionen Menschen. Tansania entstand im April 1964 durch den Zusammenschluß von Tanganyika mit der Insel Sansibar, um das Entstehen eines möglicherweise feindlich gesinnten und destabilisierenden Inselvolkes 20 Meilen vor seiner Küste zu verhindern.

Ohne Hoffnung auf eine positive Zukunft

Tansania ist der wirtschaftliche, moralische und politische Sündenpfuhl Afrikas. Sein Präsident seit Tanganyikas Unabhängigkeit war vom 9. Dezember 1981 bis 27. Oktober 1985 Julius K. Nyerere – von Liberalen wie Sozialisten auf der ganzen Welt gleichermaßen geliebt. Sein Ziel war das Verfolgen eines »sozialistischen Weges wirtschaftlicher Entwicklung«.

Er wollte eine Nation anführen mit Betonung auf kommunaler Verantwortung, die geleitet wird von den Idealen der Selbstaufopferung und des Selbstvertrauens und ein moralischer und politischer Führer der dritten Welt sein. Statt dessen schied er freiwillig aus dem Amt und hinterließ einen bankrotten Polizeistaat mit einer korrupten und lähmenden Bürokratie, völlig ohne Hoffnung für eine positive Zukunft.

Das Land wird nur noch von wenigen Amerikanern besucht. Ich war im Jahr 1972 eine Woche in der Hauptstadt Daressalam und Umgebung. Damals war »Dar« ein Zufluchtsort für die Gegner der weißen Regierung von Rhodesien, Mozambique und Südafrika, und von den schwarzregierten Ländern war Tansania uneins mit beispielsweise Malawi und Uganda. In den Jahren 1978/79 tauschte Tansania Invasionstruppen mit Uganda, und im März 1979 wurde Ugandas Idi Amin mit Hilfe tansanischer Streitkräfte gestürzt. Politische Intrigen waren an der Tagesordnung, doch für einen Touristen war es wenig langweilig.

Die Hotels waren annehmbar und auch nicht zu teuer. Das gleiche galt für das Essen in den Restaurants. Man konnte allerdings nicht viel unternehmen, und die Armut Tansanias war auch damals schon sichtbar: die Menge der in den Läden angebotenen Waren war sehr gering. Doch auf den Straßen konnte man sich tagsüber sicher fühlen.

Der völlige Verfall eines Landes

Jetzt hat sich das alles geändert. Der Verfall, ja, die regelrechte Zersetzung von Tansanias Wirtschaft macht Dar zu einem immer größer werdenden Slum. Im jüngsten Reiseführer Afrikas, Fieldings »Afrika südlich der Sahara«, 1986 erschienen, heißt es:

»Tansanias Verfall ist verkörpert in dem, was wir in Daressalam vorfanden: Menschen in zerlumpten und zerfetzten Kleidern in schmutzüberfüllten Straßen. Die einst strahlend weißen Häuser sind schmutzig gelb und stark vernachlässigt. Die Preise waren wahnsinnig hoch, Busse fahren nur äußerst selten und Taxis sind unerschwinglich.

Das amerikanische Konsulat riet uns, keinerlei Schmuck oder andere wertvolle Sache zu tragen und auf unser Geld höllisch aufzupassen. Diebstähle sind an der Tagesordnung. Aus unseren Koffern wurden regelmäßig Sachen entwendet – Sie sollten Ihre persönlichen Sachen unter Verschluß halten –, und man machte uns darauf aufmerksam nachzuschauen, ob unsere Rükken nicht mit Kreise gekennzeichnet sind, wenn wir soeben in einer Bank Geld getauscht hatten.

Wir wurden auch davor gewarnt allein oder nach Einbruch der Dunkelheit an den Strand zu gehen, denn es kam dort oft zu Raubüberfällen und körperlichen Mißhandlungen.

Wir empfehlen dringend, nur so lange wie unbedingt nötig in Dar zu bleiben und die Stadt eventuell ganz zu meiden.«

Tansanias Wirtschaft ist völlig zusammengebrochen. Die kaum noch vorhandene Industrie, die vom Staat in unkompetenter Weise gelenkt wird, bringt minderwertige Güter zu horrenden Preisen hervor. Viele Fabriken werden geschlossen, weil es an Ersatzteilen oder importierten Rohstoffen fehlt. Es gibt keine Devisen, um sie kaufen zu können.

Tansania exportiert bescheidene Mengen von Sisalhanf, Baumwolle, Tee, Kaffee und Diamanten, und das ist ungefähr alles. Die Höhe der Exporte ist von 688,5 Millionen Dollar im Jahr 1981 auf 395,5 Millionen Dollar im Jahr 1984 erheblich gesunken. Die Industrieproduktion fiel im gleichen Zeitraum um ein Drittel, und das Bruttosozialprodukt stagniert angesichts einer Bevölkerungsrate, die jährlich um 3,3 Prozent steigt.

Der Kilimandscharo und die Wildparks nahe der Grenze zu Kenia sind an sich attraktive Touristenziele, doch die touristische Infrastruktur ist kaum ausgebaut. Obwohl ein »attraktiveres« Ziel als Kenia – zumindest im Norden – hat Tansania nur ein Bruchteil des Touristenverkehrs seines nördlichen Nachbarn. Die Zahlen für das Jahr 1981: Tansania hatte 91 600 Touristen, die 15 Millionen Dollar ausgaben; Kenia 373 000, die 240 Millionen Dollar ausgaben.



Man lebt von Almosen

Tansanias Auslandsschulden betragen »nur« 2,6 Milliarden Dollar, was gemessen an den Maßstäben für die dritte Welt nicht viel ist, doch bereits weit über den Möglichkeiten des Landes liegen. Tansania kann nicht einmal diese Schulden bedienen. Es ist eines der ärmsten Länder der Erde mit einem Pro-Kopf-Einkommen der zu 90 Prozent ländlichen Bevölkerung von nur 240 Dollar im Jahr.

Das Land erhält pro Jahr – von fast jeder westlichen Nation – ungefähr 600 Millionen Dollar an Auslandshilfe und damit am meisten von allen Ländern Afrikas südlich der Sahara. Die Unterstützungsgelder betragen etwa 150 Prozent der Exporterlöse. Sogar Island schickt Geld nach Tansania. Die USA brachten 1985 22 Millionen Dollar an Auslandshilfe für das marxistische Tansania auf, weitere 2 Millionen in Anleihen und dazu noch 20 Millionen Dollar an bedingungslosen Zuwendungen.

Wie überall im schwarz-regierten Afrika ist auch hier die Korruption allgegenwärtig. Schmuggel, Betrügerei und Schwarzhandel sind die Regel. Der US-Dollar, der offiziell einen Wert von knapp 17 tansanischen Schilling hat, erzielt auf dem Schwarzmarkt sage und schreibe 100 Schilling.

Die Kaffee- und Teeanbauer schmuggeln, wenn es nur irgendwie geht, ihre Ware lieber über die Grenze nach Kenia, anstatt sie an die staatlichen Absatzkontrollstellen in Tansania zu amtlich festgesetzten Preisen zu verkaufen. Selbst wenn sie nur genausoviel kenyanische Schilling wie tansanische Schilling im Inland bekommen würden – beide Währungen haben offiziel etwa den gleichen Wert –, bekommt man für einen kenyanischen Schilling vier tansanische.

Farmer, die ihre leicht verkäuflichen Agrar-Erzeugnisse nicht außer Landes schmuggeln können, betreiben mehr und mehr nur noch eine Landwirtschaft für den Eigenbedarf und tauschen den Überschuß gegen beliebige Verbrauchsgüter, die verfügbar sind, denn Tansanias offizielle

Tansania

Sündenpfuhl Afrikas

Geldwirtschaft verfällt von Monat zu Monat mehr.

Güter des täglichen Bedarfs wie Zucker, Seife und Pflanzenöl sind oft nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich, wenn überhaupt, und dann dreimal so teuer wie zu den amtlich festgesetzten Ladenpreisen.

Politisch ist Tansania noch schlechter dran als wirtschaftlich. Nyereres Nachfolger als Präsident, Ali Hassan Mwinyi, herrscht über einen despotischen Einparteienstaat. Die Presse ist unter totaler Kontrolle und das Alltagsleben wird bis hinunter zur Zehn-Familien-Zelle reglementiert, die nach leninistischem Muster gebildet ist.

Schwierigkeiten mit Aids

Auf dem Land wurden einzelne Dörfer geschaffen, in denen die armen Stammesgenossen zusammengetrieben wurden. Sie erinnern an die Kommunen Rotchinas während der »Kulturrevolution«.

Im Jahr 1972 habe ich einem solchen Dorf, 15 Meilen nördlich von Dar, einen kurzen Besuch abgestattet. Schreckliche Armut herrschte dort, es gab keine Elektrizität und ledlich eine Wasserstelle. Die Häuser waren aus Lehm gemacht und hatten Dächer aus Stroh, nur einige wenige Gebäude bestanden aus Beton mit Blechdächern. Allen Berichten nach zu urteilen hat sich die Situation seither nur noch verschlechtert.

In den Jahren 1983/84 zählte Tansania über 4000 »Wirtschaftssaboteure«, die ohne ordentliche Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit in Gefängnissen einsaßen. Im Zuge dessen wurden zwei Millionen Dollar an Geld und Konterbande beschlagnahmt – vieles davon kam von Kirchen und Moscheen –, die natürlich Protest erhoben und behaupteten, ihr Vermögen rechtmäßig erworben zu haben.

Das Gesetz über die Entfaltung menschlicher Hilfsquellen aus dem Jahr 1983 verlangte von den Kommunalverwaltungen, dafür zu sorgen, daß jeder Bewohner eine »produktive oder andere rechtmäßige Beschäftigung« ausübt. Jene, bei denen das nicht der Fall war, wurden auf betrügerische Weise dazu gebracht, auf Kaffee- oder Teeplantagen oder anderen staatseigenen Farmen zu arbeiten.

Straßensperren treten regelmäßig in Gebieten auf, die das Glück haben, Überschußernten zu produzieren. Offiziell will man damit »den privaten Umsatz von Nahrungsmitteln verhindern«, doch in Wirklichkeit erhalten korrupte Regierungsbeamte damit die Möglichkeit, diesen Überschuß zu stehlen.

Reisen ist für die Einwohner Tansanias äußerst eingeschränkt. Pässe werden von der Regierung je nach Laune ausgestellt. Man benötigt die Genehmigung der Zentralbank, wenn man ein Flugticket oder eine Fahrkarte für ein Schiff kaufen will sowie die der Steuerbehörde, wenn man als Staatsbürger Tansanias das Land verlassen möchte.

Auch im Inneren des Landes ist man in dieser Hinsicht eingeschränkt, zumindest was die Verlegung seines Wohnsitzes angeht. Niemand kann einfach seine Sachen zusammenpacken und legal nach Dar oder irgendwo anders hinziehen; eine Genehmigung nach sowjetischem Vorbild ist dazu zunächst erforderlich.

Von Tansania gehen viele Menschen nach Südafrika. Zehntausende zählen zu den 1,2 Millionen Schwarzen aus dem Norden, die jetzt illegal in Südafrika leben.

Realistisch betrachtet ist Tansania am Ende. Zusätzlich zu seinen anderen Schwierigkeiten breitet sich die sogenannte erworbene Immunschwäche Aids im westlichen Teil des Landes entlang der Grenzen zu Ruanda, Burundi und Zaire immer mehr aus. Wenn nicht ein völlig unvorhergesehenes Wunder geschieht, ist das Volk zu weiteren Jahrzehnten des Hungers und der Armut verdammt, die zur Ausbreitung regelrechter Hungersnot und Pest führen werden, sollte der anhaltende Strom von Auslandshilfe einmal aufhören. □

Kenia

Enger Verbündeter des Westens

Martin Burns

Kenia wird von dem Establishment zusammen mit der Elfenbeinküste als eine »afrikanische Erfolgsgeschichte« angesehen. Das Land wurde von den Briten am 12. Dezember 1963 unter der Führung des ehrwürdigen und prowestlich eingestellten Jomo Kenyatta in die Unabhängigkeit entlassen und hat den Test für seine nationale Einheit bestanden, als sich bei Kenyattas Tod im August 1978 ein friedlicher Machtübergang von Kenyatta auf seinen Vizepräsidenten Daniel Arap Moi vollzog.

Abgesehen von einem versuchten Coup im August 1982 durch unzufriedene Luftwaffenoffiziere, der durch loyale Armeeinheiten innerhalb weniger Stunden niedergeschlagen war, ist Kenia seit seiner Unabhängigkeit praktisch stabil. Sogar der Staatsstreich hatte seine positiven Seiten; in der Zeit danach ersuchte Präsident Moi um 125 Millionen Dollar an wirtschaftlicher Unterstützung für Notlagen von westlichen Geldgebern und erhielt sie, obwohl sich der tatsächliche Schaden auf ein paar geplünderte Läden in Nairobi und geringfügige Beschädigungen öffentlicher Gebäude beschränkte.

Weiße und Asiaten beherrschen die Geschäfte

Kenia ist ein Ein-Parteienstaat, in dem die Kenya Africa National Union die einzige, legale politische Partei ist.

Das Land hat eine Größe von 224 081 Quadratmeilen und ist in seiner wirtschaftlichen Entwicklung einen kapitalistischen Weg gegangen; die meisten, doch nicht alle Farmen, Fabriken und Firmen sind Privateigentum.

Europäische Landbesitzer wurden enteignet, allerdings nicht ohne eine Entschädigung dafür zu enthalten. Zum Zeitpunkt der Entlassung in die Unabhängigkeit gab es etwa 1400 Farmen und Ranches in der Hand von weißen Besitzern, heute sind es nur noch etwa 50. Im allgemeinen sind die Farmen, die früher im Besitz von Weißen waren, durch die Regierung an schwarze Kenianer mit politischen guten Verbindungen verkauft worden.

Weiße und Asiaten beherrschen allerdings den kommerziellen Sektor, auf dem sie etwa 90 Prozent der Produktions- und Einzelfirmen in ihrem Besitz haben.

Wie überall in Afrika gehören Energieversorgungsbetriebe und die nationale Fluggesellschaft staatseigenen Unternehmen, und die Regierung kontrolliert den Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Wie überall in Afrika existieren diese Unternehmen auch gleichermaßen, um ihren Angestellten Arbeitsplätze zu bieten ebenso wie den Kunden Produkte und Dienstleistungen zu liefern – und das mit den üblichen qualitäts- und leistungsmindernden Folgen.

Die Präsenz der Amerikaner

Für Afrika hat Kenia eine große Mittelklasse, die vor allem aus Europäern und Asiaten besteht plus eine größere Anzahl schwarzer Afrikaner als sonst üblich. Nairobi ist das kommerzielle und finanzielle Zentrum für ganz Ostafrika und der Ausgangspunkt für die meisten ostafrikanischen Safaris.

Mombasa besitzt eine größere Schiffsreparaturanlage, ein

Montagewerk für Last- und Personenkraftwagen, Ostafrikas einzige Ölraffinerie und eines der weltgrößten Zementwerke. Mombasa ist auch ein bedeutender Anziehungspunkt für Touristen mit großen Sandstränden im Norden und Süden, die vor allem für Deutsche und Skandinavier attraktiv sind.

Kenia besitzt auch die zweifelhafte Ehre, Zweigstellen von nicht weniger als 15 multinationaler Banken aufzuweisen. Zwei davon, Barclays und Standard Bank, sind große einheimische Geschäftsbanken.

Das Land ist eng mit dem Westen verbunden. Die Präsenz der Amerikaner ist so gewaltig und Nairobi als Standort so begehrt, daß amerikanische Botschafter sich äußerst schwer dabei tun, das Botschaftspersonal unter 250 Mitarbeitern zu halten.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß Kenia den Vereinigten Staaten bei Bedarf für ihre sogenannte »schnelle Stationierungsstreitmacht« Einrichtungen überlassen hat, die für einen möglichen Einsatz am Horn von Afrika oder in Nahost benutzt werden können. Zur Unterstützung dieser Vereinbarung haben Kenias militärische Einheiten »geheime« Manöver mit ihren amerikanischen Kollegen durchgeführt.

Ohne Kenias aktive Kooperation – es wurde als Zwischenstation zum Wiederauftanken benutzt – wäre die israelische Rettung von über 200 Geiseln am Flughafen von Entebbe in Uganda im Juni 1976 unmöglich gewesen.

Die Briten haben in Kenia mehr als in jede andere ihrer afrikanischen Kolonien, außer Rhodesien, investiert. Bei seiner Unabhängigkeit besaß das Land die bestentwickeltste Infrastruktur, Wirtschaft und das beste Gesundheitssystem in Afrika.

Dieser Vorsprung und die Tatsache, daß Kenia die schlimmsten – doch bei weitem nicht alle – Auswüchse des Sozialismus und der »Afrikanisierung« vermieden hat, verleiht dem Staat seine derzeitige, relativ beneidenswerte Position unter den unabhängigen, schwarzregierten Nationen Afrikas.

Die Zukunft ist düster

Doch es gibt hier viele Strukturprobleme, die schließlich das gleiche Schicksal bescheren werden wie beispielsweise den Nachbarn Zambia und Tansania. Das größte davon ist die rasch anwachsende Bevölkerung. Im Jahr 1984 wurde sie auf 19,4 Millionen Menschen geschätzt, was doppelt soviel ist wie zum Zeitpunkt der Entlassung in die Unabhängigkeit. Mit einer Wachstumsrate von 4,2 Prozent – der höchsten auf der ganzen Welt – wird erwartet, daß sich die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2000 erneut verdoppelt haben wird; ganze 50 Prozent der Kenianer sind 15 Jahre alt oder jünger.

Nach Schätzungen der Weltbank könnte das Land bis zum Jahr 2050 120 Millionen Einwohner haben. Angesichts der Tatsache, daß der absolute – im Vergleich zum relativen des restlichen, schwarzregierten Afrikas – Lebensstandard der Mehrheit der Kenianer bereits äußerst niedrig ist, sind die Zukunftsaussichten düster.

Die Arbeitslosenzahl liegt bei 40 Prozent, das Analphabetentum unter den Erwachsenen bei 70 Prozent. Im Jahr 1984 wurde die Anzahl von Arbeitskräften auf 7,4 Millionen geschätzt, doch lediglich 1 Million befand sich in einem ordentlichen, bezahlten Beschäftigungsverhältnis. Dies ergibt eine kombinierte Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsrate von über 86 Prozent.

Kenia besitzt keinerlei Mineralstoffquellen von Bedeutung und der Agrar- und Tourismussektor ist ausgeschöpft, lediglich 20 Prozent des Landes sind bebaubar, und der Tourismus ist ohnehin weltweit ein äußerst wettbewerbsintensiver Markt.

Abgesehen vom Tourismus stellen der Export von Kaffee und Tee die wichtigsten Devisenquellen dar. Geringere Bedeutung haben hier der Export von Sisalhanf und einheimische Produktionsgüter an die Nachbarstaaten.

Der Abstieg im Agrarbereich ist bereits offensichtlich. Im ersten Jahrzehnt nach Erlangen der Unabhängigkeit wuchs die landwirtschaftliche Produktion jährlich um 6 Prozent. Seit dem Jahr 1979 jedoch waren es durchschnittlich nur noch 2,4 Prozent, und der Anstieg an verbrauchten Nahrungsmitteln betrug lediglich 1 Prozent. Verglichen mit dem raschen Anwachsen der Bevölkerung wirft dieses relative Absinken in der landwirtschaftlichen Produktion unheilvolle Schatten auf Kenias Zukunft.

Die Auslandsschulden sind für eine Nation der dritten Welt relativ gering. Sie betrugen Anfang 1986 schätzungsweise 2,6 Milliarden Dollar. Der Schuldendienst beläuft sich derzeit auf 27 Prozent der Exporterlöse, was eine hohe Exportsteuer mit sich bringt. Die Zinsen sind letztendlich nichts weiter als an eine Bank gezahlte Steuern.

Zuwachs an Kriminalität

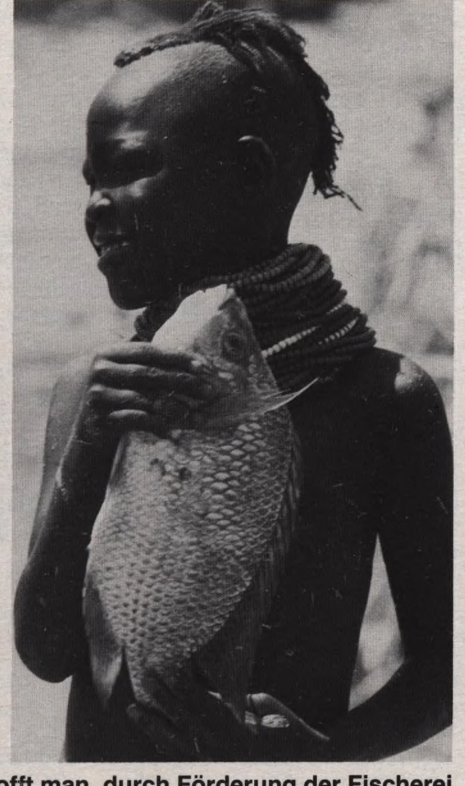
Und auch Kenia hat leider seinen Anteil an unrentablen Projekten einschließlich eines Gashol- und Chemiewerks in Kisumu, West-Kenia, im Wert von 100 Millionen Dollar, das seit fünf Jahren wegen Kostenüberschreitung und langwierigen Gerichtsprozessen stilliegt.

Seit dem Jahr 1966 wurden jährliche Kontokorrent-Defizite geschaffen. Zwischen 1981 bis 1984 überstiegen die Importe die Exporte um (kumulativ) insgesamt fast 2 Milliarden Dollar. Einnahmen aus »unsichtbaren Posten« – in den meisten Fällen Tourismus-Einnahmen – reduzieren dieses Defizit um etwa 500 Millionen Dollar. Die Differenz wird durch Auslandshilfe gedeckt, die sich im gleichen Zeitraum auf durchschnittlich 500 Millionen Dollar pro Jahr beläuft.

Ein Hauptgrund für diese Auslandshilfe ist die Tatsache, daß das Land den Weisungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) Folge leistet. Es hat sich streng an die von ihm auferlegten Bedingungen gehalten, um sich für Beistandskredite zu qualifizieren, es hat seine Haushalts- und Außenhandelsbilanzdefizite in Grenzen gehalten und so die Devisenreserven von 194,6 Millionen Dollar im Januar 1983 auf 376,6 Millionen Dollar im Januar 1986 erhöht.

Kenias Verfall, obwohl weniger fortgeschritten als der all seiner Nachbarn, ist dennoch auf dem Vormarsch und wahrscheinlich nicht aufzuhalten. Jedes Jahr geben Hunderttausende das Leben auf dem Land und die Landwirtschaft für den Eigenbedarf auf und machen sich auf die Suche nach nicht vorhandenen Stellen in Nairobi, Mombasa und anderen Städten. □





Mit Hilfsprogrammen hofft man, durch Förderung der Fischerei eine Ernährungslücke zu schließen, die in Kenia immer wieder zu Hungerkatastrophen geführt hat.



Bevölkerungsrückgang

Eine Geburt – drei Beerdigungen

Robert Hepp

Über die demographische Lage der Bundesrepublik Deutschland braucht man kein Wort mehr zu verlieren. Selbst der sonnige Bundeskanzler hat sie – sogar vor der Frauenvereinigung seiner Partei – wiederholt als »katastrophal« bezeichnet. Mit einer Geburtenrate, die seit Anfang der siebziger Jahre auf dem Niveau angelangt ist, das bisher nicht einmal in den schlimmsten Kriegszeiten erreicht worden ist, und mit 1,3 Geburten pro Frau – etwa 2,2 wären zur Erhaltung des erreichten Bevölkerungsstandes erforderlich – verringert sich die Bevölkerung der Bundesrepublik derzeit jährlich um etwa 200 000 Deutsche.

Nur durch Anwesenheit der Ausländer wird die Tatsache verdeckt, daß wir in den letzten 15 Jahren um etwa 3 Millionen abgenommen haben. Nach den Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes werden bei einer Fortdauer des »generativen Verhaltens«, wie es sich seit den siebziger Jahren eingespielt hat, im Jahr 2020 noch 43 Millionen und im Jahr 2030 ganze 38 Millionen Deutsche übrig sein, von denen am Ende 28 Prozent über 65, weitere 35 Prozent über 60 und etwa die Hälfte über 50 Jahre alt sein werden. Auf eine Geburt werden dann drei Beerdigungen entfallen.

Die drohende Gefahr bagatellisieren

Man muß kein Pessimist sein, um sich unter solchen Umständen die deutsche Zukunft in den schwärzesten Farben vorzustellen. Man braucht nur den Problemkatalog über die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft zu studieren, den die interministerielle »Arbeitsgruppe für Bevölkerungsfragen« dem Bundestag vorgelegt hat, um die »Umstellungsschwierigkeiten« zu ahnen, die mit dem Bevölkerungsrückgang langfristig auf uns zukommen würden.

Ganz abgesehen von der direkten Beeinträchtigung der politischen Position der Bundesrepublik in Europa und in der Welt, wären die Folgen für die Wirtschaftsentwicklung und den Arbeitsmarkt, für die Alterssicherung und das Gesundheitswesen, für den Bildungsbereich und andere Zweige der Daseinsvorsorge, für die gesamte Regional- und Infrastruktur und nicht zuletzt auch für den Fiskus verheerend, daß es selbst der um »Entdramatisierung« bemühten Regierungskommission nicht recht gelingen wollte, die drohende Gefahr zu bagatellisieren.

In einigen Bereichen sind die Probleme so gravierend, daß sie sogar von den Parlamentariern gesichtet worden sind, die sonst nicht über den Tellerrand einer Legislaturperiode hinauszuschauen pflegen. So wird aufgrund des Geburtenrückgangs die Zahl der Wehrdienstfähigen von 366 900 im Jahr 1983 auf 181 200 im Jahr 1997 zurückgehen.

Ohne »Sondermaßnahmen« (Verlängerung der Wehrdienste, Verringerung der Ausnahmen von Wehrpflicht, Einsatz von Frauen bei der Bundeswehr, Er-

höhung des Anteils der Längerdienenden) wäre bereits in den neunziger Jahren der »Friedensumfang« der Bundeswehr von 495 000 und der »Verteidigungsumfang« von 1 250 000 Soldaten nicht mehr zu halten. Schon bei einem »Friedensumfang« von 430 000 Mann wäre die Bundeswehr auf einen Überraschungsfall nicht mehr eingestellt.

Bei einer Reduktion auf 400 000 Soldaten müßte das Heer auf 13 der 38 präsenten Brigaden verzichten, die Luftwaffe einzelne fliegende Kampfverbände auflösen, und bei der Marine würden zwischen 30 und 20 Prozent der Seekriegsmittel für die Nordsee und Ostsee entfallen. An eine »Vorneverteidigung« wäre nicht mehr zu denken. Die »atomare Schwelle« müßte gesenkt werden.

Da aus den künftigen Jahrgangsstärken auch mit »Sondermaßnahmen« nicht einmal eine Streitkraft von 300 000 Mann zusammengebracht werden kann, muß sich die Bundesrepublik nach 1995 auf die anderen Nato-Verbündeten oder gar auf ihre »friedenspolitische Glaubwürdigkeit« verlassen, falls sie das Altersheim Bundesrepublik nicht mit türkischen Nato-Janitscharen schützen oder auf jede Verteidigung verzichten will.

Angesichts der heftigen Debatten über Notmaßnahmen, mit denen man die Probleme kurzfristig »in den Griff bekommen« will, fragen sich hellsichtige Beobachter, warum man denn unbedingt bis 1995 durchhalten wolle, »wenn das Ende ohnehin feststeht«.

Ein anderes Feld, auf dem die politischen Pragmatiker sich selbst und ihre Klientel mit kurzfristig wirksamen Notlösungen über die langfristigen Konsequenzen des Geburtenrückgangs hinwegtäuschen, ist das System der gesetzlichen Altersversicherung, das nicht von ungefähr ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt ist. Es versteht sich von selbst, daß das bisher praktizierte »Umlageverfahren« bei einer ständig abnehmenden und alternden Bevölkerung nicht mehr funktionieren kann.

Dieses staatstragende System, das nicht nur den »obersten Wert« der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die »Sicherheit«, repräsentiert, sondern die soziale Grundlage seiner politischen Verfassung bildet, ist praktisch schon heute ruiniert, da die Mehrheit der Kinderlosen und der Kinderarmen – paradoxerweise gerade im Vertrauen auf die Sicherheit dieses Systems – den »Generationsvertrag« gekündigt hat.

Aber das große Debakel steht erst noch bevor. Wenn – was nach den Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes in etwa 40 Jahren der Fall sein wird – nicht mehr 38, sondern mehr als 70 Alte über 60 Jahre auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen, werden sich alle »bevölkerungs-dynamischen Rentenformeln«, nach denen sich die Beitragszahler und die Rentenempfänger zu gleichen Teilen an der Finanzierung des Defizits beteiligen sollen, als Bluff erweisen.

Renten in einer überalterten Gesellschaft

Niemand kann im Ernst daran glauben, daß eine Belastung der Lohnsumme allein mit Sozialabgaben von 40 Prozent, die vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsminister für das Jahr 2030 aufgrund seiner Bevölkerungsentwicklung errechnet worden ist, selbst bei günstigster Entwicklung der Produktivität von einer künftigen Generation getragen werden kann oder getragen werden wird. Das ist vollkommen ausgeschlossen. Hinzu kämen ja noch die Steuern.

Auch mit einer »bevölkerungsdynamischen Rentenformel« wären jedoch die künftigen Probleme nur unter der Voraussetzung zu lösen, daß die »Produktivität« mindestens in demselben Maß steigt wie in den vergangenen Jahrzehnten. Aber gerade der Produktivitäts-Fortschritt, den die Anpassungsstrategen in ihren Rentenformeln schlicht als Tatsache unterstellen, wäre in einer »überalterten Gesellschaft« am wenigsten gesichert. Produktivität ist nämlich – wie Jean Fourastié, unbestreitbar die größte Autorität in dieser Sache, immer wieder betont hat – vor allem eine Frage der »Mentalität«.

Alle Beschwichtigungsversuche von Gerontologen und Gerontopsychologen, die den Prozeß der »Überalterung« mit ihrer »wissenschaftlichen« Sekundärrationalisierung begleiten, können nichts daran ändern, daß das hohe Alter auch künftig wenigstens insofern ein »defizitärer Status« bleiben wird, als die durchschnittliche Innovationskraft und die Umstellungsbereitschaft in höheren Jahren eben deutlich abnimmt.

Und auf der Entfaltung dieser Fähigkeiten beruht die ganze Hoffnung, die die Anpassungsstrategen auf die höhere Produktivität einer »hochmobilen« und »kreativen« Gesellschaft der Zukunft gesetzt haben, die auf ganzer Linie »Quantität durch Qualität ersetzen« soll.

Französische Bevölkerungswissenschaftler wie Alfred Sauvy, die durch ihre eigene Geschichte vorgewarnt sind, sehen da klarer. Sauvy hat nachgewiesen, daß die Phrase von der Kompensation der Quantität durch Qualität eine jener neo-malthusianischen Lebenslügen ist, die sich im Laufe des französischen Bevölkerungsrückgangs vor dem Zweiten Weltkrieg in Luft aufgelöst haben.

Die Kinder anderer Leute großziehen

Wenn man mit manchen Nationalökonomen davon ausgeht, daß der Wohlstand eines Landes mit dem Rückgang seiner Bevölkerung nur zunehmen kann, weil das Pro-Kopf-Einkommen nach dem Wachstumsmodell Adam Rieses im selben Maß steigt, wie sich die Zahl der zu berücksichtigenden Köpfe verringert, müßte der Wohlstand unseres Landes unter der Voraussetzung konstanter Rahmenbedingungen natürlich allein infolge des Bevölkerungsrücksgangs ständig wachsen.

Nun wäre es nach den französischen Erfahrungen zwar denkbar, daß im Altersheim Bundesrepublik künftig die Sparquote, zumal die private, gewaltig ansteigen würde, aber es wäre selbst dann durchaus nicht sicher, ob diese Ersparnisse auch in die Produktion investiert würden und dem nationalen »Kapitalstock« zugute kämen.

Eher ist doch zu befürchten, daß in einer Gesellschaft von Alten der unternehmerische Pioniergeist, der Wagemut und der Glaube an die Zukunft schwinden, und daß die Ersparnisse in junge Länder fließen, also dazu benutzt werden, »die Kinder anderer Leute großzuziehen«, während das eigene Land in moroser Lethargie versinkt.

Wenn man vom erträumten Produktivitätsschritt abstrahiert, ist von einem Bevölkerungsrückgang nicht nur keine »höhere Lebensqualität«, sondern eher das Gegenteil zu erwarten. Zwar würden die aktuellen ökologischen Probleme der Bevölkerungsdichte verschwinden und das Gedränge am Skilift im Schwarzwald dürfte sich auflösen, aber dafür müßten auf der anderen Seite Verkehrsverbindungen, Krankenhäuser, Universitäten und Bibliotheken wegen ungenügender Nachfrage eingehen oder – falls sie als unverzichtbar gelten – mit steigenden Kosten »vorgehalten« und also teurer werden.

Es gibt sogar Nationalökonomen, die mit guten Gründen bestreiten, daß die Arbeitslosigkeit mit dem Bevölkerungsrückgang abnehmen würde. Nicht nur die »Stagnationstheoretiker« rechnen eher damit, daß die »sozialen« und »wirtschaftlichen« Probleme der Gegenwart in Zukunft eher eskalieren und einen Prozeß in Gang setzen werden, den man nur mit dem Kürzel »Dekadenz« adäquat bezeichnen kann.

Wie die Folgen des Geburtenrückgangs, so sind auch seine Ursachen bekannt. Es ist nicht wahr, daß nicht einmal die Bevölkerungswissenschaftler angeben könnten, worauf der »demographische Zusammenbruch« zurückzuführen sei. Die Spezialisten sind sich darin einig, daß der Geburtenrückgang primär durch einen »Wandel des generativen Verhaltens« verursacht ist. Und auch über die Faktoren, die diesen Wandel herbeigeführt haben, gibt es einen breiten Konsens.

Bei den fachinternen Kontroversen geht es im Grund nur um die Priorität von Erklärungsmodellen und um die Frage, welches Gewicht bestimmte »Faktoren« in den verschiedenen Modellen zukommt. Aber die »Ursachenkonstellation« als solche ist sicherlich besser erforscht als im Fall des »Waldsterbens«.

Bevölkerungsrückgang

Eine Geburt – drei Beerdigungen

An welchem Ende man das Gewebe auch aufzudröseln beginnt – ob psychologische, soziologische, ökonomische Analysen auf der »Mikro-« oder »Makroebene« ansetzen, ob sie Veränderungen des »Überbaues« in den Vordergrund rücken –, immer stößt man auf ein komplexes Syndrom von »Ursachen«, deren jede für sich allein zwar den erschreckenden Rückgang der Fruchtbarkeit nicht erklären vermag, die aber insgesamt den Eindruck machen, als handle es sich dabei um so etwas wie eine gesetzliche Notwendigkeit.

Die falschen Errungenschaften

Die Perfektionierung der Empfängnisverhütung, die Legalisierung der Abtreibung und die neo-malthusianische Propaganda, die »Frauenemanzipation« und die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen, die Bildungsexpansion, die »Verstädterung« und der Wandel der Erwerbsstruktur, die mit zunehmendem Wohlstand eskalierenden Bedürfnisse und sozialen Ambitionen, der abnehmende ökonomische Nutzen von Kindern und die steigenden Kinderlasten, die Sozialisierung der Altersversorgung, der Funktionsverlust und die Desinstitutionalisierung der Ehe und Familie, der hemmungslose »Sexismus«, der hysterische Sicherheitswahn und die Risikoscheu, der Kleinkapitalismus der Massen und ihr Hang zur Lustgewinn-Maximierung, der Schwund überindividueller Verpflichtungen und die »Säkularisierung« der Religionen, all diese und andere »Einzelfaktoren«, die für den Geburtenrückgang »verantwortlich« gemacht worden sind, hängen auf eine vertrackte Art miteinander zusammen und bilden insgesamt ein Syndrom, das sich weitgehend mit jenen Verhältnissen und Vorstellungen deckt, die in den sogenannten Modernisierungstheorien als »modern« gelten und die unsere Sozialpolitiker ziemlich einhellig für »soziale Errungenschaften« halten.

Der Zusammenhang ist derart, daß man oft nicht weiß, was »Ursache« und was »Wirkung« ist. Die niedrige Fruchtbarkeit ist oft ihrerseits eine Bedingung der »sozialen Errungenschaften«, aus denen man sie herleitet. Daher ist zum Beispiel im Einzelfall nicht immer klar auszumachen, ob eine Frau erwerbstätig ist, weil sie keine Kinder will, oder ob sie keine Kinder will, weil sie erwerbstätig sein möchte, ob die Kleinhaltung der Familie die Scheidung erleichtert oder ob die bei Eheschluß bereits antizipierte Scheidung der Grund für die Kinderarmut ist.

Eine niedrige Geburtenrate kann – wie der Leiter der deutschen Delegation bei der letzten Weltbevölkerungskonferenz ganz zu Recht betont hat – sowohl Voraussetzung als auch Folge des »sozialen Fortschritts« sein.

Das Ziel: ein immenses Sterbehaus

Der »Bericht der Bundesregierung über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland« faßt die communis opinio doctorum (gemeinsame Auffassung der Gelehrten) zusammen, wenn er feststellt, daß »zahlreiche gesellschaftliche Veränderungen, die als Voraussetzung, Folge und Begleiterscheinung, zum Teil auch als Errungenschaften einer modernen Gesellschaft gelten können«, die »Bedingungskonstellation« geschaffen hätten, »denen eine kleine Familie entspricht«.

Er hat nur vergessen hinzuzufügen, daß die »Kleinhaltung der Familie« auch eine Voraussetzung der gesellschaftlichen »Errungenschaften« einer »modernen Gesellschaft« ist. Die »Norm einer niedrigen Fruchtbarkeit« ist in der Tat optimal auf die »Lebensbedingungen« der »modernen Gesellschaft« abgestimmt.

Sie ist sozusagen der konzentrierte »biologische« Ausdruck dieser »modernen Welt«, die niemand besser charakterisiert hat als der kompromißlose Analytiker der Moderne Charles Péguy. Lange bevor sein Landsmann, der große Demograph Alfred Sauvy, die Entdeckung machte, daß die malthusianische »Familienplanung« mit einer generellen malthusianischen Mentalität einhergeht, die in jeder Beziehung zur »Kleinhaltung«, zur Risikoverminderung, zur Sparsamkeit und zum »Gesundschrumpfen« neigt, hat Péguy in seiner großartigen Einseitigkeit auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht.

Die »Moderne« mit ihrer Sparkassentheorie des »Fortschritts« war für ihn eine Welt, »die nur an ihre alten Tage denkt«. Das ganze Leben des »modernen Menschen« sei bloß eine Vorbereitung des Ruhestandes. Wie sich der Christ auf den Tod vorbereite, so bereite sich jener auf den Ruhestand vor. Sein Ideal sei ein immenses Altersheim und Sterbehaus.

Um in Zukunft seinen »Frieden« und seine »Ruhe« zu haben, mache er aus der Gegenwart eine Zeit der Bedächtigkeit und der Vorsicht, eine tote Zeit, eine Vergangenheit. »Um morgen den Frieden zu haben, hat man heute keine Kinder. Daher diese universelle Unfruchtbarkeit . . . dieses monströse Bedürfnis nach Ruhe, das in der Unfruchtbarkeit eines ganzen Volkes, in der Vernichtung einer ganzen Rasse zum Vorschein kommt.«

Vom Standpunkt der Wissenschaft ist das sicherlich eine maßlose Übertreibung. Aber im Unterschied zu manchem zeitgenössischen Wissenschaftler hat der französische Dichter wenigstens erkannt, daß die sozialen Errungenschaften, die mit dem Geburtenrückgang zusammenhängen, recht dubioser Natur sind.

Neben dem Sicherheitswahn, der seinen institutionellen Ausdruck im hypertrophen »System der sozialen Sicherheit« gefunden hat, wäre als weiterer Hauptbestandteil der »modernen Welt« noch der »Liberalismus« zu nennen. Es ist gewiß kein Zufall, daß der Beginn des demographischen Zusammenbruchs der Bundesrepublik in die »Ära der liberalen Reformen« fiel.

Zu Beginn der siebziger Jahre breitete sich eine allgemeine Anomie auf alle Bereiche der Gesellschaft aus. Die liberale »Gesinnung der Gesinnungslosigkeit«, die auf »Diskriminierung« verzichtet, weil sie nicht mehr unterscheiden kann, und die alles »toleriert«, weil ihr alles gleichgültig ist, prägte nicht nur den neuen »permissiven« Erziehungsstil. Sie drang auch in die Gesetzgebung ein. Die sozial-liberalen Reformer machten sich daran, mit allen »Vorurteilen« aufzuräumen, die der »freien Entfaltung der Persönlichkeit« noch im Weg waren. Die Zwanglosigkeit begann verbindlich zu werden.

Individuelle Selbstverwirklichung

Von den Reformen, die die Bevölkerungsentwicklung beeinflußt haben, können hier nur die wichtigsten erwähnt werden. Die »Neufassung« der Familien- und Sexualdelikte (»Freigabe« des Ehebruchs, der Homosexualität, der Kuppelei und pornographischer Schriften), die »Anpassung« des nichtehelichen sowie des Ehe- und Familienrechts (Zerrüttungsprinzip im Scheidungsrecht, Gleichberechtigungsgrundsatz im Eherecht, elterliches Sorgerecht) und natürlich besonders die großzügige Legalisierung der Abtreibung.

All diese »Liberalisierungen« wurden von den Politikern in einer Art religiöser Begeisterung als »Errungenschaften des Fortschritts« gefeiert. Als sich – zuerst in der Statistik der Eheschließungen, der Ehescheidungen und der Abtreibungen – ihre fatalen Konsequenzen offenbarten, wagte daher niemand mehr, sie ernstlich in Frage zu stellen. Selbst christdemokratische Frauenvereinigungen warnten davor, am wohlerworbenen »Recht« auf Abtreibung zu rütteln. Eine »pronatalistische« Bevölkerungspolitik kam unter diesen Umständen ohnehin nicht mehr in Betracht. Sie wurde allgemein mit der Begründung abgelehnt, der Staat sei nicht berechtigt, »in die Schlafzimmer seiner Bürger hineinzuregieren«.

Im Zielkonflikt zwischen dem »generativen Gemeinwohl« und der »individuellen Selbstverwirklichung« konnte sich der liberale Staat nur für den Vorrang der »persönlichen Freiheit« entscheiden. Im Unterschied zu den »sozialistischen Staaten«, die – wie etwa das Beispiel Rumänien zeigt – zu rigorosen Eingriffen in die »Privatsphäre« ihrer Bürger bereit und fähig sind, wenn es das »generative Gemeinwohl« erfordert, fehlt liberalen Demo-

kratien vom Typ der Bundesrepublik offenbar die Legitimation, das Gesamtinteresse gegen konkurrierende Einzelinteressen ihrer Bürger durchzusetzen.

Natürlich sind die Politiker nicht für jede »soziale Errungenschaft« verantwortlich zu machen, die zu der »Bedingungskonstellation« des Geburtenrückgangs gehört. Die »Modernisierung« hat offenbar ihre Eigendynamik: Die »Säkularisierung« der Religionen, die »Verstädterung« und auch der wirtschaftliche Strukturwandel vollziehen sich nach Gesetzen, die kein Parlament beschlossen hat.

Die Politiker sind gewiß nicht direkt daran schuld, daß der Anteil der regelmäßigen Kirchenbesucher bei den jungen Leute unter 30 Jahren innerhalb einer Generation um 85 Prozent (Protestanten) beziehungsweise 76 Prozent (Katholiken) abgenommen hat.

Der Verfall eines Volkes

Trotz der »Gemeindereform« sind sie auch nicht allein dafür verantwortlich zu machen, daß der Anteil der mehr oder weniger verstädterten Bevölkerung (gemessen an der Einwohnerschaft von Gemeinden über 5000 Einwohner) seit Gründung der Bundesrepublik um 28 Prozent zugenommen hat. Und trotz aller »Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik« ist es sicherlich nicht ihr Werk, wenn sich der Anteil der Beamten und Angestellten an den Erwerbstätigen in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt hat.

Aber die Regierungen der Bundesrepublik haben die »Modernisierung« mit ihrer »Gesellschaftspolitik« doch direkt und indirekt unterstützt. Aus primär ideologischen Motiven haben sie jene »Liberalisierung« vorangetrieben, von der die Rede war. Sie haben damit zweifellos einen »Prozeß«, der ohnehin »im Gang war«, noch beschleunigt und verschärft, statt ihn zu bremsen oder gar rückgängig zu machen.

Wenn heute in der Bundesrepublik ein Viertel der Ungeborenen auf Krankenschein abgetrieben werden kann, wenn in deutschen Großstädten auf zwei Eheschließungen eine Scheidung kommt, wenn die Heiratsziffern der Twens seit 1972 um die Hälfte gesunken sind, während sich die Zahl der unverheiratet zusammenlebenden jungen Paare seither versechsfacht hat, wenn der Anteil der Schülerinnen an der weiblichen Bevölkerung von 15 bis 23 Jahren 1980 dreimal und die Zahl der Studentinnen viermal größer war als 20 Jahre zuvor, wenn die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in den letzten 20 Jahren um 70 Prozent und die landwirtschaftlichen Betriebe um 50 Prozent abgenommen haben, wenn es nach den geltenden Regelungen der Altersversorgung 51 Prozent der künftigen Versorgungsberechtigten den übrigen 49 Prozent überlassen können, ihre Renten zu sichern, dann ist das zweifellos auch ein Verdienst der bundesrepublikanischen »Gesellschaftspolitik«.

Der Einfluß all dieser Maßnahmen auf das »generative Verhalten« – so schwer er auch im Einzelfall nachzuweisen sein mag – liegt auf der Hand. Die Bedeutung der Landwirtschaft als Bevölkerungsreservoir läßt sich ebensowenig leugnen wie etwa der kontrazeptive Effekt der Verstädterung, des »Aufstiegs« zum Angestellten, der Bildungsexplosion oder eines familienunabhängigen Systems der Altersvorsorge, das die kinderlosen Doppelverdiener privilegiert.

Inzwischen haben sich die »Errungenschaften des sozialen Fortschritts« in der Sozialstruktur niedergeschlagen und sind zu »unverzichtbaren Besitzständen« geronnen. Da die Mehrheit der Wähler davon profitiert, wagt es kein Politiker, sie in Frage zu stellen. Angesichts der komplexen »Bedingungskonstellation« des Geburtenrückgangs wäre es auch eine Illusion, zu glauben, man könnte schon mit wenigen gutgemeinten Einzelmaßnahmen viel erreichen. Rein theoretisch könnte man mit einem Federstrich die Fruchtbarkeit in der Bundesrepublik auf das »Selbsterhaltungsniveau« anheben, indem man den Vertrieb von Kontrazeptiva und die Abtreibung verbietet.

Kulturrevolution gegen soziale Errungenschaften

Was die Abtreibung betrifft, so hätten wir uns etwa im Jahr 1981 über den Fortbestand des deutschen Volkes keine Gedanken zu machen brauchen, wenn die 212 000 Ungeborenen ausgetragen worden wären, die nach den Ermittlungen des Bonner Justizministeriums in diesem Jahr der legalen Abtreibung zum Opfer gefallen sind. Bei 837 000 statt 625 000 Geburten und 722 000 Sterbefällen hätten wir statt eines Geburtendefizits einen hübschen Überschuß erzielt.

Angesichts solcher Bilanzen müßte eigentlich jedem Einsichtigen klarzumachen sein, daß erst die »Pille« und die Liberalisierung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches den diversen Motiven zur Kleinhaltung der Familie zu jenem durchschlagenden Erfolg verholfen haben, den man an der deutschen Geburtenstatistik seit 1970 ablesen kann. Es ist eine bodenlose Bagatellisierung, wenn Bevölkerungswissenschaftler behaupten, die »Pille« und die »Abtreibung« seien »neutrale Mittel« der »Geburtenkontrolle« und kämen daher als Ursachen des Geburtenrückgangs nicht in Betracht.

Diese »Mittel« haben für die Bevölkerungsentwicklung eine ähnliche Bedeutung wie die Atomwaffen für den Krieg. Sie sind das einzig wirklich Neue am »neuesten demographischen Regime«. Aber sie sind natürlich nicht zufällig entdeckt worden, und sie werden auch nicht im luftleeren Raum vertrieben und angewandt. Bei Licht betrachtet sind sie lediglich der konzentrierteste Ausdruck der »modernen Welt«.

Die Menschheit, so könnte man, Hegel variierend, sagen, bedurfte der Pille und der automatisierten Abtreibung, und alsobald waren sie da. Ihre »Abschaffung«, gesetzt sie wäre »politisch durchzusetzen«, könnte daher nicht per ordine di mufti, sondern nur durch eine »Kulturrevolution« gelingen, die mit der ganzen »modernen Welt« und ihren »sozialen Errungenschaften«, die sich in der Bevölkerungsentwicklung des Abendlandes als Schrittmacher der Dekadenz erwiesen haben, aufräumt.

Angesichts des »großen Abfalls« mag der »Abfall der Geburtenrate« als ein harmloses Epiphänomen erscheinen, aber andererseits gibt es wohl kaum ein Feld, auf dem die Folgen der »Säkularisierung« deutlicher hervortreten. Noch 1980 ergab eine nüchterne empirische Untersuchung über die »Einstellung deutscher Ehefrauen zur Familienplanung und Schwangerschaftsabbruch«, daß »die Bedeutung der Religion für den generativen Bereich unverändert eine entscheidende Rolle spielt«, wobei allerdings nicht die formale Konfessionszugehörigkeit, sondern der »Grad der Religiosität« im Sinn der »Säkularisierungsthese« ausschlaggebend ist. Eine Umkehr des Säkularisierungstrends scheint nach dem Befund der Bevölkerungswissenschaft das einzige Heilmittel gegen die unheimliche Krankheit zu sein, die an der Lebenskraft des Abendlandes nagt. □

Den vorstehenden Beitrag entnahmen wir der römisch-katholischen Zeitschrift »Einsicht«. Sie wird herausgegeben vom Freundeskreis e.V. der Una-Voce-Gruppe Maria, Postfach 610, D-8000 München.

Medizin-Journal

Ambulante Entbindung birgt kein höheres Risiko

Eine ambulante Entbindung, das heißt, eine Entbindung in der Klinik und anschließendes Wochenbett zu Hause, stellt weder für die Mutter noch für das Kind ein erhöhtes Risiko dar.

Dies zeigt eine Untersuchung von Professor Dr. J. W. Dudenhausen aus Berlin.

Die ambulante Entbindung verbindet die Sicherheit einer klinischen Entbindung mit den Vorteilen der häuslichen Atmosphäre danach. Wie die von Professor Dudenhausen untersuchten und befragten Frauen berichteten, sei der physische Streß im häuslichen Wochenbett zwar recht groß, doch seelisch fühlten sich Frauen im klinischen Wochenbett psychisch häufig überfordert.

Für eine ambulante Entbindung müssen allerdings einige häusliche Voraussetzungen gegeben sein. Eine Hebamme sollte sich um die Betreuung von Mutter und Kind kümmern, und die Versorgung im häuslichen Wochenbett sollte durch nahestehende Personen der Wöchnerin gewährleistet sein. Bestehen dann auch von ärztlicher Sicht her keine Bedenken gegen eine ambulante Entbindung, so ist – dies zeigte die Untersuchung – das häusliche Wochenbett ebenso sicher wie das klinische. □



Nach der Piste baden gehen sportliche und gesundheitsbewußte Urlauber in der Sport-Kur-Region Achensee in Tirol. Ab 370 Mark ist man für eine Woche dabei. Weitere Informationen geben die Verkehrsämter Achenkirch, Maurach und Pertisau.



Für sauberes Wasser sorgt dieser praktische Wasserfilter von Quelle, mit dem sich 1,2 Liter Leitungswasser von schädlichen und geschmacksbeeinträchtigenden Stoffen säubern lassen. Das gefilterte Wasser verbessert spürbar das Aroma von Tee, Kaffee und vielen Speisen und wirkt gedeihlich auf Topfpflanzen.

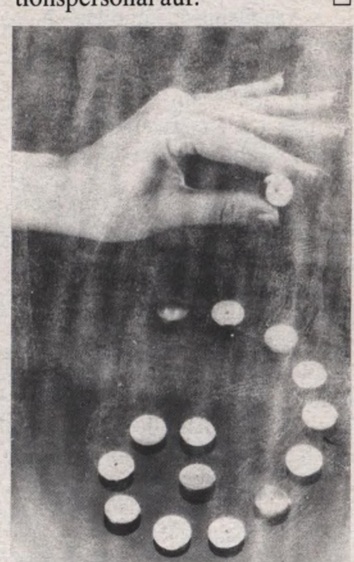
Knoblauch als Heilmittel

Daß Knoblauch und Zwiebeln Wirkstoffe enthalten, die bei verschiedenen Krankheiten Heilkräfte entwickeln, ist seit alters her bekannt. Der Hauptwirkstoff des Knoblauchs und der Küchenzwiebel ist das Allicin, das eine milde, dem Penicillin ähnliche Wirkung auf Bakterien hat. Außerdem steigert es die körpereigenen Abwehrkräfte. Obendrein wird durch einen weiteren Wirkstoff, das Ajoen, die Blutgerinnung herabgesetzt, was der Bildung von Blutgerinnseln in den Blutbahnen entgegenwirkt.

Die positiven Wirkungen des Knoblauchs sind aber nachweislich untrennbar mit dessen Geruch verbunden. Aus diesem Grund muß jeder Versuch scheitern, ein geruchloses und ebenso wirksames Knoblauchpräparat herzustellen. Diese Meinung vertritt nach eingehenden Studien der Wissenschaftler Oldrich Konvicka. □

UV-Licht im Operationssaal

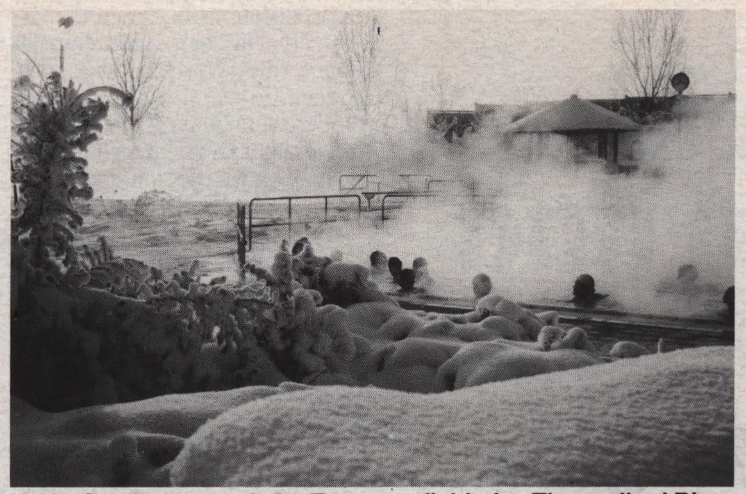
Daß ultraviolettes Licht, sei es durch Sonnenbestrahlung oder künstliche UV-Lampen, auf alle möglichen Arten von Krankheitskeimen vermindernd einwirkt, weiß man seit langem. Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin mitteilt, operierten in Schweden A. Carlsson und sein Mitarbeiterteam bei ausgedehnten Eingriffen unter einer UV-Bestrahlung. Dabei konnten die Keimzahlen in der Umgebung des Operationstisches deutlich gesenkt werden und damit die Gefahr einer Infektion des Patienten. Nebenwirkungen dieser Bestrahlung traten weder bei den Patienten noch beim Operationspersonal auf. □



Hörgeräte sollen in Zukunft nicht nur zweckmäßig, sondern auch schön sein. Die Stuttgarter Firma Micro-Technik entwickelte für ihren Hörgerätetyp Fonett jetzt aufsteckbare farbige und goldene Kappen.

Topfpflanzen in Krankenzimmern ungefährlich

Immer wieder hört oder liest man, daß Topfpflanzen nicht ins Krankenzimmer gehören, da sie Baktieren beherbergten, die bei den Patienten zusätzliche Infektionen hervorrufen könnten. Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin mitteilt, ist diese weitverbreitete Ansicht irrig. Dies konnte der israelische Wissenschaftler A. Siegmann-Igra am Medical-Center in Tel Aviv nachweisen. Zwar beherbergen Topfpflanzen – wie alle Lebewesen – bestimmte Bakterienarten, doch sind diese nicht imstande, beim Menschen Krankheitserscheinungen hervorzurufen. □



Heiße Quellen gegen kalte Tage empfiehlt das Thermalbad Birnbach im südlichen Niederbayern seinen Wintergästen. Weiter auf dem Programm: Wandern, Eisstockschießen oder die Besichtigung von Kunstdenkmälern.

Entlastung der Wirbelsäule nach intensivem Sport

Im Lauf eines Arbeitstages, besonders aber nach einer intensiven sportlichen Betätigung, verändert sich die Körperhöhe infolge eines leichten Zusammensinkens der Zwischenwirbelscheiben. Bei Belastungen geben die Bandscheiben nämlich mehr Wasser ab als sie aufnehmen können. Ein Auffüllen dieses Wasserverlustes nach starken Belastungen ist aber dringend anzuraten, da mit dem Flüssigkeitsspiegel auch der Nährstoffspiegel der empfindlichen Bandscheiben sinkt.

Um den Wiedereinstrom von Wasser und Nährstoffen zu gewährleisten, rät der Sportmediziner F. Bertold dazu, sich nach großen körperlichen Anstrengungen eine 15minütige Ruhepause zu gönnen und diese in bestimmten körperlichen Lagerungen zu verbringen. Bei der Stufenlagerung etwa liegt man auf dem Rücken, Hüfte und Kniegelenk sind jeweils in 90 Grad gebeugt, die Unterschenkel liegen auf einem Stuhl oder auf einer Bank.

Bei der sogenannten Extensionslagerung, bei der eine noch deutlichere Größenzunahme erzielt werden kann, hängt das Gesäß frei, die Unterschenkel liegen auf und die Knie sind im rechten Winkel gebeugt. Durch diese kurzzeitige Erholungsmaßnahme kann die Versorgung der Zwischenwirbelscheiben mit Wasser und Nährstoffen auch nach großen Belastungen problemlos erfolgen. Eine frühzeitige Abnutzung der Bandscheiben kann so verhindert werden. □

Schutzkleidung vermindert Verletzungen beim Motorradfahren

Wie der deutsche Unfallchirurg R. H. Gahr und seine Mitarbeiter aufgrund eingehender Studien berichten, liegen die verheerenden Folgen nach Motorradunfällen häufig in der unzureichenden Schutzbekleidung der Betroffenen begründet. Dabei ist die Schutzwirkung moderner Motorradbekleidung unbestritten. Besonders die Rate offener Brüche und schwerer Weichteilverletzungen läßt sich durch das Tragen geeigneter Lederkleidung deutlich senken. Sie bietet ebenfalls Schutz vor Brandverletzungen durch die Reibungshitze beim Rutschen des Fahrers auf dem Straßenbelag sowie nach Explosionen der Benzintanks.

Auch die Zahl schwerer Schädel-Hirnverletzungen ist zwar seit der Einführung der Schutzhelm-Tragepflicht deutlich rückläufig, doch könnte auch sie durch das konsequente Tragen von geschlossenen Schutzhelmen noch gesenkt werden. □

Keine Angst vor Aids im Schwimmbad

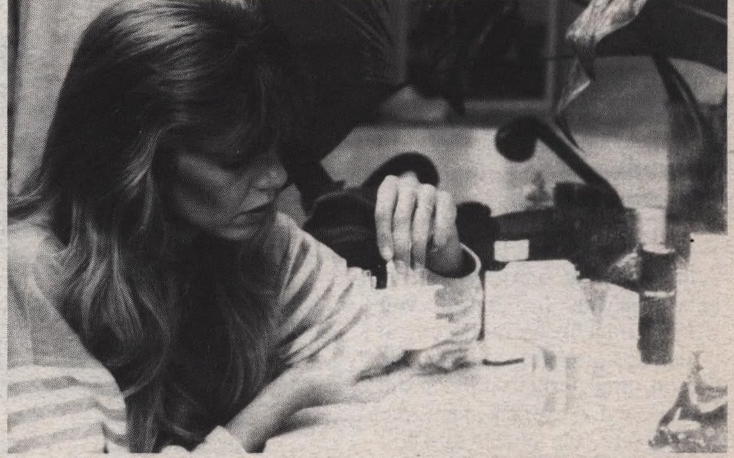
Nach einer Untersuchung des englischen Wissenschaftlers A. J. Zuckerman ist eine Verbreitung durch Infektionen im Wasser, insbesondere in Schwimmbädern, mit dem sogenannten Aids-Virus extrem unwahrscheinlich. Das Virus wird durch Geschlechtsverkehr beziehungsweise Blut übertragen, nicht aber durch gesellschaftlichen Umgang, auch nicht über Geräte zur Körperpflege, Eßgeschirr oder Trinkgläser, die gemeinsam verwendet werden. Auch durch Husten und Schnupfen ist bisher eine Übertragung nicht bekannt geworden.

Im Schwimmbecken dürfte obendrein die starke Verdünnung sowie die übliche Chlorung eine zusätzliche Sicherheit dafür darstellen, daß das Aids-Virus in Swimming-pools nicht übertragen werden kann. □

Ausdauertrainierte leben länger

16 936 Absolventen der Harvard-Universität im Alter von 25 bis 74 Jahren wurden von dem amerikanischen Wissenschaftler R. S. Passenbarger und seinen Mitarbeitern auf ihre Lebensgepflogenheiten hin befragt. In den Jahren von 1962 bis 1978 starben 1413 von ihnen. Wie sich herausstellte, stand der Trainingszustand – hier vor allem im Ausdauerbereich – mit der Sterbe-Wahrscheinlichkeit im Zusammenhang.

Bei den gut Trainierten war das Sterblichkeitsrisiko nämlich um ein Viertel bis ein Drittel niedriger als bei den in Hinblick auf Lebensstil und Risikofaktoren vergleichbaren Personen ohne Ausdauertraining. Dies traf auch auf Raucher zu ebenso wie auf Bluthochdruckkranke und Übergewichtige. Das höchste Sterblichkeitsrisiko hatten die Zigarettenraucher und Bluthochdruckkranken. □



Es gibt jetzt einen Schwangerschafts-Selbsttest aus der Apotheke: B-Test color. Mit dieser neuen Methode läßt sich eine mögliche Schwangerschaft bereits am Tag der erwarteten Menstruation feststellen.

Therapie

Edelsteinmedizin und kosmische Strahlung

B. Bhattacharyya

In Indien werden Edelsteine seit alter Zeit als Medizin verwendet. Ayurwedische Ärzte, die nach den altindischen heiligen Schriften arbeiten, verwenden seit Jahrhunderten Edelsteine zu Heilzwecken in Aschenform. Der Mann auf der Straße hat jedoch keinen Vorteil aus diesem System, da Edelsteinmedizin teurer ist als die teuersten europäischen und amerikanischen Medikamente. Niemand bezweifelt in Indien die Wirksamkeit der Edelsteine zur Behandlung von Erkrankungen der verschiedensten Arten.

Edelsteine sind voller kosmischer Strahlen. Sie sind außerordentlich heilkräftig. Die Wirkkraft der Edelsteine wird von jedem ayurwedischen Arzt, auch jedem mit westlicher Schulung, bestätigt. Leider sind alle modernen Therapien unvollständig, indem sie nicht die effektive Wurzel des Problemes, das heißt seinen Ursprung, die Ursache einer Erkrankung erreichen. Die Ärzte unserer Gegenwart haben gelernt, nur die in Erscheinung tretende Krankheit zu behandeln. Allerdings steht uns dafür eine riesengroße Auswahl erstklassiger pharmazeutischer Produkte zur Verfügung. Weil wir aber die Wurzel der Krankheit nicht erfassen, wird diese immer wieder an einer anderen schwachen Stelle des Körpers ausbrechen.

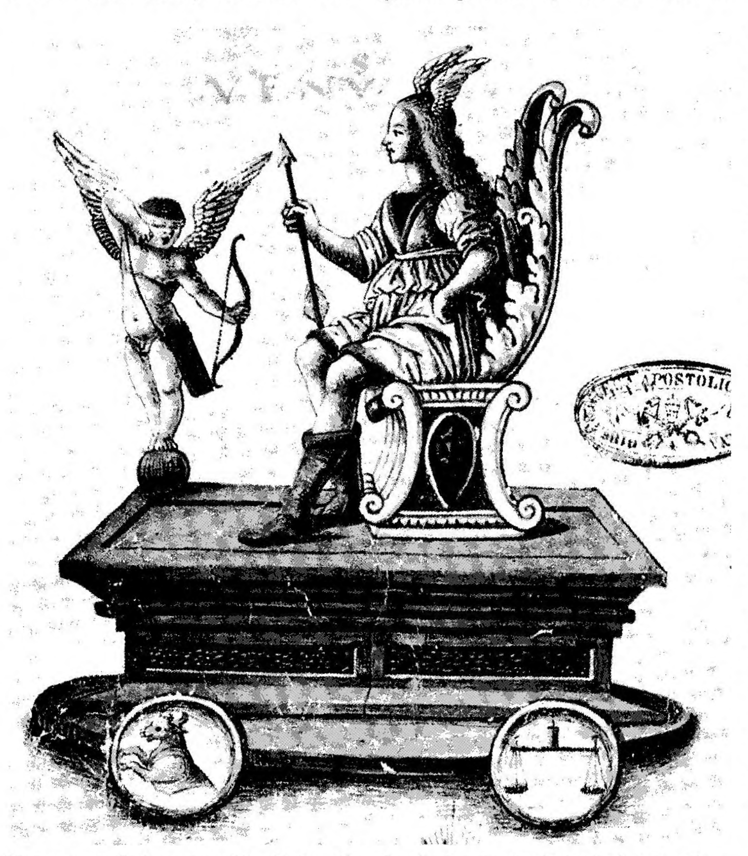
Symbole eines besseren Lebens

Wie in den heiligen Büchern der Ayur-Veden geschrieben steht, haben sich als die Ursache von Erkrankungen Veränderungen in der kosmischen Strahlung erwiesen, und deshalb müssen die kosmischen Strahlen auch die Kräfte sein, die eine Krankheit von Grund auf zu heilen vermögen.

Edelsteine sind gemeinhin nur bekannt als schöner Schmuck und wertvolle Geldanlage. Das ist aber nicht alles. Die verschiedenen Steine haben unterschiedliche Strukturen, verschiedene Kristallisationsformen und Farben, die für den Edelsteinfachmann die Wertgrundlage darstellen. Einige sind sehr kostbar, andere sind billiger; manche sind reich im Glanz, manch andere glanzlos; wieder andere haben leuchtende Farben oder sind matt; einzelne haben einen wohltuenden Einfluß, andere sind harmlos.

Es gibt Steine, die man auf Anhieb begehrt, von anderen fühlt man sich abgestoßen. Wenige sind von einer Farbe, nur die meisten zeigen eine Vielfalt von Farben und Farbspielen. Von den unzählig vielen Edelsteinarten sind einige populär und wohlbekannt: Kristall, Amethyst, Mondstein, Smaragd, Achat, Rubin, Onyx, Opal, Diamant, Saphir, auch, obgleich sie keine Edelsteine sind, Perlen.

Edelsteine werden von den Menschen seit jeher bewundert, begehrt, gebraucht. Sie dienen Anlagezwecken, aber auch als Symbole besseren Lebens, der Erhöhung von Ansehen, Macht und Popularität – nur selten zum Schutz gegen Krankheiten. Die altindischen Könige wurden durch die heiligen Verordnungen angewiesen, nur die besten Edelsteine zu sammeln, um sich gegen ungünstige Einflüsse zu schützen.



Venus und das gewöhnliche Kupfer haben ein Symbol gemeinsam, doch hier, mit ihrem Flügelhelm und dem Pfeil des geheimen Feuers, vertritt sie das merkuriale, weiße, weibliche Element.

Heilen mit kosmischen Strahlen

Was nun folgt, ist für den westlichen Menschen kaum verständlich, es sei denn, daß er die altindischen Schriften studiert hat und die alten Weisheiten zu entziffern vermag. Für den Asiaten – wie auch für den noch im archaischen Milieu der Natur lebenden Afrikaner, der von alten Überlieferungen geprägt lebt – wird das Nachfolgende nichts Neues bieten.

Der skeptische Abendländer hat den Vorteil, daß infolge seiner rationalen Sachlichkeit eine große Distanz bei der wissenschaftlichen Überprüfung vermittelten Wissens gesichert erscheint. Er wird deshalb aber um so mehr über die ungeheuren Möglichkeiten der kosmischen Strahlentherapie erstaunt sein. Ich will versuchen, in wenigen Worten den Zusammenhang mit unserem Thema – das Heilen mit kosmischen Strahlen – durch einen Einblick in die indische Denkweise offenzulegen.

Wir stehen, ob wir es wünschen oder nicht und ob wir es wissen oder nicht, unter dem Einfluß kosmischer Strahlungen. Diese sind nicht etwa nur um uns oder in einer bestimmten Distanz von uns; sie sind in uns selbst, in unserem Körper, in unseren Sinnesorganen und erfüllen unser ganzes Leben. Damit ein lebender Körper im Gleichgewicht oder, mit anderen Worten, gesund ist, müssen alle sieben kosmischen Farben in etwa gleichen Anteilen vorhanden sein. Ist eine Farbe etwa im Überschuß oder in zu geringer Menge vorhanden und ist der Körper nicht in der Lage, eine ausgleichende Zufuhr zu sichern, so entsteht eine Krankheit.

Obwohl wir Ärzte uns seit Jahrtausenden bemühen, Methoden zu finden, um die wahren Krankheitsursachen zu ermitteln, sind wir bis heute aufgrund unserer Medizin nicht imstande, solches zu bewerkstelligen. Wenn wir aber unseren alten Büchern Glauben schenken, so entsteht eine Krankheit dann, wenn die Schwingung, die von einer lebenden Zelle ausgeht, nicht in Harmonie mit der zuge-

hörigen Strahlung steht. Einer kranken Zelle aber können wir nun mit Hilfe der kosmischen Strahlungen, die ja nichts anderes als Energieträger darstellen, neuen Lebenshauch einflößen.

Die indischen Panthras, alte Dokumente reichen Naturwissens, enthalten klare Vorschriften für die Verwendung der Edelsteine und ihrer zugehörigen kosmischen Farbstrahlungen. Jahrhundertelang wurde dieses Wissen kaum verstanden, aber aufgrund der heute vorliegenden Forschungsergebnisse modernster westlicher Wissenschaft ist es nicht mehr schwierig, für das in den Panthras Ausgesagte eine wissenschaftliche Grundlage zu finden.

Feuer herrscht im Menschen

Wer sich die Mühe nimmt, die Panthras aufmerksam zu studieren, wird feststellen, daß darin sehr viele für moderne Forschung wertvolle Ideen zu finden sind. Wie die westliche Pharmakologie gelernt hat, Wirk- und Heilstoffe der Pflanzen gemäß den Anordnungen alter Tempelschriften zu bereiten und zu verwenden, so ist die Zeit angebrochen, in der die Biophysik altes Wissen für moderne Therapie verwendet.

Die sieben hauptsächlichen kosmischen Strahlen bezeichnen wir als die VIBGYBOR-Strahlen des Spektrums (V=Violett, I=Indigo, B=Blau, G=Grün, Y=Yellow/Gelb, O=Orange, R=Rot). Von ihren Eigenschaften und ihrer Verwendung soll hier die Rede sein.

Die kosmischen Strahlen, die wir aus Edelsteinen gewinnen und auf den Patienten einwirken lassen, umgeben diesen wie eine Umhüllung. Das magnetische Feld, das durch die Strahlen geschaffen wird, scheint die Person eng zu umschließen und nur zu verschwinden, wenn die Hochfrequenzvibration aufhört. Der Bestrahlte kann in den meisten Fällen den Einfluß der Strahlung, die mit den normalen physikalischen Meßmethoden nicht erfaßbar ist, fühlen, und zwar bereits im Augenblick der Ingangsetzung. Alle sichtbaren kosmischen Strahlen des Spektrums sind von Natur aus »gutartig« und deshalb von großem Nutzen für den Patienten.

Rot ist die Farbe des Elementes Feuer. Deshalb produziert die rote Strahlung Wärme im Körper. »Feuer« herrscht im Menschen als Verdauungskraft (Pachaka Pitta) und ferner als Sehkraft der Augen (Alochaka Pitta). Pachaka Pitta verdaut die Speisen, und Alochaka Pitta läßt uns die Farben und Formen unterscheiden. Die rote Strahlung und damit die rote Farbe ist das erste Element unter den sieben Regenbogenfarben.

Das Element des Feuers ist wichtig zur Erhaltung der Körpertemperatur, da sonst der Kältefluß alles Leben paralysieren würde. Ohne Wärme wäre weder Bewegung noch Aktivität möglich. Es gibt im ganzen, gemäß unserem Ayur-Veda, über vierzig Wärmeerkrankungen.

Rote Strahlungen können aber nicht bei allen Wärmemangelerscheinungen eingesetzt werden. Man verwendet sie vorzüglich für solche Erkrankungen, die aus Erkältungen resultieren. Solche gibt es nach dem Ayur-Veda etwa zwanzig.

Wenn der rote Ring, den man mit Hilfe des Prismas um die Augen einer Person wahrnehmen kann, zu dunkel oder zu wenig deutlich erscheint, dann ist etwas krank. Rote Strahlen werden mit Vorteil dort eingesetzt, wo sie Kälte kompensieren sollen, beispielsweise bei Erkältungen und Husten. Im Fall eines Kollaps, wo Kälte fatal ist, wird rote kosmische Strahlung mit besonderer Wirkung eingesetzt. Rot bezeichnen wir auch als den Antagonisten von Orange. Deshalb kann jeder Überschuß einer orangen Strahlung mit roten kosmischen Strahlen kompensiert werden.

Das große Verlangen nach Sonne

Die rote Farbe des Feuerelementes ist mit der Sonne identisch. Sonne und Mond sind für die Erde die wichtigsten Lichter am Himmel. Wir erhalten die meisten unserer Kräfte von diesen Planeten. Die Sonne bezeichnen wir als Seele und den Mond als Körper.

Bei allen Erkrankungen ist es wichtig festzustellen, ob diese durch einen Überschuß an Hitze oder Kälte entstanden sind. Bei einem am Gesichtsausdruck feststellbaren Zustand der Schlaffheit und mangelnder Aktivität, ist die Seelenkraft geschwächt; sie benötigt deshalb Energie und Hitze. In einem solchen Fall wird die rote Strahlung mit Sicherheit helfen.

Ist andererseits jemand ständig übererregt und neigt zu Unbeherrschtheit, ist für uns klar, daß es an ausgleichender Kälte fehlt oder diese falsch wirkt. Solche Menschen benötigen kühlende Strahlung von der orangen Farbe oder, wie wir es auch ausdrücken, die beruhigende Hilfe des Planeten Mond.

In den Einflüssen von Sonne und Mond und deren Farben, nämlich Rot und Orange, liegt der Schlüssel der kosmischen Strahlentherapie. Die Sonne wirkt auf die Verdauungskräfte und das Sehvermögen. Rote Strahlen helfen immer, wenn da Schwächen auftreten. Auch schlechte Gewohnheiten können nach unseren alten Wissensbüchern durch eine längere Bestrahlung mit roten kosmischen Strahlen gebessert werden.

Andererseits können »kühle Temperamente« aktiviert werden. Das große Verlangen der Menschen nach Sonne zeigt sich darin, daß diese, eine Völkerwanderung gleich, in den Ferienzeiten an die sonnigen Meeresstrände strömen; sie suchen den aktivierenden Einfluß, die Aktivitätserhöhung. Das wirkt sich günstig aus, außer bei Menschen, die bereits rotüberschüssig sind; diese neigen dann zu Hitzschlag oder Embolien.

Die orange Strahlung

Orange ist die Farbe des Elementes Wasser. Orange Strahlen erzeugen Kälte außerhalb wie auch innerhalb des menschlichen Körpers. Kälte ist ein Verzögerungs- oder Bremsfaktor gegenüber der »heißen« Aktivität. Wir sagen auch, daß Kälte zum Tamas-Prinzip, zu der Kraft des Unbeweglichen, der Masse, gehört. Kälte und Feuchtigkeit der Sekrete im Inneren des Körpers bewahren den Organismus gegen überschüssige Hitze. Kälte ist für den Körper wichtig, weil sonst der Körper an Wärmeüberschuß verbrennen würde.

Insgesamt sind etwa zwanzig Kälteerkrankungen im Ayur-Veda beschrieben. Da die orange Farbe kalt ist, darf sie nicht gegen Kälteerkrankungen eingesetzt werden, sondern nur gegen Hitzeerkrankungen. In allen Fällen von überhöhter Körpertemperatur werden orange Strahlen mit Nutzen verwendet.

Orange ist dem sanften, kühl strahlenden Mond zugesellt. Unser Körper und unser Geist sind von diesem Planeten stark beeinflußt und damit auch von seiner Farbe Orange. Der Mond gilt nach unserer Denkweise als weiblich, die Sinne als männlich. Der Mond ist unser Körper, die Sonne unsere Seele. Der Mond ist kalt, er ist die Ruhe; er verkörpert die Masse. die Sonne ist Energie, ist Aktivität. Der Mond ist positiv, die Sonne negativ.

Wir glauben, daß der Mond schon bei der Geburt stark auf die Menschen einwirkt. Das beruht auf seiner Erdnähe. Sein starker Einfluß zeigt sich auch in Ebbe und Flut. Wenn wir den Mond über längere Zeit täglich durch das Prisma betrachten, so können wir feststellen, daß die Mondfarbe sich stets verändert. Sie kann gelegentlich vollständig gelb sein. Dann ist er, sagen wir, unter den Einfluß des Planeten Mars gelangt.

Manche akute Erkrankung, insbesondere Fieber, wird durch orange kosmische Strahlung behoben. Die Applikation der orangenen Farbe dient der Herabsetzung übersteigerter Aktivität der Körperfunktionen. Betrachten wir durch das Prisma beispielsweise Rauwolfia serpentina, eine Pflanze, die einen blutdrucksenkenden Wirkstoff enthält, so sehen wir eine konzentrierte orange Ausstrahlung. In Indien wird dieses Medikament ausschließlich gegen Hitzeerkrankungen – beispielsweise gegen Schlaflosigkeit und Erkrankungen, die aus Schlafmangel hervorgehen – eingesetzt.

Die orange Farbe ist wie der Mond positiv. Diese Kraft ist eine Kombination von Rot und Gelb, die beide negative Hitzekräfte verkörpern. Deshalb kann ein Überschuß an Rot oder Gelb mit Orange kompensiert werden.

Wie bereits erwähnt, ordnen wir die gelbe Farbe dem Planeten Mars zu, der das Wärmegleich-

Therapie

Edelsteinmedizin und kosmische Strahlung

gewicht des menschlichen Körpers steuert. Nach modernen Begriffen entspricht dies dem Redox-System oder, nach der chinesischen Akupunkturlehre, dem Dreierwärmer-System. Kraftlose Personen zeigen einen Mangel an gelber Farbe. Gelbe Strahlen sind den roten verwandt; aber wir bezeichnen Gelb als animalische Wärme und Rot als Feuer.

Patienten, die an Fiebern, Rheumatismus oder Tuberkulose leiden, weisen eine überwiegend gelbe Farbe auf, sie sind gelbüberschüssig. Solchen Erkrankungen begegnen wir mit kühlenden elektromagnetischen Wellen, entweder von Orange oder Grün.

Die grünen Strahlungen

Grün ist die Farbe des Elementes Erde. Wenn in den heiligen Büchern vieler Religionen gelehrt wird, daß alle Lebewesen aus Staub sind und wieder zu Staub werden, so steht dies auch in Übereinstimmung mit dem Ayur-Veda. Die Erdfarbe ist für unser Leben wichtig, für den Körper, die Gebeine, das Fleisch, die Haare und die Nägel.

Grüne Strahlungen vermitteln dem Organismus Kraft und Zähigkeit. Als Therapeutikum wirken sie besonders gegen typhoide Anfälle und andere Fieber giftigen Ursprungs. Mit grünen Strahlen bekämpfen wir die meisten bakteriellen Erkrankungen.

Die grüne kosmische Farbe ist mit dem Planeten Merkur verbunden, der das Erdprinzip beherrscht. Er ist seiner Natur nach kühl und in allen Belangen dem Orange verwandt. Wir setzen die grüne Farbe in vielen Fällen ähnlich ein wie die bereits erwähnten orangen Strahlungen, die vor allem bei akuten Erkrankungen und Fiebern heilen. Die grüne Strahlung allein wird bei chronischen Erkrankungen oder Infektionen verwendet. Orange könnte man als geistiges Kalt und Grün als Kälte im physikalischen Sinn bezeichnen.

Die blauen Strahlungen

Im Indischen nennt man das, was die alten Griechen mit Äther bezeichnet haben, Akasa. Die Farbe des Elementes Akasa ist blau. Blau erfüllt das ganze Weltall und umfaßt auch das, was in der heutigen Physik das Magnetfeld ist, oder den Raum, den das Gravitationsfeld ausfüllt.

Akasa ist nach unseren heiligen Büchern die erste Strahlung gewesen, die zur Entstehung der Erde benötigt wurde. Deshalb glauben wir auch, daß die Lebenskraft vom kosmischen Blau kommt. Aber dieses Blau, das der Äther ist, unterscheidet sich von der Luft, die wir atmen und die wir als Atmosphäre bezeichnen.

Die blauen kosmischen Strahlen repräsentieren also die Lebenskraft in Menschen, Tieren und Pflanzen. Sie ist dem Planeten Jupiter zugeordnet, den wir Jiva nennen. Blaue Strahlen sind neutral, warm, aber nicht heiß. Wir setzen blaue kosmische Strahlen bei allen Erkrankungen von Organen, die irgendwie mit der Tonbildung zu tun haben (das Ohr, der Mund, der Hals) zur Therapie ein. So spricht beispielsweise auf die Blau-Therapie der Keuchhusten rasch und anhaltend an.

Die indigoblauen Strahlungen

Indigo ist ein tiefes Blau, dunkler als das Blau des Jupiters. Indigoblau beherrscht die Lymphdrüsen des Körpers. Die Farbe ist dem Planeten Venus assoziiert, der seinerseits zum Element Wasser gehört.

Die indigoblaue Strahlung festigt das lymphatische System, auch alle Drüsen, sowie die Neuronen, die den Hormonumsatz steuern. Die indigoblauen Strahlen verschaffen, wenn sie in genügender Menge aufgenommen werden, Kraft und ein Gefühl des Wohlbefindens. Sie sind ein Tonikum, das den allgemeinen Gesundheitszustand hebt.

Wir setzen Indigostrahlen mit Nutzen bei Frauenkrankheiten ein, speziell bei Hormonstörungen. In habe Fälle erlebt, in denen dadurch die Sterilität von Frauen behoben werden konnte.

Recht gute Ergebnisse zeitigten sie auch bei älteren Menschen zur Überwindung von Alterssymptomen. Auf die erschlaffende Haut wirken indigoblaue Strahlen ähnlich den vielgepriesenen Procain-Abkömmlingen der Geriatrika. Sie straffen und festigen die Bindegewebe der Haut.

Die violetten Strahlungen

Violett ist die Farbe des Elementes Luft. Die Luft ist lebenswichtig für den Menschen, und wir finden sie deshalb außerhalb wie auch innerhalb des Körpers. In unserem Inneren ist der Luftteil Sauerstoff an die roten Blutkörperchen gebunden und dient dem Verbrennungsprozeß der Nahrungsstoffe.

Das Organ, das mit der Luft in direkter Berührung steht, ist das des Tastsinns, mit dem wir fühlen die Haut. Deshalb ist sie auch direkt mit der violetten Farbe verbunden. Wenn wir die Haut durch ein Prisma betrachten, ist sie, sofern sie gesund ist, von violetter Färbung.

Menschen, die in Industriezonen und übervölkerten Städten leben und ständig giftigen Gasen ausgesetzt sind, müssen krank werden. Es muß sich nicht unbedingt um eine körperliche Erkrankung handeln, sie kann auch »nur« geistiger Natur sein.

Ist das Luftelement nicht mit den anderen Elementen in Harmonie, so ist auch die Harmonie im menschlichen Körper, hinunter bis zur kleinsten Zelle, gestört. Die Luft beherrscht unser Nervensystem, alle Nerven.

Im Ayur-Veda wird die große Bedeutung aufgezeigt, die dem Element der Luft in Verbindung mit Feuer (Pitta) und Wasser (Kapha) zukommt. Alle Erkrankungen entstehen aus gestörtem Gleichgewicht. Zur Normalisierung dient die violette Strahlung, sozusagen als Aktivator aller anderen Farben.

Violette Strahlungen sind mit dem Planeten Saturn verbunden, der, wenn er in bestimmten Positionen steht, Krankheiten und anderes Elend hervorruft. Violett ist das Luftprinzip, Blau das Akasaprinzip. Zusammen nennen wir das Element Wayu.

Die in der Edelstein-Strahlentherapie verwendeten Edelsteine sind unversiegbare Quellen der sieben kosmischen Strahlen, die nach unserer alten Lehre den Kosmos oder das Universum darstellen. Die sieben hauptsächlichen kosmischen Strahlen finden wir wieder im Regenbogen, der nach legendärer göttlicher Überlieferung dem Menschen als ewige Erinnerung diene, daß die Welt mit dem Unendlichen verbunden ist. Die kosmische Strahlung – in moderner Interpretation: die durch die Strahlen übermittelte Energie – ist das kreative Prinzip des Universums und deshalb auch im Sinne der Relativitätstheorie richtig.

Alles was wir sehen, aber auch alles was wir berühren können, alle Dinge, die leben, jegliche Materie ist nichts anderes als eine Kondensation der Energie dieser sieben Strahlen, durch die das erste kosmische Prinzip geschaffen wurde, mit denen es bestehen wird und durch die es zerstört werden kann. Das Kurma Purana der Hindus erklärt auch, daß die sieben Planeten Kondensationen der sieben kosmischen Strahlen darstellen und von diesen Strahlen auch ständig umgeben werden.

Wie die Planeten sind nach den heiligen altindischen Schriften die Edelsteine nichts anderes als ebenfalls Kondensationen der sieben kosmischen Strahlen. Verschiedene Gründe werden in den Weden aufgezählt, weshalb man für Heilzwecke und das Wohlbefinden des Menschen die Edelsteine verwenden soll. Erstens zeigen gute Steine reine Farben und, was sehr wichtig ist, nur eine ganz bestimmte Farbe in Fülle, unverfälscht und ungemischt. Zweitens sind Edelsteine von äußerster Brillanz, die den Reichtum der in ihnen enthaltenen Strahlen ausdrückt. Drittens kann man aus Edelsteinen mit eigenen Mitteln relativ leicht Ausstrahlungen für Heilzwecke erzeugen. Edelsteine sind unerschöpfliche Quellen kosmischer Strahlen. □

Weitere Informationen über die Edelsteintherapie vom Institut für Ayur-Veda, Blumenstraße 7, D-7401 Neustetten.

Heilpflanzen

Baldrian bleibt aktuell

Schon seit langer Zeit ist die beruhigende Wirkung des Baldrians bekannt. Er hat neue Aktualität gewonnen in einer Zeit, in der sich viele auf die heilenden Kräfte der Natur rückbesinnen. Fast jeder kennt das Kraut, das gegen Nervosität und Einschlafstörungen gewachsen ist, doch kaum jemand weiß, wie es aussieht. Dies liegt unter anderem sicher daran, daß nur seine Wurzeln verwendet werden.

Weitgehend unbekannt ist auch, daß Baldrian nicht gleich Baldrian ist. Die Wirkstoffe des außereuropäischen Baldrians sind anders zusammengesetzt als die unseres einheimischen. Er hat von daher eine andere Wirkung. Deshalb sollte man sich vor der Anwendung vom Apotheker über Zusammensetzung und Wirkung von Baldrianpräparaten beraten lassen.

Es heißt auch Katzenkraut

Die kräftige Baldrianpflanze wird bis zu 1,50 Meter hoch. Nach dem Trocknen entwickeln ihre Wurzeln den baldrian-typischen kräftigen Geruch. Er erinnert an den Brunstgeruch von Katzen, weshalb Baldrian auch oft Katzenkraut genannt wird.

Entgegen weitverbreiteter Meinung ist Baldrian kein ausgesprochenes Schlafmittel. Er wirkt beruhigend und bringt damit die Entspannung, die oft erst die Voraussetzung für einen gesunden Schlaf ist. Dabei ist natürlich immer zu berücksichtigen, daß Einschlafstörungen auch Ursachen haben können, die nicht medikamentös behandelt werden müssen.

Zur vorteilhaften Wirkungsweise des Baldrians gehört aber auch, daß er die Konzentrations- und Leistungsfähigkeit nicht mindert.

Bereits in der Antike diente das Kraut mit seinem intensiven, nicht immer als angenehm empfundenen Geruch, als Bann- und Zaubermittel gegen Hexen und Dämonen sowie bei Teufelsaustreibungen. Über Stalltüren angebracht sollte Baldrian das Vieh vor dem »bösen Blick« schützen. Mittelalterliche Kräuterbücher empfahlen die Wurzel nahezu als Allheilmittel gegen die Pest und die Gicht, Würmer und Seitenstechen.

Baldrian in allen Formen

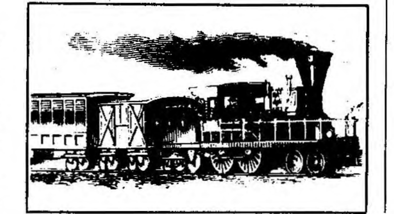
Man nimmt heute an, daß die Wirkung des einheimischen Baldrians durch die ätherischen Öle als Hauptinhaltsstoffe der Wurzel hervorgerufen wird, während in den Zubereitungen aus außereuropäischen Baldrianarten, zum Beispiel dem indischen und mexikanischen Baldrian, sogenannte Valepotriate enthalten sind.

Unser herkömmlicher Baldrian wird vorzugsweise als nebenwirkungsfreies Beruhigungsmittel gegen Einschlafstörungen und nervöse Unruhe angewendet. Dagegen gilt der außereuropäische Baldrian wegen der enthaltenen Valepotriate beziehungsweise deren Abbauprodukte bereits als leichtes Psychopharmaka, das heißt, er hat neben dem beruhigenden auch einen angstunterdrückenden Effekt. Ferner können bei dieser Baldrianart gelegentlich Magenunverträglichkeiten auftreten.

Baldrianwurzeln werden zu Tee, Baldriantinktur, Baldrianwein, Baldrian-Badeextrakten sowie verschiedenen Baldrian-Fertigpräparaten, wie Tabletten oder Dragees verarbeitet. Baldriantinktur wird heute nach den neuesten Erkenntnissen höher und damit wirkungsvoller dosiert als in früherer Zeit.

Bewährt hat sich das Rezept, einen halben bis zu einem ganzen Teelöffel Tinktur auf ein halbes Glas Wasser vor dem Zubettgehen einzunehmen. Den Baldriangeschmack kann man leicht mit etwas Honig süßen.

Bei nervösen Magenschmerzen hat sich ein Tee aus gleichen Teilen Baldrianwurzeln und Kamillenblüten als sehr wirkungsvoll erwiesen. □



Gesund leben

Gefragt ist Kleidung aus Wolle

Geht man heute in ein Kaufhaus mit der Absicht, etwa eine Bluse, ein Kleid oder einen Pullover zu kaufen, so befindet man sich unversehens in einem Dschungel von Markennamen und verschiedenen Faser- und Gewebearten. Und es bereitet einige Mühe in diesem vom Inland und Ausland reich sortierten Markt menschengerechte, gesunde Kleidung zu finden.

Naturtextilien sind heute nur noch schwer zu erhalten. Sie sind ersetzt oder mindestens gemischt mit Kunstfasern. Diese haben teilweise bestechende Eigenschaften, was Aussehen, Griff, Schmutzabweisung, Preis und Haltbarkeit betrifft. Vor allem sind sie pflegeleicht und machen wenig Mühe.

Kunstfasern machen weniger Mühe

So wurden beispielsweise Gardinen mit dem Slogan »waschen – aufhängen – fertig« zu einem Kinderspiel in der Pflege gegenüber dem früheren Aufwand. Und dieses Programm gibt es für Blusen, Hemden, sogar für Bettwäsche.

Die gesundheitsschädlichen Einflüsse, die von unserer Kleidung ausgehen, werden kaum beachtet. Synthetische Textilien sind aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken, man braucht da nur an Feinstrümpfe, Futterstoffe und Gardinen zu denken, für die es Alternativen aus Naturfasern schon längst nicht mehr gibt.

Empfindliche Menschen allerdings lehnen synthetische Kleidung ab, denn sie lädt sich leicht elektrostatisch auf und ihnen fehlt die Fähigkeit, Schweiß oder Feuchtigkeit aufzunehmen, wie etwa Wolle, die bis zu 30 Prozent ihres Eigengewichts an Wasserdampf aufnimmt und dabei sogar noch Wärme erzeugt. Ein Mantel aus reiner Wolle, der bei hoher Luftfeuchtigkeit im Freien getragen wird, erzeugt in vier Stunden die gleiche Menge an Wärmekalorien wie der menschliche Körper in derselben Zeit. Gleichzeitig kann der Mantel aber wasserabweisend sein.

Es ist erwiesen, daß synthetische Gewebe im Körper Stauungen von Feuchtigkeit und Hitze sowie elektrostatische Aufladung bewirken können, die sich dann in Aggressionen entladen kann.

Die Verwendung von Kunstfasern für die menschliche Bekleidung ist als Folge von Kriegswirren, Rohstoffverknappung und chemischer Forschung entstanden. Bezeichnend ist indessen die Tatsache, daß die bedeutenden Modeschöpfer ihre eigenen Kollektionen immer in Naturgewebe geschaffen haben. Ausnahmen bilden nur industrielle Aufträge, für eine Chemiefaser Modelle zu entwerfen.

Naturfasern mit Kunststoff überzogen

Seit einigen Jahren ist ein Trend von den synthetischen Fasern zurück zu Naturfasern zu beobachten. Doch die wenigsten Menschen, die sich nun wieder den Naturtextilien zuwenden, haben jedoch eine Ahnung, wie sie auch hier betrogen werden. Dafür einige Hinweise:

Wenn man heute ein baumwollenes Kleidungsstück kauft, so ist die Bezeichnung »pflegeleicht« daran zu finden. Das heißt, daß die Naturfaser überzogen ist mit einem Kunststoff, der eine Knitterfestigkeit bewirkt. Die Faseroberfläche, die unsere Haut berührt, besteht also nicht mehr aus Baumwolle. Deren Vorteil, bei hundert Grad gekocht zu werden, um eine sichere Entkeimung zu erreichen, ist ebenfalls dahin.

Früher wurde die Baumwolle von Hand gepflückt. Das ist heute zu teuer. Die Pflanzen werden daher vor der Ernte mit einem Entlaubungsmittel (Cyanamid) behandelt, damit die Samenkapseln maschinell geerntet werden können. Weitere Begiftung ist notwendig, um Schädlinge in Schach zu halten, die durch Humusschwund, Kunstdüngung und Monokultur, ja durch die Begiftung selbst, überhand genommen haben.

Das Tragen so veränderter Baumwolle ist damit recht bedenklich geworden. Dazu kommen die Waschmittel, die üblicherweise mit Aufhellern versetzt sind. Deren krebserzeugende Wirkung auf die Haut ist zwar bekannt, aber man findet kein Waschmittel, das diesen Stoff nicht enthält.

Eine weitere Manipulation, die die Wolle durchmacht, entsteht durch ihre Färbung. Eine gleichmäßige Färbung setzt eine totale Entfettung der Wolle voraus. So wird das für den Menschen heilsame natürliche Wollfett ganz entfernt, dafür erhält die Wolle dann nach der Färbung wieder eine künstliche Schmälze, damit sie überhaupt verspinnbar ist.

Britische Wolle stand bisher in besonders gutem Ruf. Jetzt aber wurde bekannt, daß ein englischer Farmer bestraft worden ist, weil er sich geweigert hat, seine Schafe in einer Lösung von 8-BHC, einem hartnäckigen Insektenvertilgungsmittel, zu baden, eine Anwendung, die gesetzlich gegen die Verbreitung von Räude vorgeschrieben ist.

Außerdem: Haben Sie einmal versucht, Wolle zu kaufen, die nicht eulanisiert ist? Eulan ist ein Giftstoff, der die Wolle für

Das Naturprodukt Wolle wird oft mit einem Kunststoff überzogen, was eine krebserzeugende Wirkung auf die Haut haben kann.

Motten ungenießbar macht. Hat sich schon jemand gefragt, welche Wirkungen dabei auf den Menschen ausgehen? Daß Giftwirkungen nicht einzeln betrachtet werden dürfen, sondern sich eine Gesamtsituation ergibt, wobei sich Gifte nicht einfach addieren, sondern sich unter Umständen multiplizieren, daß sich Zwischenprodukte bilden können, ist seit langem erwiesen.

Wer sich orientieren will, wird überrascht

Über die eigentlichen Trageeigenschaften der in immer neuer Vielzahl entwickelten Textilien und Fasermischungen, da fällt kein Wort. Wer sich darüber orientieren möchte, erlebt eine weitere Überraschung. Bücher über gesunde Ernährung stapeln sich in den Buchhandlungen. Ein Buch über gesunde Kleidung? Die Frage löst nur verlegenes Achselzucken aus.

Der regelmäßig erscheinende Rundbrief »Mensch und Kleidung« vom Verein für ein erweitertes Heilwesen in Bad Liebenzell kann hier eine Informationshilfe sein. Modische Eleganz und gute Hautverträglichkeit, die durchaus nicht selbstverständlich ist, schließen sich doch keineswegs aus. Wenn aber bei Modeschauen von »Tragekomfort« die Rede ist, dann meint man damit nur eingewebte Elastikfäden, die mehr Bewegungsfreiheit und besseren Sitz garantieren. Was »pflegeleicht« ist, weiß jeder Einkäufer ohnehin.

Das beste Testobjekt, um zu erfahren, ob man optimal angezogen ist, ist ein volles Kaufhaus an einem kühlen Tag. Wer draußen nicht friert und drinnen nicht schwitzt, hat gut angepaßte Kleidung gewählt.

Ein gewisser Trend zur Naturfaser

Das Bekleidungsphysiologische Institut Hohenstein betreibt hier gründliche Forschungen. Von den neuen Erkenntnissen aber haben vor allem die Bürger in Uniform Vorteile. Bei der Anschaffung von »Behördentuchen« ist man sehr pingelig, damit sich der Feuerwehrmann, der Verkehrspolizist, der Schütze bei der Bundeswehr und auch der Zollbeamte an der Grenze bei ihren Tätigkeiten wohl fühlen. Ob alle Forderungen an die Trageeigenschaften erfüllt wurden, wird laufend kontrolliert.

Wenn an den nächsten Familieneinkaufstagen Anschaffungen gemacht werden sollen, dann wüßten alt und jung auch gerne, ob an einem bestimmten Gewebe Körpergeruch lange haftet oder nicht, ob es Wind abhält, aber dabei luftdurchlässig von innen her ist, wie es mit seiner Wärmeleitfähigkeit schützt oder nicht.

Viel Genaues werden Sie nicht erfahren. Die Einkäufer auf den Modeschauen erfahren auch nichts. Extravagante Bewegungen und erstarrtes Lächeln bei den Mannequins verraten nicht, ob sie sich überhaupt wohl fühlen würden in dieser Kleidung.

Der textile Markt von heute ist hoch entwickelt und äußerst rationalisiert. Neuerungen sind wichtig, aber geschäftlich nur interessant, wenn sie Leitbilder werden und in große Stückzahlen übergehen. Alle Rohstoffe finden Verwendung, wenn sie dem entsprechen, was gerade »up to date« ist.

Ein gewisser Trend zu Naturfasern ist zwar erkennbar, aber die Manipulation durch Verfahrenstechnik und Chemie sind nicht geeignet, um solchen Waren das Gütezeichen »Gesunde Bekleidung« geben zu können.

Es bleibt also nur übrig, wie schon hier und da begonnen, im persönlichen Umkreis mit Schäfern und kleinen Wollspinnern oder auch durch eigenes Spinnen sich entsprechende Garne anzufertigen und diese dann zu verarbeiten, sei es durch Stricken von Hand oder auf einem Webstuhl, wie es in manchen Arbeitskreisen üblich ist. Immer mehr heilpädagogische Heime beschäftigen solche Werkstätten und bieten ihre Produkte an.

Was dieser riesige Markt von heute also kaum anzubieten hat, nämlich gesunde Bekleidung für Säuglinge, Kinder, Erwachsene und ältere Menschen, wird man selbst in die Hand nehmen müssen, und nur im Rahmen solcher Arbeit und ihrer Gestaltung wird gesunde Bekleidung für den Menschen zur Verfügung stehen – jedenfalls in den Bereichen, die für die Gesunderhaltung des Menschen entscheidend sind. □



Naturheilmittel

Zurück zur Natur!

Nikolaus Bergmüller

In den dreißiger Jahren genügte es oftmals einem Sportler, um im Spitzensport erfolgreich zu sein, wenn er bis zwei Trainingseinheiten pro Woche absolvierte. Heute ist dies aufgrund der zunehmenden Leistungsdichte und der verbesserten Trainingsbedingungen nicht mehr vorstellbar. Zwei bis drei Trainingseinheiten pro Tag sind in den meisten Sportarten Voraussetzung, um ganz vorne mit dabei zu sein.

Um diesen enormen körperlichen und geistigen Belastungen gewachsen zu sein, wird der Sportler aus verschiedenen Bereichen der Wissenschaft unterstützt, und auch er selbst läßt nichts unversucht, um sein Ziel zu erreichen.

Auf der Suche nach optimaler Ernährung

So analysieren Biochemiker zum Beispiel den Bewegungsablauf in den verschiedenen Sportarten, um eine optimale Technik zu entwickeln. Sportmediziner und Sportphysiotherapeuten sind ständig auf der Suche, dem Sportler noch bessere Regenerationsmöglichkeiten zu bieten, und die Ernährungswissenschaftler versuchen, durch optimale sportartspezifische Ernährung beim Sportler eine Leistungssteigerung zu erzielen.

Daß bei diesem Bestreben oft über das Ziel hinausgeschossen wird, und daß sich der Sportler durch Zufuhr verbotener, gesundheitsschädlicher Substanzen (Doping) aufs höchste selbst gefährdet, ist uns nicht erst seit den letzten Olympischen Spielen bekannt.

Bekannt ist aber auch seit langem, daß sich Sportler wie auch andere Zeitgenossen gezielt mit natürlichen Präparaten ohne schädliche Nebenwirkungen ernährt haben und dies auch heute noch tun, denen sie besondere, übernatürliche Kräfte zusprechen. Zu erwähnen wäre hier Selleriesalat, Kaviar, Spargel und Muscheln – meist versetzte hierbei der Glaube die Berge.

Längst wissenschaftlich erwiesen ist es jedoch, daß eine ausgewogene sportartspezifische Kost (Eiweiß für Kraftsportler, Kohlenhydrate für Ausdauerathleten) eine Leistungssteigerung mit sich bringt.

Ebenso ist es erwiesen, daß ein rechtzeitiger Ersatz der durch intensive körperliche Belastung verlorenen Substanzen (Wasser, Elektrolyte, Vitamine und Energieträger) die Regenerationszeit verkürzt und auch bis zu einem gewissen Grad zu einer Steigerung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit führt.

Da vor allen Dingen in den letzten Jahren Sportler, Manager und Politiker vermehrt auf Präparate mit biologischen Wirkstoffen zurückgreifen, um sich auf der einen Seite gesund zu erhalten und auf der anderen Seite ihre psychischen und physischen

Sportler, Manager und Politiker nehmen biologische Wirkstoffe zur Steigerung der psychischen und physischen Fähigkeiten.

Fähigkeiten zu steigern, interessierte uns in diesem Zusammenhang besonders, ob es möglich ist, durch Zufuhr eines biologischen Kombinationspräparates aus Trinkampullen und Kapseln, die körperliche Leistungsfähigkeit zu verbessern und die Erholungszeit zu verkürzen.

Eindeutig positive Erfahrungen

Aus bisher durchgeführten Untersuchungen an verschiedenen medizinischen Instituten und aus Veröffentlichungen anderer Autoren wird speziell von dem von uns getesteten Präparat Regazell-Energen eine positive Wirkung auf die Konzentrationsfähigkeit, das Allgemeinbefinden und eine verbesserte Abwehrlage (Immunsystem) zugeschrieben; eine Tendenz zur körperlichen Leistungssteigerung und Verkürzung der Regenerationszeit wurde ebenfalls festgestellt.

Die körperliche Leistungssteigerung und auch das Regenerationsverhalten werden im Gegensatz zur subjektiven Ein-

schätzung durch den Sportler selbst in der Sportmedizin durch exakt meßbare biochemische Veränderungen und eindeutig definierbare Leistungsparameter wie zum Beispiel die Veränderung der Herzfrequenz, das Laktatverhalten und die unterschiedliche Sauerstoffaufnahme analysiert.

Aufgrund der eindeutig positiven Erfahrungen der Breiten- und Leistungssportler mit Regazell-Energen interessierte uns im besonderen Maße, ob diese rein subjektiven Erfahrungen auch durch Leistungsparameter bestätigt werden können, wie sie bei sportmedizinischen Untersuchungen zur Bestimmung der tatsächlichen körperlichen Leistungsfähigkeit zur Anwendung kommen.

Aus diesem Grunde führte Dr. med. Kurt Steiniger in der Sportmedizinischen Untersuchungsstelle der Universität Ulm drei voneinander unabhängige Untersuchungen an insgesamt 63 Probanden durch. Alle 63 Testteilnehmer wurden eingehend untersucht, auf dem Laufband beziehungsweise Fahrradergometer intensiv belastet und in den folgenden 40 Tagen mit einer Regazell-Energen-Kur versorgt und im Anschluß daran erneut belastet.

Im Test 1 wurde speziell die Anreicherung von Harnsäure und Kreatinkinase-Aktivität im Blut untersucht, da ein Ansteigen dieser beiden Parameter eindeutig belastungsinduziert ist, das heißt, sie lassen eine Aussage über den Intensitätsgrad einer körperlichen Belastung zu.

Dabei zeigte sich, daß nach 40tägiger Einnahme des biologischen Präparates der Anstieg sowohl der Harnsäure als auch der Kreatinkinase bei gleicher muskulärer Belastung deutlich geringer ausfiel als bei Belastung vor der Kur.

Verbesserte Ausnutzung des Sauerstoffs

Im Test 2 zeigte sich unter exakt gleicher Belastung vor und nach der Kur eine signifikante positive Auswirkung des Präparates auf die gängigen Leistungsparameter.

Beim Herzfrequenzverhalten wird deutlich, daß unter dem Einfluß des biologischen Präparates während der gesamten Belastung die Pulsfrequenz niedriger war als ohne Präparat, zudem zeichnete sich eine verkürzte Regenerationszeit ab.

Ähnlich positiv waren die Ergebnisse der Sauerstoffaufnahme unter Belastung, ein Parameter, der in erster Linie die Ausdauerleistungsfähigkeit (aerobes Leistungsvermögen) der Sportler charakterisiert.

Vermutlich bedingt durch verbesserte Ausnutzung des Sauerstoffs in der Peripherie und eventuell ökonomischere Arbeitsweise des Stoffwechsels im Gewebe, war die Sauerstoffaufnahme bei gleicher Belastung nach der Kur deutlich reduziert.

Auch die Ergebnisse der Laktatanalysen (Milchsäure) sprechen für das Präparat, das heißt, daß bei gleicher Belastung in der Kontrolluntersuchung eine deutlich geringere muskuläre Übersäuerung auftrat, woraus natürlich auch eine bessere Regeneration resultiert.

Aufgrund dieser überraschend guten und teilweise signifikanten Ergebnisse führten die Ulmer Wissenschaftler den Test 2 noch einmal als Doppelblindversuch durch. Bei diesem Test erhielt die Hälfte der Probanden ein Placebo ohne jede Wirkungskomponente.

Nach Auswertung der Ergebnisse zeigte sich auch hier eine Bestätigung der beim zweiten Test eruierten Erkenntnisse.

Bei allen Tests führen die Ulmer natürlich auch eine Befragung der Probanden hinsichtlich des subjektiven Allgemeinbefindens durch. Bis auf die Placebogruppe gaben die Teilnehmer an, sie fühlten sich durch die Kur körperlich fit, sportlich voll belastbar und gesünder.

Anhand der Ergebnisse dieser Untersuchungsreihen kann die Schlußfolgerung gezogen werden, daß Regazell Energen ein ideales Basispräparat darstellt, um das Allgemeinbefinden, die psychische und physische Leistungsfähigkeit und die Regenerationsvorgänge zu verbessern. Somit dient es auch zur ganzheitlichen Unterstützung von physikalischen Maßnahmen. □



Gesund leben

Ionen bestimmen die Atemluft

Mit jedem Atemzug kommen Ionen in unsere Lungen und werden vom Blut den Zellen zugeführt. Ionen erfüllen die Luft in riesigen Mengen. Es sind elektrisch geladene Teilchen, die dadurch entstehen, daß Atome oder Moleküle unter Einwirkung starker Energien negative Elektronen aufnehmen oder verlieren. Die Energien stammen aus der kosmischen und der ultra-violetten Strahlung, aus radioaktiven Elementen im Gestein, aus Gewittern, Wasserfällen, Wind, Sand- und Staubstürmen.

Auf welche Weise beeinflussen Ionen die Stimmung des Menschen? Nach Meinung von medizinischen Autoritäten hängt die Fähigkeit, Sauerstoff aufzunehmen und zu verwerten, zum Teil von den Ionen ab. Negative Ionen im Blutstrom beschleunigen die Beförderung des Sauerstoffs in die Zellen und Gewebe und regen den Menschen in vielen Fällen ebenso an wie einige Atemzüge reinen Sauerstoffs. Positive Ionen hemmen die Sauerstoffbeförderung im Körper und rufen dieselben Symptome hervor wie beispielsweise die durch Sauerstoffmangel bedingte Höhenkrankheit. Man glaubt, daß negative Ionen auch das Retikuloendothel anregen, eine Zellengemeinschaft, die die Abwehrkräfte des Körpers steuert.

Die Gefahren der Luftverschmutzung

Schmutz- und Giftpartikel von Heizungen, Autos und Industrie dringen durch Tür- und Fensterritzen in unsere Räume ein und werden Tag und Nacht vom Menschen eingeatmet. Gefährlich ist die Luftverschmutzung, weil sie unspürbar, unsichtbar und oft auch geruchlos ist; sie wird vom Menschen kaum beachtet oder zu spät. Dabei haben Wissenschaftler festgestellt, daß viele chronische Krankheiten durch Luftverschmutzung verursacht werden.

Zwar bekämpfen wir zu trockene Luft mit Luftbefeuchtern oder schlechte Gerüche mit Raumsprays; die viel schädlicheren Schwebepartikel bleiben jedoch unbeachtet, weil sie von uns nicht wahrgenommen werden.

Überall auf der Welt nimmt darum die Zahl der Menschen mit Atembeschwerden oder erkrankten Atemwegen zu. Eine langsame, aber stete Schädigung der Gesundheit durch Luftverschmutzung ist gewiß. Die Nasenschleimhäute, das Flimmerepithel der Luftröhre und Bronchien können wohl Grobstaub aufhalten, aber nicht den mikrofeinen Luftschmutz.

Zum Entfernen dieser mikrofeinen Luftschmutz- und Giftpartikel aus der Raumluft gibt es jetzt ein neues, geniales Raumluftreinigungsgerät. Zu diesem Gerät schreibt Professor Dr. med. G. Lebek, Leiter der Abteilung für Allgemeine Mikrobiologie der Universität Bern:

»Wir erhielten den ›Vitar 250‹ zur Prüfung der Wirksamkeit hinsichtlich der Bakterien- und Schmutzpartikelaufnahme durch den Auffangstreifen des Gerätes. Zusammenfassend kann bestätigt werden, daß das Gerät aus der Raumluft bedeutende Mengen von Schmutzpartikel anzieht und innerhalb von vier Stunden in unseren Versuchen bis zu 165 000 Keime auf dem Auffangstreifen aufnimmt.«

Mit diesem Luftreinigungsgerät »Vitar«, das sich hauptsächlich für den Wohn- und Schlafbereich eignet, werden die Luftschmutzpartikel durch Ionisation elektrostatisch aufgeladen. Dies hat nichts mit ionisierenden Strahlen zu tun, sondern erfolgt nur elektrostatisch.

Sobald der Luftschmutz elektrostatisch negativ geladen ist, wird er vom positiv geladenen Schmutzmagneten des Gerätes angezogen und bleibt auf einem Auffangstreifen haften.

Ohne Luftzug, ohne Geräusche und mit minimalstem Stromverbrauch von nur einem Watt ist die Raumluft einem steten Reinigungsprozeß unterworfen. Auf dem Auffangstreifen rund um das Gerät beobachtet man von Tag zu Tag, wie der grauschwarze Luftschmutzpelz immer dichter und schwärzer wird.

Untersuchungen der Luftschmutzschicht zeigen, daß dieser hauptsächlich von Autoabgasen, Ölheizungen und Industrie stammt. Es finden sich Ruß, Staub, aus Autoabgasen Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Schwermetalle, Stickoxide, Bleioxide und verschiedenartigste andere Partikel und Aerosole, sogar Bakterien und Pilze auf dem Streifen. Wird in einem Raum geraucht, so werden Rauch-Aerosole mit Teer und Nikotin aufgefangen.

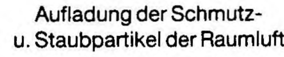
Etwa alle zwei Wochen wird der Streifen samt Schmutz- und Giftstoffen weggeworfen und ein neuer um das Gerät gewickelt, damit der Prozeß von vorne anfangen kann.

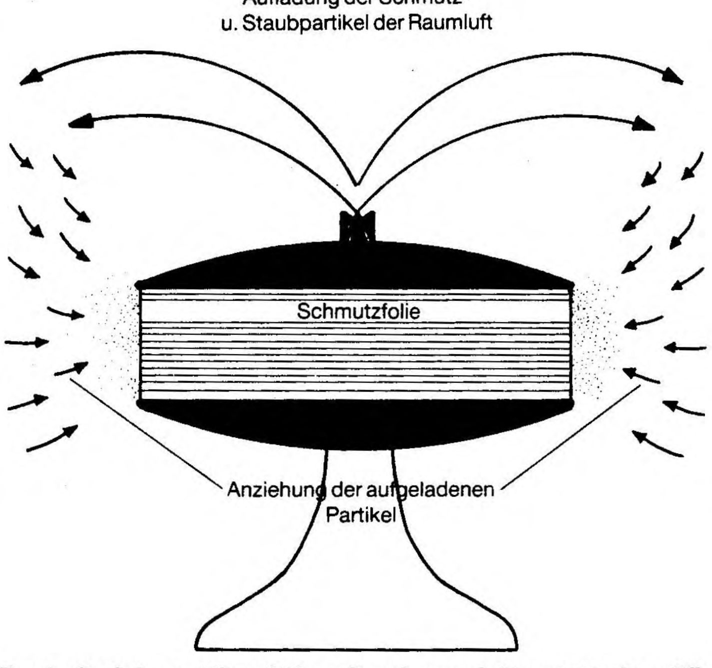
Vergleiche mit anderen Luftreinigern nach herkömmlichem System mit Ventilator und Filtern zeigen, daß beim »Vitar« der Reinigungsprozeß speziell für sehr feinen Luftschmutz rasch abläuft. Oft werden mit herkömmlichen Geräten hauptsächlich Grobpartikel erfaßt, die weniger gesundheitsschädlich sind, weil sie durch Nasenschleimhäute und Flimmerepithel aufgehalten und ausgeschieden werden. Der sehr feine, im Schwebezustand verbleibende, für unsere Gesundheit gefährlichere Luftschmutz geht durch diese Filter durch.

Ionen bestimmen unser Wohlbefinden

Das »Vitar«-Gerät ist das einzige Ionisationsgerät, das einen Luftschmutzmagneten besitzt. Das patentierte Verfahren erzeugt keine schwarzen Wände, wie dies beim Betrieb anderer Ionengeräte der Fall ist. Das »Vitar«-Gerät erlaubt durch die Spezialschaltung eine hohe Ionenproduktion, und die nach der Luftreinigung in der Luft verbleibenden negativen Ionen sind biologisch wirksamer, weil sie nicht gegen »Erde« wandern wie beim altherkömmlichen Ionengerät. □

Weitere Informationen über »Vitar«-Luftreinigungssystem von Pro Vital Versand Tien, Postfach 2468/1, D-4460 Nordhorn.





Der Luftreiniger »Vitar 250« mit seinem elektrostatischen Wirkungsprinzip.

Naturarzt

Mit der Natur heilen

Alfred Vogel

Seit über sechstausend Jahren, das heißt, seit der Zeit, als die ersten Menschen zwischen Euphrat und Tigris noch ein ideales Leben führen konnten, bis zur Gegenwart, haben die Pflanzen immer wieder den Menschen gedient. Zuerst einmal als Hauptnahrungsmittel mit all den wertvollen Nährstoffen und Vitalstoffen – und dann auch als Heilmittel, wenn irgend etwas im Körper nicht mehr ordnungsgemäß funktionierte.

Jede Pflanze ist ein großartiges, in sich selbst fertiges Rezept des weisen Künstlers, den wir Schöpfer nennen. Die jahrtausendealte Erfahrung hat gezeigt, wie vielfältig und wichtig die Pflanzen für die Gesunderhaltung unseres Körpers und damit auch für das Beheben von Fehlfunktionen und Krankheiten sind. Nach und nach hat die wissenschaftliche Forschung wertvolle Entdeckungen mit der Bestimmung von Grund- und Wirkstoffen gemacht. Vor allem natürlich auch über den Gehalt der Pflanzen, über ihre Inhaltsstoffe und über die funktionsfördernden und lebensnotwendigen Vitalstoffe.

Ingwer und Curcuma

In Indien und vor allem in Ceylon – im jetzigen Sri Lanka – kommt man oft mit zwei wichtigen Heilmittel in Berührung, die in der Ayur-Veda und in der Sanskritliteratur als hervorragende Heilmittel immer wieder gepriesen werden: die Gelbwurzel und die Ingwerwurzel. Beide sind botanisch sicher verwandt und beide sind sehr beliebte malaiische Volksheilmittel. Curcuma wird in erster Linie gegen Leberleiden und Gallestauungen eingesetzt.

In den tropischen Gebieten gibt es eine Unmenge Parasiten und demzufolge natürlich auch viele Leberfunktionsstörungen und Leberleiden als Folgen solcher parasitäten Vergiftungen. Da ist Curcuma nicht nur ein geschätztes, sondern ein hervorragendes Heilmittel mit einer spezifischen Wirkung auf die Gallebildung und Entleerung der Gallenblase.

Deshalb wurde auch von mir dem Heilpräparat Rasayana Nr. 2 Curcuma beigegeben in einer Mittelkombination, die ich in Indien von den dortigen Ärzten übernommen habe. Während also Curcuma das souveräne Lebermittel ist, dürfte Ingwer ein besonders gutes Mittel für Magen und Darm sein, besonders bei Blähungskoliken und allem, was mit den Verdauungsorganen irgendwie im Zusammenhang steht.

Eine interessante Schilderung hat schon Marco Polo von der Ingwerpflanze gegeben. Von beiden Pflanzen soll man nur kleine Mengen verwenden. Schon Anfang des 16. Jahrhunderts hat Francisco de Mendoza, der Sohn des Vizekönigs von Mexiko, diese Wurzel nach Westindien gebracht. Sie schien dort sehr gut zu gedeihen und ist auch unter der einheimischen Bevölkerung sehr beliebt geworden.

Die vom Magen ausgehende Übelkeit bei Gleichgewichtsstörungen, die man auch mit Nux vomica, mit Ipecacuanha und Apomorphium bekämpft, kann man auch in gewissem Sinn mit Ingwer beeinflussen. Die Übelkeit, die bei Autofahrten, bei Flügen und auf einer Achterbahn eintreten, werden durch Ingwer nachhaltig gebessert.

Man tut also gut daran, auf längere Reisen immer Rasayana Nr. 2 mitzunehmen, um die Leber richtig in Ordnung zu halten und die kandierten Früchte des Ingwer in die Tasche zu stecken. Unterwegs, wenn man merkt, daß einem schlecht oder übel wird, kaut man ein wenig davon.

Naturarzt

Mit der Natur heilen

Wie in anderen fernen Ländern setzte ich mich auch in Indien mit einheimischen Ärzten und Heilkundigen in Verbindung. Dabei erfuhr ich viel über alte indische Heilpflanzen und Heilmethoden. Besonders auffallend war die immer wieder vertretene Ansicht der Prüfung der Körpersäfte als Voraussetzung zur Gesundheit. Die Ärzte und Heilkundigen dort kümmerten sich deshalb weniger um gesunde und kranke Organe, wie dies bei uns selbstverständlich ist, sondern in erster Linie um gesunde und kranke Säfte.

Die Grundsätzlichkeit der Erhaltung gesunder Säfte bedeutet, daß gesunde Säfte auch gesunde Organe zur Folge haben müssen. Die Ärzte, die ich kennenlernte, achteten fast ausschließlich auf die Erhaltung gesunder Säfte. Nach ihrer Meinung und Überzeugung beruhen diese gesunden Säfte auf einer gesunden Lebensweise mit natürlicher Ernährung und einer analogen geistig aufbauenden Einstellung.

Dabei wurde immer strikt darauf geachtet, daß die Funktion des Darmes, der Leber und der Nieren makellos verlaufen muß. Gärungen im Darm müssen unter allen Umständen vermieden werden, weil diese die Säfte zu vergiften vermögen. Dadurch werden unerwünschte Zustände hervorgerufen und die Gesundheit der Säfte angegriffen.

Inder sind stets darauf bedacht, viel schleimbildende Samen zu sich zu nehmen, wobei Psyllium, auch bekannt als Flohsamen, eine wichtige Rolle spielt. Es ist üblich zweimal im Jahr eine Säftereinigungskur durchzuführen. Diese Reinigungskuren kennt man in Indien unter dem Namen Rasayana Kalpa.

Wirksam erweist sich diese Blutreinigungs- und Entschlackungskur durch die Verwendung von einheimischen Heilpflanzen. Zur Anwendung kommt der bittere Saft der Aloe, des chinesischen Rhabarbers, der Myrrhe und zur besonderen Anregung von Leber und Galle die Curcumawurzel. Dabei ist es notwendig, daß man gleichzeitig die Nieren durch einen entsprechenden indischen Tee positiv beeinflußt.

Wohltuende Verjüngung der Lebenskräfte

Wer im Frühjahr oder im Herbst eine spezifische Säftereinigungskur durchführt, spürt deren günstige Auswirkung das ganze Jahr über. Recht oft läßt sich damit auch eine hartnäckige Verstopfung in Ordnung bringen. Gleichzeitig können aber auch andere Krankheitssymptome damit behoben werden.

Man sollte diese notwendige Reinigung der Säfte im Sinne einer Wartung betrachten, wie es bei Maschinen und technischen Anlagen üblich ist, um deren einwandfreie Funktion laufend zu sichern und zu gewährleisten. Die Erfahrung der indischen Ärzte, bekannt unter dem Begriff »Kaviray«, sollte nicht ohne Beachtung der vielen erfolgreichen Auswirkungen ohne weiteres abgetan werden. Es sind inzwischen auch viele Europäer von der Idee dieser indischen Heilweise begeistert und verwenden die fremdländischen Pflanzen aus dem Orient gern, um damit festgesetzte Körperschlacken loszuwerden und in gewissem Sinn damit eine wohltuende Verjüngung der Lebenskräfte zu erreichen.

Früher war es auf dem Land üblich, jährlich im Frühling eine Blutreinigungskur durchzuführen. Hierzu wurde ein Grüntee gesammelt, überbrüht und morgens und abends getrunken. Dieser Grüntee bestand aus den frischen, grünen Blätter der Brombeeren, der Himbeeren, der Erdbeeren, des Spitzwegerichs sowie aus Huflattichblüten und wenn möglich auch noch aus Schlüsselblumen. Statt mit Zucker wurde dieser Tee mit Honig gesüßt.

Eine Blutreinigung bedeutet für die Körperfunktionen eine Anregung und bewirkt schon dadurch in gewissem Sinn auch eine Reinigung. Nach der indischen Vorstellung soll man die Körpersäfte von Zeit zu Zeit reinigen. Rasa ist der altindische Name für Körpersäfte und Rasayana Kalpa ist die Bezeichnung für eine Säftereinigungskur nach dem Muster und der Methode im alten Indien.

Eine solche Kur, über die ich absichtlich ausführlich berichte, besteht aus vier natürlichen Pflanzenheilmitteln, die in ihrer Kombination die Funktion des Darmes, der Leber, des Magens und der Niere besonders gezielt anregen.

Der Körper dankt es mit neuer Lebenskraft

Die gesamte Rasayna-Kur besteht aus allen vier Mittel, dem Arabiaforce, Rasayana Nr. 1, Rasayana Nr. 2 und Nephrosolid sowie Nierentee.

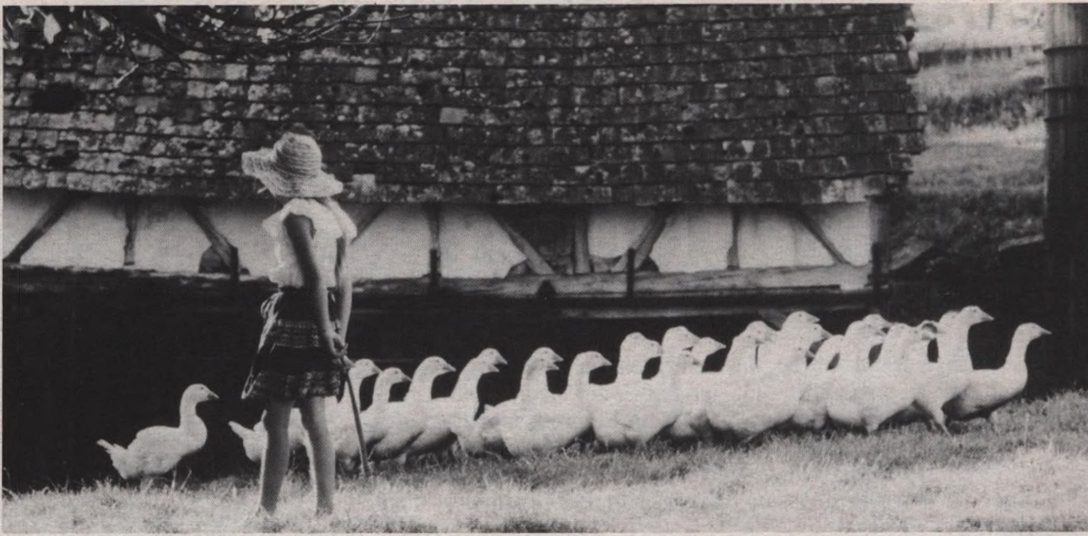
Rasayana Nr. 1 ist eine Kräutertablette, die besonders den Darm anregt und reinigt. Dreizehn orientalische Kräuter zu gleichen Teilen sorgen für eine optimale Wirksamkeit. Morgens und abends soll man zwei bis vier Tabletten mit etwas Nierentee oder Wasser einnehmen.

Rasayana Nr. 2 ist ebenfalls eine Kräutertablette, die besonders auf Leber und Galle wirkt und damit die Gallenabsonderung bei Leberstörungen vermehrt. Hauptsächlicher Anteil dieser Kräutertablette ist die Curcumawurzel neben Aloe, Tausendgüldenkraut, Johanniskraut, Löwenzahn und noch anderen Heilpflanzen. Von diesen Tabletten soll man täglich nach dem Mittagessen zwei bis vier Stück mit etwas Nierentee oder Wasser einnehmen.

Nr. 3 ist ein Spezial-Nierentee, der die Tätigkeit der Nieren anregt und damit auch die Ausscheidung der harnpflichtigen Stoffe fördert.

Nr. 4 ist eine arabische Pflanzenessenz, und wird nach einem alten Kräuterrezept hergestellt. Dieses Rezept wurde von Paracelsus nach Europa gebracht. Das Mittel »Arabiaforce« übt auf die Magen- und Darmschleimhäute eine günstige Wirkung aus.

Alle vier Mittel zusammen dienen zur Durchführung einer Art Frühjahrsreinigung, was allen zugute kommt, die unter Verstopfung oder trägen Stoffwechsel leiden. Nach der Rasayana-Kur führen wir noch eine Frühlings-Grüntee-Kur durch, die dadurch in ihrer Wirkung noch unterstützt wird und damit doppelt so gut wirkt. Unser Körper dankt es uns mit neuer Lebenskraft. □



Früher war es auf dem Land üblich, jährlich eine Blutreinigungskur mit Grüntee durchzuführen.

Weitere Informationen über die von dem Schweizer Naturarzt Dr. h. c. Alfred Vogel erwähnten Heilmittel erhalten Sie über die A. Vogel GmbH, CH-9053 Teufel AR.

Baubiologie

Plädoyer für eine sanfte Chemie

Hermann Fischer

Wer sich ein wenig mit der Chemie auseinandergesetzt hat, wie wir sie heute vor uns haben, ahnt, daß eine ungeheure Brisanz in diesem Thema liegt. Denn die Chemie, mit der wir es heute zu tun haben – genauer gesagt, die Aktivitäten, Produkte, Auswirkungen und Verfahren unserer chemischen Industrie – sind alles andere als »sanft«. Das bedeutet, wenn man für eine sanfte Chemie plädiert, daß man eigentlich für etwas ganz Neues plädiert. Das heißt, es ist eigentlich eine Art Revolution, die uns bevorstände, wenn es uns gelänge, eine sanfte Chemie hervorzubringen.

Es wäre eine Revolution, die ich in ihrer Tragweite – gerade, was die Wirkung auf die Menschen selbst betrifft – für nicht geringer einschätze, als beispielsweise diese Art Revolutionen, die in den Gedanken der Menschen stattgefunden hat, wenn sie einmal begriffen haben, daß wir uns etwas Singuläres, etwas Einzigartiges, etwas mit unausdenkbaren Wirkungen beispielsweise mit der sogenannten Atomenergie in unsere Zivilisation hineingeholt haben.

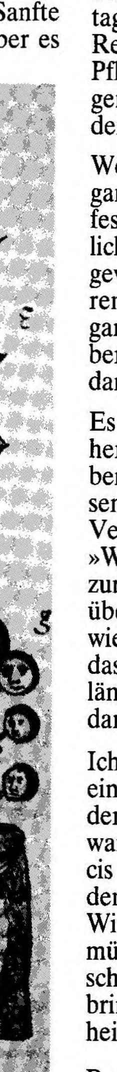
Die Stärke der »Sanften«

Wichtig ist, daß man sich einfach einmal darüber klar wird: Was ist denn das eigentlich, eine harte Technologie, und wie könnte eine »weiche« Technologie aussehen?

Wir sind fast ein bißchen darauf getrimmt, alles das, was einen sanften Charakter hat, vielleicht sogar zu verachten, deswegen, weil das Sanfte als etwas wie Waschlappigkeit oder Unbestimmtheit oder Unkonkretheit erscheint. Das ist eines der Mißverständnisse, die ich versuchen werde, auszuräumen.

Die Sanftheit, die ich meine, ist nicht unbestimmt, lasch und beliebig, sondern geradezu unerbittlich. Es ist vielleicht zunächst ein Widerspruch: Wie kann etwas sanft und unerbittlich zugleich sein? Aber ich weise auf ein Phänomen als Beispiel hin. Es gibt ganz bestimmte Pflanzen, die sehr starke Lebenskräfte haben, da kann man eine Asphaltdecke drüberziehen – wenn da ein Samenkorn darunter ist, dann wird unter Umständen tatsächlich diese Asphaltdecke hochgedrückt, reißt auseinander und die Pflanze kommt hindurch.

Was die Pflanze dabei tut, bei diesem Prozeß des Durchbrechens, ist in seinem Charakter absolut sanft. Hier wird nirgends von der Pflanze irgend etwas Gewaltsames verrichtet, aber es ist doch in der Konsequenz absolut unerbittlich. Sanftheit muß also nicht heißen, daß wir Angst haben müssen, in der Welt setze sich ja doch nur das Harte, das Energische im Sinne der harten Technologie durch. Das Sanfte hat seine Kraft für sich, aber es ist eben eine andere Art von Kraft, und ich glaube, wir müssen uns darum bemühen, über die Art dieser Kraft eine größere Klarheit zu bekommen.



Begonnen hat es mit der Lehre von zwei Gegensätzen: König und Königin, die das männliche und weibliche Prinzip, Sonne und Mond, Tag und Nacht symbolisieren, sind in einem Körper vereinigt.

Wurzel des »Dogma der Härte«

Was ich von der Chemie sage, bezieht sich genauso auch auf die anderen Naturwissenschaften, aber darüber hinaus bezieht es sich eigentlich auch auf unsere soziale, politische, unsere psychische Situation, überall sind dieselben Fragen, und überall treffen wir auf dieses gleiche Denkmuster.

Muß das so sein? Wird das für alle Zeiten so sein, daß wir überall: bei der Energie, bei der Produktion, der Erzeugung von Lebensmitteln, bei all unseren Alltagsprodukten – Waschmitteln, Reinigungsmitteln, Farben und Pflegemitteln, die harten Lösungen ergreifen, und nichts anderes?

Wenn man ein wenig in die Vergangenheit sieht, dann stellt man fest: das ist nicht selbstverständlich, das ist auch nicht immer so gewesen. Es mußte etwas passieren in der Welt, daß wir diese ganze bestimmte Auffassung haben. Es mußte etwas passieren, damit es so weit kam.

Es ist schon einige Jahrhunderte her, da hat es jemanden gegeben, der die ersten Erfolge dessen, was man auch aus heutigem Verständnis vielleicht schon »Wissenschaft« nennen könnte, zum Anlaß genommen hat, sich über Wissenschaft an sich und wie man das macht und wie man das methodisch aufzieht, etwas längere und etwas genauere Gedanken zu machen.

Ich spreche von Francis Bacon, einem englischen Philosophen, der übrigens auch Lordkanzler war unter Jacob I. Dieser Francis Bacon hat folgende entscheidende Sätze niedergeschrieben: Wir Wissenschaftler der Neuzeit müssen die Natur hetzen wie ein scheues Wild und zur Strecke bringen, damit sie uns ihre Geheimnisse preisgibt.

Bacon hat darüber hinaus weiter gesagt: Wir müssen die Natur auf die Folter spannen, damit wir genügend von ihr erfahren, um diese ersten Ergebnisse der Wissenschaft weiter ausdehnen zu können und eine neue Welt zu bauen.

Baubiologie

Plädoyer für eine sanfte Chemie

Bacon wollte etwas ganz Revolutionäres, etwas ganz Neues hinstellen, eine utopische Gesellschaft, eine wunderbar funktionierende utopische Gesellschaft mit den Mitteln der modernen Wissenschaft.

»Die Natur auf die Folter spannen«, das ist genau das, was wir heute tun, das ist unsere Art, Wissenschaft zu betreiben, das ist unsere Art, etwas über das Meerschweinchen oder über die Maus oder sonstwas zu erfahren. Sie werden auf die Folter gespannt: Bei den Tierversuchen wird es als Methode unmittelbar greifbar, aber es geht methodisch in alle Bereiche hinein, es hat viel weitere Dimensionen.

Natur in der Folterkammer

Ich behaupte, daß nicht nur den Tieren gegenüber, sondern überhaupt allen Forschungsobjekten gegenüber die Wissenschaft heute diesen gewaltsamen, harten Ansatz hat. Die Qual der Tiere, die so völlig ungefragt zu Versuchsobjekten, zu Objekten unserer Wissens- und Absicherungsgier gemacht werden, die kann man filmen, die kann man sehen und auch vielleicht hören, das ist offensichtlich.

Aber dieser Folteraspekt, der in der heutigen modernen Naturwissenschaft drinsteckt, ist auch schon gegenüber unbelebten Stoffen wirksam und hat seine Folgen. Natürlich kann man keinen Stoff quälen in dem Sinn, daß er eine seelische Reaktion zeigt. Die Reaktionen des Stoffes sind nicht seelischer Natur, sondern die Reaktionen des Stoffes sind wieder stofflicher Natur.

Aber die Kernthese dessen, was ich versuchen will darzulegen, liegt darin: die Reaktion der Stoffe auf gewaltsame Behandlung in den Retorten der modernen Chemie ist eben so, daß die Stoffe selbst auch wieder einen gewaltsamen Charakter bekommen, daß wir uns also nicht wundern müssen, welche Wirkungen solche Stoffe auf uns und unsere Umwelt haben. Es sind Folgewirkungen des Denkens, das uns Bacon und nach ihm Hunderte anderer Philosophen und Wissenschaftler langsam angewöhnt haben.

Wir müssen uns nicht wundern, wenn die Produkte dieses Denkens – und das ist jeder Stoff, jeder Kunststoff, uns ein Spiegelbild unserer eigenen Gewaltsamkeit vor die Nase halten. Wir müssen uns nicht wundern, wenn die Produkte eines solchen Denkens in den letzten 30 bis 40 Jahren von einer solchen Art sind, daß wir uns mit einem Mal umschauen und sagen: Was ist denn eigentlich los, wohin haben wir es denn gebracht?

Eigentlich so herrlich weit – im goetheschen Sinn – haben wir es doch gar nicht gebracht, sondern wir haben es eigentlich »entsetzlich« weit gebracht und stehen nun vor Folgen von Ursachen, die wir selbst überhaupt nicht durchschaut haben.

Natürlich kann es sehr viel wert sein, wenn man Getreide verwendet aus biologisch-dynamischem Anbau, biologischem Anbau und sonstwas. Das ist alles in Ordnung, das ist für mich auch eine Selbstverständlichkeit. Wichtig ist vielmehr, daß wir uns am Beispiel der chemischen Produkte darüber klar werden müssen, daß das die Folge einer ganz bestimmten Art ist, sich der Welt gegenüber, und vor allem dem Menschen gegenüber, einzustellen, und daß das nicht in vollkommener Zwangsläufigkeit so sein muß bis ans verseuchte Ende unserer Tage.

Eroberungsfeldzug der Chemie

Im Augenblick leben wir ganz unter dem Diktat der Ideologie derer, die mit aller Naivität vor einigen Jahrzehnten ein sehr verbreitetes Buch schreiben konnten, mit dem heute für uns vielleicht doch schon verräterischen Titel »Chemie erobert die Welt«. Das Buch strotzte vor Wissenschaftsgläubigkeit und Fortschritts-Optimismus.

Eigentlich stand da so etwas drin wie: es ist nur noch eine Frage der Zeit – dann haben wir alle Probleme gelöst allein durch die Chemie, bis hin zum Lernen. Wir werden auch der Chemie des Lernens schon auf die Spur kommen, und dann wird dieser berühmte Nürnberger Trichter auf biochemische Weise Realität werden. Und welche Segnungen sonst unseren Alltag verschönern, verlustieren werden, davon ganz zu schweigen.

Aber das hat nicht geklappt. Zwar hat die Chemie wirklich die Welt erobert, aber gerade weil die Chemie die Welt erobert hat – wir dürfen nicht vergessen, das ist ein Begriff aus der Sprache des Militärs – gerade deswegen haben wir es heute scheinbar mit so furchtbar vielen Problemen zu tun.



Eine Färberwerkstatt im 18. Jahrhundert. Um diese Zeit begann man den Färbeprozeß auf chemischer Basis durchzuführen, was zur Erfindung neuer Farben führte.

Es ist also vor einigen hundert Jahren etwas in die Welt gekommen, was der Natur gegenüber nicht anders sich gegenüberstellen konnte als mit einem absoluten Herrschaftsanspruch. Es ist so etwas wie Imperialismus gegenüber der Natur, was in diesem Anspruch des modernen Wissenschaftlers und Technikers zum Ausdruck kommt. Und was kommt dabei in der Chemie heraus: ein vergifteter Alltag.

Der vergiftete Alltag – das ist natürlich nicht so zu verstehen, daß wir sofort tot umfallen, wenn wir unseren Alltag erleben. Der vergiftete Alltag besteht aus etwas anderem. Er besteht darin, daß etwas Schleichendes in dieser Vergiftung liegt, etwas Unkontrolliertes, etwas, das uns nicht bewußt wird.

Es ist erschreckend, zur Kenntnis nehmen zu müssen, wie viele Chemikalien es sind, mit denen nun nicht nur der Chemiearbeiter oder Chemielaborant oder der Apothekenlehrling umgeht, sondern mit denen wir alle in unserem Alltag umgehen müssen: 50 000 Umweltchemikalien. Eine ungeheure Zahl.

Das ist wie bei den Raketen auch wieder so, daß man die Zahl zwar hört, aber man kann sich nichts darunter vorstellen. Es sind nach gutbegründeter Analyse etwa 50 000 Substanzen, von denen wir wissen, daß sie als Umweltchemikalien auf uns einwirken, als nicht vorher irgendwo gekannte Stoffe, als ganz neue Stoffe, von denen wir nicht wissen, was sie auf Dauer mit uns Menschen und den anderen Lebewesen auf der Erde anstellen werden.

Die schleichende Vergiftung

Was heißt konkret »schleichende Vergiftung«? Warum ist nicht schon längst die Polizei eingeschritten, wenn wir schleichend vergiftet werden? Die Antwort lautet: die Polizei kann nicht einschreiten, weil sie nur einschreiten darf, wenn etwas eindeutig Nachweisbares vorliegt. Und die jetzt herrschende Wissenschaftsauffassung – die übrigens sehr eng verknüpft ist mit unserer Rechtsauffassung – besagt: Jede Wirkung hat eine Ursache.

Also zum Beispiel: der und jener hat jetzt Krebs – beweise mir

doch, daß dieser Stoff ihm den Krebs gemacht hat. Du kannst es nicht beweisen, du sagst, es seien 50 000 Substanzen gewesen? Das sind dann mindestens 10 000 Hersteller von solchen Substanzen. Tut mir leid, ich kann keinen Prozeß eröffnen. Die Klage wird als unbegründet zurückgewiesen.

Das liegt eben daran, daß wir unter dem Diktat eines Eindeutigkeitsnachweises stehen, dem Diktat einer Auffassung, die sagt: wo ist das Molekül, das das getan hat? Kann ich das an die Tafel schreiben? Kann ich eine chemische Formel dafür angeben? Das ist das Problem. Man kann es nicht beweisen, wer es genau war.

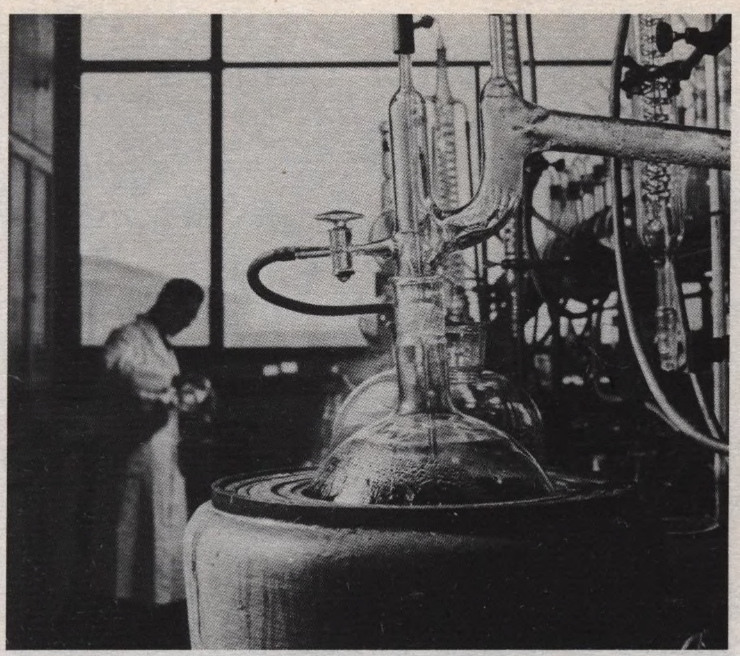
Ich muß da zur Erläuterung einen kleinen Exkurs machen, wie so ein Alltagsgift tatsächlich wirkt. Es wirkt nicht toxisch in dem Sinn, daß man umfällt, und trotzdem wirkt es. Aber auf welche Weise? Was ist das, was uns dabei heute langsam so nervös macht?

Es gibt in der Welt grundsätzlich zwei unterschiedliche Arten von Stoffen: Das eine sind Stoffe, die uns in der Entwicklung begleitet haben, das andere sind Stoffe, die uns in der Entwicklung nicht begleitet haben, sondern irgendwann vor ganz kurzer Zeit uns vor die Tür gesetzt worden sind oder die wir uns selber vor die Tür gesetzt und sogar ins Haus geholt haben.

Es geht um die natürlichen Stoffe im weitesten Sinn, und zum anderen um Stoffe, die wir künstlich, synthetisch, mit den Mitteln unserer modernen Chemie zum Beispiel, hergestellt haben.

Es geht mir nun aber nicht darum, daß so eine sanfte Chemie – die ja Naturchemie wäre – in so einer Art Naturschwärmerei ausufert, wo nur das Natürliche gut ist und alles Synthetische schlecht. Wir versuchen vielmehr jetzt nichts anderes, als von den Gut-Böse-Kategorien wegzukommen und uns zunächst einmal klar zu werden: Was ist denn das überhaupt, was auf uns einwirkt in Gestalt dieser Umweltchemikalien?

Es gibt wie gesagt, diese zwei verschiedenen Arten von Stoffen: die einen Stoffe sind uns aus der Evolution her vertraut, die anderen Stoffe sind uns absolut fremd. Das ist kein wertendes Wort, wenn ich »fremd« sage, sondern es bedeutet: da hat sich irgendwann im Jahr 1936 zum ersten Mal ein Chemiker hingesetzt, hat den Stoff synthetisiert, hat ihn in die Entwicklungsabteilung gebracht und die haben daraus ein Riesenprodukt gemacht – und da ist es nun, 1936 zum ersten Mal in der Weltgeschichte anwesend, vorher völlig unbekannt. Das ist ein fremdes Produkt im Sinn der Evolution.



Destillationseinrichtung in einem biochemischen Forschungslabor unserer Zeit.

Der sogenannte chemische Streß

Denn die Evolution des Menschen, das ist etwas, was unendlich lange gedauert hat – genau wie die Evolution anderer Organismen – und dieser Zeitraum, in dem wir industrielle Chemie betreiben, ist im Zeitmaßstab der Evolution nur eine Millisekunde kurz.

Was heißt nun »Vertrautheit«? Vertrautheit mit diesen natürlichen Produkten heißt eben nicht, daß sie uns so schön anregen zum Schwärmen, abends beim Kerzenschein oder am Kaminfeuer, wo man diese ganze Romantik der Naturprodukte auf sich einwirken lassen kann – das ist nicht das, um was es hier geht. Es geht mir hier zunächst ganz beinhart um diesen Evolutionsfaktor.

Wie ist das nun aber mit den giftigen Pflanzenstoffen, die haben uns doch auch schon während unserer ganzen Evolution begleitet? Bei denen ist offensichtlich die Evolution so weit gegangen, daß der Mensch zu seinem Schutz vor diesen Evolutions-Begleitern ein Bewußtsein bekommen hat, das ihm aufgrund von Erfahrung und Tradition vermittelt wurde, vor welchen natürlichen Stoffen seiner Umgebung man sich zu hüten hat und wo es eine Frage der Dosis ist. Aber dieses Bewußtsein ist uns offensichtlich mittlerweile völlig abhanden gekommen.

Was tun jetzt diese anderen Stoffe, diese 50 000, die als Umweltchemikalien wirken – es sind in Wirklichkeit noch viel, viel mehr neue Stoffe, die man irgendwann einmal synthetisiert, aber nicht in größerem Maße hergestellt hat: diese Stoffe werden vom Körper eben nicht als vertraut, sondern werden als fremd erkannt, setzen bestimmte Reaktionen in Gang.

Diese Reaktionen sind uns bekannt als der sogenannte chemische Streß. Da passiert noch gar nichts, es kippt niemand aus den Latschen vom chemischen Streß aufgrund der Einwirkung eines einzigen Produktes. Das Problem liegt nur bei den modernen Umweltchemikalien, die unseren Alltag vergiften, darin, daß unser Immunsystem zwar vielleicht 5, 10, 20 oder 100 von diesen Stubstanzen identifizieren kann, die diese Alarmreaktion »chemischer Streß« auslösen – aber nicht in unbegrenzter Menge und nicht unbegrenzt lange. Eines Tages läuft das Faß über und dann passiert etwas mit dem Immunsystem.

Bei der Diskussion der letzten Jahre von medizinischen Problemen ging es stets um das Immunsystem. Langsam kommen auch die Krebsforscher darauf und sagen etwas ganz Verrücktes, nämlich: der Mensch hat immer Krebs. Er hat zu jeder Zeit Krebszellen in seinem Körper. Nur – solange sein Immunsystem intakt ist, solange sein Immunsystem nicht mit anderen Dingen überbeschäftigt wird – solange wird der Körper mit diesen Krebszellen fertig.

Unser täglich Gift

Wird er jedoch einmal überlastet, dann kann das Immunsystem diese Vielzahl von Noxen, von schädigenden Einwirkungen – inklusive Krebszellen, Bakterien und Viren – nicht mehr tolerieren. Wenn diese so wunderbare Abwehrkraft, die uns die Evolution erworben hat, nicht mehr ausreicht, dann kommt der Krebs eben aus dem latenten Stadium in das akute Stadium. Das ist eine der Möglichkeiten, wie es zu einer Krebserkrankung kommen kann.

Auch die bekannte Zunahme der Allergien ist eine Frage des Immunsystems. Eine Allergie ist auch die Identifizierung irgendeines Stoffes, gegen den sich der Körper dann auf irgendeine Weise wehrt, und wenn es nur der Heuschnupfen ist. Man darf sich aber nicht auf diesen mechanistischen Trick einlassen, daß einem der Arzt dann sagt: dieses oder jenes Getreide, diese und jene Pollensorte machen dir das jetzt dadrinnen.

Das ist zu einfach. Es ist vielmehr die Summation von Alarmeffekten, die dann durch eine bestimmte Sache das Faß zum Überlaufen bringt.

Das ist das, was ich meine, wenn ich sage: unser vergifteter Alltag. Davon müssen wir weg. Ich meine dabei gar nicht in erster Linie die Chemikalien, die im

Baubiologie

Plädoyer für eine sanfte Chemie

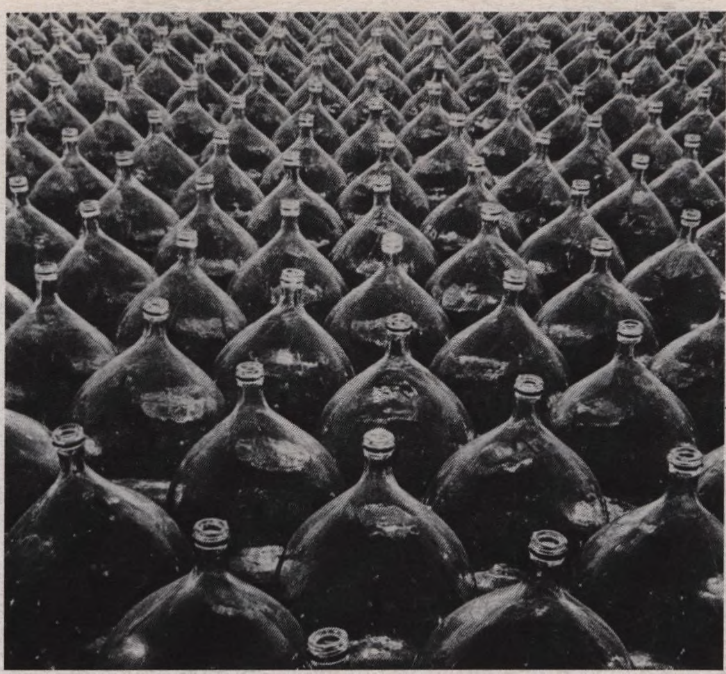
Tankwagen von einer Chemiefabrik zur anderen gefahren werden und die in die Umwelt gelangen beim Umfüllen oder durch irgendwelche Lecks. Ich meine auch im Augenblick nicht so sehr die großen und kleinen Chemiekatastrophen in der Art von Seveso – sondern ich meine den ganz normalen Alltag. Ich meine die Kosmetika, eingeschlossen die allermeisten der als solche bezeichneten Naturkosmetika, ich meine die Putzmittel, die Reinigungsmittel, die Waschmittel, ich meine die sogenannten Pflanzenschutzmittel – alles Produkte mit riesigen Erfolgsziffern wirtschaftlicher Art, weil man den Menschen eingeredet hat: Alles das brauchst du.

Es ist nun nicht damit getan, einfach nur Biokost zu propagieren. Wir müssen das einerseits tun, aber auf der anderen Seite gleichzeitig das Übel an der Wurzel packen, weil sonst Biokost auch noch in zweitausend Jahren chlorierte Kohlenwasserstoffe aufweist. Wir müssen dafür sorgen, daß da an deren Stellen der Hahn zugedreht wird, aus dem die Produkte der harten Chemie heute noch sprudeln.

Es gibt heute scheinbar kein Entrinnen, wir sind der Vergiftung des Alltags in jeder Situation und Lebenslage ausgeliefert, wenn wir nicht endlich darangehen, uns ernsthaft mit den heute schon zur Verfügung stehenden Alternativen zur Entgiftung des Alltags auseinanderzusetzen und damit vielleicht ein wenig Bequemlichkeit und liebgewordene Denk- und Handlungsgewohnheiten aufzugeben.

Das Doppelantlitz der Chemie

In bezug auf die von mir genannten Denkgewohnheiten und Bewußtseinstraditionen, auf die wir uns heute mit unserer Alltagschemie stützen, gibt es noch einen sehr interessanten und entlarvenden inneren Zusammenhang in unserer unmittelbaren Vergangenheit, der nur den Allerwenigsten bewußt ist. Haben Sie gewußt, daß die chemische



Unser täglich Gift in Flaschen, die heute durch undurchsichtige Fässer für Industriechemikalien ersetzt wurden.

Kriegsführung, die Produktion von C-Waffen in ihrer Tradition aufs allerengste verbunden ist mit den sogenannten Segnungen der Chemie, die wir zum Beispiel in Form der chemischen Düngemittel und Herbizide »genießen«?

Haben Sie gewußt, welcher historische Zusammenhang besteht zwischen Ablauf und Dauer des Ersten Weltkrieges und der Herstellung von synthetischen Düngemitteln, aber auch anderen Alltagschemikalien wie Anilinfarben und Kunststoffen?

Der Erste Weltkrieg wäre bereits 1915 längst zu Ende gewesen, wenn nicht deutsche Chemiker, und zwar die allererste Garnitur, durch ihr »Salpeter-Versprechen« den deutschen Militärs die Möglichkeit gegeben hätten, unabhängig von den ausgesetzten Salpeter-Lieferungen aus Übersee mit Hilfe von synthetisch hergestellten Nitraten die Produktion von Sprengstoff und Schießpulver auch nach einer totalen Seeblockade aufrechtzuerhalten.

Vordergründig ging es um »Brot aus der Luft«, um die Verhinderung der angeblich drohenden »Welt-Hungerkatastrophe«, um künstlichen »Ammoniak aus der Luft«, um chemische Mineraldünger. In Wahrheit aber brauchte man Ammoniak für die Produktion von Salpetersäure und diese wiederum zur Herstellung von Explosivstoffen und anderen Kriegs-Hilfsmitteln.

Das sogenannte »Haber-Bosch-Verfahren«, von den führenden deutschen Chemikern dieser Zeit unter ungeheurem Aufwand entwickelt, kam den Militärs buchstäblich in letzter Minute recht, um die Stellungen in den Schützengräben zu halten, in denen dann Hunderttausende europäische junge Soldaten aufgerieben wurden.

Der innere Zusammenhang geht aber noch viel weiter. Wer war es denn, der zum ersten Mal in der Weltgeschichte eine regelrechte chemische Kriegsführung mit Giftgas geplant und sogar persönlich geleitet hat? Es war kein Militär. Es war vielmehr genau derjenige Fritz Haber, der mit Robert Bosch zusammen das oben erwähnte Verfahren entwickelt hatte, der später den Nobelpreis bekam.

Es war dieser Haber, einer der größten Chemiker, die überhaupt in unserem Jahrhundert gelebt haben; der hat bei Ypern im Jahr 1915 in den deutschen Schützengräben bei Ostwind die Stahlflasche aufdrehen lassen, in denen sich das erste Giftgas der Geschichte befand – reines, ätzendes Chlorgas.

Woher kam nun dieses Giftgas so schnell? Es war ein Abfallprodukt der damaligen chemischen Industrie, der Produktion von synthetischen Farbstoffen und gleichzeitig ein Abfallprodukt der Produktion von diesem künstlichen Salpeter.

Folgen der chemischen Gewalt

Wir kommen aus diesen Zusammenhängen nicht heraus. Wir können nicht sagen: es gibt da eine »gute« Chemie, die förderlich ist und die dem Menschen hilft und uns dem Wohlstand nähert, uns alles bequemer macht und pflegeleichter. Auf der anderen Seite gibt es die »böse« Chemie, böse Chemiker, die im Auftrag der US-Army dabei sind, Chemie-Vernichtungsmittel herzustellen. In Wahrheit gibt es da keine Grenze.

Es ist dieselbe Art von Wissenschaft hier und dort, die angewendet wird und auch dieselben Denk- und Handlungsgewohnheiten. Diejenigen Forscher, die die Atombombe entwickelt haben und Chemiker, die tausendfaches Leid gebracht haben durch das Entlaubungsmittel »agent orange«, sind im Sinne der allgemeinen Konvention völlig »normale« Menschen, es sind keine Horrorgestalten, sondern meist sanfte Familienväter, die ihre Frauen nicht unbedingt zu schlagen pflegen.

Alles das, was wir heute an Alltagschemieprodukten haben, ist nicht auseinanderzuhalten mit diesen anderen Wirkungen. In der Problematik der sogenannten »Pflanzenschutzmittel« wird doch noch am ehesten offensichtlich, weil der »Pflanzenschutz« eigentlich eine Art Lebensvernichtung ist, indem etwas anderes getötet wird, ein sogenannter »Schädling«. Ähnlich ist es beim sogenannten »Holzschutz«, wo eben auch das Holz nicht im eigentlichen Sinn geschützt wird, sondern wo es ganz massiv darum geht, irgendwelche vorhandenen oder eingebildeten Schädlinge zu töten.

Was kommt nun heraus, wenn harte Chemie betrieben wird?

Eine typische Folge dieses gewaltsamen Vorgehens gegen die Stoffe in der modernen Chemie ist die Bildung extrem langlebiger und schlecht abbaubarer Stoffe, wie beispielsweise Pen-

tachlorphenol (PCP), das in den eben erwähnten Holzschutzmitteln als Pilzgift eingesetzt wird.

Es kommt sehr darauf an, daß wir den Zeitpunkt nicht möglichst noch Ewigkeiten hinauszögern, eine neue Chemie zu gewinnen. Wenn wir dieses Pentachlorphenol oder dieses Lindan in die Umwelt bringen, verbleibt es dort sehr lange Zeit, weil es außerordentlich stabile chemischen Substanzen sind. Diese Tatsache mangelhafter Abbaubarkeit ist eine ganz typische und symptomatische Folge »harten« Denkens.

Was das harte Denken schafft, ist so »konkret«, ist so betonartig, daß ich extreme Mühe habe, das wieder loszuwerden. Lassen wir uns doch nicht einreden, daß es wirklich »umweltfreundliche« Kunststoffe mit absoluter Sicherheit geben könnte. Die harte Technologie bringt Substanzen und Produkte hervor, die wir nachher nicht wieder loswerden. Man kann die Analogien da noch sehr viel weiter treiben, bis hin zum Stahlbeton.

Natur geht im Kreis

Reißen Sie mal ein Stahlbetonhaus ab, ein 18geschossiges Hochhaus, wohin denn damit? Was machen wir damit? Wir können es sprengen. Dann gibt es einigermaßen handliche Teilchen, was machen wir dann aber damit? Wir errichten einen Schuttberg. Was meinen Sie, wie lange das dauert, bis dieser Schuttberg tatsächlich weg ist.

Die Produkte einer harten Technologie oder einer harten Chemie haben eine unheimliche Resistenz, ein unheimliches Desinteresse, sich mit irgend etwas in der Welt überhaupt auseinanderzusetzen.

Ein Naturstoff, ein Naturprodukt, verhält sich da völlig anders. Nehmen wir einmal Holz. Das gibt sich den Einflüssen der Umwelt so hin, daß es innerhalb von wenigen Jahren verschwunden ist – nicht gerade mit Holzschutzmitteln behandeltes Holz natürlich, das soll gerade gegenüber allen Umwelteinflüssen abgeschirmt werden. Unvergiftetes Holz aber, das am Erdboden liegt, löst sich langsam auf, und das ist gut so.

Ein letztes Wort noch zu den Farben und Anstrichmittel, auch da plädieren wir nicht aus Nostalgie für Naturprodukte, sondern unter vielem anderen (Umweltverträglichkeit, ökologische Erneuerbarkeit, gesundheitliche Unbedenklichkeit) auch deshalb, weil natürlich behandelte Oberflächen uns etwas sehr Wesentliches vermitteln können, etwas lehren können: sanft zu denken und zu handeln.

Wenn nämlich ein Anstrichmittel so geartet ist, daß es eine Oberfläche nicht total abschließt und dann nicht eine total, pflegeleichte Schicht bildet, die völlig undurchdringlich und unzugänglich ist, absolut pflegeleicht und chemikalienfest, sondern im Gegenteil sogar bewirkt, daß der Charakter des Holzes hervorgehoben wird, daß ich, wenn ich es anfasse, Holz spüre, wenn ich es unter die Nase halte, Holz rieche, dann ist das etwas, was zur Sanftheit erzieht, zu einem Denken in Ganzheiten, in Richtung auf Konsequenzen.

Aber wenn ich alles mit Plastik einsiegele, gibt es keine Konsequenzen. Ich kann schweinigeln wie ich will mit so einem Holztisch, der mit Plastlack versiegelt ist. Das ist in einem vielleicht ganz unbedeutenden Bereich nichts anderes als eine Erziehung zu hartem Denken, eine Erziehung zu einem Denken ohne Rücksicht auf Konsequenzen.

Eine Naturfarbe bringt uns zu den Konsequenzen zurück, die sich aus unseren Handlungen ergeben, und die zu sehen, fehlt uns modernen Menschen heute am allermeisten. Die Produkte einer sanften Chemie haben ihre eigene Lehre. Sie lehren selbst, von allein. Um so besser natürlich, wenn noch Lehrer dabei sind, die das noch mit unterstützen und die ihren Schülern Pflanzenfarben in die Hand geben, weil diese Pflanzenfarben unter dem Pinsel ihre eigene, sanfte Pädagogik entfalten und auf einer ganz einfachen, sinnlichen Ebene etwas von den Konsequenzen von Harmonie und Disharmonie in der Welt vermitteln. □

Dipl.-Chem. Dr. Hermann Fischer ist Geschäftsführer der Auro-Pflanzenchemie GmbH, Postfach 1220, D-3300 Braunschweig.

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz M. Schwan

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

DIAGNOSEN hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

DIAGNOSEN kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Herstellung: Greiserdruck (Satz und Reproduktionen). Karlsruher Straße 22. D-7550 Rastatt.

Druck: Medro-Druck GmbH, D-6951 Obrigheim

ISSN 0171-5542

Ab der nächsten Ausgabe erhalten Sie diese Zeitschrift unter dem Namen CODE - Exklusives aus Politik und Wirtschaft.

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 25. Februar 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Argumente

Die folgenden Argumente sind von Wolf-Dietrich Muswieck. Er legte sie Politikern, Institutionen, Parteien und Kirchen in den Mund. Er geht dabei davon aus, daß die Ausgesuchten so argumentieren würden. Natürlich sind die Argumente von der heiteren, ironischen Seite her zu verstehen.

Weltregierung

Wir brauchen für die »freien Völker« »freie Parlamente« und »freie Repräsentanten«, damit die »Volksvertreter« uns aber willens sind, müssen sie Mitglieder unserer »Clubs« sein, um diese »Repräsentanten« nach unserem Ermessen zu stützen oder stürzen zu können.

Zivilschutz

Wir brauchen nur Walter Wallmann, damit der nächste »Super-Gau« stilvoll begangen wird und um dann noch schneller das »Vater unser« beten zu können.

SDI

Wir brauchen SDI um die Atom-Raketen zu zerstören, damit auf konventionelle Waffen die Rüstung umgestellt werden kann und um nicht am »logischen« Rüstungs-Wahnsinn pleite machen zu müssen.

Freidenker

Wir brauchen Zeitschriften vom Format »Diagnosen« in der Medienlandschaft, damit diese politisch wirklich ungebundene Zeitschrift ihre nationale Aufgabe gegenüber dem deutschen Volk erfüllen kann. Freie Bürger müssen dieses Blatt unterstützen, um den Nachfolge-Generationen die nächste Diktatur in der Zukunft ersparen zu können.

Kraftwerk-Union

Wir brauchen die allgemeine Beruhigung der Bürger nach Tschernobyl, damit alles beim Alten bleiben kann. Darum beschwichtigen wir auch durch Inserate in allen Zeitschriften und Tageszeitungen nach dem Motto: »Zu Wort gemeldet – Sicherheit ist unser Grundgesetz.« So können wir alle Unsicherheiten und Gefahren aller Kernkraftwerke verschleiern.

Anti-Klerikale

Wir brauchen die kritischen Analysen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, damit nicht nur eine Glaubensrichtung objektiv geprüft wird, um wahrheitlich feststellen zu können, daß jeder dogmatische Klerikalismus der eigentliche Störenfried zu der Entwicklung eines demokratischen Staates ist.

CDU/CSU

Wir brauchen einen großen Einfluß in allen Medien, damit die veröffentlichte Meinung die allgemeine Meinung wird, um die »Demokratie« zur »Demotatur« werden zu lassen.

Fortschritt

Wir brauchen den technischen Fortschritt zur Lösung der Energie- und Ernährungsprobleme weltweit, damit die Bevölkerungszunahme in Zukunft nicht zur Vernichtung der Menschheit führt und um den Selbstzweck der Technik »ad absurdum« führen zu können.

Ausgleichende Gerechte

Wir brauchen erforderliche und gezielte Maßnahmen, damit die auftretenden Freisetzungspotentiale – bei drohender Überkapazität – umgeleitet werden und um den sozialen Frieden erhalten zu können.

Supermächte

Wir brauchen die »Gipfel-Treffen« mit ihren »pathetischen« Reden, damit der Rüstungswettlauf weitergehen kann und um den sprachlosen Völkern diesen Wahnsinn »logisch« verkaufen zu können.

Bürger

Wir brauchen die Bürgerinitiativen, die Alternativ-Bewegungen, damit das »Denken« nicht im bürokratischen »Stumpfsinn« steckenbleibt und um etwas zum gesunden, normalen Leben in Bewegung bringen zu können.

Behörden

Wir brauchen viele Unterlagen zur Kontrolle, damit der Bürger lernt: Formulare, Formulare von der Wiege bis zur Bahre – und um über alles was in den Familien vorgeht informiert zu sein.

Alten

Wir brauchen Zucht und Anstand, damit die Jugend uns nicht aus dem »Ruder« läuft und um unsere »Lebenserfahrungen« zu rechtfertigen.

Jugend

Wir brauchen mehr geistige »Freiräume«, damit wir zwanglos die Probleme der Alten überdenken können und um alternative Ideen zum Wohle der Umwelt und der Menschheit verwirklichen zu können.

Konsum

Wir brauchen den wirtschaftlichen Aufschwung, damit der Wohlstand der »Reichen« zunimmt und um den Einfluß unserer »Wohltäter« zu stärken.

Grenzwerte

Wir brauchen viele »Grenzwerte« und Meßgrößen für die Radioaktivität, damit dem »mündigen Bürger« die Gefahr verharmlost werden kann und um die Wirtschaft auf Kosten der Gesundheit wachsen lassen zu können.

Sport-Mäzene

Wir brauchen den hochbezahlten »Profi-Sport« als Reklame für unsere Leistungsgesellschaft, damit wir die Jugend verblenden und somit für unsere Ziele gewinnen können und um das »große« Geld mit der Masse der »Kleinen« machen zu können.

Offene Gesellschaft

Wir brauchen »freie Bürger«, die ihrer Umwelt offen begegnen, damit sie nicht autoritätsgebunden sich den Entscheidungen der »Mächtigen« unterordnen und um nicht ein Leben lang aus Angst und Bequemlichkeit an alten aufgebürdeten Überzeugungen und Meinungen der »Mächtigen« festhalten zu müssen.

Aufschwung

Wir brauchen die Bevorzugung der Wirtschaftskonzerne, damit der wirtschaftliche Aufschwung für die Masse der Arbeitnehmer möglichst lange sichtbar bleibt und um die steigenden Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Empfänger-Zahlen, die zunehmenden Konkurs- und Übernahme-Fälle kleiner und mittlerer Unternehmen durch die »Super-Konzerne« verschleiern zu können.

Wagemut

Wir brauchen mehr Mut, damit wir den Weg vom »Haben-Wollen« zum »Los-Lassen-Können« finden und um wieder zu mehr Freiheit gelangen zu können.

Satte

Wir brauchen das gute Leben, damit wir die Sorgen und Nöte der anderen Menschen vergessen und um unser Gewissen einschläfern zu können.

Egoisten

Wir brauchen auf Erden alle Vorteile und auf nichts wollen wir verzichten, damit wir dem »Klerus« seinen Teil zukommen lassen können und um im »Himmel« auch die »besten« Plätze zu bekommen.

Sachzwang

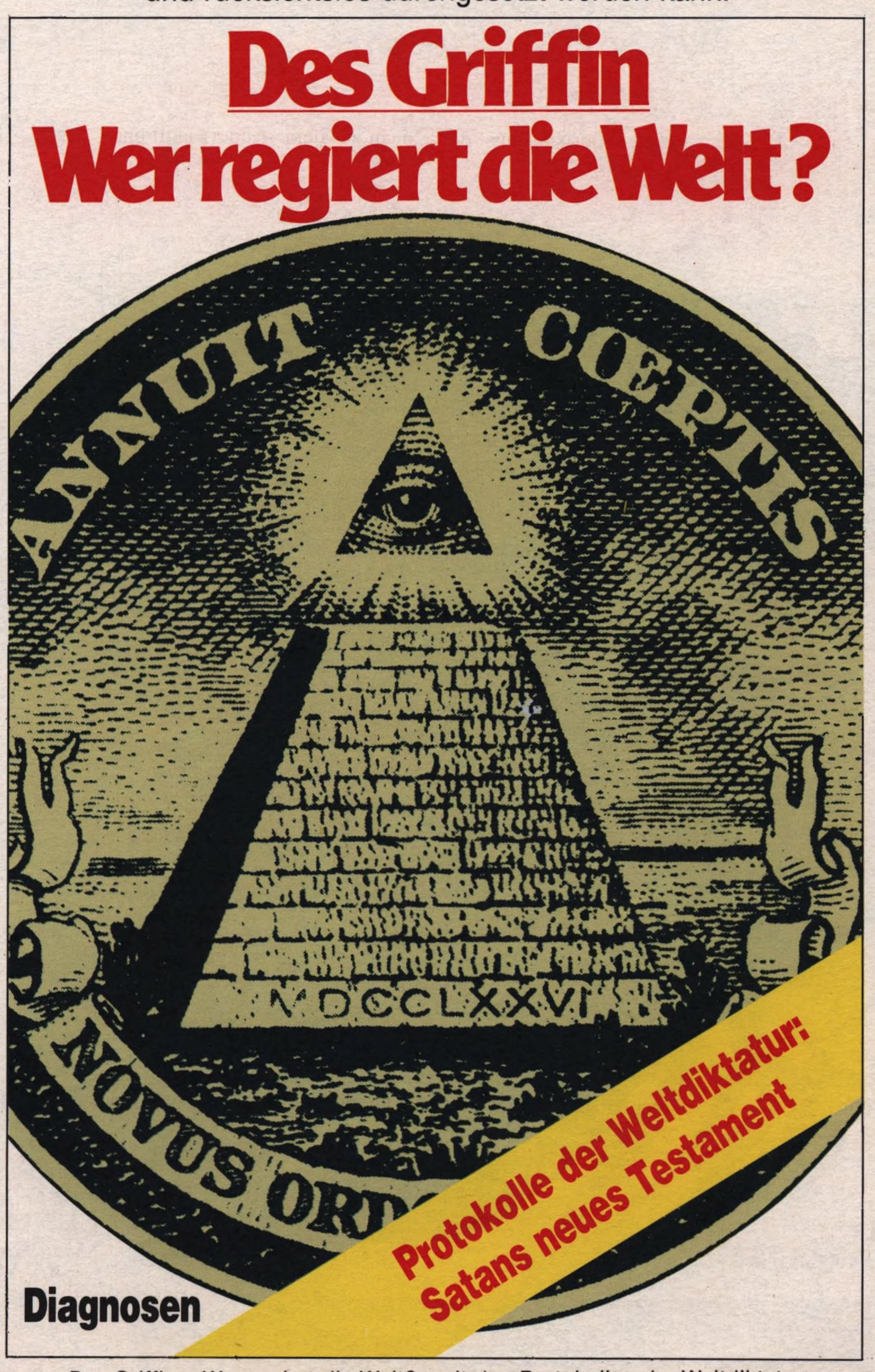
Wir brauchen mehr freie Selbstentscheidungsmöglichkeiten ohne Fraktionszwang, damit auch Volksbegehren wieder möglich werden und um nicht durch die vielen »Sachzwänge« auf dem Weg des »logischen Wahnsinns« in das Verderben laufen zu müssen.

Goethe

Ihr müßt nicht glauben, daß ich gefaselt und gedichtet habe, damit ihr versucht die Kirche zu rechtfertigen und um die ganze Kirchengeschichte als Mischmasch von Irrtum und Gewalt erkennen zu müssen.

Letztendlich brauchen wir die bundesdeutschen Leisetreter. Darum: »Weiter so, Deutschland . . .«

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel